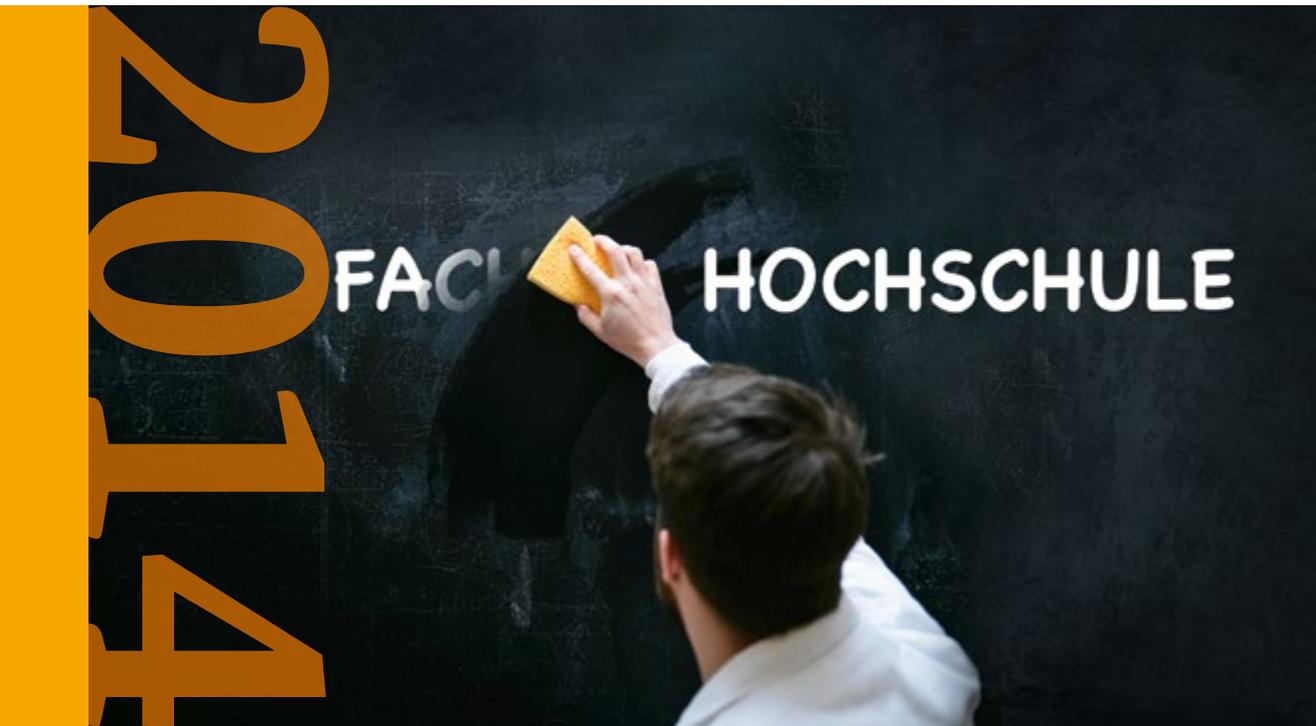




Hochschule des Bundes
für öffentliche
Verwaltung

33. Jahresbericht

des Präsidenten



33. Jahresbericht

des Präsidenten

2014



Grußwort des Bundesministers des Innern Dr. Thomas de Maizière, MdB	4
Steuerung der Hochschule	6
Vorwort des Präsidenten	6
Senat	10
Die Arbeit des Senats	10
Mitglieder des Senats	13
Die Arbeit der Studienplankommission	17
Mitglieder der Studienplankommission	21
Studium und Lehre	22
Zentraler Lehrbereich	22
Fachbereich Allgemeine und Innere Verwaltung	28
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten	40
Fachbereich Bundespolizei	46
Fachbereich Bundeswehrverwaltung	65
Fachbereich Finanzen	135
Studiengang Verwaltungsinformatik	149
Fachbereich Kriminalpolizei	152
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung	181
Fachbereich Nachrichtendienste	188
Fachbereich Sozialversicherung	197
Fachbereich Wetterdienst	206
Master of Public Administration	210
Alumni e.V.	217

Hochschule im Dialog mit ...	220
Zentrale Hochschulverwaltung	226
Kompetenzen	226
Familiengerechte Hochschule	229
Zentralbibliothek	231
Wissenschaftlicher Dienst	233
Servicezentrum und Gebäudemanagement	240
Interessenvertretung	249
Marketing	250
Anlagen	252
Daten und Zahlen der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	252
Wissenschaftliche Veröffentlichungen	256
Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter	310

Grußwort des Bundesministers des Innern Dr. Thomas de Maizière, MdB



Dr. Thomas de Maizière

Ohne kluge und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht nichts. Das gilt überall – in der Wirtschaft wie in der Verwaltung.

Im Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte kann die öffentliche Verwaltung selbstbewusst sein: Sie bietet Aufgaben, die spannend und verantwortungsvoll sind, eine anständige Bezahlung, Arbeitsplatzsicherheit, Familienfreundlichkeit und durch die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung eine hervorragende Ausbildung. Ihre Absolventinnen und Absolventen haben einen durchweg guten Ruf und bieten eine hohe Arbeitsqualität.

Einige Diplomarbeiten des Fachbereichs Verwaltung aus dem Jahr 2014 beschäftigten sich mit Demografie und Personalpolitik. Das sind nicht nur für die Absolventinnen und Absolventen zwei wichtige Themen, sondern für die gesamte öffentliche Verwaltung.

Um junge Menschen für eine Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung zu gewinnen, dürfen wir uns nicht mit dem Ist-Zustand zufrieden geben. Wir müssen uns ständig verbessern. Die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung spielt dabei eine wichtige Rolle: Sie bietet duale Studiengänge mit Abschlüssen Diplom, Bachelor

und Master an, deren Inhalte immer wieder an die neuen Anforderungen der Zeit angepasst werden. Sie bildet die Nachwuchskräfte für den gehobenen und durch den Masterstudiengang MPA auch für den höheren nicht-technischen Dienst in der Bundesverwaltung aus und bleibt damit in der Hochschullandschaft einzigartig.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sollen sich zudem aus der Mitte der Gesellschaft zusammensetzen. Ich wünsche mir daher noch mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst, ob in den Schulen, Ämtern oder bei der Polizei. Vielfalt in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung tut uns gut. Die Arbeit wird vielfältiger und internationaler – wir sollten es auch werden.

Ich bin überzeugt, dass die Hochschule des Bundes auch die zukünftigen Herausforderungen bewältigen wird – mit Absolventinnen und Absolventen, die ihre Arbeit in der Verwaltung verantwortlich, mit Augenmaß und in hoher Qualität erledigen werden. Dafür wünsche ich Ihnen allen alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.



Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Innern

Steuerung der Hochschule



Thomas Bänders

Vorwort des Präsidenten

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, Ihnen den 33. Jahresbericht des Präsidenten, mit dem ich „die Öffentlichkeit über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule“ (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 Grundordnung der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung) unterrichte, zur Lektüre überreichen zu können.

Das Jahr 2014 war bereits aus hochschulrechtlicher Sicht ein erfolgreiches Jahr: Nach dreijährigen – nicht immer einfachen – Verhandlungen mit den Trägern der Fachhochschule des Bundes konnte zum 1. Oktober die neue Grundordnung in Kraft treten. In konsequenter Fortschreibung der alten Grundordnung aus dem Jahr 2008 wurden zahlreiche Vorschriften neu gefasst und der allgemeinen Hochschulentwicklung angepasst. Sichtbarer Ausdruck der Neuausrichtung war die Änderung des Namens: Aus der seit 1979 bestehenden Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung wurde die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Die Namensänderung steht am Ende einer Entwicklung der Hochschule, die durch den sogenannten Bologna-Prozess ihren Anfang genommen hat. Dieser Prozess, der sich einer Vereinheitlichung der europäischen Bildungslandschaft verpflichtet hat, führte in der allgemeinen Hochschullandschaft zur Modularisierung von Curricula und einheitlichen akademischen Abschlüssen. Alle Hochschulen wurden unter das Dach der Hochschulen verortet, wobei die früheren Fachhochschulen als nunmehrige Hochschulen für angewandte Wissenschaft ihren Anspruch auf Gleichberechtigung geltend machten.

Mit der Namensänderung soll aber auch die Erweiterung des Studienangebotes honoriert werden. Für die Hochschulentwicklung von besonderer Bedeutung ist der 2011 eingerichtete Masterstudiengang (Master of Public Administration [MPA]); ursprünglich allein für den Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst des Bundes konzipiert, hat er sich seit 2014 durch die Aufnahme von 20 „freien“ Studierenden als ein außerordentlich beliebter Studiengang, an dessen Ende der höchste akademische Grad steht, erwiesen). Schon jetzt steht fest, dass zum 1. Mai 2015 mit rund 80 Studienanfängern/innen ein neuer Rekord erreicht wird. Auch aus hochschulstrategischer Sicht hat sich der MPA als Erfolgsmodell entwickelt: Im Kampf um die besten Köpfe ist die Fortbildungsmöglichkeit nach Erreichen des Diplomes bzw. Bachelorabschlusses von unverzichtbarem Wert.

Von ähnlich hoher Bedeutung für die gesamte Bundesverwaltung ist der 2012 neu eingerichtete Studiengang „Verwaltungsinformatik (VIT)“. Die Absolventinnen und Absolventen dieses Diplomstudienganges sollen helfen, die Schwierigkeiten der öffentlichen Hand, auf der Schnittstelle von Verwaltung und Informatik geeignetes Personal zu gewinnen, entscheidend zu verbessern.

Die ersten „fertigen“ Studierende werden ab August 2015 ihre Aufgabe in zahlreichen Behörden übernehmen.

Mit einer weiteren Neuerung konnte der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung (AIV) im Jahr 2014 aufwarten: Zum 1. April erfolgte der Startschuss zum familienfreundlichen Fernstudiengang Verwaltungsmanagement (Aufstieg in den gehobenen Dienst) mit 40 Studierenden (Beamte/innen und Tarifbeschäftigte).

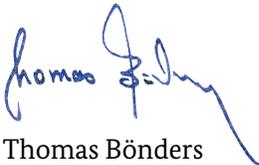
Für die neuen Studiengänge hat die Hochschule keine zusätzlichen Mittel erhalten; dass diese dennoch erfolgreich an den Start gehen konnten, ist dem unermüdlichen Einsatz Vieler zu verdanken. Ohne das zusätzliche Engagement von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern sowie der zentralen Hochschulverwaltung wäre dies alles nicht möglich gewesen.

Die Attraktivität der Hochschule war auch im Jahr 2014 außerordentlich gut: Den über 1100 Studienplätzen für Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger standen 31000 Bewerberinnen und Bewerber mit Hochschulzugangsberechtigung gegenüber – eine exzellente Relation! Für die Einstellungen des Jahres 2015 lässt sich schon heute eine ähnlich ausgezeichnete Prognose treffen.

Das Jahr 2015 stellt auch in anderer Hinsicht neue Weichen für die Hochschule: Für den Haushalt 2016 wird versucht werden, für die Einnahmen generierenden Studiengänge (VIT, MPA für freie Bewerber) Stellen für Hochschul- und Verwaltungspersonal zu bekommen. Im Wege der Demografie-Vorsorge soll Gleiches durch Aufstockung der Studierenden am Fachbereich AIV erreicht werden.

Dieser Jahresbericht soll Ihnen die Vielfalt der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung verdeutlichen. Ich wünsche Ihnen eine erbauliche Lektüre.

Ihr



Thomas Bönders

Präsident der Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Senat

Die Arbeit des Senats

Im Jahr 2014 fanden drei Senatssitzungen in der Hochschule des Bundes (HS Bund) statt:

- 25./26. März 2014
- 8./9. Juli 2014
- 18./19. November 2014

In diesen drei Sitzungen wurden u. a. folgende Themenschwerpunkte bearbeitet:

Ordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zur Sicherung guter akademisch-wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit akademisch-wissenschaftlichem Fehlverhalten

Nachdem es in der Vergangenheit immer wieder zu Debatten über wissenschaftliches Fehlverhalten kam, setzte die Deutsche Forschungsgemeinschaft bereits

im Jahr 1997 die international besetzte Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ ein.

Auf Grundlage der Empfehlungen dieser Kommission erarbeiteten die Dekaninnen und Dekane in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Dienst an der Zentralen Hochschulverwaltung der HS Bund einen Entwurf der „Ordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zur Sicherung guter akademisch-wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit akademisch-wissenschaftlichem Fehlverhalten“. Ziel dieser eng mit den Fachbereichen (FB) abgestimmten Ordnung ist die Prävention von Plagiaten und akademisch-wissenschaftlichem Fehlverhalten in Lehre und Forschung.

Der Senat der HS Bund befasste sich in seinen Sitzungen III/2013 und I/2014 mit dem Entwurf dieser Ordnung und verabschiedete die „Ordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zur Sicherung guter akademisch-wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit akademisch-wissenschaftlichem Fehlverhalten“. Sie gilt für den Zentralen Lehrbereich, die Zentrale Hochschulverwaltung und alle FB der HS Bund.

Weitere Themenschwerpunkte

Der Senat befasste sich darüber hinaus mit der Öffnung des Studienganges „Master of Public Administration“. Konkret heißt das, der Masterstudiengang wurde außerhalb des Aufstiegsverfahrens weiterentwickelt. Hinzu kam die Fortentwicklung des Studienganges „Verwaltungsinformatik“ und der Einführung des Fernstudienganges „Verwaltungsmanagement“.

Weiterhin standen Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten, die Änderung der Studienpläne für das Grundstudium an den FB Bundespolizei, Finanzen, Kriminalpolizei, Sozialversicherung und für den Studiengang Verwaltungsinformatik sowie Änderungen der Studienpläne bzw. Modulhandbücher für das Hauptstudium an den FB Bundespolizei, Finanzen und Kriminalpolizei auf der Tagesordnung des Senats. Darüber hinaus befasste sich der Senat im Jahr 2014 mit der Neufassung der Studien- und Prüfungsordnung am FB Sozialversicherung.

Im Rahmen der Berichte des Präsidenten wurde der Senat eingehend über Schwerpunkte der Hochschule informiert. Schwerpunkte dieser Berichte waren beispielsweise:

- Die Ergebnisse aus der Sitzung des Kuratoriums der HS Bund
- Die Entwicklung der Revision der Grundordnung der HS Bund
- Die Entwicklung der Bewerber/innen- und Einstellungszahlen aller FB
- Besuche und Gespräche zur Weiterentwicklung der HS Bund

Neben den Sitzungen des Senats haben zahlreiche Sitzungen der Fachbereichsräte und des Zentralbereichsrates stattgefunden, bei denen fachbereichs- bzw. zentralbereichsspezifische Themenbereiche erörtert worden sind.

Mitglieder des Senats

Dem Senat der Hochschule des Bundes gehörten in 2014 folgende Mitglieder an:

Wählergruppe I – Professorinnen und Professoren sowie gleichgestellte hauptamtlich Lehrende

- **RD Dr. Günter Schmidt**
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- **Prof. Dr. Joachim Lipott**
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- **Prof. Dr. Anke Borsdorff**
Fachbereich Bundespolizei
- **Prof. Dr. Eckart Lang**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung
- **Prof. Dr. Knut Ruschmeier**
Fachbereich Finanzen
- **RR Jörg Mohr**
Fachbereich Kriminalpolizei
- **VOR Klaus Merle**
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- **Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **Prof. Dr. Friedhelm Wallbaum**
Fachbereich Wetterdienst
- **RD Prof. Dr. Andreas Lamers**
Zentraler Lehrbereich

Wählergruppe II – Hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigte

- **Angelika von Dewitz**
Zentraler Lehrbereich
- **Bernhard Eckstein**
Fachbereich Sozialversicherung
- **RAR'in Martina Kühchen**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **LRDir Reiner Beck**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Wählergruppe III – Studierende

- **Mark Dremel**
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- **Sabine Neumann**
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- **Domenic Tackmann**
Fachbereich Bundespolizei
- **Tino Keltsch von Bruck**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung
- **Christian Heylmann**
Fachbereich Finanzen
- **Philipp Ciciliani**
Fachbereich Kriminalpolizei
- **Madeleine Ritter**
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- **N. N.**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **David Paulick**
Fachbereich Sozialversicherung
- **Teresa Kneißl**
Fachbereich Wetterdienst

Darüber hinaus gehörten dem Senat folgende Mitglieder kraft Amtes an:

- **Präsident Thomas Bönders**
Vorsitzender
- **em. Universitätsprofessor Dr. jur. Dr. rer. pol. Klaus König**
Ehrensensator
- **Staatssekretär a. D. Johann Hahlen**
Ehrensensator
- **Bundesminister Peter Altmaier, MdB**
Ehrensensator
- **Bundesminister a. D. Gerhart R. Baum**
Ehrensensator

Dekaninnen und Dekane der Fachbereiche

- **Ltd. RD'in Dr. Yvonne Dorf**
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- **VLR Matthias Hansen**
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- **Präsident Bernd Brämer**
Fachbereich Bundespolizei
- **Direktor Rudolf Junger**
Fachbereich Bundeswehrverwaltung
- **AD Dr. Rüdiger Nolte**
Fachbereich Finanzen
- **Prof. Dr. Thorsten Heyer**
Fachbereich Kriminalpolizei
- **LtdVerwD Karl Friedrich Köhler**
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- **DirBND Dr. Hans Dieter Denk**
Fachbereich Nachrichtendienste
- **RD a. D. Harald Wollkopf**
Fachbereich Wetterdienst

Teilnehmende ohne Stimmrecht

- AP Claus Hoffmann
Kanzler
- Prof. Dr. Sabine Leppke
Dekanin am Zentralbereich bis 30. September 2014
- Prof. Dr. Frank Hochapfel (kommissarisch)
Dekan am Zentralen Lehrbereich ab 1. Oktober 2014



Die Arbeit der Studienplankommission

Die Studienplankommission (StPK) ist ein Ausschuss des Senats der Hochschule des Bundes (HS Bund), dessen Aufgabe es ist, grundsätzliche Fragen des Studiums an der HS Bund zu beraten und den Senat durch die Erarbeitung von Beschlussvorschlägen zu unterstützen. Ihre Mitglieder werden aus den vier Statusgruppen („Dekaninnen und Dekane“, „Professorinnen und Professoren und hauptamtlich Lehrende auf Zeit“, „Sonstige Beschäftigte und Lehrende für besondere Aufgaben“ sowie „Studierende“) des Senats gewählt; die/der Vorsitzende wird von den Mitgliedern der StPK direkt gewählt. Geschäftsführer/in ist die Referatsleiterin oder der Referatsleiter des Wissenschaftlichen Dienstes (Referat W) der HS Bund. Alle Sitzungen der StPK im Jahr 2014 wurden in Brühl durchgeführt.

In der ersten Sitzung dieses Jahres am 5. März 2014 wurden Studienplanänderungen für das fachbereichsübergreifende Grundstudium bzw. das Curriculum der grundlegenden Studieninhalte in zwei Fachbereichen beraten. Die Studienplanänderungen der grundlegenden Studieninhalte des Fachbereiches (FB) Bundespolizei waren in enger Abstimmung mit dem Zentralbereich erfolgt; die Unterlagen (Modulhandbuch, Synopse und Vergleich) waren fristgerecht eingereicht worden. Einstimmig wurde beschlossen, dem Senat die Zustimmung zu empfehlen. Für den FB Kriminalpolizei wurden Änderungen im Modulhandbuch und Studienplan im Bereich der grundlegenden Studieninhalte im Hinblick auf das laufende Reakkreditierungsverfahren des Bachelorstudienganges vorgeschlagen. Die entsprechenden Unterlagen (Modulhandbuch, Synopse und Vergleich) waren fristgerecht eingereicht worden. Einstimmig bei

einer Enthaltung wurde beschlossen, dem Senat die Zustimmung zu empfehlen.

Auch in der zweiten Sitzung am 14. Mai 2014 wurden vor allem Studienplanänderungen sowie Änderungen von Modulhandbüchern für das Curriculum der grundlegenden Studieninhalte beraten. Für den FB Sozialversicherung erläuterte Herr Lowien die Änderungen im Modulhandbuch und Studienplan. Diese Änderungen, die nur den Korridor betreffen und konform zu den „Bopparder Beschlüssen“ sind, basieren auf einer Absolventen/innen-Befragung und der Evaluation des jetzigen Studienganges. Beschlossen wurde, dem Senat die Beschlussfassung zu empfehlen.

Für den Studiengang Verwaltungsinformatik wurden ebenfalls Änderungen im Bereich der grundlegenden Studieninhalte beraten; diese Änderungen waren durch die Erfahrungen mit dem bisherigen Studiengang induziert. Die Änderungen orientieren sich inhaltlich an den Vorgaben der „Bopparder Beschlüsse“; dem Senat wurde nach intensiver Beratung eine positive Beschlussvorlage übermittelt.

Anschließend wurden die Grundlagen der Arbeit und die Darstellung der StPK diskutiert. Diskutiert wurde auch, ob eine Geschäftsordnung die Aufgaben der StPK verdeutlichen kann. Positiven Anklang fand der Vorschlag der Geschäftsführung, einen Auftritt der StPK im Web der HS Bund zu implementieren und wichtige Unterlagen zur Unterstützung und Information der FB in ILIAS zu hinterlegen.

Die dritte Sitzung des Jahres 2014 fand am 21. Oktober 2014 statt. Wichtigster Top war die Beratung der Änderungen im fachbereichsübergreifenden Grundstudium des FB Finanzen. Beschlossen wurde, dem Senat die Beschlussfassung zu empfehlen. Anschließend präsentierte die Geschäftsführung den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Sitzung die für den Internet-Auftritt der HS Bund erstellte Informationsseite; dieser wurde zugestimmt. Ebenfalls positive Resonanz fand die Demonstration des in der Lernplattform ILIAS bereitgestellten Informationsangebotes. Dieses soll über einen „geschützten Zugang“ für eine geschlossene Benutzergruppe (Mitglieder der StPK und Dekaninnen/Dekane) geöffnet werden. Zum Abschluss der Sitzung wurden die Grundlagen der Arbeit der StPK intensiv diskutiert. In einem Gespräch des Vorsitzenden mit dem Präsidenten im Oktober 2014 wurde die von der StPK vertretene Aufgabenteilung bestätigt; der Präsident regte eine Umbenennung und Ausweitung der Aufgaben der StPK an.

Die letzte Sitzung des Jahres 2014 war am 1. Dezember 2014. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Beratung der Verfahrensweise bei der Erstellung von Beschlussvorlagen zu Studienplanänderungen. Zu diesem Top waren die Leitungen der Referate Z 1 und H im Hinblick auf ihre Zuständigkeiten eingeladen worden: Prüfungsordnungen müssen seit geraumer Zeit in Form von Rechtsverordnungen ergehen, deshalb sind die Prüfungsordnungen im Vergleich zu Studienplänen und Modulhandbüchern von ausschlaggebender Bedeutung. Dies ist insbesondere in Bezug auf das fachbereichsübergreifende Grundstudium relevant, weil die Hochschule inzwischen unterschiedliche

Abschlüsse und auch ein modularisiertes Studium anbieten. In verschiedenen Modulhandbüchern und Prüfungsordnungen wird das gemeinsame, fachbereichsübergreifende Grundstudium nicht mehr ausgewiesen. Damit ist eine Vergleichbarkeit des Grundstudiums erschwert. Vor diesem Hintergrund muss sichergestellt sein, dass zumindest in den Prüfungsordnungen deutlich wird, welche Module dem fachbereichsübergreifenden Grundstudium und der Zwischenprüfung entsprechen. Da in der Sitzung keine Beschlussfähigkeit vorlag, kann eine abgestimmte Vorgehensweise erst in 2015 beschlossen werden. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde das von der Geschäftsführung der StPK erarbeitete Prüfschema für Studienplanänderungen und Änderungen der Modulhandbücher erörtert und ergänzt. Daran anschließend wurden eine Ausweitung der Aufgaben sowie eine mögliche Namensänderung der StPK beraten; in der Diskussion wurde auf verschiedene, erfolgreich bearbeitete Sonderaufgaben der letzten Jahre verwiesen. Beschlüsse hierzu wurden nicht gefasst.

Die Geschäftsstelle der StPK (Referat W) hatte alle Studienpläne an das Corporate Design der HS Bund sowie an die in den „Bopparder Beschlüssen“ geforderte inhaltliche Struktur angepasst. Beispielhafte Dokumente wurden zum Abschluss der Sitzung präsentiert. Sie fanden die einhellige Zustimmung der Kommissionsmitglieder. Die entsprechenden Dokumente sollen den FB als Grundlage zur Verfügung gestellt werden.

Die nächste Sitzung wurde für den 3. Februar 2015 geplant.

Mitglieder der Studienplankommission

Gruppe der Dekaninnen und Dekane

- Prof. Dr. Thorsten Heyer
Fachbereich Kriminalpolizei
- Direktor Rudolf Junger
Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Gruppe der Professorinnen und Professoren sowie der gleichgestellten hauptamtlich Lehrenden

- RD Prof. Dr. Andreas Lamers – Vorsitzender
Zentraler Lehrbereich
- VOR Klaus Merle
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Gruppe der Lehrenden für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigten

- LRDir Reiner Beck
Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Gruppe der Studierenden

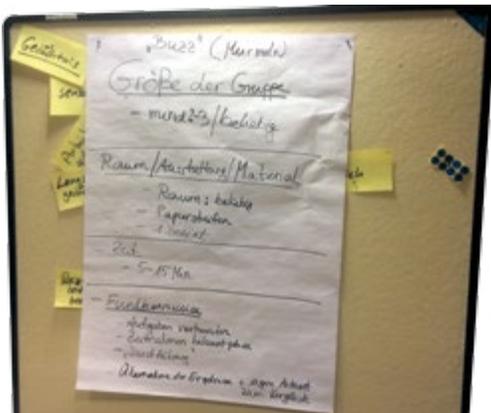
- David Paulick
Fachbereich Sozialversicherung
- Domenic Tackmann
Fachbereich Bundespolizei

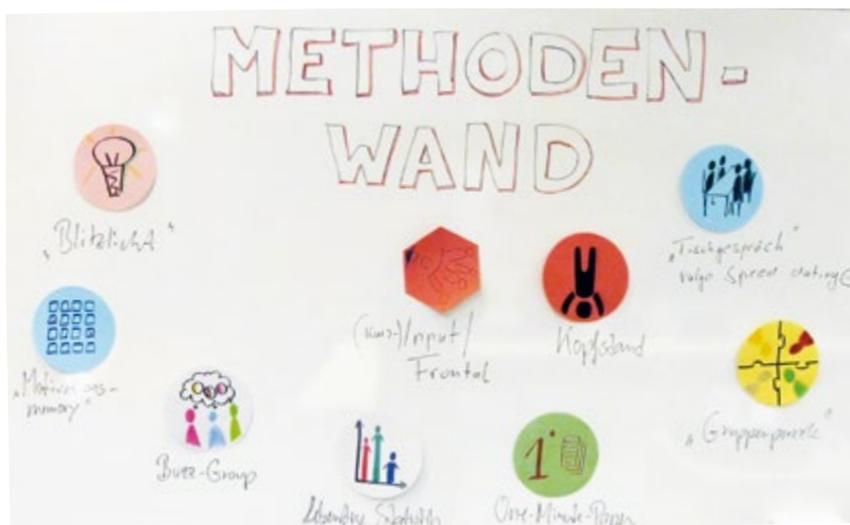
Studium und Lehre

Zentraler Lehrbereich

Rückwirkend zum 1. Oktober 2014 ist die neue Grundordnung der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (GO-HS Bund) in Kraft getreten. Der Zentrale Lehrbereich hat dadurch eine neue Gestalt erfahren. Die GO konstruiert den Zentralen Lehrbereich mit dem Lehrbereich Grundstudium, dem Lehrbereich weiterer grundständiger und weiterqualifizierender Studiengänge. Auch die Aufgaben und Strukturen des Dekanates sind in der GO festgelegt worden. Erstmals hat der Dekan kraft Amtes einen Sitz im Senat der Hochschule und somit

Organqualität erlangt. Er koordiniert die Lehre am Zentralen Lehrbereich, achtet auf die Einhaltung der Dienstpflichten sowie die Einhaltung der Regelungen zum Deputat der hauptamtlichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und sorgt für die Beteiligung des Lehrkörpers an Hochschulprüfungen. Ihm steht insoweit unbeschadet der Rechte des Präsidenten ein Aufsichts- und Weisungsrecht zu.





Nach der Wahl in der konstituierenden Sitzung des Zentralbereichsrates wurden Prof. Dr. Hochapfel und Prof. Dr. Esterhaus vom Präsidenten für vier Jahre zum Dekan bzw. zum Prodekan bestellt. Prof. Dr. Hochapfel hat Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz studiert und wurde dort 2003 zum Dr. rer. pol. promoviert. Von 2003 bis 2007 war er Grundsatzreferent und stellvertretender Büroleiter des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Daneben hat er Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen wahrgenommen, unter anderem an der Frankfurt School of Finance and Management (HfB) und der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung. Seit 2007 ist er Professor für Wirtschaftswissenschaften am Zentralen Lehrbereich der HS Bund in Brühl.

Prof. Dr. Esterhaus hat Rechtswissenschaften und Evangelische Theologie an den Universitäten Gießen und Marburg studiert. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen war er von 2005 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Gießen und wurde dort zum Dr. iur. promoviert. Nach einem Auslandssemester

als Visiting Professor an der Wisconsin University (Madison, USA) erfolgte zum Januar 2012 die Bestellung als Hochschullehrer und im Dezember 2014 die Ernennung zum Professor für die öffentlich-rechtlichen Fächer an der HS Bund.

Neues aus der Lehre

Das Dekanat unterstützt unter anderem auch die Fortbildung der Lehrenden. Der Wissenschaftliche Dienst ist federführend für das Thema Hochschuldidaktik am Zentralen Lehrbereich der HS Bund und bietet umfangreiche Weiterbildungsangebote an.



Das Kernanliegen der Hochschuldidaktik ist es, den Lernerfolg der Studierenden zu steigern. Dies ist ein komplexes Unterfangen, denn Lehrsituationen stehen in unterschiedlichen institutionellen Kontexten. Lehrende haben ihre jeweils eigene Lehrphilosophie und Studierende unterschiedliche Voraussetzungen für das Lernen. Lehre und Lernen sind von Heterogenität geprägt. Da die Anforderungen an die Rolle der Lehrenden steigen, ist es die Aufgabe der Hochschuldidaktik, sie dabei zu unterstützen, Lehr- und Lernprozesse so zu gestalten, dass trotz der Lerner/innen-Verschiedenheiten möglichst viele Studierende dazu befähigt werden, eigenständig und problemorientiert, praxisbezogen sowie anschlussfähig lernen zu können.

Die Lehrenden berichten von vielen Praxisbeispielen und Erfahrungen bei der Entwicklung ihrer Lehre. Verschiedene Methoden dienen als mögliche Herangehensweise an die Heterogenität der Lehre. Die vielfältigen Methoden sind individuell einsetzbar, und dies auch in kurzer Vorbereitungszeit. Durch Abwandlungsmöglichkeiten lassen sie sich in vielen Lehrsituationen einsetzen und dienen der interaktiven Lehrgestaltung.

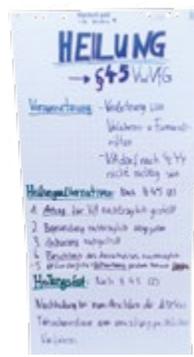
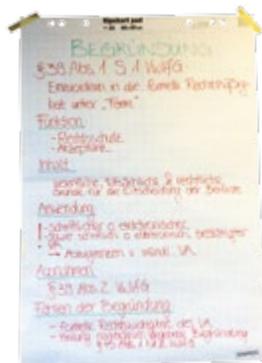
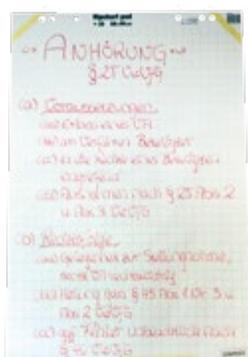


Beispiele aus der Praxis

Mehrfach zum Einsatz kam das sogenannte „Gruppenpuzzle“. Mithilfe des „Gruppenpuzzles“ können umfangreiche Informationen vermittelt werden. Die Methode ist dort einsetzbar, wo sich ein Inhalts- oder Wissensgebiet in Teilgebiete oder -fragen aufteilen lässt. Aufgeteilt in Gruppen erarbeitet jede Gruppe ihren Aufgabenteil und wird dadurch zu Experten/innen. Der Austausch der erarbeiteten Informationen erfolgt anschließend in Puzzle-Gruppen, d. h. in jeder Gruppe befindet sich ein Mitglied jeder Experten/innengruppe.

Im Effekt berichten alle Teilnehmenden aktiv, was sie gerade gelernt haben. Die Puzzle-Gruppe erhält nur dann sämtliche Informationen, wenn wirklich jedes Gruppenmitglied sich zuvor einen Experten/innen-Status erarbeitet hat. Weil die Studierenden dies wissen, arbeiten sie auch schon in den Experten/innen-Gruppen intensiv und aktiv mit. Im Verwaltungsrecht haben sich einige Kurse auf diese Weise Aspekte der formellen Rechtmäßigkeit erarbeitet.

Der Einsatz innovativer Lehrmethoden bindet vorhandenes Wissen und Fähigkeiten der Studierenden ein und ermöglicht die gemeinsame Arbeit von Lehrenden und



Studierenden an Themen und Aufgaben. Dadurch erfahren die Studierenden einerseits, dass sie mit ihrem Handeln zum Gelingen der Lehr- und Lernprozesse beitragen können. Andererseits wird dadurch der Aspekt der sozialen Eingebundenheit bedient, denn nachhaltiges Lernen bedarf des Austausches mit anderen.

Evaluation am Zentralen Lehrbereich

Eine Aufgabe des Evaluationsbeauftragten RD Prof. Dr. Lamers zu Beginn des Jahres 2014 war es, den Rücklauf von Fragebögen zu erhöhen. Aus verschiedenen Gründen konnten zu Beginn 2014 keine Reports erstellt werden, was die Basis für fächerspezifische Zusammenfassungen und Vergleiche schmälerte. Daher versuchte der Evaluationsbeauftragte RD Prof. Dr. Lamers, den Rücklauf der Fragebögen durch intensiven Austausch und umfassende Informationen der Lehrenden zu erhöhen, was ihm auch gelang.

Auf Grundlage der vorliegenden Reports wurden Anfang 2014 einige statistische Auswertungen zu dem im Jahr 2013 begonnenen Pilotversuch durchgeführt. Grundlage waren die von der Arbeitsgruppe Evaluation entwickelten und im Zentralbereichsrat im November 2012 beschlossenen Pilot-Fragebögen. Diese sind gegenüber dem bisher verwendeten Standardfragebogen kürzer und prägnanter formuliert. Außerdem unterscheiden sich die beiden Pilotbögen durch die Platzierung der offenen Fragen: Im Bogen Pilot 1 stehen sie am Anfang des Fragebogens, im Bogen Pilot 2 am Ende. Die durchgeführten Auswertungen zeigen, dass die Platzierung der offenen Fragen am Anfang einen deutlich positiven Effekt auf die Häufigkeit verbaler Antworten besitzt. Unterschiede bei den Antworten auf die geschlossenen Fragen konnten dagegen nicht belegt werden. Einige durchgeführte t-Tests auf Mittelwertdifferenzen zeigten hier keine signifikanten Unterschiede.

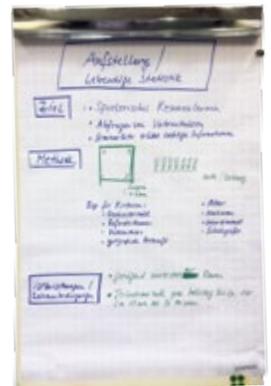
Weiterentwicklung der Evaluation am Zentralen Lehrbereich

Wegen zunehmender Belastungen in Lehre und Hochschulverwaltung konnte die Arbeitsgruppe Evaluation den avisierten Fragebogen zur Bewertung der Rahmenbedingungen inklusive der Verwaltungsleistungen noch nicht fertigstellen. Ebenfalls aus Zeitgründen konnte noch kein zusammenfassender Evaluationsbericht über die Ergebnisse der mit EvaSys durchgeführten Auswertungen erstellt werden. Hinzu kommt der Wegfall der Unterstützung bei der Auswertung der erhobenen Daten (Erstellung dozenten- und fächerspezifischer Zusammenfassungen und Vergleiche) durch datenschutzrechtliche Restriktionen. Dies hat zur Folge, dass die Zusammenfassungen und Vergleiche von dem Evaluationsbeauftragten persönlich erstellt und ausgewertet werden müssen, was einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet. Für andere Bereiche, wie den Master of Public Administration (MPA), konnte erfolgreich Starthilfe für die Einrichtung eines angepassten Evaluationsverfahrens geleistet werden.

Ausblick

Evaluation ist ein wichtiges Instrument zur ständigen Verbesserung und Kontrolle der Qualität des Lehrens und Lernens an der HS Bund. Die erfolgreiche Reakkreditierung des FB Kriminalpolizei zeigt, dass eine funktionierende Evaluation als Instrument der Qualitätssicherung unverzichtbar ist und von den Akkreditierungsagenturen vorausgesetzt wird.

Wichtig ist, die vereinzelt sichtbar gewordene Zurückhaltung bzw. Skepsis in Fragen der Evaluation zu überwinden, um so die Qualität des Lehrens und Lernens an der HS Bund stetig weiterzuentwickeln.



Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Leitung:	Ltd. RD'n Dr. jur. Yvonne Dorf
Sitz/Standorte:	Brühl
Studiengang:	Verwaltungsmanagement
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)
Studierendenzahl:	326
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2014:	115
Hauptamtlich Lehrende:	7

Erfolgreicher Abschluss des dreijährigen Studiums

Im Jahr 2014 haben insgesamt 93 Studierende das Studium „Verwaltungsmanagement“ erfolgreich absolviert.

Diplomfeiern im März und September 2014

Die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) verlieh am 31. März und 30. September 2014 im Rahmen eines feierlichen Festaktes den Absolventinnen und Absolventen des Studienganges „Verwaltungsmanagement“ den akademischen Grad Diplom-Verwaltungswirtin (FH) bzw. Diplom-Verwaltungswirt (FH). Gleichzeitig wurde ihnen die Befähigung zur Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes des Bundes zuerkannt. Präsident Bönders überreichte den Diplomandinnen und Diplomanden ihre Urkunden und gratulierte ihnen zur bestandenen Laufbahnprüfung. Mit durchschnittlich 10,83 (März 2014) bzw. 10,56 Rangpunkten (September 2014) erzielten die Studierenden „gute“ Ergebnisse.



Rede des Präsidenten
 Thomas Bönders.

Im März 2014 würdigte Herr Dr. Eisvogel, Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV), die Leistungen der Absolventinnen und Absolventen mit einem Festvortrag zum Thema „Demografischer Wandel“ und den damit notwendigen Veränderungen in der Verwaltung. Die Leiterin des Fachbereiches (FB), Dr. Dorf, überbrachte die Glückwünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FB und dankte in ihrer Begrüßungsrede vor allem auch den Praktikumsbehörden für ihren Einsatz und ihr Engagement.

In ihrer Begrüßungsrede im September 2014 würdigte die Fachbereichsleiterin insbesondere die überzeugende Praxisrelevanz der vorgelegten Diplomarbeiten und dankte allen Beteiligten, die das gute Ergebnis möglich gemacht haben. Außerdem zeigte sie anhand von Beispielen auf, dass die Studieninhalte des Studiengangs „Verwaltungsmanagement“ in Politik und Verwaltung auch tatsächlich stattfinden und die Lehrinhalte durch aktuelle Ereignisse regelmäßig „lebendig“ werden und Anlass zur Diskussion und Fallbearbeitung im Unterricht geben.



oben: Festansprache des
Abteilungsleiters D im BMI Fietz.
unten: Eheleute Schmidt

In seiner Festansprache hob der Leiter der Abteilung D im Bundesministerium des Innern MinDir Paul Fietz die große Bedeutung des hohen Standards der Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung hervor. Vor allem das professionalisierte Auswahlverfahren und die Modularisierung des Studienganges „Verwaltungsmanagement“ sind Kennzeichen dieses hohen Standards. Auch die Einrichtung des Fernstudienganges „Verwaltungsmanagement“ zeige, so Fietz, eine weitere Flexibilisierung der Ausbildung unter Beibehaltung des hohen Ausbildungsstandards, die zu mehr Familienfreundlichkeit und Akzeptanz unter den Beschäftigten beitrage.

Die Diplomierungsfeiern am 31. März und 30. September 2014 wurden von den Eheleuten Schmidt mit Kompositionen von Gaëtano Pugnani, Pjotr Iljitsch Tschaikowsky, Michael W. Smith, Erich Wolfgang Korngold und Eduard Poldini musikalisch festlich umrahmt.

Für die frisch gekürten Beamtinnen und Beamten begann am 1. April 2014 sowie 1. Oktober 2014 der herausfordernde Berufsalltag. Ihr Dienstantritt erfolgte u. a. im Bundesministerium des Innern, im Bundesministerium für Bildung und Forschung, im Deutschen Bundestag, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, im Bundeskriminalamt und im Bundesamt für den Verfassungsschutz.

Willkommen an der Hochschule

Am 1. April 2014 und 1. Oktober 2014 nahmen insgesamt 84 Studierende, unter ihnen zwei Aufstiegsbeamte, ihr Studium im Präsenzstudiengang „Verwaltungsmanagement“ am FB AIV auf.

In feierlichen Festakten wurden die Laufbahnbewerberinnen und -bewerber zu Beamtinnen und Beamten auf Widerruf ernannt und traten in ein Beschäftigungsverhältnis mit der HS Bund ein. Die Studierenden setzten sich erfolgreich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren mit über 1500 Bewerberinnen und Bewerbern durch. Wie in den vergangenen Jahren wurde das Auswahlverfahren (schriftlicher und mündlicher Teil) vom FB AIV an der HS Bund mit organisatorischer Unterstützung des Bundesverwaltungsamtes durchgeführt.



Studienjahrgang
2014-1 und 2014-2



In ihrer Begrüßung ging die Fachbereichsleiterin Dr. Dorf auf die Studienbedingungen des Campus der HS Bund in Brühl ein. Sie betonte die im Vergleich zu anderen Hochschulen herausragenden Studienbedingungen, wie z. B. die intensive Lernatmosphäre in kleinen Kursen. Außerdem erläuterte sie exemplarisch die mit dem Beamtenstatus erworbenen Rechte und Pflichten der Studierenden. In dem modularisierten Studiengang „Verwaltungsmanagement“ werden die Studierenden in einem breiten Spektrum auf die sich ständig ändernden Anforderungen in der Berufspraxis vorbereitet. Fachtheoretische Studienzeiten (insgesamt 24 Monate einschließlich Diplomarbeit) und berufspraktische Studienzeiten, verteilt auf zwei Praktikumssemester, wechseln hierbei einander ab. In einer jeweils einwöchigen Einweisungsveranstaltung lernten die Studienanfänger/innen die HS Bund und ihren Aufbau ausführlicher kennen. Sie beschäftigten sich nicht nur mit der Modulstruktur des Studienganges „Verwaltungsmanagement“, sondern sie konnten sich auch eingehend mit den Nutzungsmöglichkeiten, u.a. der Bibliothek und dort vor allem den Literaturrecherchemöglichkeiten, vertraut machen.

Praktikum

Neben den obligatorischen Inlandspraktika, die in Bundesbehörden zu absolvieren sind, bietet der FB AIV besonders leistungsstarken Studierenden seit dem Sommersemester 2011 auch die Möglichkeit eines Auslandspraktikums (mit bis zu dreimonatiger Dauer) an. Im Jahr 2014 konnten insgesamt zehn Studierende ein solches Auslandspraktikum an folgenden Einrichtungen absolvieren:

- Deutsches Historisches Institut in London
- Deutsches Historisches Institut in Paris
- Deutsches Historisches Institut in Rom
- Deutsches Historisches Institut in Warschau
- Deutsches Forum für Kunstgeschichte in Paris
- Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU in Brüssel

Zukünftig werden auch weitere Kooperationen mit Behörden im Ausland angestrebt, nicht zuletzt um die interkulturellen Kompetenzen der Studierenden zu stärken.

Start des berufsbegleitenden Fernstudienganges „Verwaltungsmanagement“

Am 1. April 2014 nahmen 40 Studierende ihr Studium im Aufstiegs-Fernstudiengang „Verwaltungsmanagement“ am FB AIV auf. Den Beamtinnen und Beamten des mittleren nichttechnischen Dienstes sowie vergleichbaren Tarifbeschäftigten bietet sich mit diesem dreijährigen Studium die Chance, den Abschluss „Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)“ zu erlangen und sich damit für Aufgaben in der Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes zu qualifizieren.

Studienjahrgang 14-1



Die Implementierung eines berufsbegleitenden Fernstudienganges für den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen nichttechnischen Dienst unter gleichzeitiger Öffnung des Studienganges für Tarifbeschäftigte stellt eine nachhaltig wirkende innerbehördliche Weiterqualifizierung dar. Zudem besteht die berechtigte Hoffnung, den Anteil der Frauen im Aufstiegsverfahren deutlich zu erhöhen.

Die Weiterentwicklung trägt auch der demografischen Herausforderung einer mittelfristig rückläufigen Entwicklung der Anzahl der Schulabgänger/innen und einer an Intensität gewinnenden altersbedingten Fluktuation Rechnung. Viele Bundesbehörden stehen in absehbarer Zeit vor der Aufgabe, in zunehmendem Maße geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerbehördlich weiterzubilden und zu fördern. Dies gilt gerade auch für die Gruppe der Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes und entsprechende Tarifbeschäftigte, die ein behördeninternes Reservoir für die Ergänzung des gehobenen Dienstes bilden. Die mit einem Fernstudium zu erreichende bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist ein entscheidender Vorteil gegenüber einem Präsenz- bzw. Vollzeitstudium, ohne den Qualitätsanspruch zu reduzieren. Moderne Kommunikationsmedien ermöglichen es, die Vorteile eines Distance-Learnings mit dem zielgruppenadäquaten Qualitätsanspruch an ein Fernstudium zu verbinden.

Ein derartiges Fernstudium setzt ein hohes Maß an Selbstorganisation und -disziplin voraus. Diese Grundsätze galt es, bei Ausgestaltung des Fernstudienganges „Verwaltungsmanagement“ umso mehr zu beachten, da

es sich bei den Studierenden um einen Personenkreis handelt, der sich ausschließlich aus Aufsteigern/innen vom mittleren in den gehobenen Dienst bzw. vergleichbare Tarifbeschäftigte zusammensetzt und in der Regel bisher noch kein wissenschaftliches Studium absolviert hat. Eine besondere Herausforderung liegt auch darin begründet, dass das Fernstudium das gleiche Arbeitspensum wie das vergleichbare Präsenzstudium beinhaltet, hierbei jedoch – bis auf wenige mehrtägige Präsenzphasen – kein Präsenzunterricht stattfindet, sondern sich der Unterrichtsstoff über Fernstudienbriefe und sonstige nicht standardisierte Lernmaterialien über das Lesen angeeignet werden muss. Der FB AIV hat diese Besonderheit zum Anlass genommen, für die Studierenden des Fernstudienganges ein speziell für deren Bedürfnisse angepasstes Betreuungskonzept zu entwickeln, bei dem vor allem die Implementierung methodisch-didaktischer und analytischer Wissenstransformation im Mittelpunkt steht. Die erfreulichen Ergebnisse der Zwischenprüfung Ende Dezember 2014 nach dem ersten neunmonatigen Studienabschnitt zeigen, dass diese methodischen Unterstützungsmaßnahmen auch für die Zukunft wegweisend sein können.

Auch für den Studiengang 2015 haben sich im Jahr 2014 wieder zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beworben. Die von den Behörden benannten 193 Aufstiegsbewerberinnen und -bewerber haben im Zeitraum vom 27. September bis 7. November 2014 am vom FB AIV durchgeführten Auswahlverfahren für den Fernstudiengang teilgenommen. Zugelassen werden können zum 1. April 2015 die 40 erfolgreichsten Kandidatinnen und

Kandidaten. Die Anfang 2014 durchgeführte Abfrage bei den Behörden ergab auch für das Jahr 2015 einen rund doppelt so großen Bedarf an Studienplätzen im Fernstudiengang.

Bewerbungskampagne 2014

Messen und Informationsveranstaltungen

Der FB AIV hat auch im Jahr 2014 wieder große Anstrengungen unternommen, um potentielle Bewerberinnen und Bewerber für die Aufnahme eines Studiums am FB zu interessieren. So präsentierte der FB sein Studienangebot gemeinsam mit dem für das Hochschulmarketing zuständigen Referat H der HS Bund auf der „Einstieg“ in Köln, einer der bundesweit größten Bildungsmessen. Ferner beteiligte sich der FB AIV wie in den Vorjahren auf der „Horizon – Messe für Studium und Ausbildung“ in Stuttgart, Münster und Leipzig mit einem Stand, an dem sich gezielt junge Leute mit Hochschul- oder Fachhochschulreife über den Studiengang „Verwaltungsmanagement“ beraten lassen konnten.

Die Bewerbungskampagne für die Besetzung der Studienplätze stand unter dem Motto „Studieren – Gestalten – Verändern“ und setzte wiederum einen Schwerpunkt auf die Gewinnung Studieninteressierter mit Migrationshintergrund. Hierbei wurden Gymnasien mit einer großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gezielt durch ein Schulmailing angesprochen.

Darüber hinaus wurden die Stellenausschreibungen an alle Gymnasien und Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe in Deutschland versandt. Diese kostengünstige Marketingmaßnahme hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Dies beweisen auch die Auswertungen der Medien im Rahmen des Bewerbungsverfahrens.

Das Online-Bewerbungsverfahren sowie die gezielte Auswahl von Messebeteiligungen und Informationsveranstaltungen sorgten dafür, dass auch für das Studienjahr 2014 die Gesamtbewerberzahl mit knapp 1500 Bewerbungen nahezu gehalten werden konnte.

5. Fachbereichstag zum Studiengang „Verwaltungsmanagement“ an der HS Bund

Die Erfolge der vorangegangenen Fachbereichstage ermutigten den FB, am 29. August 2014 diese Veranstaltungsreihe des FB AIV an der HS Bund fortzuführen. Eingeladen waren wie in den Vorjahren Auszubildende und ehemalige Auszubildende in der Bundesverwaltung, die die Hochschulzugangsberechtigung besitzen, Bewerberinnen und Bewerber für den Studienbeginn April und Oktober 2015 sowie Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland im Rahmen des Schulmailings. Darüber hinaus hatten auch aktuell Studierende die Möglichkeit, sich bei potentiellen Praktikums- und Einstellungsbehörden zu informieren.

Rund 300 junge Menschen, angereist aus ganz Deutschland, nutzten die Gelegenheit, sich ausführlich über Studienbedingungen und Studienmöglichkeiten zu informieren:

- Lehrende des FB stellten in „Schnuppervorlesungen“ ihre Studiengebiete anhand interessanter Fälle vor.
- Fragen rund um das Bewerbungs- und Auswahlverfahren wurden in einer gesonderten Veranstaltung ausführlich beantwortet.
- Lehrende, Verwaltungsangehörige, Studierende und auch Absolventinnen und Absolventen beantworteten Fragen zum Studium, zu den Praktika und zum Leben auf dem Campus.
- Praktikums- und Einstellungsbehörden stellten sich vor und informierten über den Praktikumsverlauf, die Aufgaben ihrer Behörden und die späteren beruflichen Möglichkeiten.

Schnuppervorlesung



Vertreten waren:

- Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Das Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Die Bundesamt für Justiz
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Das Bundesverwaltungsamt
- Das Bundeskriminalamt
- Das Deutsche Patent- und Markenamt
- Das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik
- Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- Die Bundesnetzagentur

Die Begrüßungsveranstaltung und die „Schnuppervorlesungen“ waren so gut besucht, dass die Hörsäle fast aus allen „Nähten“ platzten. Auch die im Rahmen des Fachbereichstages angebotene Informationsveranstaltung zum berufsbegleitenden Fernstudiengang „Verwaltungsmanagement“ stieß auf großes Interesse. Am Informationsstand des FB AIV nutzten die Interessentinnen und Interessenten vor allem auch das Angebot, mit Studierenden ins Gespräch zu kommen.

Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Leitung:	Vortragender Legationsrat Matthias Hansen
Sitz/Standorte:	Berlin
Studiengang:	Gehobener Auswärtiger Dienst
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)
Studierendenzahl:	121 (113 KSA, 8 Praxis-/VST-Aufsteiger)
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2014:	43
Hauptamtlich Lehrende:	17

In Anwesenheit von Präsident Bönders wurden im August 2014 die KSA 2011 nach ihrem Hauptstudium II, ihrer Lehrbesichtigungsfahrt nach Den Haag und Amsterdam und Laufbahnprüfung durch Staatssekretär Ederer zu Konsultssekretären/innen ernannt und verabschiedet. Alle gingen ins Ausland, viele haben gleich

Die KSA des Studienganges 2014 am Tag der Verteidigung, Villa Borsig in Berlin Tegel, Gästehaus des Bundesministers des Auswärtigen.



die Verantwortung auf Posten mit schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen übernommen – stellvertretend seien hier Lagos, Abuja und Kinshasa genannt.

Die KSA 2012 absolvierten von Februar bis Oktober 2014 ihr Auslandspraktikum und wurden nach ihrer Rückkehr mit dem traditionellen gemeinsamen Abend von den Studierenden der anderen Jahrgänge, den Dozenten/innen und der Ausbildungsleitung willkommen geheißen. Die Rückmeldungen zeigten, dass das Praktikum – wie in den Vorjahren – nicht nur von beiden Seiten als kollegialer Gewinn empfunden wurde, sondern dass auch die Vertiefung des Studienstoffes an den Botschaften und Konsulaten funktioniert. Inzwischen liegt auch die Diplomarbeit hinter den Kollegen/innen, und sie sind mit dem Jahreswechsel auf die „Zielgerade“ ihrer Ausbildung eingebogen.

Die KSA 2013 und 2014 absolvierten im zurückliegenden Jahr ihre Inlandssemester an der Akademie in Tegel, in der Zentrale des Auswärtigen Amtes (AA) sowie am Fachbereich Rechtspflege der HWR Berlin. Besonders gefreut haben wir uns am Fachbereich wieder über die Kombination aus Ausbildungserfolg und extra-curricularem Engagement, sei es bei der Nachwuchsgewinnung auf Abiturienten-Messen, beim Tag der offenen Tür oder im Kulturprogramm der Akademie: mit musikalischen Beiträgen zur Vereidigungsfeier der 14er wie dem Willkommens-Chor und der Darbietung der Nationalhymne durch eine KSA, die ausgebildete Opernsängerin ist, und bei der künstlerischen Gesamtgestaltung des traditionellen „Bunten Abends“ der Akademie.

Zu den Höhepunkten der Ausbildung zählten neben den Praktika an unseren Auslandsvertretungen wie in jedem Jahr die Lehrbesichtigungsfahrten. Die Reise der KSA 2013 zum Abschluss ihres Grundstudiums beinhaltete nicht nur Besuche bei unseren Vertretungen in Brüssel und den dort ansässigen EU-Institutionen, sondern auch einen Abschlusstag in Bonn mit Besuch der dort verbliebenen AA-Dienststelle sowie der im Bonner UN-Campus ansässigen Sekretariate der Vereinten Nationen.



Die KSA des Studienjahrganges 2013 im Europäischen Parlament, Lehrbesichtigungsfahrt nach Brüssel.

Die Abschlussfahrt der KSA 2011 im Juli führte nach Den Haag und Amsterdam: mit einem für alle sehr bewegenden Besuch des Anne-Frank-Hauses, mit Briefings bei den internationalen Gerichtshöfen und im niederländischen Außenministerium sowie bei Botschaft, Konsulat, Goethe-Institut und Handelskammer – und mit schönen gemeinsamen Abenden bei einer Grachtenfahrt und beim „Public Viewing“ des legendären Deutschland-Brasilien-Spieles.

Ende Oktober trafen die KSA 2013 wieder mit den Teilnehmern/innen des alljährlichen „Kanzlerseminars“ zusammen, den Verwaltungsleitern/innen deutscher Auslandsvertretungen weltweit. Diese Gelegenheit zum abendlichen Austausch fand – wie in den Vorjahren – auf beiden Seiten großen Anklang und wurde lange über das offizielle Ende der Veranstaltung hinaus fortgesetzt. Gleichzeitig nutzte der Dekan die Chance, diesem angesehenen Forum erfahrener gehobener Dienst-Kollegen/innen, die in unserem Haus beträchtliche Multiplikatorenwirkung haben, wieder ein Briefing plus reger Diskussion zur Nachwuchs- und Studienentwicklung am Fachbereich geben zu können.

Im Frühjahr 2014 schlossen – neben unseren KSA – auch vier Kolleginnen aus unserem hausinternen Angestelltenaufstieg („VST-Aufstieg“) ihre zweijährige Qualifikationsphase erfolgreich ab. Nach dem siebenmonatigen theoretischen Teil ihrer Ausbildung in Tegel und ihren Auslandspraktika in Warschau, Amsterdam, Manila, Kopenhagen und Stockholm, hatten sie bis zur Prüfung noch ein halbes Jahr in der Rechtsabteilung des AA gearbeitet. Im August 2014 begann das Programm für ihren Nachfolgelehrgang, zusammen mit den Praxisaufsteigern. Die Arbeit mit dieser kleinen, hochmotivierten Gruppe dienstereifere Kollegen/innen, die sich bewusst auch neben Rotation und Familie nochmal für den beruflichen Aufbruch zu neuen Ufern entschieden haben, gefällt auch unseren Dozenten/innen immer wieder sehr.

Im Jahr 2015 werden die KSA 2014 ihre erste Zwischenprüfung, ihr Inlandspraktikum und ihr Hauptstudium absolvieren, die KSA 2013 in ihr Auslandspraktikum gehen und

ihre Diplomarbeit schreiben, und die KSA 2012 ihr Hauptstudium II und ihre Laufbahnprüfung ansteuern – und natürlich ihre ersten verantwortlichen Dienstposten im Ausland antreten. Die Fachbereichsleitung freut sich gespannt darauf, sie auf diesem Weg zu begleiten, und wünscht ihnen schon jetzt alles Gute und viel Erfolg.

An den Werbemaßnahmen des Fachbereiches wirkten auch 2014 wieder zahlreiche KSA mit. Auf Messen in Karlsruhe, Frankfurt, Hamburg, Dortmund, München, Passau und Berlin sowie beim Tag der offenen Tür im Auswärtigen Amt warben sie gemeinsam mit der Fachbereichsleitung um Nachwuchs. Generell haben wir das Thema „Nachwuchssicherung“ – am Fachbereich wie an der Akademie insgesamt – über die letzten drei Jahre zu einem Arbeitsschwerpunkt entwickelt. Von 2010 bis 2014 haben wir unsere Investitionen in das gesamte Spektrum der Nachwuchsgewinnung vervierfacht: in Gestalt neuer Messeauftritte sowie verstärkter Präsenz in Print- und elektronischen Medien. Als Innovation haben wir 2014 auch erstmals einen Französisch-Brückenkurs angeboten, um Bewerber/innen, die das Auswahlverfahren mit einer anderen Zweitsprache erfolgreich bestanden haben, eine gezielte Vorbereitung auf unseren obligatorischen Französisch-Grundlagentest zu ermöglichen. Damit möchten wir vor allem die wachsende Zahl der Spanisch-Zweitsprachler an den Gymnasien gezielter ansprechen als bisher.

Besonders erfreulich war vor diesem Hintergrund, dass wir 2014 als Ergebnis zum zweiten Mal in Folge einen substantiellen Anstieg der Bewerberzahlen verzeichnen konnten, mit besonders stark ausgeprägter Zunahme aus dem Kreis junger Abiturienten/innen.

Auf dem Gebiet der Studienentwicklung hat sich der Fachbereich im Jahr 2014 zwei Schwerpunkte gesetzt (und dankt an dieser Stelle ausdrücklich den hochgeschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wissenschaftlichen Dienstes am Zentralbereich für ihre Anregungen, ihre Initiativen und ihr aktives Coaching in diesem Prozess): die gezielte Integration der Bologna-Konzepte „Schlüssigkeit“ und „Studierbarkeit“ in das Konzept eines weiterentwickelten Diplomstudienganges, ein Ziel, das seinen Ursprung in der letztjährigen hausinternen Bachelor/Diplom-Diskussion hat, und die gezielte Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 2013 zur Entwicklung des dualen Studiums, insbesondere der systematischen und dokumentierten Verzahnung von Theorie und Praxis.

Unser Ziel ist, dass sich beide Ansätze nebeneinander im Laufe des Jahres 2015 in grundlegend modernisierten Fassungen von LAPO und Studienplan widerspiegeln können.

Ein schöner und für die Kollegen/innen im Haus wichtiger Erfolg auf anderem Gebiet konnte schließlich mit Unterstützung von Präsident Bönders im Herbst 2014 erreicht werden: die bei Redaktionsschluss bereits eingelöste Zusage der KMK und des Statistischen Bundesamtes, verwaltungsinterne Studiengänge künftig auch in der internationalen Außendarstellung des deutschen Bildungssystemes uneingeschränkt als gleichwertig mit FH-Diplom- und Bachelorabschlüssen von Hochschulen in freier Trägerschaft einzustufen. Nach dem Europäischen Qualifikationsrahmen gehören nun auch in der UNESCO-Standardklassifikation ISCED2011 beide Studienprogramme gemeinsam zum „Level 6 – Bachelor or equivalent“.

Fachbereich Bundespolizei

Leitung:	Präsident Bernd Brämer
Sitz/Standorte:	Lübeck
Studiengang:	Gehobener Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)
Durchschnittliche Studierendenzahl:	931
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2014:	200
Hauptamtlich Lehrende:	31

Zahlen zum Studium am Fachbereich Bundespolizei

Zum 31. Dezember 2014 studierten am Fachbereich (FB) BPOL insgesamt 852 Studierende in den verschiedenen Studiengängen zum gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Davon nahmen 803 Studierende am dreijährigen Studium teil. Der Anteil der Aufsteiger/innen aus dem mittleren Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei, für die gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 GBPolVDVDV die Studienzeit nur 26 Monate beträgt, belief sich auf 209 Studierende.

49 Aufsteiger/innen aus dem mittleren Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei absolvierten den letztmalig angebotenen zweijährigen Praxisaufstieg.

An der Laufbahnprüfung sowie der Wiederholungsprüfung im Jahr 2014 nahmen in den verschiedenen Studiengängen insgesamt 372 Studierende erfolgreich teil und erwarben so die Laufbahnbefähigung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Durch noch ausstehende erforderliche Nachhol- bzw. Wiederholungsprüfungen wird sich die Zahl der erfolgreichen Absolventen/innen im Verlauf des ersten Halbjahres 2015 voraussichtlich noch erhöhen.

Am Masterstudiengang der Deutschen Hochschule der Polizei für den Aufstieg zum höheren Polizeivollzugsdienst ist der FB BPOL gemeinsam mit dem FB Kriminalpolizei mit der Ausbildung des ersten Studienjahres beteiligt. Der Studienjahrgang 2012/2014 endete am 25. September 2014 an der Deutschen Hochschule der Polizei. Die 5 Teilnehmer/innen der BPOL haben nach erfolgreichem Abschluss mittlerweile Führungsaufgaben in den Dienststellen der Bundespolizei übernommen.

Der Studienjahrgang 2013/2015 hat, wie sein Vorgängerlehrgang, als Studiengemeinschaft mit dem BKA am 1. Oktober 2013 mit 14 Teilnehmern/innen begonnen. Der Lehrgang setzt sich aus 4 Teilnehmern/innen des Bundeskriminalamtes sowie 10 Teilnehmern/innen der Bundespolizei zusammen. Seit Oktober 2014 befinden sich die Teilnehmer/innen im 2. Studienjahr an der deutschen Hochschule der Polizei in Münster.



Verabschiedung des 68. Studienjahrganges in der Musik- und Kongresshalle Lübeck.



10 Teilnehmer/innen am Masterstudiengang (2014/2016).



Eindrücke vom Studium

Der Studienjahrgang 2014/2016 befindet sich seit dem 1. Oktober 2014 mit 6 Teilnehmern/innen der BPOL und 4 Teilnehmern/innen des BKA im ersten Studienjahr an der Hochschule des Bundes (HS Bund) in Wiesbaden bzw. Lübeck.

Die Unterrichtung der Studierenden erfolgte durch 26 Dozentinnen und Dozenten, davon

- 9 Professoren/-innen
- 16 Fachhochschullehrer
- 1 Lehrbeauftragter;

hinzu kamen

- 1 Fachlehrer (gehobener Dienst)
- 4 Studienbegleiter zgl. Fachlehrer
- 1 zugeordnete Polizeitrainer.

Diese hielten im Berichtsjahr ca. 25360 Lehrveranstaltungsstunden und bewerteten 1830 Prüfungsklausuren sowie 398 Diplomarbeiten.

Januar 2014 – der 69. Studienjahrgang erstmals am Fachbereich Bundespolizei in Lübeck

Am 6. Januar 2014 begannen die 300 Angehörigen des 69. Studienjahrganges ihr Hauptstudium I am FB BPOL in Lübeck.

Dazu begrüßte sie der Fachbereichsleiter, Präsident Brämer, am 14. Januar 2014 offiziell in Lübeck. Neben der Vorstellung der hauptamtlich Lehrenden des FB durch die jeweiligen Fachkoordinatoren/innen stimmte der Fachbereichsleiter die Studierenden konkret auf die nun bevorstehenden anspruchsvollen Hauptstudienabschnitte ein. Dabei betonte er noch einmal besonders die Notwendigkeit intensiver selbstständiger Studienanstrengungen als wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei.



Blick auf den 69. Studienjahrgang bei der Begrüßung zum Hauptstudium I am 14. Januar 2014 in Lübeck.



Präsident Brämer sowie die hauptamtlich Lehrenden des FB BPOL.

Besondere Anerkennung für lebensrettende Maßnahmen

Am 10. Januar 2014 wurde PKA'in Heckel, Angehörige des 69. Studienjahrganges, am FB BPOL in Lübeck die ausdrückliche Anerkennung des Leiters der Bundespolizeiinspektion Offenburg für ihren besonderen persönlichen Einsatz im Praktikum als Kontroll- und Streifenbeamtin überbracht.

Heckel befand sich am 21. Dezember 2013 im Nachtdienst in den Dienstverrichtungsräumen des Bundespolizeireviers Kehl an der Kehlerbrücke, als ein ca. 60-jähriger Deutscher an der Tür klingelte. Der Mann klagte über massive Schmerzen im Brustbereich. Kurz darauf brach er aufgrund von Herz- und Atemproblemen bewusstlos zusammen. Heckel erfasste die Situation blitzschnell und leitete mit ihrem Kollegen die Wiederbelebungsmaßnahmen ein. Der Mann konnte zunächst reanimiert werden. Auch als die Person kurz darauf ein zweites Mal bewusstlos wurde, leistete Heckel unverzüglich Erste Hilfe, bis die Person vom Rettungsdienst übernommen werden konnte. Durch ihr vorbildliches Verhalten hat sie dem Mann das Leben gerettet.



Polizeikommissaranwärterin Heckel bei der Übergabe des Dankschreibens.

Studierender als Knochenmarkspender

Wie berichtet, hatte sich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl der Studierenden der Bundespolizei als potentielle Stammzellenspender registrieren lassen. Nach diesem ersten, harmlosen Schritt wurde es für Thomas Baumgartner ernst. Man hatte einen Patienten gefunden, dessen Merkmale zu 100 % mit seinen übereinstimmten. Er stand nun vor der Frage, ob er noch immer „spendenwillig“ sei.

Trotz kurzzeitig auftretender Bedenken, die sich bei genauer Auseinandersetzung mit dem jetzt konkret bevorstehenden Entnahmeverfahren und dessen möglicher Auswirkungen auf die eigene Gesundheit nun doch einstellten, entschied sich Baumgartner letztendlich, das Risiko auf sich zu nehmen.

Am Morgen des 5. Februar 2014 erfolgte dann über einen Zeitraum von 5 Stunden die einer „normalen“ Blutspende ähnliche Entnahme der Stammzellen. Binnen 72 Stunden wurde sie dann einem Empfänger übertragen. Da er aus Deutschland kommt, durfte Baumgartner Randdaten über diesen erfahren.

Wie er selbst sagt, weiß er jetzt, „dass ich nun einen großen Bruder habe, der 31 Jahre alt ist und in Deutschland lebt“. Bereits auf dem Heimweg von der Spende „hatte ich schon ein gutes Gefühl und war auch ein kleines bisschen stolz darauf, einem anderen in Zeiten der Not etwas Hoffnung gegeben zu haben“.

Das ist sicherlich uneingeschränkt nachvollziehbar und Baumgartner gebührt für seinen mutigen und vorbildlichen Schritt größten Respekt.



Polizeikommissar Thomas Baumgartner

Vorstellung eines Dozenten des FB Bundespolizei in den „Lübecker Nachrichten“

Wie auch im letzten Jahr stellten die Lübecker Nachrichten (eine der größten Tageszeitungen Schleswig-Holsteins) über das Jahr verteilt auf ihrer „Hochschulseite“ Dozenten/innen der Lübecker Hochschulen vor. Nachdem der FB BPOL im letzten Jahr zwei Dozenten präsentieren konnte, wurde diese Publikationsreihe in diesem Jahr mit Polizeioberst Rauch, Fachkoordinator für Führungslehre am FB BPOL, fortgesetzt.

Der 47-jährige Familienvater unterrichtet seit 2008 (aufgrund einer Abordnung zum Bundespolizeipräsidium mit zweijähriger Unterbrechung) als Dozent für „Polizeiliche Führungslehre“ am FB und kann dabei auf eine jahrelange Führungserfahrung zurückgreifen. So war Rauch in seiner Laufbahn bei der Bundespolizei unter anderem Inspektionsleiter auf dem Frankfurter und Köln-Bonner Flughafen sowie Inspektionsleiter Kriminalitätsbekämpfung in Köln.

Gute Führung wird laut Rauch als Bereitschaft zur stetigen Kommunikation und Reflexion begriffen, bei der auch das Konfliktmanagement einen hohen Stellenwert habe. Sie kann letztendlich nur erfolgreich sein, wenn die Ziele der Kooperativen Führung im dienstlichen Alltag durch Vorgesetzte und Mitarbeiter/innen gemeinsam erreicht werden. Als Grundregel der Führung gilt, resümiert Rauch letztlich, dass man stets offen und ehrlich miteinander kommunizieren und gleichzeitig lösungsorientiert denken müsse. Nur so könne das notwendige Vertrauen entstehen, das den dienstlichen Organisationszusammenhalt gewährleistet.

Nacht der Bewerber

Am 4. April 2014 fand in den Räumlichkeiten der Volksbank Lübeck in der Zeit von 19:00 bis 23:00 Uhr die Fünfte „Nacht der Bewerber“ statt. Hierbei erhielten knapp 1000 interessierte Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, sich an über 35 Informationsständen meist regionaler Arbeitgeber über einen möglichen Einstieg in den Beruf zu informieren.

Auch die Bundespolizei nutzte die Gelegenheit, um die Tätigkeit eines/r Polizeivollzugsbeamten/in des Bundes als mögliche zukünftige berufliche Lebensaufgabe vorzustellen. Zwei Studierende des 69. Studienjahrganges waren ebenfalls vor Ort, um ihre eigenen Erfahrungen aus bestandem Eignungsauswahlverfahren und bisher absolviertem Studium an die Interessenten/innen weiterzugeben.

Vor allem aufgrund des ausgeprägten Engagements der Studierenden fand der Stand unter den Besucherinnen und Besuchern großen Anklang. So konnte sicherlich auch bei dem einen oder anderen der Berufswunsch „Polizeivollzugsbeamter/in bei der Bundespolizei“ neu geweckt oder gestärkt werden.



Studierende vor dem Infostand der BPOL und im Gespräch mit Interessenten/innen.

Hansetage in Lübeck

Vom 22. bis 25. Mai 2014 fanden in Lübeck die 34. Internationalen Hansetage statt. Auch 12 Studierende des FB präsentierten sich dabei im Rahmen der Bundespolizeiaktivitäten den knapp 500000 Gästen mit vielen Aktionen.

Besonderer Beliebtheit erfreuten sich während der gesamten Dauer die angebotenen Hafentrundfahrten mit dem Museumsboot „Europa 1“, die von knapp 1200 Gästen genutzt wurden. Doch auch die Ausstellung der historischen Fahrzeuge, das Einsatzschiff „Neustrelitz“, die Kinderspielecke mit „Toni dem Polizeibären“ und die Informationszelte der Bundespolizei waren gut besucht. Die Studierenden des 68. Studienjahrganges fanden dabei vielfach die Gelegenheit, ihre bisherigen Erfahrungen aus dem Studium an junge Gäste weiterzugeben und das Interesse am Polizeiberuf zu wecken.



Eindrücke von den 34. Hansefesten im Lübecker Hafen.

Zweite Nacht der Labore in Lübeck

Am Samstag, 14. Juni 2014, fand in der Zeit von 18:00 bis 24:00 Uhr in der Hansestadt Lübeck die „Zweite Nacht der Labore“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Hanse trifft Humboldt – Lübeck, Stadt der Wissenschaft“ statt. Hochschulen, Unternehmen und Kliniken öffneten ihre

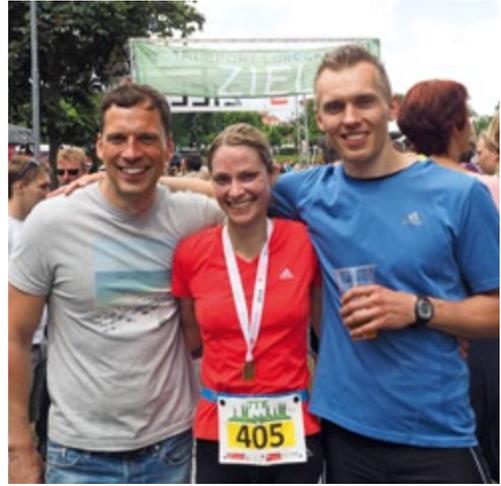
Labortüren für die interessierte Öffentlichkeit und luden zu einer nächtlichen Entdeckungsreise für Jung und Alt durch die Wissenschaftsstadt ein. Alle Akteure präsentierten in Führungen, Vorträgen und Experimenten viel Wissenswertes und Interessantes zu unterschiedlichen Themen: von Medizin über Biotechnologie, Qualitätssicherung bis hin zu Ernährung.

Neben Matthias Conring, Fachlehrer am FB, beteiligten sich auch die Studierenden an dieser Veranstaltung und unterstützen die Bundespolizeiakademie unter dem Motto „Dem Täter auch im Labor auf der Spur“. Spannende Experimente und Vorführungen zeigten, welche Möglichkeiten es in der Kriminalistik zur Spurenfeststellung und -sicherung gibt, und wie die Bundespolizei sie einsetzt. Erfahrene Einsatzkräfte der Bundespolizei demonstrierten die Sichtbarmachung von Spuren unter Verwendung forensischer Lichtquellen und Bedampfung mit Cyanacrylat.

Der FB Bundespolizei beim „Sieben-Türme-Triathlon-Lübeck“

Am 15. Juni 2014 fand in der Hansestadt Lübeck der dritte „Sieben-Türme-Triathlon“ statt. Von den insgesamt 40 teilnehmenden Staffeln in der olympischen Distanz (1,5 km Schwimmen, 44 Kilometer Radfahren, 10 km Laufen), wobei jeder Starter jeweils eine der Disziplinen abdeckte, wurden 4 Staffeln von Studierenden des 68. Studienjahrganges und die Staffel „Team FHB“ von den Studienbegleitern/innen des FB gestellt.

Bei bestem Wetter konnte die Staffel „68er – erste Generation“ direkt bei ihrer ersten Teilnahme am „Sieben-Türme-Triathlon“ einen „Podiums-Platz“ erkämpfen und wurde dritte. Die Staffel „68er – zweite Generation“ erreichte dahinter einen guten 7. Platz, die Staffel „AFZ NZ –



Die Teams nach der Siegerehrung.

immer vorn!“ belegte Platz 16, dicht gefolgt von der „68er – dritte Generation“ auf Platz 23. Beachtlich war auch die Leistung des Teams FHB, welches aus drei Studienbegleitern/innen bestand, die unmittelbar nach den Staffeln der Studierenden das Ziel erreichten.

Fußballturnier beim 68. Studienjahrgang

Die Idee des „Akademie Cup“, der am 16. Juli 2014 durchgeführt wurde, entstand bei den Studierenden des 68. Studienjahrganges auf den wöchentlichen Reisen zwischen der Heimat und Lübeck. Vorbild war der im Jahr 2012 in Brühl durchgeführte FH-Bund-Cup. Zwischen all dem Lern- und Prüfungsstress sollte eine Wiederholung dieses Turniers für den notwendigen Ausgleich von Körper und Seele sorgen.

Insgesamt nutzten 14 Teams diese Gelegenheit und nahmen an dem Turnier teil. Das Besondere an der Zusammenstellung der Mannschaften war, dass diese sich lehrgruppenübergreifend zusammenstellen konnten und zwar so, dass das Gemeinschaftsgefühl innerhalb des großen Studien-

jahrganges besonders gefördert wurde. Auch die Dozenten/innen des FB stellten eine Mannschaft. Bei der großen Anzahl der Teams fand das packende Finale erst um 20:30 Uhr statt, das die Mannschaft „NZ Gefahr in Verzug“ knapp mit 1:0 für sich entscheiden konnte.

Der feierliche Abschluss des Turniertages, an dem alle Aktiven teilnahmen und die drei Erstplatzierten geehrt wurden, fand im Anschluss auf dem Grillplatz statt. Keine Verletzten, sonniges Sommerwetter und faire Spiele kennzeichneten diese rundum gelungene Veranstaltung.

Praktische Ausbildung des 70. Studienjahrganges in Lübeck

Erstmals fand die Praxisbezogene Lehrveranstaltung I (PLV I) eines Studienjahrganges geschlossen in Lübeck statt. In der PLV I werden die Studierenden auf die folgenden Praktika als Kontroll- und Streifenbeamte vorbereitet. Neben dem Erwerb der Dienstfahrerlaubnis Klasse B, erlangten die Studierenden die Befähigung, die Informations- und Kommunikationsmittel der Bundespolizei auf der Ausführungsebene sicher anzuwenden sowie polizeiliche Standardmaßnahmen unter Anleitung durchzuführen. Zudem stand das Thema „Polizeiliche Einsatzformen“ auf dem Ausbildungsplan. Hierbei wird die Umsetzung polizeitaktischer Maßnahmen, wie etwa Absperrung und Räumung, in geschlossenen Einheiten geübt.

Eindrücke vom „Akademie Cup“





Studierende des 70. SJ beim taktischen Vorgehen im Zusammenwirken mit dem Wasserwerfer 10.

Zusammen mit den eingesetzten Wasserwerfern 10, Sonderwagen und Unterstützungskräften der technischen Hundertschaft der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg konnten die Studierenden ein praxisnahes Übungsszenario darstellen. Die Ziele dieser Lehrveranstaltung wurden umfassend erreicht, und die Studierenden konnten erste praktische Erfahrungen im Einsatz geschlossener Einheiten sammeln.

Minimaster 2014

Am Samstag, den 27. September 2014, stand im Rahmen des fünften „Minimaster“ die diesjährige Veranstaltung des FB BPOL auf dem Programm. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe, die sich mittlerweile als festes Angebot für wissbegierige Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren in Lübeck und Umgebung etabliert hat, wurde in diesem Jahr in dem Großhōrsaal der Bundespolizeiakademie das Thema „Was macht die Polizei bei der Arbeit?“ angeboten.

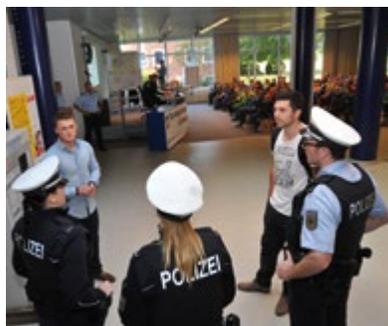
110 „Minimasteranwärter/innen“ wollten dies wissen und erlebten eine lebendige „Vorlesung“, die von den Dozenten/innen des FB, Polizeihauptkommissar Conring, Polizeioberkommissar Meyer und Polizeioberkommissarin Rehhagen liebevoll vorbereitet und professionell moderiert wurde. Dabei gelang es den eingesetzten Angehörigen des 69. Studienjahrganges, in praxisnahen Rollenspielen den jungen Zuhörern/innen eindrucksvoll und adressatengerecht Eindrücke aus dem polizeilichen Alltag der Bundespolizei zu vermitteln. Als besonderer Höhepunkt der Veranstaltung wurde von den Kindern der dargestellte Einsatz eines Entschärfers mit seinem Manipulator an einem aufgefundenen herrenlosen Koffer erlebt.

Insgesamt waren die Kinder von der Veranstaltung begeistert und erklärten durchgängig, auch im nächsten Jahr beim „Minimaster“ bei der Bundespolizei wieder dabei sein zu wollen.

Graffiti-Sprayer auf frischer Tat ertappt

Anton Aitermoser und Florian Engelhardt, beide Angehörige des 71. Studienjahrganges, zeigten bereits nach nicht einmal zehn Wochen Ausbildungszeit bei der Bundespolizei, dass sie schon mit Leib und Seele Polizeibeamte sind.

Minimaster 2014





Würdigung des couragierten Handelns durch den Fachbereichsleiter Präsident Brämer.

Beide Polizeikommissaranwärter (PKA) waren am 8. November 2014 gegen 1:30 Uhr in der Lübecker Innenstadt unterwegs, als sie drei Graffiti-Sprayer entdeckten, die sich an einer Hauswand zu schaffen machten. Die jungen Studierenden erfassten sofort die Situation und verständigten das Erste Polizeirevier Lübeck. Als die Täter sich ertappt fühlten, versuchten sie zu flüchten. PKA Aitermoser und Engelhardt nahmen die Verfolgung auf und stellten einen 20-jährigen Verdächtigen, den sie dann bis zum Eintreffen einer Streife der Lübecker Polizei festhielten.

Durch das couragierte Eingreifen der beiden Nachwuchskommissare konnten wesentliche Erkenntnisse zur Aufklärung einer Serie von Graffiti-Taten gewonnen werden. Die Ermittlungen der Polizei Lübeck zu den flüchtigen Tätern sowie möglichen weiteren Straftaten des festgenommenen Sprayers dauern an.

Ernennung und Verabschiedung des 68. Studienjahrganges

Am 28. August 2014 wurde der Konzertsaal der Lübecker Musik- und Kongresshalle (MuK) zum Veranstaltungsort für die Verabschiedung des 68. Studienjahrganges. Mit 360 Absolventen/innen war der 68. Studienjahrgang der größte Lehrgang, der in der Bundespolizei jemals in dieser Form ausgebildet und verabschiedet wurde. Knapp 1200 Personen füllten anlässlich dieser Veranstaltung den Konzertsaal und bildeten so einen feierlichen Rahmen für die Ehrung.

Präsident Brämer dankte in seiner Begrüßungsrede allen Beteiligten für ihren Einsatz und würdigte gleichzeitig die Leistung der Studierenden in den letzten Jahren: „360 silberne Sterne werden heute verliehen. Die bekommt bei uns niemand geschenkt – Sie haben es sich verdient. Herzlichen Glückwunsch!“



Präsident Brämer



Verabschiedung des 68. Studienjahrganges.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Schröder, betonte in seiner Festansprache die Bedeutung der neuen Kommissare für die Zukunft der Bundespolizei und erhob gleichzeitig den Anspruch: „Wir brauchen Menschen mit Pflichtgefühl, die sich für die Sache sowie für andere engagieren und mit Augenmaß eingreifen, wenn es notwendig ist.“ Auch der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Romann, betonte noch einmal den hohen Stellenwert der neuen Kollegen/innen für die Bundespolizei, als er eingangs sagte: «Es sind heute alle Präsidenten der Bundespolizeidirektionen da, zu Ihren Ehren und um Sie willkommen zu heißen, denn wir brauchen Sie alle!»

Den Abschluss der Redebeiträge gestalteten die beiden Lehrgangssprecher des 68. Studienjahrganges Denise Hipp und Thomas Bartmann. In einem „bayerisch-schwäbischen“ Dialog sprachen sie über die Erfahrungen der letzten drei Jahre und über einige Hindernisse, die ihnen auf dem Weg zum „Gipfel“ begegneten. Die beiden nutzen hierbei auch die Gelegenheit, die während des Studiums vom Lehrgang insgesamt 5338 angesparten Euro feierlich an die Bundespolizei-Stiftung zu übergeben.



Der Lehrgangsbeste des 68. Studienjahrganges, Polizeimeister Roos, wurde ebenso wie die beste weibliche Absolventin, Polizeiobermeisterin Graf, im Anschluss durch Dr. Schröder, Dr. Romann und Präsident Brämer ernannt und geehrt. Den drei palästinensischen Stipendiaten des 68. Studienjahrganges wurden danach im Beisein des Leiters der palästinensischen Zivilpolizei, General Major Attallah, ihre Teilnahmeurkunden ausgehändigt. Zum Abschluss wurden alle Absolventen/innen durch die jeweiligen Präsidenten ihrer zukünftigen Direktionen ernannt.

Ernennung/Vereidigung des 71. Studienjahrganges

Ehrung Polizeiobermeisterin Graf



Am 11. September 2014 erhielten die Angehörigen des 71. Studienjahrganges ihre erste wichtige Urkunde in der Bundespolizei. Sie wurden zu Beamten/innen auf Widerruf ernannt. Nachdem Präsident Brämer jeweils eine/n Vertreter/in jeder Lehrgruppe persönlich ernannt hatte, übernahmen die Lehrgruppenleiter die weiteren Ernennungen ihrer Lehrgruppen selbstständig.



Ehrung Polizeimeister Roos

Am 26. September 2014 wurden die 200 Anwärter/innen des 71. Studienjahrganges dann feierlich auf dem Lübecker Marktplatz vereidigt. Etwa 900 geladene Gäste, Familienangehörige, Freunde und Passanten wohnten dieser besonderen Veranstaltung bei, die in dieser Form erstmalig in der Hansestadt durchgeführt wurde.



Die Gastredner: Dr. Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Schröder, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Bönders, Präsident der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und Puschadel erster stellvertretender Stadtpräsident der Hansestadt Lübeck beim Überbringen ihrer Glückwünsche zur bestandenen Laufbahnprüfung

Der Vereidigungstag begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in der St. Marienkirche, der vom evangelischen Pfarrer Christian Kiesbye, dem katholischen Oberpfarrer Norbert Achcenich und einigen ausgewählten Studierenden des 71. Studienjahrganges gemeinsam ausgestaltet wurde.

Im Anschluss marschierten die Anwärter/innen zu den Klängen des Bundespolizeiorchesters Hannover auf den Marktplatz ein. Zunächst begrüßte Präsident Brämer alle Anwesenden und übergab dann an den Vizepräsidenten des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Palm. Dieser machte den Dienstanfängern/innen in seiner Festrede deren Bedeutung für die Bundespolizei klar: „Sie gestalten mit dieser Berufswahl nicht nur Ihre eigene Zukunft, sondern Sie werden über kurz oder lang auch das künftige Gefüge unserer Behörde prägen. Sie sind unsere Zukunft“, so Dr. Palm. Er ging auch auf die Bedeutung des Dienstes ein: „Mit dem heutigen Diensteid bekräftigen Sie Ihren

Palästinensische Stipendiaten



Lehrgangssprecher/in Hipp, Bartmann



Willen, das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik zu wahren und sich aktiv dafür einzusetzen.“

Bernd Küpperbusch, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hob in seinem anschließenden Grußwort die große Bedeutung der engen Kooperation aller Sicherheitsbehörden hervor. Gabriele Schopenhauer, Stadtpräsidentin der Hansestadt Lübeck bezeichnete in ihrem Grußwort die Veranstaltung als einen „besonderen Moment an einem historischen Ort“.

Stellvertretend für die 200 Anwärter/innen sprach Polizeikommissaranwärter Philippi. Er fasste die Eindrücke der ersten Wochen zusammen und sagte, „diese Vereidigung ist für uns alle ein unvergessliches Erlebnis und wir 200 sind nun ein Teil des Ganzen in der Bundespolizei. Alle freuen sich auf die kommenden Aufgaben und die Chance, bei der Bundespolizei Karriere zu machen“. Den Schluss- und gleichzeitig emotionalen Höhepunkt setzte Polizeikommissaranwärterin Figge, als sie mit beeindruckender Stimme, begleitet vom Bundespolizeiorchester Hannover, die deutsche Nationalhymne sang.



Eindrücke der
Vereidigungsfeier
auf dem Lübecker
Marktplatz.



Hochschule im Grünen

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Leitung:	Direktor Rudolf Junger
Sitz/Standorte:	Mannheim
Studiengang:	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)
Studierendenzahl:	383
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2014:	123
Hauptamtlich Lehrende:	29

Personelle Situation

Am Fachbereich Bundeswehrverwaltung (FB BWV) der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) studierten im Jahr 2014 insgesamt 388 junge Nachwuchsbeamtinnen und -beamte in zehn Studiengängen der Laufbahnausbildung und des Praxisaufstiegs für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. An mehreren Fortbildungslehrgängen nahmen 62 Angehörige der Bundeswehrverwaltung teil.

Die operativen Aufgaben in Lehre und Prüfungen und die Weiterentwicklung neuer, an den Auslandseinsätzen und an der Modernisierung der Bundeswehr orientierter Studieninhalte wurden von Lehrkräften und Hochschulverwaltung in enger Abstimmung und vertrauensvoller Zusammenarbeit erfüllt.

Dozentinnen und Dozenten, Hochschulverwaltung

Zum Jahresende 2014 lehrten am FB BWV 30 hauptamtlich Lehrende. Die Lehre auf vakanten Dozenten/innen-Dienstposten konnte durch den Einsatz von wissenschaftlich und didaktisch ausgewiesenen Beamtinnen und Beamten aus der Wehrverwaltung als Lehrbeauftragte und durch externe Gastdozenten/innen sichergestellt werden. Insgesamt haben im Jahr 2014 13 externe Kolleginnen und Kollegen am FB BWV als Lehrbeauftragte unterrichtet, und damit eine sowohl wissenschaftlich fundierte als auch praxisbezogene Lehre gesichert.

Die Dozentinnen und Dozenten des FB erarbeiteten im Jahr 2014 zahlreiche wissenschaftliche Publikationen. Insgesamt veröffentlichten sie 59 Werke – darunter Lehrbücher, Kommentare, Monografien und Aufsätze in renommierten Fachzeitschriften.

Studierende

Im Jahr 2014 begannen insgesamt 123 Studierende die dreijährige Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst am FB BWV. Am 1. April 2014 nahmen 46 Studierende (70. Studiengang) und am 1. Oktober 2014 77 Studierende (71. Studiengang) das Studium auf – darunter drei Tarifbeschäftigte, die an der Aufstiegsausbildung gemäß § 33a Abs. 6 BLV a. F. teilnehmen.

In den zwei Laufbahnprüfungen 2014 schlossen 81 Studierende die Ausbildung erfolgreich ab (39 weibliche Studierende – 48 % – und 42 männliche Studierende – 52 %). Damit haben seit Gründung des FB BWV 1979 insgesamt 7214 Studierende die Laufbahnausbildung erfolgreich absolviert. Am 25. September 2014 schlossen zehn Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes im Rahmen des Praxisaufstieges ihre zweijährige Einführung mit der Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Ausbildung, Fortbildung, Beratung, Forschung und Entwicklung Laufbahnausbildung

Die Laufbahnausbildung in Zahlen

Seinen zentralen Auftrag – die Ausbildung der Nachwuchsbeamten/innen des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung (vgl. § 13 Abs. 1 BLV, § 3 Abs. 1 Grundordnung der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – GO-HS Bund – vom 15. Oktober 2014 – GMBI 2014, S. 1331) – erfüllte der FB BWV im Jahr 2014 durch die Lehrveranstaltungen in 19 Studienfächern in 8 Studiengängen der Laufbahnausbildung (64. bis 71. Studiengang).

Grundlage für Studieninhalte und Studienverlauf ist seit dem 51. Studiengang die Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung (LAP-gntDBWVV) vom 14. März 2005 (BGBl I S. 779). Ziel der Ausbildung ist die Berufsbefähigung (§ 2 Abs. 2 GO-HS Bund, § 2 Abs. 1 LAP-gntDBWVV).

Neben den Lehrveranstaltungen führte der FB BWV insgesamt sechs Prüfungen durch. An den beiden Zwischenprüfungen im April und Oktober 2014 nahmen 111 Studierende des Grundstudiums erfolgreich teil (69. und 70. Studiengang). Die Laufbahnprüfung am 27. März 2014 bestanden 36 Studierende (64. Studiengang), die Laufbahnprüfung am 25. September 2014 35 Studierende (65. Studiengang). Die zehn Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die im Jahr 2013 den zehnwöchigen wissenschaftlichen Lehrgang Teil I für den Praxisaufstieg (vgl. § 33b BLV a. F.) besucht hatten, nahmen vom 21. Juli bis 25. September 2014 an dem ebenfalls zehnwöchigen Teil II dieses Lehrganges teil. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses neunten Einführungslehrganges schlossen am 25. September 2014 die Prüfung zur Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab. Vom 28. April bis 18. Juli 2014 besuchten weitere elf Beamte/innen des mittleren Dienstes des zehnten Einführungslehrgang, den Teil I des wissenschaftlich ausgerichteten Lehrganges für den Praxisaufstieg. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlossen diesen Lehrgangsteil am 18. Juli 2014 mit einer Prüfung erfolgreich ab.

Die Fremdsprachenausbildung als integraler Bestandteil des Studiums

Die mit der Studienreform 2004 eingeführte Fremdsprachenausbildung in Englisch hat sich erfolgreich entwickelt. Die Sprachausbildung schafft die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten in einem englischsprachig geprägten Umfeld, wie es für die Arbeit in internationalen Stäben und bei Auslandseinsätzen typisch ist. Die Sprachausbildung in Englisch führt das Bundessprachenamt (BSprA) mit einer am FB BWV eingerichteten

Sprachlehrergruppe durch. Kern der Fremdsprachenausbildung ist die zweimonatige Pflichtsprachausbildung (200 Lehrveranstaltungsstunden) am FB BWV. Zur Vorbereitung auf die Pflichtsprachausbildung dient die fremdsprachliche Vorausbildung (90 Std.) sowie die freiwillige Sprachausbildung (20 Std.).

Ziel der Pflichtsprachausbildung ist – je nach den Ausgangsvoraussetzungen der Studierenden – das Bestehen der Sprachprüfung mit dem Standardisierten Leistungsprofil (SLP) 3332 („weit fortgeschrittene Kenntnisse“) oder mit dem SLP 2221 („fortgeschrittene Kenntnisse“). Die seit Einführung verzeichneten positiven Ergebnisse der Fremdsprachenausbildung haben sich 2014 verstetigt. Das Bundessprachenamt bescheinigt der Ausbildung einen außergewöhnlich guten Lernerfolg.

Bisher haben Studierende von 17 Studiengängen die Sprachausbildung absolviert und mit einer Sprachprüfung abgeschlossen (51. bis 67. Studiengang). Von den insgesamt 916 Studierenden erreichten 859 Teilnehmer/innen (= 94 %) die Ausbildungsziele. 475 Teilnehmer/innen (= 52 %) erreichten das SLP 3332 und besser, 384 Teilnehmer/innen (= 42 %) erreichten das SLP 2221 und besser. Damit verfügen nun ca. 20 % des Personalkörpers des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehr über diese fortgeschrittenen Kenntnisse in Englisch. Nach dem Ergebnis der Sprachprüfungen dieser 15 Studiengänge ist zu erwarten, dass künftig nahezu alle Nachwuchsbeamten/innen des gehobenen nichttechnischen Dienstes nach Abschluss der Laufbahnprüfung über fortgeschrittene Englischkenntnisse verfügen werden – nämlich über die Hälfte mit der Leistungsstufe SLP 3332 und besser und fast die andere Hälfte mit der Leistungsstufe SLP 2221 und besser.

Seit dem Jahr 2012 (63. Studiengang) können Studierende vor Beginn der Fremdsprachenausbildung in Englisch an einer vorgezogenen Sprachprüfung teilnehmen. Wenn sie das Ausbildungsziel SLP 3332 in Englisch erreichen, können sie eine weitere Fremdsprache erlernen. Dabei kommen nach § 25 Abs. 1 LAP-gntDBWVV sämtliche Amtssprachen der NATO-Mitgliedsstaaten in Betracht.

Im Jahr 2014 haben vier Studierende des 66. Studienganges Sprachlehrgänge in Französisch beim Bundessprachenamt in Hürth besucht und Sprachprüfungen der Stufen SLP 3332 und SLP 2221 erfolgreich bestanden. Insgesamt haben seit 2012 16 Studierende nach dem Erwerb des Englisch-SLP 3332 erfolgreich Französisch-Lehrgänge besucht.



Das Fremdsprachenprogramm in Französisch stößt bei den Studierenden auf lebhaftes Interesse; es wird in den folgenden Studiengängen fortgesetzt. Mit den Französisch-Lehrgängen verwirklicht der FB BWV – zusammen mit dem Bundessprachenamt – den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Elysée-Vertrag – vom 22. Januar 1963. Der Elysée-Vertrag sieht auf dem Gebiet der Verteidigung u. a. die Verstärkung des Sprachunterrichtes vor.

Die Fremdsprachenausbildung in Englisch, nun zusätzlich in Französisch und künftig ggf. in weiteren NATO-Sprachen, erhöht die Verwendungsmöglichkeiten der Absolventinnen und Absolventen für multinationale Dienststellen und für Auslandseinsätze erheblich. Die Fremdsprachenausbildung ist ein besonderes Attraktivitätsmerkmal für das Studium am FB BWV.

Gut vorbereitet auf eine multinationale Aufgabenwahrnehmung: Vier Studierende des 66. Studienganges mit sehr guten Englisch-Kenntnissen bei der Französisch-Ausbildung in Hürth mit Lehrgangskameraden und dem Referatsleiter S 3 des Bundessprachenamts, Herrn Conidi, und den Sprachlehrern Frau Finke und Herrn Risch.

Die Diplomarbeit als Prüfstein für die Befähigung zu wissenschaftlichem Arbeiten

Insgesamt 890 Studierende haben inzwischen ihre Diplomarbeit am FB BWV geschrieben (51.-66. Studiengang). Die Diplomarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des Zieles der Laufbahnausbildung, der Berufsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen. Sie fordert und fördert die Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung in einer modernen, sich kontinuierlich neuen Herausforderungen und Rahmenbedingungen anpassen der Bundeswehr erforderlich sind. Das Schreiben an der Diplomarbeit erweitert und vertieft die im Studium und den Praktika erworbene Methodenkompetenz, fördert mutiges Herangehen an neue Aufgaben sowie Flexibilität, Eigenständigkeit und Eigenverantwortung.

Die Diplomarbeiten am FB BWV sind überwiegend von einer hohen Praxisrelevanz der wissenschaftlichen Arbeit geprägt. Dies resultiert aus dem Aufgreifen einer Vielzahl geeigneter Themenvorschläge aus der Berufspraxis mit Bezug zu allen Arbeitsbereichen der Bundeswehrverwaltung und aus der Einbindung von Praktikern als Zweitprüfende. Mit der Zulassung von Diplomarbeitsthemen aus der Bundeswehrpraxis leistet der FB BWV einen Beitrag zur Optimierung der Wehrverwaltung und zur Umstrukturierung und Modernisierung der Bundeswehr im Sinn einer internen Beratung der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und seiner Organisationsbereiche und fungiert als Kompetenzzentrum für alle praxisrelevanten Themen. Entsprechend werden herausragende Diplomarbeiten der Berufspraxis über das IntranetBw zur Verfügung gestellt oder erscheinen mit Zustimmung des FB BWV als Beiträge in Fachzeitschriften.

Die einsatzbezogene Ausbildung

Die einsatzbezogene Ausbildung wird als Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr interdisziplinär und in einem eigenen Ausbildungsabschnitt, den „Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen (PL) III – Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“, durchgeführt.

Wie in den Vorjahren wurde der FB BWV im Jahr 2014 durch die Mitwirkung von Soldatinnen und Soldaten und Beamtinnen und Beamten des Ersten Deutsch-Niederländischen Korps (1. D/NL Korps) aus Münster (Mai/November 2014), von Angehörigen der Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr (SFJg/StDstBw) aus Hannover (Mai 2014) sowie von Studierenden der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg (Mai/November 2014) – Studiengang „International Relations and Management“ – unterstützt.



Bundeswehr gemeinsam, multinational und in intensiver Zusammenarbeit mit den Studierenden der OTH Regensburg – Studiengang „International Relations and Management“ – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Planübung im Mai 2014.

Ziel der „Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen III“ ist es, die einsatzbezogenen Lehrinhalte interdisziplinär und in einem Kontext zu vermitteln, der für die Arbeit in den Einsatzkontingenten der Bundeswehr typisch ist. Sie gliedern sich in drei Wochen Vermittlung theoretischer Grundlagen und eine abschließende einwöchige Planübung. Die Lehrveranstaltungen werden in engem

Zusammenwirken der Dozentinnen und Dozenten des Fachbereiches mit einsatzerfahrenen Beamtinnen und Beamten der Wehrverwaltung und Soldatinnen und Soldaten der Streitkräfte gestaltet.

In der Planübung vertiefen die Studierenden das theoretisch erworbene Wissen durch eigenverantwortliche praktische Wahrnehmung der Aufgaben. Dazu bildet jede Hörsaalgemeinschaft in der Planübung im Mai 2014, bedingt durch die Übergabe des Provincial Reconstruction Teams Kunduz am 6. Oktober 2013 an die afghanischen Sicherheitskräfte und didaktischen Erfordernisse, eine fiktive „Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – Standortservice Aybak (Übung)“ und im November 2014 eine eigene „Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF TAAC North Mazar-e-Sharif (Übung)“. Eine erste und wesentliche Herausforderung für die Studierenden ist die interne Organisation ihrer „Dienststelle“. Die Studierenden besetzen hier eigenständig alle Dienstposten vor Übungsbeginn, legen Arbeitsabläufe fest und regeln die Verteilung von Aufgaben während der gesamten Übungsphase, einschließlich der Führungsaufgaben. Ein aus Dozentinnen und Dozenten des FB sowie zahlreichen einsatzerfahrenen zivilen und militärischen Gastdozenten/innen gebildeter Leitungsstab koordiniert zentral die parallel laufenden Einzelübungen jedes Teams.



Gemeinsame und multinationale Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr als erlebbare Erfahrung: Der Leitungsstab der Planübung.



Hier ist Englisch gefordert: Wahrnehmung der Aufgaben in Zusammenarbeit mit niederländischen Soldaten.



Interkulturelle Kompetenz und Fingerspitzengefühl – Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Verbündeten und afghanischen Partnern.

Neben der fachlichen Bearbeitung von Einzelvorgängen steht dabei vor allem das enge Zusammenwirken aller Arbeitsbereiche als Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung im Mittelpunkt. Einsatztypisch wird bei der Planübung ein hoher Anteil der Korrespondenz und Telefonate in Englisch geführt. Die in der Fremdsprachenausbildung vermittelten Kenntnisse werden aufgefrischt, durch einsatzspezifische Sprachinhalte ergänzt und praktische Anwendung gefestigt.

Zentrales Thema jeder Planübung ist die Kommunikation und Zusammenarbeit mit afghanischen Führungspersonlichkeiten, Geschäftspartnern, beim Einsatzkontingent beschäftigten Ortskräften und neuen Bewerbern. Bei zahlreichen Rollenspielen haben die Studierenden die Gelegenheit, in komplexen Gesprächssituationen und Verhandlungen ihre Kommunikationsfähigkeit in Deutsch und Englisch sowie ihre interkulturelle Kompetenz unter Beweis zu stellen.

Ihre Gesprächspartner/innen in der Übung sind Angehörige des Bundessprachenamtes, die aus dem Einsatzland stammen und regelmäßig als Sprachmittler bei ISAF eingesetzt werden. Durch ihre Teilnahme an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind sie mit den Besonderheiten vor Ort umfassend vertraut, bringen aktuelle Entwicklungen in das Übungsszenario mit ein und geben den Studierenden wertvolle Hinweise für den Umgang mit einheimischen Gesprächspartnern in Afghanistan. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung in den Einsatzkontingenten der Wehrverwaltung.

Als Verwirklichung des bundeswehrgemeinsamen Ansatzes (Soldaten/innen und zivile Mitarbeiter/innen zusammen im Einsatz und in der Ausbildung) stößt die Grundlagenausbildung am FB BWV auf großes Interesse in der gesamten Bundeswehr. Vertreterinnen und Vertreter ziviler und militärischer Dienststellen aus dem In- und Ausland haben die Möglichkeit, die Übung nicht nur als Zuschauerinnen und Zuschauer, sondern als Mitwirkende aktiv zu erleben. Am sogenannten „Besuchertag“ der Übung werden sie beim Standortservice bzw. der Einsatzwehrverwaltungsstelle (Übung) als Delegation aus dem BMVg, einem Amt bzw. einer Kommandobehörde oder einer NATO-Dienststelle angekündigt und sind damit Teil der Übung. Wie in der Realität werden sie durch die Leiterin bzw. den Leiter über Lage, Auftrag und Schwerpunkte in den einzelnen Aufgabenbereichen unterrichtet und haben anschließend die Gelegenheit, mit einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Standortservice Fachfragen zu erörtern.

Die Planübungen 2014

Die Planübung der „65. Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen III“ im Mai 2014 wurde in enger Zusammenarbeit mit Offiziersanwärtern des militärfachlichen Dienstes von der Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr, niederländischen Offizieren und Unteroffizieren vom Ersten Deutsch-Niederländischen Korps und der Schule für Personalmanagement und Logistik der niederländischen Streitkräfte (School MAT & PERSLOG) in Soesterberg, afghanischen Rollenspielern aus dem Bundessprachenamt und zwei Studierenden der OTH Regensburg – Studiengang „International Relations and Management“, die die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) repräsentierten, realisiert. Multinationale Aufgabewahrnehmung in einem komplexen Umfeld wurde für die Studierenden so zur unmittelbar erfahrbaren Realität.

Bei der Planübung waren neben den „Routineaufgaben“ drei Hauptaufträge parallel zu bewältigen – für die ca. 35 Studierenden in zwei übenden Teams eine höchst anspruchsvolle und herausfordernde Aufgabe. Die deutschen und niederländischen Soldaten trugen in ihrer Rolle als Vorkommando einer im Rahmen der Umstrukturierung und beginnenden Rückverlegung von Einsatzkräften zunächst zusätzlich nach Aybak zu verlegenden Bundeswehreinheit bzw. eines in Kürze eintreffenden NL-Kontingentes umfangreiche Forderungen nach Unterbringung und Versorgung ihrer Truppe an jeden der zwei Standortservice heran. Hinzu kam die Anfrage nach Unterstützungsleistungen durch die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA). Die Aufgaben wurden von den Studierenden gemeinsam mit viel Engagement, den nötigen englischen Sprachkenntnissen und dem richtigen Maß an interkultureller Kompetenz zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst.

Die Planübung im 65. Studiengang ermöglichte die Verzahnung mit einer parallel laufenden Übung „Collaborate Globe 2014“ an der OTH Regensburg zur United Nations Assistance Mission in Afghanistan, und damit auch die Erfahrung der Zusammenarbeit sehr unterschiedlicher Institutionen unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel über weite Entfernungen und mit entsprechenden zeitlichen Verzögerungen.

Ein UNAMA-Verbindungskommando (Übung) aus zwei Studierenden der OTH Regensburg bei der Planübung in Mannheim fungierte als Bindeglied zwischen den beiden Übungen, brachte Lagen in die Planübung in Mannheim ein und gab Aufträge an die Kommilitoninnen und Kommilitonen in Regensburg. Deren Ergebnisse waren wiederum Grundlage für die weitere Arbeit der Studierenden in Mannheim. Regelmäßige Videokonferenzen dienten der Abstimmung und Koordinierung. Die Verzahnung beider Übungen mittels moderner Kommunikationstechnik



Eine neue Erfahrung:
Intensive Zusammenarbeit
dank moderner Kommuni-
kationsmittel trotz räumlicher
Distanz und durch die Übungs-
anlage herbeigeführter Zeit-
verschiebung.

war ein wichtiger Beitrag zur Vermittlung einsatztypischer Kommunikation und Arbeitsbedingungen sowie den damit verbundenen Herausforderungen.

Leitender Technischer Regierungsdirektor Heiß, Referatsleiter V 1. 6. beim Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw), Köln, Regierungsdirektorin Siebert, BMVg – Referat P I 5, Berlin, Oberregierungsrat Milchert, Einsatzführungszentrum (EFüZ) IUD im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Bonn, Major Schilling, stellv. Kommandeur Luftwaffenausbildungsbataillon in Germersheim, Major Jaschke, Stabsoffizier beim Spezialpionierbataillon in Speyer, Oberstleutnant Bruijne und Major van Dijk, Kommandeur und Stabsoffizier der School MAT & PERSLOG in Soesterberg, Niederlande, und Präsident Back der Amicales des Anciens Légionnaires in Deutschland, Österreich und Luxemburg, überzeugten sich am 15. Mai 2014 vom Erfolg der Ausbildung in den 65. PL III.

Bei der Planübung im November 2014 übten die beiden Teams erstmals in den Strukturen der Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF Train Advise Assist Command (TAAC)

Die Besucher sind Teil der Übung: Direktor Junger, LtCol Bruijne und LTRDir Heiß im Austausch mit den Studierenden.



Eine Mission, ein Team – französische und deutsche Übungsteilnehmer/innen arbeiten zur Erreichung gemeinsamer Ziele eng zusammen.



North, Mazar-e-Sharif, und dem Grundszenario Beendigung der ISAF Mission und Vorbereitung der Resolute Support (RS) Mission. Die Übungsteilnehmer/innen des 66. Studienganges mussten sich mit zwei international geprägten Hauptaufträgen auseinandersetzen.

Sowohl das Vorkommando eines niederländischen Kontingents zur Vorbereitung einer Polizeiausbildungsmission – in der Übung durch niederländische Offiziere und Unteroffiziere vom Ersten Deutsch-Niederländischen Korps und der Schule für Personalmanagement und Logistik der niederländischen Streitkräfte (School MAT & PERSLOG) wahrgenommen – als auch das Verbindungskommando der UN-Mission UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) versuchten bei den zwei Standortservices, ihre Forderungen bezüglich Unterbringung, Verpflegung und sonstiger Unterstützung erfolgreich zu realisieren. Die bewährte Verzahnung von der Übung an der OTH Regensburg – „Deployed Globe“ – mit der Planübung in Mannheim konnte unter Einbringung der bei den vorangegangenen Übungen gewonnenen Erfahrungen auch im November 2014 sehr erfolgreich verwirklicht werden.

Erstmals wirkten an der Planübung unter Leitung von Commissaire 1ère classe Saugeron auch drei Studierende der Ecole des Commissaires des Armées (ECA) aus Salon-de-Provence mit. In zahlreichen Übungsszenarien konnten sie ihre eigenen Erfahrungen einbringen und zugleich in der unmittelbaren Zusammenarbeit mit den deutschen Studierenden einen Eindruck von der einsatzbezogenen Ausbildung an der HS Bund – FBBWV – gewinnen. Ebenso wirkte erstmals das Presse- und Informationszentrum (PIZ) des Organisationsbereiches Personal im BAPersBw sowohl bei der Vermittlung theoretischer Grundlagen wie auch bei der Planübung mit.



Eine wichtige Ergänzung: Exkursion zur Einsatzvorbereitenden Ausbildung für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (EAKK) in der Luftwaffe beim Luftwaffenausbildungsbataillon in Germersheim, seit Oktober 2013 fester Bestandteil der einsatzbezogenen Ausbildung am Fachbereich.



Medienarbeit in der Praxis: Oberstleutnant Backhaus, BAPersBw – PIZ Personal – im Austausch mit der für Medienarbeit in der Übung zuständigen Sachbearbeiterin (Üb).

Bei den intensiven Verhandlungen mussten die Studierenden sich nicht nur auf die völlig unterschiedliche Mentalität ihrer militärischen und zivilen Gesprächspartner/innen einstellen, sondern diese Aufgabe auch parallel zu Maßnahmen im Rahmen der Rückverlegung des deutschen Einsatzkontingentes ISAF und zum Aufbau der RS Mission bewältigen. Dennoch konnte diese umfangreiche und anspruchsvolle Aufgabe von den beiden Teams mit ausgezeichnetem Fachwissen und intensiver Zusammenarbeit neben allen anderen Aufträgen vorbildlich gelöst werden.

Brigadegeneral Dr. Geitz, Abteilungsleiter Infrastruktur im BAIUDBw, Oberst de Leeuw, Abteilungsleiter G 8 des 1. D-NL-Korps, Oberstleutnant Backhaus, Sachgebietsleiter Presse des PIZ beim BAPersBw, Referatsleiter Conidi S 3 beim BSprA, Oberregierungsrat Schad, Bildungszentrum der Bundeswehr – Lehrbereich Oberammergau – und Präsident Back nahmen am 13. November 2014 an der Planübung der 66. PL III teil.



Eine Lehrveranstaltung, die in der Bundeswehr und bei Verbündeten auf großes Interesse stößt: Die Besuchergruppe bei der Planübung im November 2014.



Der Leiter stellt Brigadegeneral Dr. Geitz die EinsWVSt ISAF TAAC North (Üb) vor.



Infrastruktur im Einsatz: Brigadegeneral Dr. Geitz im Gespräch mit der zuständigen Sachbearbeiterin während der Übung.

Personalwerbliche Kommunikation und Nachwuchsgewinnung

Eine zentrale Bedeutung für das Erreichen des Ausbildungszieles „Berufsfähigkeit“ der Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung in einer auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basierenden Bundeswehr kommt dem im Jahr 2011 eingeführten Ausbildungsabschnitt „Personalwerbliche Kommunikation“ am FB BWV zu. Die Lehrveranstaltung bereitet auf die nachfolgende Praktikumsstation in den Karrierecentern der Bundeswehr vor und schafft die Voraussetzungen, dass die Studierenden von Beginn an in der Personalgewinnung, aber auch im Berufsförderungsdienst qualifiziert mitarbeiten können.

Die o. a. Lehrveranstaltung ist wesentliche Rahmenbedingung für das Erreichen der Ausbildungsziele im Praktikum.

Der Studienabschnitt ist als interdisziplinäre anwendungsorientierte Kompaktlehrveranstaltung gestaltet und hat das Ziel, bereits in der Laufbahnausbildung Grundfähigkeiten und -fertigkeiten für künftige Verwendungen in der Nachwuchsgewinnung zu vermitteln. Die Kompaktlehrveranstaltung ist konsequent auf eine bundeswehrgemeinsame Aufgabenwahrnehmung in der im Rahmen der Neustrukturierung geschaffenen Personalgewinnungsorganisation ausgelegt. Sie hat ihren Schwerpunkt in der aktiven Arbeit der Studierenden in für die Personalgewinnung typischen Kommunikationsszenarien, wie Messeauftritten, Informationsveranstaltungen, Beratungsgesprächen im Büro und am Telefon. Dabei können die in einer kurzen Einführungsphase vermittelten theoretischen Grundlagen und Fachkenntnisse unmittelbar praktisch angewendet und vertieft werden.

Umfangreiche eigene Erfahrung des FB BWV der HS Bund kommen der Lehrveranstaltung unmittelbar zugute. Stammpersonal und Studierende des FB BWV stellen regelmäßig gemeinsam mit den Karriereberaterinnen und -beratern auf Messen und Informationsveranstaltungen die zahlreichen und vielfältigen Tätigkeitsmöglichkeiten in der Bundeswehr vor und unterstützen Interessentinnen und Interessenten bei der Berufswahl in der Bundeswehr.

Durch intensive Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Karrierecentern hat der FB BWV auch im Jahr 2014 eine optimale Kombination aus der Vermittlung erforderlicher Fachkenntnisse und dem

Transfer langjähriger Erfahrungen aus der Praxis sichergestellt. Der FB BWV unterstützt das Karrierecenter Stuttgart und die Karriereberatungsbüros regelmäßig durch die Mitwirkung von Studierenden bei personalwerblichen Veranstaltungen. So konnten die Studierenden die in der Ausbildung erworbenen praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten unmittelbar und zeitnah einsetzen.

Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsopferversorge

Nach dem „Gesetz zur Übertragung der Zuständigkeiten der Länder im Bereich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem dritten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) auf den Bund“ vom 18. Juli 2013 (BGBl I S. 2416) gehen die bisher von den Ländern wahrgenommenen SVG-Zuständigkeiten am 1. Januar 2015 in die Zuständigkeit der Bundeswehrverwaltung über. Zur Erfüllung der neuen Aufgaben wurde im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) am Standort Düsseldorf ein Referat mit zahlreichen Dienstposten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes eingerichtet.

Dem durch die Übernahme und Wahrnehmung der neuen Aufgaben der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung durch die Bundeswehr entstehenden erheblichen Ausbildungsbedarf – sowohl in der Laufbahnausbildung als auch in der Fortbildung – trug der FB BWV im Jahr 2013 Rechnung, indem er innerhalb von wenigen Monaten nach Auftragserteilung durch das BMVg in engem Zusammenwirken mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (Fachbereich Sozialverwaltung in Wasserburg) einen Studienplan erarbeitete.

Mit tatkräftiger Unterstützung durch das Referat Soziales Entschädigungsrecht des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (LSJV) konnte die Erstqualifizierung der Dozentinnen und Dozenten erreicht und die neuen Inhalte zur Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsofferfürsorge in einem praxistauglichen Umfang zum Ende des Jahres 2013 in Form einer Übergangslösung – als Praktikum am FB – in die Laufbahnausbildung integriert werden. Der 67. Studiengang, der die Laufbahnausbildung Ende September 2015 abschließen wird, ist der erste Studiengang, der diese Ausbildung absolvierte.

Im Jahr 2014 baute der FB BWV sein Experten Netzwerk aus, vertiefte die Fachkompetenz der Dozentinnen und Dozenten durch kontinuierliche Praxisaufenthalte und wirkte mit einem zweiwöchigen Fortbildungsseminar zu den Grundlagen des Sozialen Entschädigungsrechtes an der Erstqualifizierung der künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Referat für Soziale Entschädigung des BAPersBw mit.

Direktor Junger begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hochschultage „Soziales Entschädigungsrecht“.



Mit Hochschultagen im Bereich Soziales Entschädigungsrecht vom 13. bis 17. Oktober 2014 unter Einbeziehung von Versorgungsärzten/innen der Bundeswehr, Sozialrechtsexperten/innen, Praktikern/innen und Hochschuldozenten/innen schuf der FB BWV ein Forum für den wissenschaftlichen und fachlichen Austausch von Experten/innen der unterschiedlichen Arbeitsgebiete.

Arbeiten mit integrativen Managementsystemen

Die Nutzung des integrativen Managementsystemes „Standard-Anwendungs-Software-Produktfamilien“ in der Bundeswehr prägt auch die Laufbahnausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung. Die Vermittlung der Fachinhalte ist nicht von der Vermittlung der SASPF-Inhalte zu trennen. Die Prozessorientierung der Aufgabenwahrnehmung überträgt sich auf die Studieninhalte und Anforderungen an deren Vermittlung. Im Rahmen der Laufbahnausbildung sind SASPF-Inhalte in allen Studienabschnitten und Lehrinhalten nahezu aller Studienfächer vom Grundstudium bis zur Laufbahnprüfung enthalten. Die Ausbildung erfolgt in einer studienfächerübergreifenden Grundlagenausbildung anhand von exemplarischen anwendungsbezogenen interdisziplinären Elementen zur SASPF-Nutzung im Kontext des jeweiligen Studienfaches.



Die SASPF-bezogene Ausbildung verzahnt die Lerninhalte der Fachstudien eng mit der berufspraktischen Ausbildung. Vor dem Praktikum I bereitet ein einwöchiges Praktikum I am FB BWV durch das Üben von Szenarien der „Logistik (L) – Schiene“ von SASPF mit Inhalten aus Infrastrukturmanagement/Facility Management der Bundeswehr, Finanzen und Rechnungswesen sowie aus der Beschaffung auf die berufspraktische Ausbildung vor.

Ein ebenfalls einwöchiges Praktikum II am FB BWV bereitet auf die Ausbildung im Praktikum II in den Dienststellen der Bundeswehr durch das Üben von Szenarien aus dem Personalmanagement unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen in der Personalabrechnung vor („Z-Schiene“). Diese Übungsszenarien bauen auf die in den einzelnen Studienfächern der Studienabschnitte Grundstudium, Hauptstudium I und Hauptstudium II vermittelten Lerninhalte und Prozesse zum integrativen Managementsystem SASPF auf, ergänzen und vertiefen sie.

Verzahnung von Theorie und Praxis

Als Teil einer Hochschule für angewandte Wissenschaften bietet der FB BWV eine wissenschaftlich hochwertige Laufbahnausbildung, welche die Studierenden zugleich praxisbezogen und anwendungsorientiert auf die künftige Aufgabenwahrnehmung in einer modernen, sich kontinuierlich auf die sich rasch wandelnden gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen einstellenden Bundeswehr vorbereitet. Dies wird wesentlich dadurch erreicht, dass die Studierenden auch während der Fachstudien die Möglichkeit erhalten, theoretische Studieninhalte in ihrer praktischen Umsetzung in der Bundeswehr, bei internationalen Einrichtungen und bei NATO-Partnern zu erfahren und erworbene Kenntnisse vor Ort anzuwenden und zu erproben. Ein wichtiges Element zur Erreichung dieses Ausbildungszieles sind regelmäßige Studienfahrten. Im Jahr 2014 wurden von den Dozentinnen und Dozenten am FB mit den Studierenden unterschiedlicher Studienabschnitte zahlreiche Exkursionen durchgeführt. Hervorzuheben sind insbesondere:

Die Exkursion zur 13. Berliner Sicherheitskonferenz

An der 13. Berliner Sicherheitskonferenz vom 2. bis 3. Dezember 2014 zum Thema „Europas Nachbarschaft – Unruhe und Instabilität“ nahmen drei Studierende des 67. Hauptstudiums II und Prof. Dr. Wittinger, Professorin für Staats- und Europarecht am FB BWV, teil. Rund 950 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus europäischen und außereuropäischen Ländern trafen sich in der Bundeshauptstadt, um über die aktuelle Entwicklung der Europäischen Verteidigungspolitik zu debattieren. Mit dabei waren insbesondere Spezialisten/innen aus Ministerien und Verwaltungen, Soldaten, Wissenschaftler/innen, Politiker/innen und Manager/innen der Rüstungsindustrie. Kernthemen waren die neuen Herausforderungen für das europäische Sicherheitssystem nach dem Ende des Kalten Krieges, die Europäische Rüstungskooperation, die Krisen in der Ukraine und im Mittleren Osten, die Rolle der Türkei als NATO-Bündnispartner und „Brückenkopf“ zum Nahen Osten sowie die Krisen in Afrika.



Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus erster Hand: Prof. Dr. Wittinger (Zweite v. L.) und drei Studierende des 67. Hauptstudiums II auf der 13. Berliner Sicherheitskonferenz.



Ausbildung in „Worst-Case“-Szenarien gibt Handlungssicherheit im Einsatz: Exkursion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wahlfaches „Bundeswehrbeamte im Auslandseinsatz“ zu der Einsatzvorbereitenden Ausbildung für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (EAKK) beim Luftwaffenausbildungsbataillon in Germersheim im Juli 2014.



Eine Bundeswehr – unterschiedliche Aufgaben: Exkursion zum Ausbildungszentrum Panzertruppen in Münster im Februar 2014.

Exkursionen zu Dienststellen und Truppenteilen der Streitkräfte

Eine große Bedeutung kommt Exkursionen zu Dienststellen und Truppenteilen der Streitkräfte zu. Sie geben den Studierenden die Gelegenheit, den „Kunden“ Streitkräfte und dessen spezielle administrativen Bedürfnisse sowie den gemeinsamen Auftrag in seiner besonderen Komplexität bereits während des Studiums kennenzulernen.

Exkursion zum Oberlandesgericht Karlsruhe – Vergabesenat

Am 18. Juli 2014 hatten Studierende des 68. Hauptstudiums I im Rahmen eines von Regierungsamtmann Kühl geleiteten Wahlfaches Gelegenheit, die im Studienfach Beschaffung vermittelte Theorie in der gerichtlichen Praxis kennenzulernen. Im Rahmen einer Exkursion zum Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe nahmen die Studierenden an zwei Sitzungen des Vergabesenates teil. In den zwei aufgerufenen Nachprüfungsverfahren unter der Leitung des Vorsitzenden Richters Heister am Oberlandesgericht, informierten sich die Exkursionsteilnehmerinnen und -teilnehmer über die rechtlichen Grundlagen, den Ablauf und die Zusammenhänge des vergaberechtlichen

Primärrechtsschutzes. Hierbei lagen die Schwerpunkte in den Bereichen der eindeutigen und vollständigen Leistungsbeschreibungen, des obwaltenden Diskriminierungsverbotes, des Rügeerfordernisses einschließlich etwaiger Präklusionen sowie der immanent wichtigen Dokumentationspflichten.

Nach den mündlichen Verhandlungen folgte auf freundliche Einladung des Vorsitzenden eine fachliche Gesprächsrunde mit den Angehörigen des Senates (Vorsitzender Richter am OLG Heister, Richterin am OLG Dittmar, Richter am OLG Dr. Delius), in denen die Studierenden ihre Fragen stellen und einen Einblick in die Besonderheiten dieses speziellen Rechtsweges zur Klärung von Streitigkeiten in der öffentlichen Auftragsvergabe gewinnen konnten. Hiervon machten sie rege Gebrauch.



Die Bearbeitung von sofortigen Beschwerden gegen Entscheidungen der Vergabekammern des Bundes und der Länder obliegt nach dem Willen des Gesetzgebers den zuständigen Oberlandesgerichten; der hierauf spezialisierte Spruchkörper ist jeweils der eigens für Nachprüfungsverfahren eingerichtete Vergabesenat.

Studieninhalte in der Praxis – Exkursion zum OLG Karlsruhe – Vergabesenat: Regierungsamtmann Kühl, Richter am OLG Dr. Delius, Richterin am OLG Dittmar, Vorsitzender Richter am OLG Heister mit den Studierenden.

Die obligatorischen Auslandsexkursionen im Ausbildungsschwerpunkt „Internationale Zusammenarbeit“

Parallel zur wachsenden Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr wurden in den vergangenen Jahren die Ausbildungsinhalte zu diesem Thema kontinuierlich erweitert und durch Vorträge, Exkursionen und die Zusammenarbeit mit ausländischen und multinationalen Dienststellen und Partnerhochschulen in ihrer praktischen Dimension erfahrbar gemacht.

Mit der Neufassung des Curriculums in den Jahren 2011 und 2012 hat der FB BWV die zahlreichen Studieninhalte und Lehrveranstaltungen zu internationaler Zusammenarbeit systematisiert und zu einem interdisziplinären Ausbildungsschwerpunkt im Hauptstudium II ausgebaut. Die Lehrveranstaltungen knüpfen an die Ausbildungsinhalte aus den vorausgegangenen Studienabschnitten an und vertiefen die Studieninhalte zu interkultureller Kompetenz und Kommunikation durch praktische Anwendung. Eine besondere Bedeutung für die Vermittlung dieser Studieninhalte kommt der seit dem Jahr 2012 durchgeführten Lehrveranstaltung „Internationale/r Zusammenarbeit/Austausch“ im Hauptstudium II zu. Die Studierenden sollen dabei die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Nationen im Rahmen der Europäischen Union und NATO sowie bei internationalen Einsätzen erwerben und anwenden können.

Integraler und für alle Studierenden verbindlicher Bestandteil dieses Ausbildungsschwerpunktes sind Studienfahrten zu bi- oder multinationalen zivilen und militärischen Dienststellen, zu ausländischen Truppenteilen, Ausbildungseinrichtungen und Hochschulen der

Partnerländer sowie zu politischen Institutionen im In- und Ausland. Die Studienfahrten bieten den Studierenden die einzigartige Möglichkeit, internationale Zusammenarbeit konkret und praxisnah zu erleben und zugleich die im vorangegangenen Hauptstudium I erworbenen Fremdsprachenkenntnisse bei fachspezifischen Vorträgen und berufstypischen Kommunikationsszenarien zu festigen.

Exkursionen im Rahmen „Internationale/r Zusammenarbeit/Austausch“ 2014

Mit den 25 Studierenden des 66. Studienganges fanden vom 5. bis 9. April 2014 zeitgleich zwei Exkursionen statt. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sollte die Gelegenheit gegeben werden, neben nationalen Dienststellen und Verbänden anderer NATO-Partner, Bundeswehrverwaltungsstellen im Ausland als Beispiele für die enge europäische und internationale Zusammenarbeit im

Einblicke in einen spannenden Bereich der Bundeswehrverwaltung: Regierungsdirektor Ostermann, Regierungsoberamtsrat Tittes und die Studierenden bei der WTD 41 in Trier.



nichtmilitärischen Bereich und Stätten mit besonderer Bedeutung für die europäische Geschichte kennenzulernen.

Für eine Gruppe unter Leitung der Dozenten Regierungsdirektor Ostermann und Regierungsoberamtsrat Tittes stand die Wehrtechnische Dienststelle (WTD) 41 in Trier, das Erste Deutsch-Niederländische (D/NL) Korps in Münster sowie die Schule für Personalmanagement und Logistik der Niederländischen Streitkräfte (School MAT & PERSLOG) in Soesterberg auf dem Programm.

Bei der Exkursion zur WTD 41, die u. a. den Auftrag hat, Kraftfahrzeuge und Panzer der Bundeswehr und die dazugehörenden Komponenten zu erproben, konnten die Studierenden erstmals einen praktischen Einblick in den Organisationsbereich Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung gewinnen. Mit dem Ersten Deutsch-Niederländischen Korps verbindet der FB BWV eine intensive Partnerschaft mit regelmäßiger Unterstützung bei Übungsvorhaben. Bei der Exkursion dorthin konnten die Studierenden Eindrücke von der Arbeit eines multinational organisierten, schnell verleg- und einsetzbaren Hauptquartiers der NATO Response Force (NRF) gewinnen. Beide Dienststellen bieten auch für Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung am FB BWV interessante Einsatzmöglichkeiten.

Eine Stadtführung in Münster umfasste historische Beispiele für Themen, die bis heute international aktuell geblieben sind, wie die Auswirkungen der Herrschaft religiöser Extremisten auf die Bevölkerung und die Beendigung jahrzehntelanger Konflikte und Kriege durch internationale Zusammenarbeit und Verträge. In Münster herrschten in den 1530er Jahren über die Bevölkerung radikale Teile der Täufer-Bewegung und konnten erst durch militärische Maßnahmen überwun-



So bilden die Partner aus:
 Erläuterung des Auftrages der
 Schule für Personalmanagement und Logistik der
 Niederländischen Streitkräfte
 (School MAT&PERSLOG) in
 Soesterberg durch Oberst-
 leutnant Bruijne, die auch das
 Personal der niederländischen
 Wehrverwaltung
 ausbildet.



Verdun: Ort der Erinnerung an die Schrecken der Kriege und Symbol für die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft.

den werden. In Münster und Osnabrück wurden aber auch der Dreißigjährige Krieg in Deutschland und der Achtzigjährige Unabhängigkeitskrieg der Niederlande durch internationale Friedensverträge – den „Westfälischen Frieden“ – beendet.

Der Besuch bei der Schule für Personalmanagement und Logistik der Niederländischen Streitkräfte (School MAT & PERSLOG) in Soesterberg ermöglichte den Studierenden den Einblick in eine Bildungseinrichtung, welche die niederländischen Soldaten – auch der niederländischen Wehrverwaltung – in den Bereichen Finanzen, Controlling, Buchführung und Revision sowie im Personalmanagement ausbildet. Die Ausbildungsinhalte bieten



Deutsch-französische Freundschaft konkret: Exkursion des 66. Studienganges mit zahlreichen Vorträgen, Aussprachen und Besichtigungen in Verdun, Reims, Metz und Nancy.

zahlreiche Parallelen zu Studieninhalten der Ausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung.

Die Exkursion der zweiten Gruppe unter Leitung der Dozenten Regierungsoberamtsrat Tito und Regierungsamtmanntmann Kühl stand ganz im Zeichen der deutsch-französischen Partnerschaft. Mit den Einzelzielen Illkirch-Graffenstaden, Verdun, Nancy, Reims und Metz reichte das Spektrum von Stätten historischer Ereignisse, deren Erfahrung für die europäische Zusammenarbeit grundlegend war. Hierzu gehörten etwa das Schlachtfeld von Verdun, aber auch Einrichtungen, die maßgebend sind für die militärische Zusammenarbeit, wie die Deutsch-Französische Brigade und die Bundeswehrverwaltungsstelle Frankreich, bis zu Zentren der zivilen Zusammenarbeit im deutsch-französischen Grenzland.

Im Herbst fanden vom 20. bis 24. Oktober 2014 mit den rund 34 Studierenden des 67. Studienganges weitere drei Exkursionen gleichzeitig statt. Ziel war es, nationale und multinationale Dienststellen, Truppenteile und Stäbe, eine Bundeswehrverwaltungsstelle im Ausland sowie zivile Institutionen in Frankreich, die eng mit Deutschland zusammenarbeiten, und bedeutende Stätten europäischer Geschichte sowie Einrichtungen des österreichischen Bundesheeres und der Vereinten Nationen in Wien kennenzulernen.

Eine Gruppe unter der Leitung von Regierungsamtmanntmann Kühl führte eine Exkursion nach Frankreich durch. Bei der Bundeswehrverwaltungsstelle Frankreich in Illkirch-Graffenstaden konnten die Studierenden einen Eindruck von den zahlreichen interessanten Aufgaben gewinnen, die bei den Bundeswehrverwaltungsstellen im Ausland von Beamtinnen und Beamten des gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienstes wahrgenommen



Vernetzung der deutsch-französischen Politik und ihre Einbettung in den europäischen Integrationsprozess aus erster Hand: Studierende und Regierungsamtman Kühl nach der Aussprache mit Dr. Mossler, dem Vertreter des Europa-Staatssekretärs und Beauftragten für die deutsch-französischen Angelegenheiten im Außenministerium der Französischen Republik in Paris.

werden. Nach der Begrüßung durch den neuen Leiter der Dienststelle, Regierungsdirektor Walddörfer, und dem französischen Kasernenkommandanten, Colonel Rouault, erhielten die Studierenden intensive Einblicke über die Zusammenarbeit von Bundeswehrverwaltung und den Dienststellen der Deutsch-Französischen Brigade. Colonel Rouault stellte darüber hinaus den derzeitigen Reformprozess sowie die künftigen Strukturen der französischen Streitkräfte dar.

Eine weitere Station der Exkursion war der Besuch des Außenministeriums der Französischen Republik in Paris. Auf Einladung des Vertreters des Europa-Staatssekretärs und Beauftragten für die deutsch-französischen Angelegenheiten, Dr. Mossler, hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, die praktische diplomatische Zusammenarbeit kennenzulernen. Insbesondere ging es hierbei um die Vernetzung der deutsch-französischen Politik und ihre Einbettung in den europäischen Integrationsprozess, z. B. durch gemeinsame Kabinettsitzungen und den Austausch von Beamtinnen und Beamten in ministeriellen Spitzenfunktionen.

Am darauffolgenden Tag ergänzte der Besuch von zwei bedeutsamen Stätten der deutsch-französischen Geschichte das Programm. Die „Lichtung bei Rethondes“,



An historischer Stätte: Die Exkursionsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Peronne vor dem „Centre de la Grande Guerre“ nahe dem Schlachtfeld an der Somme 100 Jahre nach dem Beginn des ersten Weltkrieges.

einem kleinen Ort in der Picardie, der Unterzeichnungs-ort der Waffenstillstände von 1918 und 1940 war, und des „Centre de la Grande Guerre“ in Péronne (Département Somme), das den Verlauf der Kampfhandlungen des ersten Weltkrieges historisch aufbereitet.

Beim Besuch des Rekrutierungszentrums der Fremdenlegion in Fort de Nogent in Fontenay-sous-Bois bei Paris konnten sich die Studierenden im Rahmen einer detaillierten theoretischen und praktischen Darstellung ein Bild vom Personalauswahlprozess für diesen speziellen Verband des französischen Heeres machen. Abgeschlossen wurde die Exkursion durch den Besuch des Hauptquartiers der „Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur“ der UNESCO – eine im Jahr 1945 gegründete Sonderorganisation der Vereinten Nationen.



Die Vereinten Nationen aus erster Hand:
Eine Führung für die Studierenden bei der
UNESCO in Paris.

Exkursionsziel der zweiten Gruppe unter Regierungsoberamtsrat Arff und Regierungsoberamtsrat Feucht war Wien. Erste Station der Exkursion war die Deutsche Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen. Botschafter Scharinger und sein Stellvertreter begrüßten die Studierenden herzlich und stellten die Ständige Vertretung vor. Neben der Vorstellung der in Wien beheimateten Organisationen der Vereinten Nationen galt der Schwerpunkt des Vortrages den Zielen und Aufgaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC). Eine Führung durch das Vienna International Center (VIC), einem der vier Amtssitze der Vereinten Nationen, rundete diesen Programmpunkt ab.

Am nächsten Tag besuchten die Studierenden die Theresianische Militärakademie in der Wiener Neustadt, die mit einer über 258-jährigen Geschichte älteste Militärakade-



Komplex und eindrucksvoll:
 Die Exkursionsteilnehmerinnen
 und Exkursionsteilnehmer
 am Vienna International Center
 in Wien.



UN-Arbeit konkret: Vorstellung der
 Aufgaben und Einsätze von UNHCR,
 der Flüchtlingshilfsorganisation
 der Vereinten Nationen.

mie der Welt. Nach der Begrüßung folgte ein Vortrag über die Offiziersausbildung in Österreich. Diese umfasst nach einem Vorbereitungssemester den Fachhochschul-Bachelor-Studiengang „Militärische Führung“ sowie den Truppenoffizierslehrgang an der Akademie und schließt mit dem Berufstitel „Leutnant“ und dem akademischen Grad „Bachelor“ ab. Die Berufsoffiziersausbildung steht zivilen und internationalen Studierenden offen; dabei ist das Studium stark international ausgerichtet (u. a. finden 40 % der Vorlesungen in englischer Sprache statt; ein internationales Berufspraktikum im Ausland ist zu absolvieren).

Nach der Vorstellung des dreijährigen dualen Studiums an der HS Bund – FB BWV durch zwei Studierende der Exkursion erfolgte ein intensiver Austausch über die akademische Ausbildung für Verwendungen in den Streitkräften. Die Einladung der Theresianischen Militär-

akademie, zukünftig auch Studierende der HS Bund – FB BWV an internationalen Kursen der Militärakademie teilnehmen zu lassen, schloss die Veranstaltung ab.



Die älteste Militärakademie der Welt:
Die Studierenden bei einer Führung in der
Theresianischen Militärakademie in Wien.



Austausch über bedarfsgerechte akademische Ausbildung in
historischem Ambiente: Die Studierenden bei der Vorstellung der
Ausbildung an der Theresianischen Militärakademie in Wien.

Ein Besuch der Ausstellung mit Exponaten aus dem Ersten Weltkrieg im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien ergänzte das weit gefächerte Programm dieser Studienfahrt.

Fakultatives Auslandspraktikum

Während des Praktikums III können seit 2008 auf Antrag der Studierenden zwei Ausbildungsabschnitte statt bei einem Bundeswehr-Dienstleistungszentrum im Inland an einer Bundeswehrverwaltungsstelle (BWVSt) im europäischen Ausland absolviert werden. Im Februar 2014 nutzte Regierungsinspektoranwärterin Hertl dieses Angebot und absolvierte einen Teil der berufspraktischen Ausbildung bei der Bundeswehrverwaltungsstelle Frankreich in Illkirch-Graffenstaden bei Straßburg.

Der Dienststellenleiter, Regierungsdirektor Pfeiffer, begrüßte Hertl herzlich im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei dieser Ausbildungsstation mit erweiterten Erkenntnismöglichkeiten. Neben der fachlichen Ausbildung, wie sie auch im Inland vermittelt wird, ermöglichte das Auslandspraktikum Hertl einen detaillierten Einblick in die BWVSt Frankreich, die sachlich und örtlich auch für Außenstellen in Fontainebleau, Le Luc und Madrid zuständig ist. Ebenso konnte sie einen Eindruck von den Besonderheiten der Zusammenarbeit mit der Französischen Armee und den unterschiedlichen kulturellen Gepflogenheiten gewinnen. In der Liegenschaft Quartier Leclerc befinden sich mehrere französische Dienststellen und Einheiten – aber auch deutsche, wie das Jägerbataillon 291 der Deutsch-Französischen Brigade.

Das erweiterte Aufgabenspektrum einer Bundeswehrverwaltungsstelle im Ausland kam der Ausbildung unmittelbar zugute. So konnte Regierungsinspektorin Hertl anhand von praktischen Übungen erste Erfahrungen in den speziellen Aufgaben einer BWVSt gewinnen, wie z. B. der Bearbeitung und Abrechnung von Auslandsreisekosten und der Wohnungsfürsorge im Ausland.

Ein Höhepunkt des Aufenthaltes in Frankreich war die Verabschiedung des französischen Kasernenkommandanten. Aus diesem Anlass fand ein Appell mit anschließendem Stehempfang statt, zu welchem auch die deutsche Verwaltungsstelle eingeladen war.

Fortbildung

Im Jahr 2014 hat der FB BWV mehrere fachbezogene Fortbildungslehrgänge gemäß § 3 Abs. 4 GO-HS Bund durchgeführt.



Spannende Einblicke in eine berufliche Perspektive: Regierungsinspektorin Hertl bei der Bundeswehrverwaltungsstelle Frankreich im Quartier Leclerc in Illkirch-Griffenstaden.

Vor besondere Herausforderungen stellte den Geschäftsbereich des BMVg der kurzfristig erteilte Auftrag, vom 3. bis 21. Februar 2014 einen Lehrgang zur Vorbereitung der Aufstiegsbewerberinnen und -bewerber aus dem gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in die Laufbahn des höheren nichttechnischen Verwaltungsdienstes auf den schriftlichen und mündlichen Teil des zentralen Auswahlverfahrens gemäß §§ 35, 36 BLV an der HS Bund in Brühl, durchzuführen. Bereits in den Jahren 2006 und 2010 hatte der FB BWV einen Lehrgang zur Vorbereitung auf den schriftlichen Teil des Auswahlver-



Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst – Direktor Junger mit Regierungsamtsrat Seitz, Prof. Dr. Manz, Prof. Dr. Schäffer-Külz, Prof. Dr. Lang und den Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern.

fahrens erfolgreich durchgeführt. Aufgrund von neuen Rahmenbedingungen – erstmals erfolgte die Auswahl an der HS Bund nach einem vom Zentralbereich neu eingeführten Verfahren – war die Fortbildung weitgehend neu zu konzipieren. An diesem Lehrgang nahmen zehn Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes aus dem Geschäftsbereich des BMVg teil. Neun Kandidatinnen und Kandidaten bestanden die Auswahlprüfung an der HS Bund.

Der einwöchige Lehrgang „Vergabe von Bildungsleistungen durch den Berufsförderungsdienst“ richtet sich an Angehörige des Berufsförderungsdienstes (BFD). Ziel des Lehrganges ist es, Kenntnisse zu vermitteln, um praktische und effiziente Lösungen bei der Vergabe von Dienstleistungen auf dem Bildungsmarkt zu finden. An den Lehrgängen im März und September 2014 nahmen 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verschiedenen Berufsförderungsdiensten erfolgreich teil.

Neben diesen Fortbildungslehrgängen führte der FB BWV die „Einweisungsseminare für Prüferinnen und Prüfer von Diplomarbeiten“ fort. Ziel dieses Seminars ist es, den Prüferinnen und Prüfern die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, um Diplomarbeiten nach deren wissenschaftlichem Anspruch, im Hinblick auf die Praxisrelevanz und materielle Kriterien sowie formale Vorgaben bewerten zu können. An den Prüfereinweisungsseminaren im Februar und November 2014 nahmen insgesamt 19 Angehörige der Wehrverwaltung, Streitkräfte und bundeswehrexterner Stellen teil. Sie bewerteten die Diplomarbeiten des 65. und 66. Studienganges als Zweitprüfende.

Als zu diesem Zeitpunkt einzige Bildungseinrichtung der Bundeswehr mit fachlicher Expertise zu den Inhalten des Lehrganges führte der FB BWV vom 7. bis 17. April 2014 ein Seminar „Einführung in die Grundlagen des Sozialen Entschädigungsrechtes“ für künftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsopferfürsorge im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr durch. Ziel des Seminars war es, 16 Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die bisher nicht mit der Materie vertraut und teilweise zuvor auch nicht in der Bundeswehr tätig waren, einen Einstieg in die zentralen



Vorbereitung auf eine spannende Aufgabe:
 Direktor Junger, LRDir Beck, Prof. Dr.
 Wittinger, Regierungsdirektor Spieß und
 die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des
 Einweisungsseminars für Prüferinnen und
 Prüfer von Diplomarbeiten im Februar 2014.

Themen des Rechtsgebietes zu ermöglichen. Das Seminar schuf die Basis für die weiterführende lehrgangsgebundene Fortbildung sowie für die Erweiterung und Vertiefung der erworbenen Kenntnisse in einer Einweisung am Arbeitsplatz und im Selbststudium.

Wegen fehlender Kapazität an anderen Fortbildungseinrichtungen übernahm der FB BWV kurzfristig die Durchführung eines Seminars „Haushalts- und Kassenwesen“ vom 26. bis 29. August 2014. Ziel des Seminars war die Auffrischung und Erweiterung vorhandener Kenntnisse im Haushalts- und Kassenwesen als Vorbereitung auf die Übernahme von Aufgaben in diesem Bereich.



Die Seminarleiter Regierungsoberamtsrat Heinrich und Regierungsoberamtsrat Tittes, beide Dozenten für Öffentliche Finanzwirtschaft am Fachbereich mit den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern.

Beratung, Forschung und Entwicklung

Neben der zentralen Aufgabe der Laufbahnausbildung und den übertragenen Fortbildungslehrgängen nahm der FB BWV durch Mitwirkung in vielen Projekten Forschungs-, Beratungs- und Entwicklungsaufgaben gemäß § 3 Abs. 3 GO-HS Bund wahr. Hervorzuheben sind hier insbesondere:

Der FB BWV, vertreten durch Prof. Dr. Wittinger, wirkte an mehreren Projekten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der vom Bundesjustizministerium gegründeten Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) mit: so an einem Seminar vom 10. bis 12. September 2014 an der Universität Sousse/Tunesien, vom 15. bis 18. Juli 2014 in Aghveran/Armenien, in Zusammenarbeit mit der Armenian Young Lawyers Association, an einer „Summer School“ zum Europäischen Recht, u. a. zum Menschenrechtsschutz. Als Referentin für die IRZ nahm sie in Kooperation mit dem Training Center of Justice des Justizministe-

riums Georgiens vom 10. bis 12. Dezember 2014 in Tiflis an einem Seminar zur Europäischen Menschenrechtskonvention teil.

Als Jury-Mitglied wirkt Prof. Dr. Wittinger auch regelmäßig an simulierten Gerichtsverhandlungen für Studierende („Moot Courts“) der rechtswissenschaftlichen Fakultäten Baden-Württembergs mit.

Prof. Dr. Manz vom FB BWV arbeitete auch im Jahr 2014 aktiv im „Akademischen Expertennetzwerk Interkulturelle Kompetenz“ mit. Die Themen „Interkulturelle Kompetenz“ (IkK) und „Interkulturelle Einsatzberatung“ (IEB) sind für die Bundeswehr mit ihren zahlreichen multinational organisierten Stäben und Auslandseinsätzen zur Friedenssicherung und Katastrophenhilfe weltweit von besonderer Bedeutung. Das „Akademische Expertennetzwerk Interkulturelle Kompetenz“ ist organisatorisch der „Zentralen Koordinierungsstelle Interkulturelle Kompetenz“ (ZKIkK) am Zentrum für Innere Führung (ZInFü) in Koblenz zugeordnet. Deren Aufgabe ist neben der Betreuung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Kompetenzentwicklung im Gesamtbereich der Bundeswehr auch die Vernetzung mit Experten/innen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr.



Verfassungsentwicklung
 in Tunesien – ein Staat
 in der Transformation:
 Prof. Dr. Wittinger an
 der Universität Sousse.

Das Thema interkulturelle Kompetenz ist ein Ausbildungsschwerpunkt der Sozialwissenschaften am FB BWV und ein wichtiger Bestandteil der bedarfsgerecht und einsatzorientiert ausgerichteten Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehr. Lehrveranstaltungen zur Stärkung und Verbesserung der interkulturellen Kompetenz und Kommunikation schaffen Grundlagen für die interdisziplinäre einsatzbezogene Ausbildung mit einer abschließenden multinationalen Planübung. Die interdisziplinäre Lehrveranstaltung Internationale Zusammenarbeit endet mit einer obligatorischen Auslandsexkursion. So schaffen sie überdies die Voraussetzungen für die Teilnahme von Studierenden an einem Auslandspraktikum.

Auf Einladung des Vereines zur Förderung hundegestützter Interventionen bei Traumatisierung und PTBS (H. I. T.-Hunde) nahm der FB BWV, vertreten durch Prof. Dr. Manz, vom 31. März bis 1. April 2014 in Verden an der Fachtagung zum Thema „Hundegestützte Interventionen bei Traumatisierung und PTBS bei Angehörigen der Bundeswehr, Polizei und Feuerwehr“ teil, mit hochrangigen Vertretern/innen von Wissenschaft, Polizei und Bundeswehr sowie einigen Hundexperten. Die 22 Expertinnen und Experten diskutierten intensiv, wie Hunde den Heilungsprozess traumatisierter Personen fördern können. Das Thema ist für die Bundeswehr von großer Bedeutung. Es ist inzwischen wissenschaftlich nachgewiesen, dass bei Personen, die in Kriegen oder kriegsähnlichen Handlungen traumatisiert wurden, die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) bis zu 12 Prozent liegt. Die Zahl der Betroffenen steigt seit Jahren. In der Bundeswehr waren 2013 bereits 1423 Personen wegen PTBS in Behandlung. Dass Hunde therapeutische Maßnahmen

bei PTBS erfolgreich unterstützen können, ist ebenfalls wissenschaftlich belegt. Auch in der Bundeswehr wurden mit Therapiehunden positive Erfahrungen gemacht.

Prof. Dr. Manz ist am FB BWV Dozent für Psychologie und Soziologie. Er wirkt an der einsatzbezogenen Grundlagenausbildung mit und vermittelt im neu geschaffenen Studienfach „Soziales Entschädigungsrecht“ Grundlagen- und Methodenwissen. Die Themen der Fachtagung haben hohe Relevanz für die Lehre am FB, insbesondere für die Grundlagenausbildung für künftige Verwendungen in der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsofferfürsorge.

Viele Beratungs- und Entwicklungsaufgaben am FB BWV werden im Rahmen von Projektarbeiten und von Diplomarbeiten und damit unter intensiver Beteiligung der



Für die Bundeswehr hochaktuell – Fachtagung zum Thema „Hundegestützte Interventionen bei Traumatisierung und PTBS bei Angehörigen der Bundeswehr, Polizei und Feuerwehr“ mit hochrangigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern (v. l.: Dr. med. Bergmann, Erster Vorsitzender des Berufsverbandes Deutscher Nervenärzte, Dr. Beetz, Universität Wien und Rostock, Dr. med. vet. Ernst, Kommandeurin der Schule für das Diensthundewesen der Bundeswehr, Bart Veninga, Finanzdirektor Petcare und Prof. Dr. Manz, HS Bund – FB BWV.

Studierenden wahrgenommen. Mehrere Dozentinnen und Dozenten des FB leisten im Rahmen ihrer Studienfächer regelmäßig Beratung und führen Fortbildungen innerhalb der Bundeswehr durch.

Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Hochschulen, Partnerschaften

Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern als Kernelement der Laufbahnausbildung am FB BWV

Die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr ist geprägt von enger Zusammenarbeit mit verbündeten Nationen in multinationalen Stäben, Rüstungsprojekten und multinationaler Zusammenarbeit bei friedensichernden und friedensschaffenden Auslands- und Katastrophenhilfeinsätzen weltweit. Um die Aufgaben der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung in diesen Bereichen wahrnehmen zu können, sind neben guten Fremdsprachenkenntnissen interkulturelle Kompetenz und Kommunikation, fundierte Kenntnisse in den Grundlagen internationaler Zusammenarbeit sowie eigene praktische Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Alliierten notwendige Voraussetzungen.

Die Zusammenarbeit mit multinational organisierten Stäben, Dienststellen und Schulen verbündeter Streitkräfte und ausländischen Hochschulen ist für die Weiterentwicklung des Studiums am FB BWV von grundlegender Bedeutung. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Austausch von Erfahrungen, zum Fördern des Verständnisses für den jeweiligen Partner, zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Lehrenden und Studierenden, zum Üben interkultureller Kommunikation und

Gewinnen von Anregungen für die Weiterentwicklung der Wehrverwaltung. In diesem Kontext ist für den FB BWV die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen, welche – ebenso wie jener für die Bundeswehr das Führungspersonal – die Militärverwaltung der Streitkräfte der jeweiligen Nation ausbilden, besonders wertvoll. Sie ermöglichen den Studierenden der Partnerhochschulen den Kontakt und Austausch in derselben Lebensphase und mit einem ähnlichen Erfahrungshorizont.

Eine ideale Ergänzung ist die Zusammenarbeit mit inländischen Hochschulen, die ihre Absolventinnen und Absolventen auf Einsätze im internationalen Bereich vorbereiten und oder ähnliche Studieninhalte wie der FB BWV vermitteln.

Die Zusammenarbeit mit Verwaltungshochschulen der französischen Streitkräfte – eine Beziehung mit Tradition

Seit 2008 arbeitet der FB BWV zudem eng mit Verwaltungshochschulen der französischen Streitkräfte zusammen. Von 2008 bis 2010 tauschte sich der Fachbereich Bundeswehrverwaltung intensiv und in zahlreichen Projekten mit der Ecole Militaire Supérieure d'Administration et de Management de l'Armée de Terre (EMSAM), der Hochschule des französischen Heeres für Verwaltung und Management in Montpellier, aus, mit der eine Partnerschaft bestand. Neben dieser arbeitete der FB BWV auch mit der Verwaltungshochschule der französischen Luftwaffe, Ecole des Commissaires de l'Air (ECA) in Salon-de-Provence, zusammen. Nach Auflösung der EMSAM wurde die Verbindung mit der Ecole d'Administration Militaire (EAM) im Verbund der Offiziersschulen in Saint-Cyr Coëtquidan fortgeführt, die in einer Übergangsphase die Ausbildung der Verwaltungsoffiziere („Commissaires“) des französischen Heeres übernahm.



Das Wappen der Ecole des Commissaires des Armées (ECA) in Salon-de-Provence.



Die Ecole des Commissaires des Armées (ECA) in Salon-de-Provence – gemeinsam mit der Offiziersschule der französischen Luftwaffe in einer Liegenschaft mit Tradition untergebracht.

Im Jahr 2012 hat der französische Verteidigungsminister entschieden, die bisher getrennte Ausbildung der Commissaires der französischen Teilstreitkräfte zusammenzufassen und am Standort der bisherigen Verwaltungshochschule der französischen Luftwaffe in Salon-de-Provence streitkräftegemeinsam durchzuführen. In Salon-de-Provence wurde im Jahr 2013 die Ecole des Commissaires des Armées (ECA) neu gegründet – die Hochschule der französischen Streitkräfte für die Ausbildung der Verwaltungsoffiziere.

Erste Gespräche über die künftige Zusammenarbeit fanden beim Besuch einer französischen Delegation unter Führung von General Legendre, Kommandeur der ECA, im November 2012 am Fachbereich statt. Eine Konkretisierung der gemeinsamen Vorhaben erfolgte beim ersten Besuch von Fachbereichsleiter Direktor Junger und Regierungsdirektor Spieß im Oktober 2013 bei der Ecole des Commissaires des Armées (ECA) in Salon-de-Provence in Form einer Agenda für gemeinsame Vorhaben im Jahr 2014, die vollständig realisiert wurden. Kern der Zusammenarbeit sind gemeinsame Ausbildungsvorhaben und ein Austauschprogramm für Dozentinnen und Dozenten sowie für die Studierenden.

Zu den im Jahr 2014 durchgeführten Vorhaben im Einzelnen:

Teilnahme von Dozentinnen und Dozenten der HS Bund – FB BWV am 154. Internationalen Seminar zum Recht in bewaffneten Konflikten an der ECA in Salon-de-Provence

Vom 12. bis 23. Mai 2014 nahmen Prof. Dr. Wittinger, Dozentin für Staats- und Europarecht, und Regierungsdirektor Spieß, Dozent für Wehr- und Einsatzrecht am FB BWV, am 154. Internationalen Seminar zum Recht in bewaffneten Konflikten an der Ecole des Commissaires des Armées in Salon-de-Provence teil. Die Veranstaltung an der ECA wurde vom Institut für Humanitäres Völkerrecht in San Remo durchgeführt. Insgesamt 68 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Streitkräften und Militärverwaltungen aus Europa und Afrika diskutierten rechtliche und militärische Fragen zum Recht der Genfer Konventionen. Anhand praktischer Fallstudien wandten sie das Konventionsrecht an. Im Zentrum standen vor allem das

Prof. Dr. Wittinger mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 154. Internationalen Seminars zum Recht in bewaffneten Konflikten an der Ecole des Commissaires des Armées (ECA) in Salon-de-Provence.



geltende Recht in nichtbewaffneten internationalen Konflikten, die Rolle des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Fragen zur Neutralität und zur Verantwortlichkeit der Streitkräfte.

Auslandspraktikum von Studierenden der ECA bei der HS Bund – FB BWV in Mannheim

Vom 29. Juni bis zum 4. Juli 2014 absolvierten zwei Studierende der ECA, Salon de Provence, ihr Auslandspraktikum an der HS Bund – FB BWV in Mannheim. Bei dem in Seminarform mit einem breit gefächerten Programm durchgeführten einwöchigen Praktikum konnten Leutnant CR3 Chatot und Leutnant CR3 Marlier zahlreiche Eindrücke von der Bundeswehr und ihrer Wehrverwaltung gewinnen, aber auch den deutschen Studierenden die neu gestaltete französische Wehrverwaltung und die Ausbildung der Commissaires an der ECA vorstellen.

Nach Begrüßung und Einführung durch den Fachbereichsleiter der HS Bund – FB BWV, Direktor Junger, erhielten die beiden Studierenden durch Regierungsdirektor Spieß, einen Einblick in Auftrag, Entwicklung, Struktur und Organisation der Bundeswehr mit den spezifischen Aufgaben der Streitkräfte und Wehrverwaltung. Später stellten Lt. Chatot und Lt. Marlier den Studierenden der von den Dozenten Regierungsoberamtsrat Tito und Regierungsamtmann Kühl veranstalteten Wahlfächer im 67. Hauptstudium II und im 68. Hauptstudium I Auftrag und Struktur der französischen Streitkräfte und die Ausbildung der Commissaires vor. Am Abend fand unter der Leitung von Regierungsamtmann Kühl ein geselliger „Deutsch-französischer Abend“ statt.

Die folgenden Tage waren ausgefüllt mit abwechslungsreichen Vorträgen und Besuchen. Regierungsamtsrätin Huber, Dozentin für Intrastrukturmanagement/Facility Management der Bundeswehr, stellte den Auftrag und die Organisation der Bundeswehr-Dienstleistungszentren (BwDLZ) vor und begleitete die beiden französischen



Wehrverwaltung an der Basis – Regierungsdirektor Spieß, Leutnant CR3 Marlier und Leutnant CR3 Chatot bei der Vorstellung des BwDLZ Bruchsal durch den Leiter, Regierungsrat Jörger.



Wehrverwaltung konkret – die Exkursionsteilnehmer/innen beim Austausch mit einem Mitarbeiter des BwDLZ Bruchsal.



Personalgewinnung – eine für beide Streitkräfte fordernde Aufgabe: Direktor Junger mit Oberst Trémenbert, OTL Kimmerle, OTL Jakobeit, RDir Angst und den Exkursionsteilnehmern/innen beim Karrierecenter Stuttgart.

Studierenden beim Besuch des BwDLZ Bruchsal und ABC-Abwehrbataillons 750.

Bei einer Studienfahrt nach Illkirch-Graffenstaden und Straßburg informierten sich die Gäste der ECA über den Auftrag bi- und multinationaler Dienststellen. Leitender Regierungsdirektor Pfeiffer stellte die Bundeswehrverwaltungsstelle Frankreich vor. Daran schloss sich die Vorstellung des Jägerbataillons 291 der Deutsch-Französischen Brigade und der Besuch des Hauptquartiers des Eurokorps in Straßburg an, das Oberstleutnant Kirchenbauer vorstellte.



Infrastruktur für den Einsatz – ein Bereich, der geprägt ist von intensiver multinationaler Zusammenarbeit: Direktor Junger mit Oberst Trémenbert, Oberstleutnant Jeck und den Exkursionsteilnehmern/innen beim Besuch des Spezialpionierbataillons 464.

Die Personalgewinnung war Thema der Studienfahrt zum Karrierezentrum Stuttgart, zu der Direktor Junger Oberst Trémenbert, den stellvertretenden Kommandeur der ECA, eingeladen hatte. Oberstleutnant Kimmerle und Oberstleutnant Jakobeit stellten die Aufgaben und die Organisation der neuen Personalgewinnungsorganisation der Bundeswehr vor. Auf der Rückfahrt besuchte die Delegation das Spezialpionierbataillon 464 in Speyer. Bei der traditionellen sicherheitspolitischen Veranstaltung begrüßte der Kommandeur, Oberstleutnant Jeck, die Ehrengäste aus Frankreich mit herzlichen Worten.

Abgerundet wurde das Seminar mit dem Vortrag von Prof. Dr. Wittinger zum Thema „Verfassung und Auslandseinsätze – Deutschland und Frankreich im Vergleich“ und mit dem Besuch des von der Amicale Mannheim e. V. unterhaltenen französischen Ehrenmals beim Zentralfriedhof Mannheim mit Präsident Back von Amicales e. V.. Beim Abschlussgespräch dankten die französischen Gäste für die „Seminarwoche der gelebten deutsch-französischen Freundschaft“. Direktor Junger und Oberst Trémenbert stimmten die gemeinsamen Projekte des Jahres 2015 ab.



Direktor Junger, Präsident Back, Oberst Trémenbert, Regierungsdirektor Spieß, Leutnant Marlier und Leutnant Chatot besuchen das französische Ehrenmal in Mannheim.

Exkursion von Studentinnen des FB BWV mit Regierungsdirektor Spieß zur ECA vom 22. bis 26. September 2014 im Rahmen des Studierendenaustausches

Vom 22. bis zum 26. September 2014 absolvierten drei Studentinnen des FB BWV im Rahmen des Studierendenaustausches eine Ausbildungsstation an der ECA in Salon de Provence. Die Studentinnen nahmen an jedem Tag der Woche am regulären Vorlesungsprogramm der ECA teil und konnten umfangreiche Einblicke in das breite Aufgabenspektrum der französischen Commissaires, wie z. B. einsatzspezifische Logistik, administrative, finanzielle und personelle Unterstützung der französischen Streitkräfte gewinnen. Ein Höhepunkt war der Vortrag zum Thema „Service des Commissaires des Armées“ im Beisein von Commissaire Général Legendre, dem Direktor der ECA, der die deutschen Austauschstudentinnen und Regierungsdirektor Spieß herzlich begrüßte. Durch die Teilnahme am morgendlichen Flaggenappell, bei dem die französische Nationalflagge, die Tricolore, gehisst und von den angetretenen Abordnungen die Marseillaise, die französische Nationalhymne, gesungen wird, gewannen die Studentinnen auch einen ersten Einblick in die Tradition der französischen Wehrverwaltung.

Das „Grab des Unbekannten Soldaten“
am Arc-de-Triomphe.



Ein Vortrag des deutschen Verbindungsoffiziers Oberstleutnant Jung an der französischen Offiziersschule der Luftwaffe über deren Geschichte und Bedeutung, ermöglichte erste Einblicke in die militärische Ausbildung. Die Offiziersschule ist gemeinsam mit der ECA auf dem Gelände der Luftwaffenbasis 701 untergebracht. Eine Vorstellung der beeindruckenden Liegenschaft ergänzte seine Ausführungen. Eine besondere Ehre war die Begrüßung durch General Pollet, Kommandeur der Offiziersschule der Luftwaffe. Eine Führung durch das historische Aix-en-Provence vermittelte den Teilnehmerinnen einen Eindruck von der reichen Kultur und komplexen Geschichte der Region. Die ECA und der FB BWV zogen eine überaus positive Bilanz zum ersten Jahr der Zusammenarbeit der beiden Lehrinstitute mit zahlreichen Einzelvorhaben. Erste Absprachen zu den Vorhaben im Jahr 2015 sind bereits erfolgt. Grundlage der Zusammenarbeit ist der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, der auf dem Gebiet der Verteidigung ausdrücklich den Austausch zwischen Lehrkräften und Studierenden sowie die Verstärkung des Sprachunterrichtes als gemeinsame Ziele nennt.



General Coffin und Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger entfachen die Flamme.

Kranzniederlegung und Cérémonie du ravivage de la flamme am Arc de Triomphe in Paris

Gemeinsam mit dem Inspekteur des Service du Commissariat des Armées (SCA), Generalleutnant Jean-Marc Coffin, legte die Leiterin der Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen im Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger, am 12. Juni 2014 einen Kranz auf dem „Grab des Unbekannten Soldaten“ unter dem Arc-de-Triomphe nieder.

Zum Gedenken an alle im Kampf gefallenen Soldaten/innen entzündeten General Coffin und Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger die ewige Flamme der Erinnerung, die seit 1923 auf dem Grab brennt.

General Coffin hatte Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger und Direktor Junger, Dekan der HS Bund – FB BWV in Mannheim, zu der feierlichen Zeremonie eingeladen, um damit ein Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft und der guten Zusammenarbeit zu setzen.

Der Feier unter dem Arc-de-Triomphe war eine Besprechung im französischen Verteidigungsministerium

General Coffin verlässt mit Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger, Direktor Junger und den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Grabmal.



vorangegangen, in der die französische und deutsche Delegation die aktuellen Herausforderungen der Neuausrichtung sowohl der deutschen als auch der französischen Streitkräfte in den Mittelpunkt ihrer Vorträge stellten. In herzlicher Atmosphäre stimmten General Coffin und Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger die weitere Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten und in der Ausbildung ab. Abgerundet wurde der Tag mit einem Empfang in der Ecole militaire.

Der „Service du Commissariat des Armées“ (SCA) ist am 1. Januar 2013 als neuer Organisationsbereich der französischen Streitkräfte gegründet worden. Er besteht selbstständig neben Heer, Luftwaffe und Marine. Er fasst die



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besprechung am 12. Juni 2014.



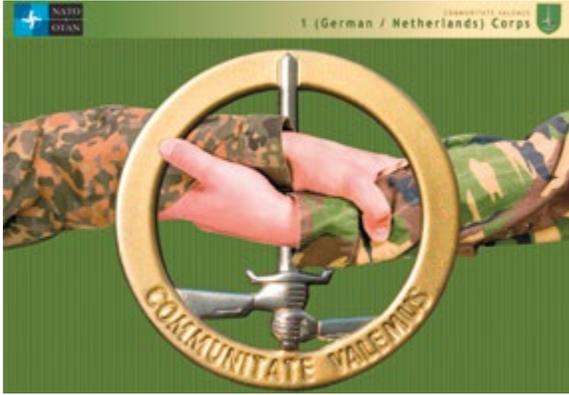
General Coffin im Gespräch mit Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger und Direktor Junger – die Neuausrichtung der Streitkräfte war bestimmendes Thema.

bis dahin den einzelnen Teilstreitkräften angehörenden Organe der Administration, Unterstützung und Rechtsberatung zu einem selbstständigen Organisationsbereich zusammen. Der SCA ist eine militärische Organisation. Leitende Funktion bei der Wahrnehmung der administrativen Aufgaben (Verwaltung, Finanzen, Recht, Beratung, Revision, Logistik, Umwelt) üben die 1600 Offiziere des Verwaltungsdienstes („Commissaires“) aus. Dem Dienst gehören neben Soldatinnen und Soldaten auch Zivilbedienstete an.

Die „Commissaires“ werden an der Ecole des Commissaires des Armées (ECA) in Salon-de-Provence in einem zweijährigen Studium ausgebildet, mit welcher der FB BWV seit 2013 partnerschaftlich verbunden ist.

Partnerschaft mit dem Ersten Deutsch-Niederländischen Korps und Zusammenarbeit mit der Schule für Personalmanagement und Logistik der Niederländischen Streitkräfte in Soesterberg

Seit 2011 bestehen enge Beziehungen zwischen dem FB BWV und dem Ersten Deutsch-Niederländischen Korps, die am 12. Februar 2013 mit einer förmlichen Kooperationsvereinbarung bekräftigt wurden. In der G 8-Abteilung



Der Leitspruch des Ersten Deutsch-Niederländischen Korps: „Communitate Valemus“ („Gemeinsam sind wir stark“).



Internationale Zusammenarbeit in der Praxis: Major Nielen und Major Graver vom 1. D/NL Korps bei der Planübung am FB BWV im November 2014.

(Haushalt/Finanzen) des Korps sind Beamtinnen und Beamte der Bundeswehrverwaltung zusammen mit Verwaltungsoffizieren aus anderen Nationen eingesetzt. Zahlreiche Themen aus dem Studium am FB BWV sind in Auftrag und Dienstbetrieb des Ersten Deutsch-Niederländischen Korps tägliche gelebte Praxis. Die Zusammenarbeit mit dem Ersten Deutsch-Niederländischen Korps ist daher für die Erreichung des Ausbildungszieles der Laufbahnausbildung, der Berufsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen, von grundlegender Bedeutung. Durch Vorträge und die regelmäßige und engagierte Teilnahme von deutschen, niederländischen und italienischen Angehörigen des Ersten Deutsch-Niederländischen Korps werden für die Studierenden des FB BWV die Sicherheitspartnerschaft in der NATO und in Europa, erworbene Erfahrungen bei Auslandseinsätzen, multinationale Aufgabenwahrnehmung, die Bedeutung von interkultureller Kompetenz und Kommunikation für ein erfolgreiches Arbeiten im In- und Ausland, aber auch Fachfragen wie die Finanzierung multinationaler Stäbe im Studium konkret und an Beispielen aus der Praxis erfahrbar.

Durch die Mitwirkung von Leitungsangehörigen und Dozentinnen und Dozenten des FB BWV kann das Erste Deutsch-Niederländische Korps auf die breite Fachkompetenz in allen streitkräfterelevanten Verwaltungsbereichen zurückgreifen und diese in Übungen und Ausbildungsvorhaben integrieren. Zugleich ermöglicht die Mitwirkung an Übungen des Ersten Deutsch-Niederländischen Korps den Angehörigen des FB BWV nicht nur Einblicke in das Übungsszenario, die Organisation und den Ablauf dieser militärischen Großprojekte, sondern gibt auch wertvolle Anregungen für die Weiterentwicklung der eigenen PL III-Planübungen.

Vermittelt durch das Erste Deutsch-Niederländische Korps konnte die Zusammenarbeit des FB BWV mit Dienststellen und Truppenteilen der Niederländischen Streitkräfte erweitert und intensiviert werden. Insbesondere mit der Schule für Personalmanagement und Logistik der niederländischen Streitkräfte (School MAT & PERSLOG) in Soesterberg, die auch das Personal der niederländischen

Internationale Sicherheitspartnerschaft konkret: Regierungsdirektor Ostermann mit Studierenden des FB BWV beim Ersten Deutsch-Niederländischen Korps.





Trinationale Aufgabenwahrnehmung im Dienst der Ausbildung: Eine Übungsteilnehmerin löst Einsatzaufgaben bei der Planübung im Mai 2014 in Zusammenarbeit mit einem afghanischen Rollenspieler und SSgt van den Assem von der School MAT & PERSLOG, Soesterberg.



Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Erfolge: Direktor Junger, Major Eijerkamp und SSgt van den Assem, School MAT & PERSLOG, in Soesterberg bei der Planübung im Mai 2014.

Wehrverwaltung ausbildet, wurden zahlreiche Vorhaben realisiert. Studierende des FB BWV informieren sich regelmäßig bei Exkursionen zur School MAT&PERSLOG über die Ausbildung und die Besonderheiten der niederländischen Militärverwaltung. Durch ihre engagierte Mitwirkung an den Planübungen leisten die Angehörigen der School MAT & PERSLOG einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der einsatzbezogenen Ausbildung am FB BWV.



Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg

Im Jahr 2012 begannen die Hochschule Regensburg (HS. R) – Studiengang „International Relations and Management“ – und der FB BWV der HS Bund mit einem intensiven fachlichen Austausch. Der Studiengang „International Relations and Management“ bereitet die Absolventinnen und Absolventen auf Organisations-, Koordinations-, Kommunikations- und Leitungsaufgaben in einem internationalen Umfeld bei Unternehmen oder Organisationen mit internationalem Bezug vor.

Der Studiengang weist zahlreiche Parallelen zur Laufbahnausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes am FB BWV auf. Zu nennen sind hier insbesondere Ausbildungsschwerpunkte in einer intensiven Sprachausbildung und in interkultureller Kompetenz sowie ein breites Spektrum an wissenschaftlichen Grundlagen, die zur Übernahme von zahlreichen Aufgaben im späteren Berufsleben befähigen. Auch Sicherheitspolitik, internationale Stabilisierungsoperationen und die Planung und Durchführung von humanitären Einsätzen sind Bestandteil des Studiums, wobei der Schwerpunkt auf zivil-militärischer Zusammenarbeit liegt.

Seit 1. Oktober 2013 trägt die Hochschule den Titel Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg (OTH Regensburg). Die Zusammenarbeit der Hochschule Regensburg/ OTH Regensburg, Studiengang „International Relations and Management“, und der HS Bund – FB BWV hat ihren Ursprung in der gemeinsamen Teilnahme an der multinationalen Großübung „PEREGRINE SWORD“ des Ersten Deutsch-Niederländischen Korps, zu dem beide Hochschulen intensive Beziehungen pflegen.

Studierende des Studiengangs „International Relations and Management“ wirken seit November 2012 an der Planübung im Rahmen der einsatzbezogenen Ausbildung am FB BWV der HS Bund mit. Die Integration eines Verbindungskommandos (Üb) der UN-Mission UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) ermöglichte eine realistische Ausbildung zur Zusammenarbeit der Wehrverwaltung mit internationalen Organisationen, die nicht militärisch geprägt sind, unter einsatz-

nahen Bedingungen. Im Jahr 2014 wurden im Mai und November jeweils zwei parallel laufende Übungen in Mannheim – Übung Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – und in Regensburg – Übung UNAMA – über ein Verbindungskommando und einsatztypische Kommunikationsmittel koordiniert.

Für das Jahr 2015 sind bereits weitere gemeinsame Veranstaltungen der beiden Hochschulen geplant.

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern – Fachbereich Sozialverwaltung – in Wasserburg

Grundlage für die enge und intensive Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern – Fachbereich Sozialverwaltung – in Wasserburg am Inn ist eine Aufgabenverlagerung. Mit Übertragung der Zuständigkeiten der Länder im Bereich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem dritten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) von den Ländern in die Zuständigkeit der BWV zum 1. Januar 2015 bzw. bezüglich der Kriegsopferversorge zum 1. Januar 2016 stand der FB BWV vor der Herausforderung, in kurzer Zeit zu diesem komplexen Themenbereich Fachkompetenz zu erwerben und Lehrinhalte zu identifizieren.

Dank der hervorragenden Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege im bayerischen Wasserburg am Inn – FB Sozialverwaltung – der einzigen Hochschule, welche die o. a. Themen als Studieninhalt in einem praxistauglichen Umfang vermittelt – war es dem FB BWV in kurzer Zeit möglich, für diese komplexe Thematik einen auf die Bedürfnisse der Bundeswehr abgestimmten Studienplan zu erarbeiten.

Auch für die Meisterung der weiteren Herausforderung für den FB BWV, in sehr kurzer Zeit die notwendige Fachkompetenz zu erwerben, um die neuen Lerninhalte auf Hochschulniveau lehren zu können, leisteten die beiden Fachdozentinnen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern – FB Sozialverwaltung – einen entscheidenden Beitrag. Durch die Bereitstellung von Unterlagen und die Ermöglichung einer Hospitation der Dozentinnen und Dozenten des FB BWV an Lehrveranstaltungen konnten rasch Grundlagen gelegt und sichergestellt werden, dass der FB BWV im Dezember 2013 als erste Lehreinrichtung der Bundeswehr mit der Lehre zu dem Themenkomplex „Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung“ sowie „Kriegsopferfürsorge“ im Umfang von 134 Lehrveranstaltungsstunden beginnen konnte.

Die zunächst rein fach- und aufgabenbezogene Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern – Fachbereich Sozialverwaltung – wurde zwischenzeitlich auch auf den Austausch über andere hochschulspezifische Themen ausgedehnt. Bei einem Seminar für die Einweisung von Prüferinnen und Prüfer von Diplomarbeiten am FB BWV konnte der Dialog der beiden Hochschulen auf die Organi-



Austausch über die Vorbereitung von Prüferinnen und Prüfern von Diplomarbeiten: Stellv. Fachbereichsleiterin und Dozentin Ganslmeier (1. Reihe, 3. v. l.), Dozentin Gabriel am FB Sozialverwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (1. Reihe, 4. v. l.), mit dem Leiter des Prüfer-einweisungsseminars am FB BWV, Prof. Dr. Lang (1. Reihe, 1. v. l.) und Seminar teilnehmerinnen und -teilnehmern)

sation des Studiums, die Einbindung der Diplomarbeit in den Studienablauf und die Vorbereitung von Prüferinnen und Prüfern aus der Praxis erweitert werden. Eine Dozentin der bayerischen Fachhochschule ist zwischenzeitlich sogar Prüferin für Diplomarbeiten am FB BWV geworden.

Weiterentwicklung des Studiums

Die Weiterentwicklung der Laufbahnausbildung im Kontext von Umstrukturierung und Modernisierung der Bundeswehr

Schwerpunkte in der Arbeit des FB BWV im Jahr 2014 waren die für eine Umstrukturierung der Laufbahnausbildung erforderliche Analyse der laufenden Prozesse im Hinblick auf die geänderten Ausbildungserfordernisse, die Erarbeitung von Konzepten zur Umstrukturierung der Laufbahnausbildung und die Erprobung einzelner Studieninhalte in Pilotprojekten. Ziel der Arbeiten ist die vorausschauende Neugestaltung des Curriculums. Dabei werden umfassende Veränderungen sicherstellen, dass das primäre Ausbildungsziel der Laufbahnausbildung, die Berufsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen, auch in Bezug auf die Anforderungen einer neu strukturierten Bundeswehr erreicht wird.

Aus der grundlegenden und umfassenden Umstrukturierung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee ergibt sich ein neues Anforderungsprofil für künftige Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehr. Die Neuorganisation der Bundeswehr nach dem Spartenprinzip, die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben durch Soldaten/innen und Zivilbedienstete der Bundeswehr, die Abgabe von Aufgaben an externe Dienstleister, die Übernahme der Beschädigten- und Hinterbliebenenver-

sorgung, der Kriegsofopferfürsorge sowie der Unterhaltssicherung von den Verwaltungen der Bundesländer haben erhebliche Auswirkungen auf die von Beamtinnen und Beamten des gehobenen Verwaltungsdienstes wahrzunehmenden Aufgaben und die für eine erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Kompetenzen. Entsprechend ändern sich die Anforderungen an die Laufbahnausbildung und die Lerninhalte des Studiums.

2014 war der Schwerpunkt die Mitwirkung des FB BWV an der Neufassung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Laufbahn der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der BWV gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 2 BBG, § 10 BLV.

Der FB BWV arbeitet ergänzend zu dem dualen Diplom-Präsenzstudiengang „Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung“ an einem berufsbegleitenden Bachelor-Fernstudiengang mit dem Ausbildungsziel „Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst“. Ziel ist es, ein zusätzliches familienfreundliches Angebot zur besseren Nutzung vorhandener Potentiale aller Statusgruppen im Rahmen des Binnenarbeitsmarktes Bundeswehr durch die Erweiterung attraktiver Optionen für die Weiterbildung zu schaffen.

Der Fernstudiengang dient auch der Erleichterung der Laufbahndurchlässigkeit und des Statuswechsels. Er soll allen Statusgruppen in der Bundeswehr offenstehen und als Aufstiegsstudiengang für zivile Beschäftigte und als Einstiegsstudiengang für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit dienen. Zur individuellen Verkürzung der Studienzeit sind Instrumente zur Anerkennung von bereits erworbenen beruflichen Kompetenzen vorgesehen. Der berufsbegleitende Bachelor-Fernstudiengang soll den

Diplom-Präsenzstudiengang ergänzen und in erster Linie eine attraktive Alternative zum Ausbildungsaufstieg in Form des dualen Präsenzstudiums bieten. Der Studienbeginn ist für Ende 2016 vorgesehen.

Mit der Arbeit an einem berufsbegleitenden Fernstudien- gang tritt ein Projekt in die Realisierungsphase, an dem der FB seit 2010 konzeptionell arbeitet und zu dem er wiederholt Vorschläge unterbreitet hat.

Fach- und themenbezogene Hochschultage

Ziele der fach- und themenbezogenen Hochschultage sind die kontinuierliche Anpassung der Inhalte der Laufbahnausbildung und der Qualifikation der Absolventinnen und Absolventen an die sich verändernden Anforderungen der BWV, die intensive Abstimmung zwischen Lehre und Praxis und die Integration aktueller Entwicklungen und Neuerungen in die Ausbildung im Allgemeinen und die Lehre in den einzelnen Studienfächern im Besonderen. Im Jahr 2014 führte der FB BWV themenbezogene Hochschultage zum Sozialen Entschädigungsrecht – Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie Kriegsopferfürsorge – und zum Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht durch.

Hochschultage im Bereich Soziales Entschädigungsrecht

Kurz vor der Übernahme der Aufgaben der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung durch die Bundeswehr von den Bundesländern ab 1. Januar 2015 kam den Hochschultagen zum Sozialen Entschädigungsrecht vom 13. bis 17. Oktober 2014 am FB BWV eine besondere Bedeutung zu. Die Hochschultage dienten dem wissenschaftlichen und fachlichen Austausch von Expertinnen

und Experten der unterschiedlichen Fachgebiete und den Dozentinnen und Dozenten des FB. Sie boten den Sozial- und Versorgungsärzten der Bundeswehr einen Einstieg in das Rechtsgebiet als Vorbereitung auf die künftigen Aufgaben. Ebenso schufen sie eine Basis für die Erweiterung und Vertiefung der erworbenen Kenntnisse und für den weiteren Austausch unter den Expertinnen und Experten. Für den FB wichtig war die Abstimmung zwischen Praxis und Lehre mit dem Ziel der Optimierung der Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. Die Themen reichten vom breiten Spektrum rechtlicher Fragen, dem Leistungsspektrum in der sozialen Entschädigung über medizinische Aspekte, Personalentwicklung, Infrastrukturplanung bis hin zu Schnittstellen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und ärztlichem Dienst.

Nach der Begrüßung durch Direktor Junger diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter der Leitung von Oberfeldärztin Künzel und Regierungsoberamtsrat Arff vielfältige und interessante Themen wie die Entwicklung des Sozialen Entschädigungsrechtes (SER) von den Anfängen bis zur Gegenwart, die in Betracht kommenden Leistungen während und nach der Zugehörigkeit zur Bundeswehr, die besonderen Regelungen des Verfahrensrechtes sowie die Einsatzversorgung - immer unter dem besonderen Aspekt der Zusammenarbeit von Verwaltung und ärztlichem Dienst. Die Vorträge der Expertinnen und Experten aus Medizin und Recht enthielten neben Fachwissen auch wertvolle Hintergrundinformationen aus der Praxis für die Praxis. Vors. Ri'in am Hessischen Landessozialgericht Darmstadt Deppermann-Wöbbeking gab wertvolle Einblicke in die Kriterien der Gerichte für die Beurteilung und Anerkennung seelischer Störungen im SER.



Direktor Junger und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hochschultage SER.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Hochschultage im Bereich SER an der HS Bund – FB BWV in Mannheim als Forum für den unverzichtbaren Erfahrungsaustausch der Praktiker/innen und Dozenten/innen unbedingt fortgesetzt werden sollen, insbesondere nach Übernahme der Aufgaben im Januar 2015 bezüglich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung sowie 2016 bezüglich der Kriegsofopferfürsorge.

Hochschultag im Bereich Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht

Zahlreiche Gäste folgten der Einladung von Dekan Direktor Junger zu einem Hochschultag ganz besonderer Art. Auf Initiative von Regierungsdirektor Ermer, Dozent für Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht, führte der FB BWV am 20. November 2014 einen Hochschultag im Bereich Arbeits-, Tarif und Sozialversicherungsrecht unter dem Motto „Gute Gespräche verbinden die Menschen“ durch. Regierungsdirektor Ermer verwies darauf, dass dieses Motto in besonderem Maße für das Fachgebiet Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht gelte, da es hier um die Menschen und deren Arbeit gehe.

Entsprechend dem Ansatz des Hochschultages, den Fokus von den kleinteiligen Betrachtungen auf die großen Themen und die sie prägenden Zusammenhänge zu lenken, stand der Vortrag von Prof. Dr. Steiner, Bundesverfassungsrichter a. D., im Mittelpunkt der Veranstaltung. Sein Thema lautete: „Wie geht es unserem Staat? Verfassungsrechtliche und sonstige Bemerkungen“. Anhand der fünf Thesen

1. Die Aufgaben des Staates in Deutschland sind entgrenzt. Verantwortung trägt er tendenziell für alles.
2. Die Bundesrepublik Deutschland hätte gute Chancen auf den Titel „kompliziertester Staat der Welt“. Sie ist Mitglied der Europäischen Union und besteht aus einem Gesamtstaat und 16 Ländern mit Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und oft auch Eigensinn. Es stellt sich die Frage: Darf es weniger Bundesstaat sein?
3. Der deutsche Sozialstaat ist politisch und juristisch ein Kunstwerk, Ausdruck spätgermanischen Gemeinsinns. Er ist noch immer Riese und kein Zwerg. Es gibt nicht die soziale Frage in Deutschland, aber viele einzelne soziale Fragen, und keine von ihnen ist wirklich einfach zu beantworten. Im Mittelpunkt der Sorgen um die soziale Zukunft steht das System der gesetzlichen Rentenversicherung. Eine Alternative zur Grundsatzentscheidung der Bundesrepublik Deutschland für den Sozialstaat gibt es nicht. Sozialrecht ist mehr denn je „staatstragendes“ Recht.

4. Auf der politischen Tagesordnung in Deutschland bleibt die Frage, ob wir dem Staatsvolk des Bundes mehr Verantwortung geben durch mehr direkte Demokratie. Die Antwort auf diese Frage ist komplizierter als die öffentliche Diskussion dieses Themas erscheinen lässt. Es gilt, die repräsentative Demokratie in Schutz zu nehmen. Zu Recht hat man formuliert, besser eine schwächelnde Demokratie als eine kerngesunde Diktatur.
5. Eine kompetenzbewusste Verfassungsgerichtsbarkeit hat in Deutschland die Räume der Politik eng gemacht. Wir brauchen mehr Mut zur politischen Gestaltung. Verfassungsrichter sind nur Co-Piloten des Parlamentes.

analysierte Prof. Dr. Steiner den Zustand unseres Staates. Dabei wandte er sich gegen vermeintlich einfache

Eine umfassende Analyse anhand von fünf Thesen: Prof. Dr. Steiner referiert am FB BWV zum Thema „Wie geht es unserem Staat?“.



Ein breites Spektrum an Themen rund um das Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht: Regierungsdirektor Ermer stellt die anlässlich des Hochschultages erarbeiteten Beiträge von Dozentinnen und Dozenten, Absolventinnen und Absolventen sowie Expertinnen und Experten aus der Praxis vor.



Ein Themenspektrum, das die besondere Bedeutung des Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrechtes für die Bundeswehr in der Neuausrichtung und eine Gesellschaft im raschen Wandel dokumentiert: Die Gäste bei der Vorstellung der Hochschulschrift anlässlich des Hochschultages.

Lösungen, die meist wesentliche Aspekte unterschlagen, stellte die in der medialen Wahrnehmung gern vernachlässigten historischen Errungenschaften und Stärken heraus, zeigte aber auch die Herausforderungen unserer Zeit auf und wo dringender Handlungsbedarf besteht. Eine rege Aussprache mit den zahlreichen Gästen des Hochschultages schloss den Programmpunkt ab.

Im Anschluss stellte der Initiator des Hochschultages und Herausgeber der im Vorfeld erarbeiteten Hochschulschrift, Regierungsdirektor Ermer, die einzelnen Beiträge vor. Zahlreiche Dozentinnen und Dozenten des FB, die Leiterin der Referats Rechts- und Hochschulangelegenheiten am FB, Regierungsdirektorin Wasmus, sowie Absolventen/innen und Experten/innen aus der Praxis erarbeiteten Beiträge zu einem breiten Spektrum von Themen, die alle einen Bezug zum Arbeits-, Tarif und Sozialversicherungsrecht hatten.

Die Themen reichen von einem Rechtsvergleich des nationalen und internationalen Arbeitsrechtes mit den vertraglichen Rechten afghanischer ziviler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr über horizontale und vertikale Gehaltsunterschiede im öffentlichen Dienst, dem Thema „Europäische Arbeitslosenversicherung – Vision oder Alptraum?“, der Frage nach der



Ein Vortrag, der zu Diskussionen anregt – Ministerialdirektor a. D. Streffer, Ministerialdirigent Maikranz, Regierungsdirektor Ermer, Prof. Dr. Steiner und Direktor Junger (v. r. n. l.) im Gespräch.

„Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes durch die Einführung von Langzeitarbeitskonten?“, dem „Einfluss von religiösen Überzeugungen auf das Recht auf Arbeit“, der „Philosophie des Arbeitsschutzgesetzes am Beispiel des Umganges mit Stress am Arbeitsplatz“, den „rechtlichen Grundlagen und der Bekämpfung der Schwarzarbeit durch die Zollverwaltung“ bis zum „Monatsgespräch gemäß dem Bundespersonalvertretungsgesetz“ und einem Beitrag zum „Datenschutz nach dem Grundgesetz und Recht der Europäischen Union“. Die Hochschulschrift ist als Band 56 in der Schriftenreihe der HS Bund veröffentlicht und sichert dem eindrucksvollen Hochschultag Wirkung weit über das Ereignis hinaus.

Die fach- bzw. themenbezogenen Hochschultage der HS Bund – FB BWV haben sich zu einem anerkannten und geschätzten Forum entwickelt, in dem sich die Fachleute aus dem BMVg, der HS Bund, den zentralen Lehrinstituten der Bundeswehr, der Ausbildungsorganisation und aus der Praxis zur Erörterung aktueller Entwicklungen und von Fach- und Ausbildungsfragen treffen und stets gemeinsame Lösungen finden.

Einbindung der Alumni

Die Einbindung der ehemaligen Studierenden – der Alumni – in die Ausbildung am FB BWV und die Umstrukturierung der Laufbahnausbildung dient der engen Verzahnung von Lehre und Praxis und der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Ausbildung. Der ständige Erfahrungsaustausch zwischen den Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes und der HS Bund – FB BWV ermöglicht eine Bewertung der Ausbildung aus einem noch nicht durch lange Routinen geprägten Blick

und nutzt das Innovationspotential der besonders engagierten jungen Beamtinnen und Beamten.

Die Alumni-Arbeit am FB BWV fördert zudem das Kontakt halten der Absolventinnen und Absolventen untereinander und schafft eine Grundlage gegenseitiger Unterstützung im Sinn einer modernen Netzwerk-Arbeit. Sie ist zugleich ein wesentliches Element der Hochschul-Evaluation bezogen auf die Lehre am FB, den Studiengang insgesamt oder von Studienabschnitten oder -inhalten.

Im Jahr 2014 haben zahlreiche Alumni an Projekten am FB mitgewirkt oder als Vortragende bzw. Gastdozenten/innen die Lehre unterstützt. Für das Jahr 2015 sind Alumni-Hochschultage mit Themen zu den Aufgaben der Wehrverwaltung in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, zur familienfreundlichen Gestaltung der Ausbildung und zur Optimierung und Weiterentwicklung der Lehre am FB BWV in Vorbereitung.

Außenbeziehungen, Informationsarbeit

In der Bundeswehr-Liegenschaft Mannheim-Neustadt sind nach der Umstrukturierung der Lehrinstitute am 1. Januar 2013 im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr die beiden Bildungseinrichtungen Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) und HS Bund – FB BWV untergebracht. Die HS Bund – FB BWV ist ein eigenständiges Lehrinstitut geblieben; der FB BWV ist neben den Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München eine der drei Hochschulen der Bundeswehr und unmittelbar dem Bundesministerium der Verteidigung unterstellt.

Die beiden Lehrinstitute BiZBw und HS Bund – FB BWV ergänzen sich in ihren Aufgaben der sehr unterschiedlich

gestalteten technischen und nichttechnischen Laufbahnausbildung für die Beamtinnen und Beamten aller Laufbahngruppen der Bundeswehr, in den äußerst vielfältigen Lehrgängen der Fortbildung und den zahlreichen Sonderveranstaltungen. Die beiden Lehrinstitute arbeiten eng zusammen; in ihren in eigener Verantwortung wahrgenommenen Bildungsaufträgen unterstützen sie sich in vieler Hinsicht gegenseitig – vor allem auch durch den wechselseitigen Einsatz der Lehrkräfte. Besonderer Ausdruck der gemeinsamen Aufgabenerfüllung ist die enge und engagierte Zusammenarbeit der Soldaten/innen des BiZBw mit dem FB BWV bei der Konzeption und Durchführung der Grundlagenausbildung „Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“ (s. o.).

Die Informationsarbeit des FB BWV umfasst neben der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Präsentation des FB in den elektronischen Medien. Hier ist er dreifach präsent: im Internetauftritt der HS Bund, im Internetauftritt der Bundeswehr und im Intranet der Bundeswehr (IntranetBw).

Im Jahr 2014 wirkte der FB BWV bei mehreren Veranstaltungen zur Nachwuchswerbung für die Bundeswehr mit.

Beim Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim am 6. Januar 2014 beteiligte sich der FB im Rahmen der Präsentation der Mannheimer Hochschulen mit einem eigenen Stand. Im Mai 2014 engagierte er sich auf Deutschlands größter Regionalmesse, dem „Maimarkt Mannheim“, einer Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, an den Messeständen der Bundeswehr. Mit Lehrkräften, Verwaltungspersonal und Studierenden warb der FB BWV um Nachwuchs für die Wehrverwaltung.

Fachbereich Finanzen

Leitung:	AD Dr. Rüdiger Nolte
Sitz/Standorte:	Münster
Studiengang:	Gehobener nichttechnischer Zolldienst des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Finanzwirt/in (FH)
Studierendenzahl:	1515
Einstellungszahlen 2014:	325
Hauptamtlich Lehrende:	54

Das Studienjahr 2014

Nachdem im August 2013 knapp 300 Studierende das Grundstudium am Fachbereich (FB) Finanzen in Münster begonnen hatten, wurden nach der Zwischenprüfung im Februar 2014 259 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Hauptstudium ab August 2014 zugelassen. Mitte August 2014 nahmen zudem 325 Nachwuchskräfte für den gehobenen Zolldienst ihr Studium auf. Während die künftigen Studierenden an der Rezeption des Bildungs- und Wissenschaftszentrums eincheckten, wurden den mitgereisten Eltern und Freunden/innen Kaffee und Erfrischungsgetränke angeboten. Bei einer anschließenden Besichtigungstour über den Campus einschließlich der Lehrsäle, Mensa und des Unterkunftsgebietes konnten die Sorgen mancher Eltern („Ist denn meine Tochter oder mein Sohn auch gut in Münster aufgehoben?“) zerstreut werden.

Bereits sechs Wochen zuvor fand für 371 Absolventinnen und Absolventen des Hauptstudiums III, Einstellungsjahrgang 2011, die Laufbahnprüfung am FB Finanzen der Hochschule des Bundes (HS Bund) statt. Nach der mündlichen Prüfung konnten letztlich 358 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufatmen. Sie hatten die letzte Hürde im



dreijährigen Studium geschafft. So fanden in der letzten Juliwoche im Audimax die Diplomfeiern statt. Die Organisation und äußere Gestaltung oblag, wie bereits in den vergangenen Jahren, Pressesprecher Wallner des Bildungs- und Wissenschaftszentrums.

In bewährter Manier wechselten sich Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Prüfungskommissionen bei den Festreden ab. Vertreterinnen und Vertreter des Hauptpersonalrates überbrachten Grußworte. Präsident des Bildungs- und Wissenschaftszentrums Schoeneck, der Dekan des FB Finanzen, Abteilungsdirektor Dr. Nolte sowie der Lehrbereichsleiter des Hauptstudiums, Prof. Dr. Witte überreichten die lang ersehnten Diplommurkunden. Nach einem lockeren Ausklang der Feiern mit Erinnerungsfotos und gestärkt durch Erfrischungsgetränke hieß es dann Abschied zu nehmen. Die nun frisch gebackenen Diplom-Finanzwirte/innen (FH) begaben sich auf die Heimreise, hatten ein paar Tage Sonderurlaub und konnten sich auf den anschließenden Dienstantritt bei den künftigen Dienststellen freuen.

Der Präsident des Bildungs- und Wissenschaftszentrums Schoeneck (v. l.) und Hr. Schulze, der Vertreter des HPR (m. l.) freuten sich mit den Absolventinnen und Absolventen.





Der Moderator der Diplomfeierlichkeiten 2014, Pressesprecher Wallner.



Diplomfeier – Festrede von Prof. Dr. Schulmeister.

STEUERUNG DER HOCHSCHULE
SENAT
STUDIUM UND LEHRE
HOCHSCHULE IM DIALOG MIT ...
ZENTRALE HOCHSCHULVERWALTUNG
ANLAGEN

Erhöhte Einstellungszahlen – Die Zollverwaltung wächst

Auch künftig werden die Studierendenzahlen am FB Finanzen in Münster steigen. Im Januar 2015 trat das Mindestlohngesetz in Kraft. Bis auf wenige Ausnahmen haben seitdem alle Beschäftigten in Deutschland Anspruch auf einen Bruttostundenlohn von mindestens 8,50 €.

Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, dass ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn die „Anreize“ erhöhen kann, auf Schwarzarbeit auszuweichen und diese Lohngrenze zu umgehen. Die Bundesregierung hat daher beschlossen, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) mit ca. 1600 zusätzlichen Stellen im mittleren und gehobenen Zolldienst zu verstärken. Auch diese neuen Anwärterinnen und Anwärter für den gehobenen Dienst werden das Studium zum Diplom-Finanzwirt/in (FH) absolvieren. Demgemäß werden im August dieses Jahres 470 Personen in Münster starten.

Zur Bewältigung dieser erhöhten Einstellungszahlen wird der FB Finanzen im Jahr 2015 räumlich und personell erweitert. Im Juli 2015 wird eine weitere Liegenschaft im Stadtgebiet Münster bezogen. Die am Aasee gelegenen Gebäude an der Mecklenbecker Straße 235 bieten Lehrsäle für zunächst zehn, später zwölf Kurse, Unterkünfte für Studierende, Büros für Lehrende und Verwaltung sowie eine eigene Mensa.



Teilnehmer/innen beim Auswahlverfahren für den gehobenen Zolldienst



Die zusätzliche Liegenschaft
in Aasee-Nähe.

Für die Ausbildung der zusätzlichen Nachwuchskräfte werden am FB Finanzen weitere Lehrenden-Dienstposten eingerichtet: Vier Professoren/innen-Stellen für die Bereiche BWL, Besonderes Zollrecht und Recht der sozialen Sicherung sowie zwei Lehrende für die Bereiche Allgemeines Zollrecht und Abgabenordnung sind bereits 2014 ausgewählt worden. Weitere Stellen werden 2015 ausgeschrieben.

Ausstattung der Lehrsäle

Mit Übernahme des neuen Gebäudes am Aasee werden die dortigen Lehrsäle und – nach und nach – auch die Lehrsäle der heutigen Liegenschaft zeitgemäß mit modernster Medientechnik ausgestattet. So soll jeder Lehrsaal künftig mit einem interaktiven 89-Zoll-Multi-Touch-Whiteboard für Finger-, Stift-, und Zeigereingabe, magnetisch und mit Whiteboardmakern beschreibbar, einem interaktiven 24-Zoll-Dozenten-Display, zwei weiteren beschreibbaren Whiteboards sowie einer integrierten Audioanlage ausgestattet werden. Zusätzlich werden Ultrakurzprojektoren und eine Dokumentenkamera zur Visualisierung von Vorlagen, dreidimensionalen Gegenständen und Dokumenten in den Lehrreinrichtungen zur Verfügung stehen.





STEUERUNG DER HOCHSCHULE
 SENAT
 STUDIUM UND LEHRE
 HOCHSCHULE IM DIALOG MIT ...
 ZENTRALE HOCHSCHULVERWALTUNG
 ANLAGEN

Der Messestand vor dem großen Andrang

Nachwuchsgewinnung

Um bei erhöhten Einstellungszahlen eine möglichst hohe Qualität der Nachwuchskräfte zu gewährleisten, ist ein professionelles Personalmanagement, insbesondere eine kontinuierliche Nachwuchsarbeit und -werbung unabdinglich. In Zusammenarbeit mit dem Hauptzollamt Münster waren die Kolleginnen und Kollegen der Pressestelle des Bildungs- und Wissenschaftszentrums auf den großen Bildungsmessen in der Halle Münsterland und auf dem NRW-Tag in Bielefeld mit einem Infostand vertreten, um Nachwuchskräfte für den Zoll zu werben.

In vielen Gesprächen konnte intensiv über das duale Studium und die wissenschaftlich fundierte, praxisnahe Ausbildung beim Zoll informiert werden.



Die Attraktion bei jeder Veranstaltung:
 Zollbulli von 1962.

Workshop der Studienbereichsleitungen zur eigenen Standortbestimmung – Erstellung von Anforderungsprofilen

In Weiterentwicklung der Positionierung des FB Finanzen kamen die Leitungskräfte in Münster zusammen, um im Rahmen eines Workshops erneut das Selbstverständnis der Führungskräfte am FB Finanzen zu erörtern. Aus diesem Workshop sind selbstorganisierte Arbeitsgruppen entstanden, die die Ausarbeitung der diskutierten Fragestellungen fortsetzen und in konkrete Maßnahmen überführen. Eine der Arbeitsgruppen hat sich mit der Klärung der hochschulgerechten Anforderungen an die

Studienbereichsleiterinnen und Studienbereichsleiter sowie die Vertreterinnen und Vertreter als Führungskräfte in der Lehre beschäftigt. Nach einer genauen Analyse der jeweiligen Tätigkeiten hat die Arbeitsgruppe als Ergebnis Anforderungsprofile für die Leitung eines Studienbereiches sowie für deren Vertretung ausgearbeitet und darin systematisch und detailliert beschrieben, welche Fähigkeiten und Kompetenzen zur wirksamen Aufgabenerfüllung benötigt werden.

Die erstellten Anforderungsprofile beziehen sich vorrangig auf folgende Merkmale:

- Fachliche Kompetenz in sämtlichen Fächern des jeweiligen Studienbereiches, im Bereich der Zollverwaltung sowie IT-Kenntnisse
- Führungskompetenz vor allem in Form von Organisationsfähigkeit und Selbstmanagement sowie Handlungs- und Gestaltungsmotivation zur aktiven und eigenverantwortlichen Weiterentwicklung des FB Finanzen
- Soziale Kompetenz vor allem in Form von Team-, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit
- Wissenschaftliche und pädagogische Kompetenz

Die zahlreichen und komplexen Anforderungen an die Leitung der Studienbereiche und deren Vertretung verdeutlichen die Notwendigkeit einer noch effizienteren und effektiveren Arbeitsteilung in den einzelnen Bereichen. Bereits im Workshop der Führungskräfte des FB Finanzen waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass eine vollständige Vertretung bei Abwesenheit der Studienbereichsleitung einen permanenten Informationsaustausch und eine entsprechende Entscheidungsbefugnis des/r Vertreters/in für den jeweiligen Studienbereich umfasst. Auch aus Gründen einer



Sommer 2014, vor der Umbenennung in „Hochschule“:

wirksamen und transparenten Personalentwicklung wurden die Anforderungsprofile bewusst ähnlich gestaltet. Die definierten Anforderungen an die Studienbereichsleiterinnen und -leiter sowie deren Vertreterinnen und Vertreter weisen insgesamt eine hohe Kongruenz auf. Die erstellten Anforderungsprofile wurden von den Leitungskräften im Rahmen einer Studienbereichsleiter-sitzung eingehend erörtert und schließlich angenommen. Die Beteiligten waren sich einig, dass die nunmehr eindeutige Definition der zu erfüllenden Anforderungen das maßgebliche Rollen- und Selbstverständnis der Führungskräfte an einer modernen Hochschule widerspiegelt und eine konstruktive und innovative Zusammenarbeit innerhalb des FB Finanzen nachhaltig fördert.

Anpassung der Studienplaninhalte im Bereich „Allgemeines Steuerrecht“

Ein praxisorientiertes, duales Studium verlangt eine flexible und konsequente Anpassung an die sich permanent ändernden Rahmenbedingungen und fachlichen Anforderungen. Für den FB Finanzen war beispielsweise die Übertragung der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Bundesfinanzverwaltung von erheblicher Bedeutung. Ursprünglich wurde die Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern erhoben und verwaltet. Durch eine Grundgesetzänderung wurden sowohl die Ertragskompetenz

als auch die Verwaltungskompetenz zum 1. Juli 2009 auf den Bund übertragen. Hintergründe für die Neuregelung waren neben der Umstellung auf eine mehr emissionsbezogene Abgabe vor allem eine Vereinheitlichung der Kompetenzen im Bereich der Mobilitätsbesteuerung. Aufgrund des großen Umfangs der Daten von ca. 58 Mio. Fahrzeugen, und um während der Überleitung weiterhin einen geordneten und wirtschaftlichen Verwaltungsablauf zu gewährleisten, erfolgte die Aufgabenneuverteilung schrittweise. Das Finanzverwaltungsgesetz regelte, dass sich im Zeitraum vom 1. September 2009 bis 30. Juni 2014 das nunmehr zuständige Bundesministerium der Finanzen bei der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer zunächst der Landesfinanzverwaltungen im Wege der Organleihe bediente.

Seit dem 1. Juli 2014 erfolgt die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer ausschließlich durch die Behörden der Zollverwaltung. Für diese umfassenden Verwaltungsaufgaben ist im Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses ein entsprechender Personalbedarf anerkannt worden. Schätzungsweise werden hiervon mehr als 250 Kolleginnen und Kollegen dem gehobenen Dienst angehören, womit die Ausbildung am FB Finanzen unmittelbar berührt ist.



Entsprechend der hinzugekommenen neuen Verwaltungsaufgaben sind die Inhalte des Studienplanes für den Studienbereich „Allgemeines Steuerrecht“ in allen Studienabschnitten geändert worden, da bislang die Schwerpunkte auf den Bezügen der Abgabenordnung zum Zoll- und Verbrauchsteuerrecht lagen. Gegenstand der Ausbildung sind nunmehr auch die Regelungsbereiche, die allein die Besitz- und Verkehrssteuern betreffen. Schwerpunktmäßig gehören dazu die Regelungen über die Steuerfestsetzung und deren Verjährung, die Hemmung der Festsetzungsverjährung sowie die Korrektur von Steuerverwaltungsakten.

„Besonderes Zollrecht“ – Eine besondere Herausforderung im fortwährenden Wandel der maßgebenden Rechtsquellen

Das „Besondere Zollrecht“ steht schon seit Jahren im Fokus aktueller Rechtspolitik. Das Jahr 2014 war gekennzeichnet durch eine Vielzahl unterschiedlicher Rechtsänderungen.

Der Studienbereich „Besonderes Zollrecht“ umfasst die Studieninhalte:

- Außenwirtschaftsrecht,
- Warenursprungs- und Präferenzrecht,
- Marktordnungsrecht (Europäisches Agrarrecht) und das weit gefächerte
- Recht der Verbote und Beschränkungen.

Außenwirtschaftsrecht

Im Außenwirtschaftsrecht führte die sich ständig verändernde weltpolitische Lage, etwa durch den Ukraine-Konflikt, geprägt durch steigende Sicherheitsanforderungen zu zahlreichen Novellierungen und Neuschaffungen von – ohnehin schon zahlreichen – Embargo-Vorschriften.



Darüber hinaus wurden das Außenwirtschaftsgesetz und die Außenwirtschaftsverordnung grundlegend neu strukturiert und dem europäischen Recht angepasst. Dies war erforderlich, da das Außenwirtschaftsgesetz und die Außenwirtschaftsverordnung nach zahlreichen Änderungen unübersichtlich geworden waren und nicht mehr zeitgemäße Normen beinhalteten. Deshalb wurden viele zentrale Regelungen so umformuliert, dass sie nun sowohl übersichtlicher als auch besser lesbar sind. Auch die Ausfuhrliste wurde im Zuge der Novellierung der Außenwirtschaftsverordnung neu gefasst. Sie beinhaltet jetzt nur noch die nach deutschem Recht gelisteten Güter.

Grundlegend überarbeitet wurden die Straf- und Bußgeldvorschriften. Sie sind jetzt viel zielgenauer. Ganz neu ist die Möglichkeit einer sogenannten „Selbstanzeige“. Diese umfangreichen Änderungen führten dazu, dass der Studienplan umfassend angepasst werden musste. Entsprechend der Neuregelungen wurden die Schwerpunkte neu gesetzt und insbesondere die Straf- und Bußgeldbestimmungen neu aufgenommen.

Warenursprungs- und Präferenzrecht

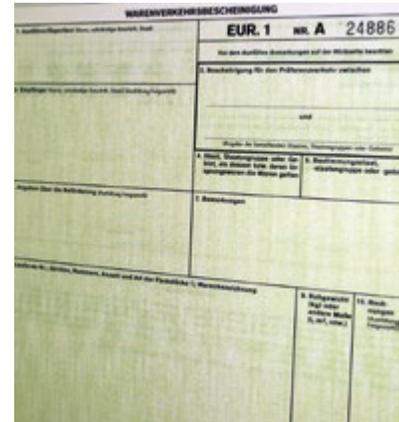
Im Warenursprungs- und Präferenzrecht ist das Themenfeld ausgesprochen komplex. Unterschiedliche Rechtsquellen sind heranzuziehen, um zu klären, ob die Ware entweder einen nichtpräferenziellen Ursprung hat oder durch die zugrunde liegenden Ursprungsregeln dem Präferenzrecht unterliegt, und somit Präferenzzollsätze gelten können. Im Jahr 2014 ist das Allgemeine Präferenzsystem (APS) aktualisiert worden. Es wurde ein neues Schema aufgenommen, wonach die Europäische Union zahlreichen Entwicklungsländern, insbesondere solchen, die am wenigsten entwickelt sind, Zollpräferenzen für deren Ursprungswaren gewährt.

Außerdem wurde erwartet, dass endlich das regionale Übereinkommen über die Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregelung, die sogenannte „Ursprungs-konvention“, angewendet und damit auch gelehrt werden kann. Diese stellt eine Vereinheitlichung der Ursprungsregeln für Europa und den Mittelmeerraum dar und wird somit die Ursprungsbeurteilung erleichtern. Da noch nicht alle dieser Konvention beigetretenen Staaten dieselbe ratifiziert haben, wird derzeit die Anwendung der Konvention ausgesetzt, bis die fehlenden Ratifizierungen erfolgen.

Für den Studienbereich bedeutet dies, die aktuellen Änderungen und Entwicklungen stets im Blick zu behalten, um möglichst schnell die Einarbeitung der neuen Materie in die Lehre gewährleisten zu können. Um zu verhindern, dass bei gleichbleibenden Stundenansätzen die Stofffülle zunimmt, muss exemplarisch ausgebildet werden. Dies wird voraussichtlich auch bei den in Aussicht stehenden Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten (TTIP) und Kanada (CETA) zu erwarten sein. Folgerichtig werden dann eine neue Schwerpunktbildung und auch eine weitere Umgestaltung der Lehrpläne erforderlich sein.

Marktordnungsrecht

Auch im Marktordnungsrecht (Europäisches Agrarrecht) wurde im Jahr 2014 einiges neu gestaltet. So hat hier der Rat der EU auf der Basis des Lissaboner Vertrages eine neue Gemeinsame Marktordnung sowie eine neue Handelsregelung geschaffen. Sämtliche Regelungen im Zusammenhang mit dem Handel mit Drittländern wurden umfassend reformiert, so auch die Einfuhrabgabenregelungen z. B. im Sektor Obst und Gemüse.



Internationale Warenverkehrsbescheinigung EUR 1



Im Rahmen von Workshops des zuständigen Studienbereiches wurden die Lehrinhalte kurzfristig an die neue Rechtslage angepasst und so der Stellenwert des Marktordnungsrechtes im System der zollrechtlichen Fächer erhalten.

Verbote und Beschränkungen

Im Bereich des Rechtes der Verbote und Beschränkungen (VuB) gab es ebenfalls Rechtsänderungen. Hier sei nur beispielhaft der gewerbliche Rechtsschutz genannt. Eine neue Regelung zum Schutz des geistigen Eigentumes unter Mitwirkung der europäischen Zollbehörden ist geschaffen worden. In der neuen Produkt-Piraterie-Verordnung wurde der Anwendungsbereich auf weitere Schutzrechte ausgedehnt. Zudem wurden europaweit Vereinfachungen beim Vernichtungsverfahren, so vor allem bei Kleinsendungen, eingeführt. Auch diese Rechtsänderungen erforderten eine Anpassung der Lehre und hierzu existierenden Datenbanken.

Fazit

Da der Studienbereich „Besonderes Zollrecht“ aufgrund seiner Vielfalt an Studieninhalten naturgemäß viele Rechtsquellen zu bearbeiten hat, ist er permanent auf

links: Gefälschte Fanartikel
rechts: Produkt-Piraterie:
Tatsächlich „SWISS MADE“?



Rechtsänderungen eingestellt und weiß um diese Herausforderung. Daher werden immer wieder Studieninhalte durch Evaluation kritisch überprüft und bestehende Studienpläne umgestellt. Außerdem gehört es zum Selbstverständnis des Studienbereiches, dass die komplexen rechtlichen Veränderungen mit der Praxis verzahnt werden. Die gewünschte Praxisnähe wird seit vielen Jahren durch die bewährte, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Zentralen Facheinheit bei der Bundesfinanzdirektion Südost (Nürnberg) erreicht.

Somit bleibt nicht nur für das Jahr 2014 festzuhalten: „Besonderes Zollrecht“ erfordert auch in der Lehre etwas „Besonderes“.

Besuch des Generalsekretärs der Weltzollorganisation (WZO), Kunio Mikuriya

Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden bilateralen Gesprächen der WZO mit großen WZO-Mitgliedsstaaten kam es am 5. und 6. Februar 2014 zu einem Treffen zwischen dem Generalsekretär der WZO Mikuriya, und der Leitung der deutschen Zollverwaltung. Er wurde begleitet von dem Verwaltungs- und Personalleiter der WZO McDonagh.

Das Treffen fand auf Wunsch der WZO im Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung und am FB Finanzen in Münster statt. Dort wollte man sich über diese zentrale Aus- und Fortbildungsstätte der deutschen Zollverwaltung einschließlich der Hochschulbildung informieren und die Aus- und Fortbildungssysteme kennenlernen. Gerade im Bereich der sicheren Lieferkette und des sogenannten „Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten“ (AEO) hat die WZO mit ihrem Rahmenpapier zur Sicherheit (Safe Framework) Standards

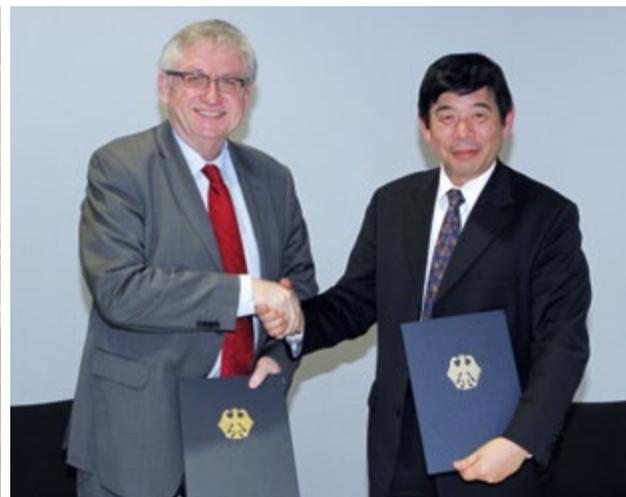
geschaffen, die von der EU umgesetzt wurden und seit Langem in Aus- und Fortbildung in großem Umfang Eingang gefunden haben.

Anschließend empfing die Bürgermeisterin der Stadt Münster Vilhjalmsson den Generalsekretär der Weltzollorganisation im Friedenssaal der Stadt. Nachdem sich der Gast aus Brüssel in das Goldene Buch eingetragen hatte, konnte er bei einer Sightseeing-Tour die Sehenswürdigkeiten von Münster genießen. Zum Abschluss besuchte Generalsekretär Mikuriya noch die Westfälische Wilhelms-Universität und würdigte damit auch die herausragende Bedeutung des gesamten Hochschulstandorts Münster. Die deutsche Zollverwaltung war vertreten durch: Ministerialdirektor Würtenberger, Ministerialdirigent Bille, Ministerialrat Schmitt und Präsident Schoeneck.

Eintrag in das „Goldene Buch“ der Stadt Münster (v. l. n. r.) Bürgermeisterin Vilhjalmsson, Präsident Schoeneck, Generalsekretär Mikuriya und Ministerialdirektor Würtenberger.



Nach Unterzeichnung des „Grant Agreements“ zur Unterstützung von „Capacity Building“-Maßnahmen der WZO: Ministerialdirektor Würtenberger und Generalsekretär Mikuriya.



Studiengang Verwaltungsinformatik

Wissenschaftliche Leitung:	Ltd. RD Richard Stüwe (Fachbereich Finanzen) RD'n Dr. Dorothee Goldner (Zentraler Lehrbereich)
Sitz/Standorte:	Brühl, Münster
Studiengang:	Diplomstudiengang Verwaltungsinformatik
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt/in – Schwerpunkt Verwaltungsinformatik (FH)
Studierendenzahl:	148
Einstellungszahlen 2014:	59
Hauptamtlich Lehrende:	14

Im Jahr 2014 gab es erstmals zwei Jahrgänge des Studienganges „Verwaltungsinformatik“ zum Hauptstudium am Fachbereich (FB) Finanzen in Münster. 46 Studierende des Einstellungsjahrganges 2012, darunter 6 Frauen, haben den Hauptstudienabschnitt 2 absolviert. In den sieben Monaten wurden acht Module unterrichtet, die sowohl vertiefende Kenntnisse der Informationstechnologie in Theorie und Anwendung als auch Inhalte aus der rechtswissenschaftlichen Verwaltungslehre und dem Managementbereich vermittelten. Grundlagen der Programmierung und Kenntnisse im Bereich der ERP-Systeme waren dabei ebenso Lehrinhalt wie Informations- und Wissensmanagement oder IT-Recht. Zusätzlich wurden in einem fachspezifischen Fremdsprachenunterricht die Englischkenntnisse der Studierenden zu fachlich-relevanten Themen aufgefrischt und gefestigt. Zur Vorbereitung der Diplomarbeit, die die Studierenden derzeit erstellen, wurde darüber hinaus ein dreitägiger Workshop zum Thema „Wissenschaftliches Arbeiten“ durchgeführt.



Studierende beim Workshop
„Wissenschaftliches Arbeiten“



Blick in die Bibliothek

Nach bestandener Zwischenprüfung und 5 Praxismonaten konnten 43 Studierende des Einstellungsjahrganges 2013, darunter 10 Frauen, am FB zum ersten Hauptstudienabschnitt begrüßt werden. Die Schwerpunkte des

Studienabschnittes umfassten u. a. die Bereiche Betriebssysteme und Grundlagen von Datenbanken sowie Modellierung von Systemen und Prozessen als Querschnittsmodul zwischen Inhalten aus der Informationstechnologie und dem Verwaltungsmanagement. Aber auch die Aufgabenerfüllung der Bundesverwaltung und ihre Zusammenhänge mit technischen Inhalten waren Lehrgegenstand. Für das gesamte Hauptstudium gilt, dass die zusammenfassende und fachübergreifende Vermittlung der einzelnen Wissenschaftsgebiete wesentliches Element ist. Primärziel ist es nicht, reine Informatikerinnen und Informatiker auszubilden, sondern hoch qualifiziertes Fachpersonal des öffentlichen Dienstes für die bedeutsame Schnittstelle zwischen „Informatik und Verwaltung“.

Insgesamt sind in den 3 Abschnitten des Hauptstudiums 16 Module zu absolvieren, von denen mindestens 14 Module bestanden werden müssen. Endgültig im Hauptstudium durchgefallen ist bislang noch keiner der Studierenden. Die Studierenden beider Hauptstudienabschnitte werden gegenwärtig von 14 Behörden aus 8 Bundesressorts entsendet. Der sich schon in den letzten Jahren andeutende Trend steigender Studierendenzahlen setzt sich weiter fort. Sowohl die Rückmeldungen der teilnehmenden Einstellungsbehörden als auch das Interesse seitens neuer Behörden sind überaus positiv. Potentiell können mehr als 200 Einstellungsbehörden aus der Bundesverwaltung Studierende entsenden. Seit der Änderung der Grundordnung der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) steht der Studiengang auch Studierenden aus Kommunal- und Landesbehörden offen.

Fachbereich Kriminalpolizei

Leitung:	Prof. Dr. Thorsten Heyer
Sitz/Standorte:	Wiesbaden
Studiengang:	Bachelorstudiengang „Kriminalvollzugsdienst beim Bundeskriminalamt“
Studienabschluss:	Bachelor of Arts (B. A.)
Studierendenzahl:	270
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2014:	100
Hauptamtlich Lehrende:	9

Reakkreditierung des Bachelorstudienganges „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“

Einführung

Der modularisierte Bachelorstudiengang Kriminalvollzugsdienst des Fachbereiches (FB) Kriminalpolizei an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) wurde im Jahr 2009 durch das Akkreditierungsinstitut Acquin e. V. akkreditiert. Am 1. Oktober 2009 startete der Studiengang. Gegenwärtig durchläuft ihn die neunte Studierendengruppe. Fünf Jahrgänge haben bereits das Bachelorstudium abgeschlossen und alles in allem war die Umstellung vom Diplom- auf den Bachelorstudiengang ein voller Erfolg: Der neu entwickelte Studiengang orientierte sich sehr viel deutlicher an den Bedürfnissen der Praxis im Bundeskriminalamt (BKA). Die gesetzlichen Zuständigkeiten und Aufgaben des BKA rückten bei der Gestaltung der Module viel stärker in den Mittelpunkt als noch im Diplomstudien- gang, und es fanden erstmals Unterrichtsmodule

Eingang in das Curriculum, die sich unmittelbar an den Kriminalitätsphänomenen orientierten, die für die Arbeit im BKA von zentraler Bedeutung sind.

Der zunächst für fünf Jahre akkreditierte Studiengang musste sich im vergangenen Jahr dem Reakkreditierungsverfahren stellen und wurde ohne Auflagen zum 1. Oktober 2014 durch das Akkreditierungsinstitut ACQUIN e. V. aus Bayreuth reakkreditiert. Im Folgenden soll auf den Prozess der Reakkreditierung eingegangen werden, der erneut eine umfassende Studienreform mit sich brachte und zu einer qualitativen Weiterentwicklung des Bachelor-Studienganges führte.

Organisatorisches und Ausgangslage

Am FB Kriminalpolizei wurde zu Beginn des Reformprozesses im Januar 2014 eine Projektgruppe „Reakkreditierung des Bachelorstudienganges Kriminalpolizei“ eingerichtet, die aus haupt- und nebenamtlichen Lehrkräften des FB, Studierenden aller Semester, Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudienganges sowie einem Angehörigen des pädagogischen Zentrums des Zentralbereiches der HS Bund bestand. In einem ersten Schritt wurden durch die Projektgruppe die Anregungen und Empfehlungen des „Gutachterberichtes“ zur Akkreditierung des Bachelorstudienganges vom Februar 2009 diskutiert und bewertet. Damals war es vornehmlich um die Studierbarkeit bzw. die hohe Arbeitsbelastung der Studierenden gegangen und um die besondere Betonung von Lehrveranstaltungen und Hospitationen, die sich an der internationalen Ausrichtung des BKA orientieren sollten. Der FB hat es aber darüber hinaus als zentral angesehen, den Anpassungsbedarf an den Evaluationen

der verschiedenen Studiengruppen auszurichten. Neben der Kompetenzorientierung des Studienganges stand die fachliche Relevanz für die Tätigkeit als Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten im BKA im Fokus. Zudem flossen Ergebnisse des fachlichen Diskurses der Lehrenden sowie des Austausches mit anderen Hochschuleinrichtungen in die Reform ein.

Die wesentlichen Änderungen

- Neu im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess in der Polizei ist vor allem die Einführung wissenschaftlicher Prüfungsarbeiten. Dies galt bereits bei der Einführung des modularisierten Bachelorstudienganges für die Bachelorarbeit, die Ausdruck der Akademisierung der polizeilichen Ausbildung ist. Auf Empfehlung der Gutachtergruppe aus dem Jahr 2009 hat der FB, neben den beiden Hausarbeiten in den Modulen „Besondere Formen der Gewaltkriminalität“ und „Cybercrime“, einen weiteren schriftlichen Leistungsnachweis im Modul „Schwere und Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität“ eingeführt. Diese zusätzliche schriftliche Prüfungsleistung soll explizit der Vorbereitung auf die Anfertigung der Bachelorarbeit dienen.
- Als Konsequenz aus den negativen Erfahrungen im Umgang mit dem „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“, aber auch vor dem Hintergrund der globalisierungsbedingten Notwendigkeiten grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit, wurde im Studiengang, insbesondere in den Grundlagenmodulen, die Förderung der interkulturellen Kompetenz stärker akzentuiert als noch vor fünf Jahren.

- Im Rahmen einer Projektwoche sollen sich die Studierenden künftig einerseits mit der in Teilen verbrecherischen Geschichte der Polizei während des Nationalsozialismus beschäftigen sowie ihr eigenes Berufsbild kritisch reflektieren und am Maßstab der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt der Bundesrepublik Deutschland messen.

- Der gesetzliche Auftrag des BKA, vor allem seine Funktionen als nationales Zentralbüro der „Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol)“ und seine Zuständigkeit für den internationalen Nachrichtenaustausch sowie die Notwendigkeiten grenzübergreifender polizeilicher Zusammenarbeit im zusammenwachsenden Europa und internationalen Kontext ist von dem Erfordernis grenzüberschreitender Kommunikation und polizeilicher Kooperation geprägt. Die Verlagerung des traditionellen Schwerpunktes kriminalpolizeilicher Tätigkeit von der Ermittlungstätigkeit im nationalen Raum hin zur Bearbeitung grenzüberschreitender Kriminalität in unterschiedlichsten Deliktsbereichen ist mit besonderen Anforderungen an die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung verbunden. Für die künftige Nachwuchsqualifizierung wurden daher Aspekte der internationalen Polizeikooperation noch stärker in den Fokus gerückt, um die Instrumente kriminalpolizeilicher, transnationaler Zusammenarbeit besser beherrschen zu können. Dies geschah in erster Linie durch die Einführung des umfangreichen Moduls „Nationale und Internationale Polizeikooperation“ sowie durch Auslandshospitationen bei Europol (Den Haag) und Interpol (Lyon).

- In den ersten Jahrgängen des Bachelor-Studienganges wurde den Studierenden eine über das gesamte Hauptstudium ausgedehnte Sprachausbildung in Englisch angeboten. Mit der Erarbeitung eines Fremdsprachenkonzeptes für die Studierenden konnte nun dieser Ausbildungsteil noch ausgebaut und professionalisiert werden. Die vorgesehene Sprachkompetenz für das Fach Englisch am Ende des Studiums beinhaltet das B2-Niveau des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen. Häufig kann jedoch festgestellt werden, dass nicht wenige Studierende zu Beginn des Studiums das erwartete Sprachniveau bereits vorweisen. Es ist daher künftig beabsichtigt, diesen Studierenden in Form einer Wahlpflichtveranstaltung zu ermöglichen, vorhandene Kenntnisse einer weiteren Sprache auszubauen oder eine im Sinne des BKA berufsförderliche Sprache neu zu erlernen. Daher wurde die Möglichkeit eröffnet, mit Französisch eine weitere INTERPOL-Sprache zu erlernen oder zu vertiefen.
- Der FB hat erstmals seit dem Bestehen des Studienganges den Anspruch der Studierenden auf einen sechswöchigen Erholungsurlaub pro Jahr fest in die dreijährige Studienzeit eingeplant.

Anpassung der Rechtsverordnung

In der Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes (LAP-gKrimDV vom 7. September 2005, zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 der Verordnung vom 12. Februar 2009 BGBl. I, S. 320, als GKrimDAPrV für den Bachelorstudiengang, seit dem 4. November 2009 in Kraft) ist der Vorbereitungsdienst des nichttechnischen Dienstes des

Bundes in der Laufbahn geregelt. Die Vorschrift wurde im Rahmen der Reakkreditierung überarbeitet und den geänderten Studienbedingungen angepasst. Darüber hinaus kam es zu einigen Änderungen insbesondere hinsichtlich der Eigenschaft der Prüfenden, da bei der Korrektur der Bachelorarbeiten nunmehr stellenweise auch andere Korrektoren als solche aus dem höheren Dienst möglich sein werden. Um den Anspruch eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums zu verdeutlichen, wurden ferner die bisherigen mündlichen Prüfungsleistungen abgeschafft.

Fortgang des Verfahrens und Reakkreditierung

Anfang Juni 2014 führte die Gutachtergruppe vor Ort am FB Kriminalpolizei ein Peer Review durch und verfasste einen Bericht, welcher der Hochschule und dem bei Acquin e. V. zuständigen Fachausschuss zur Stellungnahme übermittelt wurde. Sie war von der Acquin e. V. bestellt und bestand aus:

- Prof. Dr. Brenneisen
- Bernd Fuchs
- Prof. Dr. Jaschke,
- Dr. Sollberger
- Prof. Dr. Sonnen
- Studierendenvertreterin Pezenburg

Auf Grundlage des Gutachtens, der Stellungnahme der HS Bund und des Fachausschusses hat die Akkreditierungskommission auf ihrer Sitzung vom 30. September 2014 den Beschluss gefasst, den Bachelorstudiengang „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt (B. A.)“ ohne Auflagen bis zum 30. September 2021 zu reakkreditieren.

Ausblick

Der in den Jahren 2007 und 2008 durch den FB Kriminalpolizei der damaligen Fachhochschule des Bundes entwickelte Studiengang hat sich bewährt und soll in den wesentlichen Punkten fortgeführt werden. Der Studiengang ist in vollem Umfang studierbar, auf die tatsächlichen Anforderungen im BKA zugeschnitten und sowohl im BKA als auch in der HS Bund anerkannt. Wegen der Reakkreditierung wurde das bestehende Studienkonzept vollständig evaluiert und im Sinn der angestrebten Qualitätssicherung und -steigerung fortgeschrieben.

Damit ist das Verfahren für den FB Kriminalpolizei allerdings nicht abgeschlossen. Die Evaluierung und Weiterentwicklung des Studienganges wird kontinuierlicher Bestandteil der am FB Beschäftigten bleiben, die möglichen Anpassungsbedarf auch weiterhin erheben, diskutieren und realisieren werden. Dieses Selbstverständnis ist Grundlage dafür, dass der Studiengang mit den sich ständig ändernden gesellschaftlichen Erfordernissen an den Beruf der Kriminalkommissarin bzw. des Kriminalkommissars im BKA Schritt halten kann.

Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“

Seit Oktober 2011 bilden Bundespolizei und Bundeskriminalamt (BKA) Aufstiegsbeamtinnen und -beamte sowie Laufbahnbewerberinnen und -bewerber für den höheren Polizeivollzugsdienst im ersten Studienjahr des Masterstudiums der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPOL) gemeinsam aus. Die ersten zehn Module des Studienganges „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“

werden dabei abwechselnd am FB Kriminalpolizei der HS Bund, KI33 beim BKA in Wiesbaden und an der Bundespolizeiakademie in Lübeck unterrichtet. Dabei teilen sich Bundespolizei und BKA paritätisch die Modulverantwortlichkeiten im ersten Studienjahr.

Für die Studierenden beginnt im Folgejahr die zentrale Ausbildung an der DHPOL in Münster-Hiltrup, die mit dem akademischen Abschluss „Master of Arts“ endet. Im September 2014 konnte im Rahmen der Abschluss- und Ernennungsfeiern ein Studierender des BKA als Bester seines Jahrganges ausgezeichnet werden. Angesichts der hohen Qualität der über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Bund und Ländern ist diese Leistung ganz besonders hervorzuheben.

Am 1. Oktober 2014 trat der mittlerweile „Vierte Gemeinsame Ratslehrgang (GRAL)“ das erste Studienjahr im Bundeskriminalamt in Wiesbaden an. Die Studiengruppe setzt sich aus sechs Angehörigen der Bundespolizei und vier des BKA zusammen.

„EinBlicke“-Veranstaltungen 2014

Dem FB Kriminalpolizei der HS Bund führte auch 2014 seine „EinBlicke“-Veranstaltungsreihe fort. Dieses Format bietet den Studierenden zusätzlich zum Unterricht die Möglichkeit, Vorträge von Spezialisten zu ausgewählten Themenbereichen zu besuchen. Die Veranstaltungen sind regelmäßig auch für Beschäftigte aus dem Bundeskriminalamt geöffnet und darauf ausgelegt, mit den Referenten/innen ins Gespräch zu kommen und fachliche Fragen zu erörtern. Die nachfolgend aufgelisteten „EinBlicke“-Veranstaltungen 2014 deckten eine große

Bandbreite an Themen aus den unterschiedlichsten Bereichen ab und dienten so als interessante Ergänzungen zum curricularen Studieninhalt:

- „Datenschutz im Internet – Muss die Polizei wirklich alles wissen?“ – Prof. Dr. Hoeren, Universität Münster (am 24. April 2014)
- „Schwankende Rechtsprechung zum IT-Strafrecht“ – Wirtschaftsanwalt und Strafverteidiger Schillo von der internationalen Kanzlei Noerr, München, Düsseldorf, Dresden und Frankfurt a. M. (am 25. April 2014)
- „Führungsprinzipien der niederländischen Polizei“ – der niederländische Polizist Westland (am 6. Februar 2014)
- „Handling of Mass Data and Use of Social Networks by Police, using the example of the Boston Marathon Bombing“ (übersetzt etwa: Der Umgang mit Massendaten und die Nutzung von sozialen Medien durch die Polizei anhand des Anschlages auf den Boston Marathon) – FBI-Agent Coffey (am 6. Juni 2014). Der Referent berichtete sehr anschaulich und authentisch zum Ablauf des Geschehens und zum Verlauf der Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Boston Marathon unter besonderer Berücksichtigung der Auswertung von Massendaten, wie Videos, Bildern etc.
- „Inhaftierung im Iran – ein Erlebnisbericht“ – Journalist Hellwig (am 12. Juni 2014). Hellwig verbrachte über 130 Tage in einem iranischen Gefängnis, bevor er im Februar 2011 u. a. durch die Vermittlung des damaligen Bundespräsidenten Wulff sowie des seinerzeitigen Bundesaußenministers Westerwelle frei kam.

Hellwigs Schilderungen vermittelten einen intensiven und teilweise auch beklemmenden „EinBlick“ in nach deutschem Ermessen kaum vorstellbare Erlebnisse.

- „Aussagepsychologie – Beurteilung der Glaubhaftigkeit von Aussagen“ – Prof. Dr. Volbert, Fachpsychologin für Rechtspsychologie am Institut für Forensische Psychiatrie der Charité Berlin (am 2. September 2014). Vorgestellt wurden aktuelle Forschungsergebnisse, die mit Beispielen aus der langjährigen Berufserfahrung von Prof. Dr. Volbert erläutert wurden. Insbesondere zeigte sie Konsequenzen für die polizeiliche Arbeit auf und verzahnte so die wissenschaftlichen Erkenntnisse mit der Praxis.
- „Diskussionsveranstaltung über die Kriminalität terroristischer Vereinigungen“ mit zwei Gastreferenten (am 15. September 2014). Prof. Dr. Walther, Leiterin der Abteilung Sozialpsychologie am FB I (Erziehungs- und Bildungswissenschaften, Philosophie, Pflegewissenschaften und Psychologie) der Universität Trier referierte über das Thema „Der Einfluss der Gruppe auf extreme Einstellungen“. Zudem hielt Prof. Dr. Zöllner, Ordinarius am Lehrstuhl für Deutsches, Europäisches und Internationales Strafrecht, Strafprozessrecht sowie Wirtschaftsstrafrecht am FB V (Rechtswissenschaft) der Universität Trier, einen Vortrag über das Thema „Die Einwirkung des EU-Rechtes auf gruppenbezogene Delikte“.
- „Rechtsterrorismus in Deutschland – Erste Ergebnisse aus dem dazu bisher umfangreichsten Forschungsprojekt und Einblicke in die praktische Deradikalisierungsarbeit“ – Forschungsdirektor Köhler, M. A., M. P. S, bei dem Berliner „Institute for the Study of Radical Movements (ISRМ) (am 29. September 2014).

- „Das transnationale Doppelbestrafungsverbot in der EU“ – Prof. Dr. Hecker, Universität Trier (am 11. Dezember 2014).

Vortragsreihe „Spektrum Migration“

Der FB Kriminalpolizei hat 2014 das neu konzipierte, studienbegleitende Vortragsformat „Spektrum“ mit der Thematik „Migranten/innen in Deutschland/Migranten/innen in der Polizei“ eingeführt. Im Rahmen des Vortragsformates „Spektrum“ wird innerhalb eines Kalenderjahres durch mehrere Vortragsveranstaltungen und Gesprächsrunden eine aktuell relevante Thematik aus unterschiedlichen Facetten heraus betrachtet (Politik, Bürger, Wissenschaft, Kultur, Justiz und Polizei) und damit den Studierenden aber auch interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Pensionären des BKA nähergebracht.

Ziel der 2014 gewählten Thematik war die Förderung der interkulturellen Kompetenz. Der FB Kriminalpolizei erhielt die volle Unterstützung des damaligen Präsidenten des BKA Ziercke, der die Veranstaltungsreihe als logische Fortsetzung des Projektes zur kritischen Auseinandersetzung mit der BKA-Historie einordnete. Die Leiterin des kriminalistischen Institutes im Bundeskriminalamt Link, die alle Veranstaltungen moderierte, konnte dazu jeweils 100 bis 200 Zuhörerinnen und Zuhörer begrüßen.

„Kulturelle Vielfalt im BKA – Spiegel der Gesellschaft?“

Zur Auftaktveranstaltung „Kulturelle Vielfalt im BKA – Spiegel der Gesellschaft?“ am 16. Mai 2014 war es gelungen, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin

Özoğuz, als Referentin zu gewinnen. Sie stellte die Erwartungen aus Politik und Gesellschaft an das Bundeskriminalamt vor und bezog die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten ein. Präsident Ziercke sowie Personalvertreter Helf vom örtlichen Personalrat Berlin zeigten die Relevanz für das BKA auf, dies erfolgte insbesondere mit Blick auf die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages. Im Rahmen dieser Veranstaltung unterzeichnete Präsident Ziercke für das BKA die „Charta der Vielfalt“, damit dokumentierte das BKA das Bekenntnis zu mehr Diversität.

„Migration und Polizei – Wahrnehmung und Integration“

Die zweite Veranstaltung „Migration und Polizei – Wahrnehmung und Integration“ am 25. Juni 2014 widmete sich der Perspektive der Wissenschaft. Dr. Lukas von der Bergischen Universität Wuppertal berichtete über das Projekt „Polizei und Jugendliche in multiethnischen Gesellschaften“ (POLIS). Als Mitarbeiter in dem von Dr. Oberwittler geleiteten Projekt des Max-Planck-Instituts für Internationales Strafrecht, Abteilung Kriminologie, hatte er zur gegenseitigen Wahrnehmung von Polizei und jugendlichen Migrantinnen und Migranten geforscht. Anschließend referierte Dipl. Kriminologin/Dipl. Geografin Hunold von der „Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol)“, Fachgebiet Kriminologie, zu Ergebnissen aus dem Projekt „Migranten/innen in Organisationen von Recht und Sicherheit (MORS)“, in dessen Rahmen sie beim Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung an der Universität Hamburg, in Kooperation mit der Polizei Bremen und der Polizei Berlin, die Integration von Migranten/innen in deutsche Polizeibehörden untersucht hatte.

„Perspektivwechsel – wie sehen Migrantinnen und Migranten die Polizei?“

Die dritte Veranstaltung „Perspektivwechsel – wie sehen Migrantinnen und Migranten die Polizei?“ stellte am 20. Oktober 2014 die Sichtweise der Migranten/innen in den Mittelpunkt. Die Schauspielerin Asli Bayram, die sich unter anderem seit 2010 als Botschafterin des hessischen Landespräventionsrates engagiert und 2007 das Buch „Grenzgängerin – Leben zwischen den Welten“ veröffentlichte, schilderte ihren persönlichen Blick auf die Polizei. Sie warb für die Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft und mehr Selbstverständlichkeit im Umgang mit den verschiedenen Kulturen in Deutschland. Die Integrationsbeauftragte Yazgan des Polizeipräsidiums Westhessen zeigte anschließend mit verschiedenen greifbaren Beispielen aus der Praxis, wie sie in dieser Funktion Kolleginnen und Kollegen unterstützen sowie Verständnis und Vertrauen bei Migrantinnen und Migranten gewinnen kann. Wie bereits bei der zweiten Veranstaltung beteiligten sich die Zuhörerinnen und Zuhörer sehr interessiert an der anschließenden Frage-und-Antwort-Runde.

„Kulturelle Vielfalt im BKA – ein gemeinsamer Weg!“

Die Abschlussveranstaltung „Kulturelle Vielfalt im BKA – ein gemeinsamer Weg!“ am 14. November 2014 bot zunächst in Beiträgen von Studierenden der HS Bund einen Rückblick auf die „Projektwoche zur Interkulturellen Kompetenz“ vom Januar 2014 in Berlin sowie auf die bisherigen Inhalte der Vortragsreihe. Darauf aufbauend präsentierten die Studierenden ihre Ideen, wie sich das BKA nach der Charta der Vielfalt und zu mehr Diversität entwickeln könne. Diese hatten sie zuvor in einer Arbeitsgruppe entwickelt. Moderiert von Prof. Dr. Jaschke (Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin) diskutier-

ten daran anknüpfend in einer Expertenrunde der damalige Präsident des BKA Ziercke, die Mitarbeiterin Ataman vom Mediendienst Integration, Personalvertreter Helf vom örtlichen Personalrat Berlin und der Mitarbeiter Adam mit Migrationshintergrund. Im Zentrum des Gespräches stand – neben einer Standortbestimmung unter anderem zu den Handlungsfeldern interkultureller Kompetenz – die Frage nach den Zielen und Chancen von mehr Diversität im BKA. Damit zeigte die Vortragsreihe „Spektrum Migration“ abschließend Perspektiven auf, um die gewonnen Erkenntnisse in den Behördenalltag und das tägliche Miteinander zu übernehmen und den Dialog zu diesem Thema fortzuführen.

Projektwoche „25 Jahre friedliche Revolution“ vom 18. bis 22. August 2014 in Berlin

Die Projektwoche der 67. Ausbildungsgruppe (AG) des FB Kriminalpolizei der HS Bund stand unter dem Motto „25 Jahre friedliche Revolution“ und fand in Berlin statt.

Vor dem Hintergrund des diesjährigen Jubiläums des Mauerfalles besuchten die Studierenden verschiedene Museen der Bundeshauptstadt, sprachen mit Zeitzeugen und erkundeten themenrelevante historische Plätze der Stadt während einer Exkursion in Kleingruppen („Berlin-Rallye“).

Vortragsreihe
 „Spektrum Migration“



Damaliger Präsident
 Ziercke mit Migrations-
 beauftragte Özoğuz



Einen ersten Höhepunkt bildete die Beschreibung der damaligen Vorgänge mit direktem Bezug zum BKA aus „erster Hand“:

Hier schilderte der ehemalige Kommandoführer der BKA-Sicherungsgruppe (SG) des „Kommandos Bundesaußenminister Genscher“ auf sehr eindrückliche und auch persönliche Art und Weise seine Zeit als Personenschützer und speziell in diesem zeitlichen Kontext. Zusammen mit dem damaligen Bundesaußenminister Genscher stand er am 30. September 1989 auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag, als der Minister den auf das Gelände geflüchteten jubelnden Ostdeutschen die Bewilligung ihrer Ausreisanträge mitteilte. Des Weiteren erzählte er von den Ereignissen im Vorfeld des Mauerfalles (Gespräche am Rande der UN-Konferenz in New York) sowie dem friedlichen Ende der deutschen Teilung aus seiner ganz individuellen Perspektive an der Seite Genschers. Gerade vielen jüngeren Kolleginnen und Kollegen bot sich hier eine besondere Gelegenheit, den zentralen Wendepunkt in der 25-jährigen Geschichte der deutschen Wiedervereinigung von einem ganz besonderen Zeitzeugen nähergebracht zu bekommen. Dem schloss sich der mittlerweile feste Bestandteil der Projektwoche in Berlin, die Besichtigung der Dokumentationsstätte „Topografie des Terrors“ an. Hierbei wurde die Rolle der Polizei in der NS-Zeit beleuchtet – Videodokumente und Textmaterial aus der integrierten Bibliothek wurden anhand von Quellenanalysen in Sprache und Begrifflichkeiten ausgelegt und die Ergebnisse, als Gruppenarbeit, in Präsentationen zusammengefasst.

Weitere Programmpunkte bildeten die Besichtigung der Gedenkstätte „Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen“ und des „Stasi-Museums Normannenstraße“. In Hohenschönhausen bot sich die Gelegenheit, unter fachkundiger

Führung eines Zeitzeugen, der mehrfach dort inhaftiert worden war, Einblicke in die menschenverachtende Vorgehensweise der Stasi und, damit einhergehend, die menschenunwürdigen Haftbedingungen zu gewinnen.

Der Besuch der ehemaligen Hauptzentrale des „Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)“, heute Gedenkstätte und Museum, bildete den krönenden Abschluss der Projektwoche. Alleine die von der Referentin gemachten Zahlenangaben im Zusammenhang mit den hauptamtlichen oder „inoffiziellen“ Mitarbeitern/innen (IM) beeindruckten die jungen Kolleginnen und Kollegen ungemein.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese Projektwoche geeignet war, den Studierenden die Umstände und Verhältnisse in der ehemaligen DDR zu verdeutlichen und sie somit in die Lage versetzt hat, den Begriff „Unrechtsstaat“ im zeitlichen Kontext einzuordnen.

Internationale Woche im August 2014

In der Zeit vom 25. bis 29. August 2014 richtete der FB Kriminalpolizei die inzwischen bereits fünfte „Internationale Woche“ als Bestandteil des Bachelorstudienganges

„Internationale Woche“



am Zentralbereich der HS Bund in Brühl aus. Erstmals konnte jene Veranstaltung zusammen mit dem gewonnenen Kooperationspartner, der Niederländischen „Polieacademie“, konzipiert werden. Neben Studierenden der 62. AG nahmen ungarische Studierende und eine Lehrkraft der Polizeihochschule Ungarns, niederländische Studierende und Verantwortliche der Polizeiakademie der Niederlande sowie zwei Vertreter/innen der österreichischen „Sicherheitsakademie (SIAK/Wien)“ teil. Thema der „Internationalen Woche“ war programmgemäß „Gemeinsame Ermittlungsgruppen (GEG)/Joint Investigation Teams (JIT)“.

Im Rahmen mehrerer Vorträge erhielten die Studierenden unter anderem Gelegenheit, sich über die Polizeistrukturen und Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden in den Teilnehmerländern zu informieren. Darüber hinaus wurden die EU-Modellvereinbarung über die Bildung einer GEG/JIT vorgestellt. Ein Vertreter von EUROPOL stellte ebenfalls den Aufbau, die Strukturen und die Arbeitsweise seiner Einrichtung vor.

Im Rahmen von Gruppenarbeiten hatten die Studierenden die Möglichkeit, anhand einer fiktiven Fallstudie einen Vertragsentwurf zur gemeinsamen Bearbeitung eines Ermittlungssachverhaltes zu entwerfen und zu präsentieren. Das bewährte Konzept der „Internationalen Woche“ konnte somit weiter ausgebaut und verbessert werden, so dass man inzwischen von einem wichtigen und erfolgreichen Bestandteil des Bachelorstudiums und dessen internationaler Ausrichtung sprechen kann.

Forschungsprojekt „Opferzeugen in Völkerstrafverfahren (GUIDE)“

Der FB Kriminalpolizei der HS Bund, KI33 beim BKA, führt seit Januar 2014 ein auf zweieinhalb Jahre angelegtes Forschungsprojekt zur Verbesserung des polizeilichen Umganges mit Opferzeugen („GUIDE“) unter der Leitung von Prof. Dr. Ehret durch.

Seine besondere thematische Zuschneidung erhält dieses Forschungsvorhaben durch seine zentrale Fokussierung auf deutsche Ermittlungen und Verfahren in völkerstrafrechtlichen Fällen, das heißt **Kriegsverbrechen** und andere **Verbrechen gegen die Menschlichkeit**. Dabei handelt es sich um Kernstraftatbestände, deren schwerwiegender Unrechtsgehalt eine Strafverfolgung ermöglicht, selbst wenn kein Bezug zu Deutschland gegeben ist. Dies begründet die Zuständigkeit deutscher Ermittlungsbehörden und Gerichte und somit auch des Bundeskriminalamtes und seiner Zentralstelle zur Bekämpfung von völkerstrafrechtlich relevanten Verbrechen. Das Forschungsprojekt widmet sich folglich einem Teilbereich von Kriminalität, der besonders schwer geschädigte und traumatisierte Opfer hinterlässt. Angesichts der besonderen Schwere von Straftaten dieser Kategorie ist auf Seiten der Opfer von extremen Belastungen, Risiko- und Gefährdungspotentialen auszugehen. Diese stellen erhebliche Herausforderungen für deutsche polizeiliche Ermittler/innen dar, denen sie sich im Umgang mit Opferzeuginnen und -zeugen stellen müssen, und zwar nicht nur im Rahmen von Vernehmungen; ihre Verant-

wortung beginnt bereits vor dem Erstkontakt bei der Vorbereitung ihrer Ermittlungen, insbesondere wenn Opfer bedroht oder als gefährdet angesehen werden.

Ziel des Forschungsprojektes ist die Entwicklung eines sachkundigen Leitfadens, der den polizeilichen Ermittlern/innen bei dieser schweren Aufgabe konkrete Vorbereitungs- und Orientierungshilfen anbietet und an die Hand zu geben vermag.

Der gefragte Leitfaden soll bei polizeilichen Ermittlern/innen ein erhöhtes Bewusstsein für von Standardermittlungsverfahren abweichenden Besonderheiten schaffen, die in Völkerstrafrechtsermittlungen auftreten können, sie für potentielle Problemfelder sensibilisieren und vorbereiten sowie praxisnahe Handlungsorientierungen anbieten. Diese Besonderheiten und Problemfelder umfassen unter anderem **psychologische** Faktoren wie Gedächtnis und Informationsverarbeitung in Belastungssituationen sowie psychische Traumata, die vor allem in Vernehmungssituationen das Risiko sekundärer Viktimisierungen durch Polizeibeamte/innen in sich bergen.

Zudem gilt es, Gefährdungspotentiale für Opferzeuginnen und -zeugen, die sich aufgrund ihrer Bereitschaft auszusagen, der erhöhten Gefahr aussetzen, Opfer weiterer Straftaten oder Bedrohungen von Seiten der Täter zum Zweck der Einschüchterung zu werden, zu erkennen und während des laufenden Verfahrens sowie darüber hinaus zu minimieren. Eine Aufgabe, welche die besondere Kenntnis des jeweiligen Landes und der dortigen Konfliktlinien erfordert.

Darüber hinaus sollen auch die interkulturellen Kompetenzen von Ermittlungsbeamtinnen und -beamten

erweitert werden sowie kulturelle Besonderheiten der Herkunftskulturen von Opferzeugen/innen mehr Berücksichtigung erfahren.

Das Forschungsvorhaben legt zur Bearbeitung dieser Fragen eine interdisziplinäre Perspektive aus kriminologischer und juristischer Sicht an, die ergänzt wird durch konkrete praxisnahe Aspekte aus dem Bereich der Opferhilfe. Das dabei zugrunde gelegte Forschungsdesign verfolgt hierzu zwei hauptsächliche Analysestränge: Die Durchführung von Experten/innen-Interviews und Aktenanalysen.

Auslandshospitationen

Seit 2007 werden im Rahmen des Fachhochschulstudiums am FB Kriminalpolizei mehrtägige Gruppenhospitationen durchgeführt.

Interpol 61. AG

Im Februar 2014 hospitierten 20 Studierende der 61. AG beim Interpol Generalsekretariat in Lyon. Die Studierenden erhielten durch Vorträge tiefe Einblicke in die vielfältigen Aufgabenbereiche dieser Organisation. In Gesprächsrunden mit BKA-Kolleginnen und -Kollegen, die zu Interpol abgeordnet sind, konnten die Studierenden die Inhalte der Vorträge reflektieren und bewerten sowie über Chancen und Risiken der internationalen Polizeikooperation diskutieren. Die Hospitation bei Interpol wurde durch ein eintägiges Trainingsszenario ergänzt (aktive Fallarbeit), das eine optimale Verzahnung von Theorie und Praxis darstellt.

Europol/Eurojust/Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag

Im August 2014 hospitierten 30 Studierende der 62. AG bei Europol. Auch hier erhielt die Gruppe Einblicke in die Zuständigkeiten, die tägliche Arbeit, insbesondere die Analyseprojekte von Europol. Ergänzt wurde die Hospitation mit einem Besuch bei Eurojust, das die europäische Zusammenarbeit um die Aspekte der justiziellen Ebene ergänzte. Erstmals besuchte die Ausbildungsgruppe den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Dieses Erlebnis wurde von den Studierenden als besonders interessant bewertet. Die Brisanz der Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen wurde vor dem Hintergrund der Problematik in der Strafverfolgung, den Ermittlungen und überhaupt der Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern herausgearbeitet, deren Gerichtsbarkeit und Polizeistruktur oftmals in keiner Weise mit der deutschen vergleichbar ist.

Die Auslandshospitationen werden sowohl von den Studierenden als auch von den Vertretern/innen Interpols/Europols/Eurojusts als positiv bewertet. Die Studierenden erlangen aus erster Hand wertvolle Informationen, die ihnen für ihre spätere Tätigkeit im BKA von großem Nutzen sein werden. Die Vertreter/innen der Organisationen sehen die Hospitationen als Chance, bei neuen Kolleginnen und Kollegen frühzeitig das Bewusstsein für die Notwendigkeit der internationalen Polizeikooperation zu schärfen. Neben dieser polizeilichen Sensibilisierung eignen sich diese Hospitationen auch dazu, sich persönlich kennenzulernen, um so den Studierenden die Wichtigkeit der nationalen und internationalen Netzwerkbildung zu vermitteln, ohne die eine effiziente Polizeiarbeit kaum mehr leistbar ist.

Ausstellungseröffnung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS - Staat“ am 27. Januar 2014 in Berlin

Die Innenministerkonferenz hat im April 2008 beschlossen, ein Projekt zur Polizei im NS-Staat zu initiieren und mit dessen Umsetzung die DHPOL in Münster/Hiltrup betraut. Von April bis August 2011 wurde als Projektteil die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ bereits im Deutschen Historischen Museum in Berlin mit ausnahmslos positiver öffentlicher Resonanz verwirklicht. Darüber hinaus wurde ein Ausstellungsmodul entwickelt, das prägnant die wesentlichen Fakten zur Polizei des NS-Staates darstellt. Im BKA sind die Tafeln zunächst als Wanderausstellung an den Standorten Wiesbaden, Meckenheim und Berlin sowie im Anschluss als Dauerausstellung in den Räumlichkeiten des FB Kriminalpolizei der HS Bund, KI33, und beim BKA in Wiesbaden zu sehen.

Am 27. Januar 2014, dem Holocaustgedenktag, konnte die Ausstellung am Standort Berlin im Foyer des Allianz-Towers vom damaligen Präsidenten des BKA Ziercke eröffnet werden. Es folgte ein Vortrag von Dr. Schulte, der als Projektleiter eindrucksvoll über Projektauftrag, Projektbestandteile, Gremien und Qualitätssicherung, Kooperationspartner sowie über den wesentlichen Ablauf und die erfolgten Veröffentlichungen des auf drei Jahre angelegten Projektes informierte. Zum Auditorium zählten ca. 120 interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA, unter ihnen auch hochrangige Verantwortliche des BKA.

Aufgrund der hohen Resonanz wurde die Ausstellung ab 17. September 2014 sogar im Bundesministerium des Innern (BMI) gezeigt. Zur Ausstellungseröffnung sprach unter anderem die Staatssekretärin Dr. Haber im BMI ein Grußwort.

ERASMUS – Charta for Higher Education

Das aktuelle „ERASMUS+ Programm 2014-2020“ der Europäischen Kommission sieht im Bereich der Hochschulbildung vor, die Lernmobilität sowohl für Studierende als auch Dozentinnen und Dozenten sowie strategische Partnerschaften zu unterstützen. Die Mittelausstattung des Programmes beträgt insgesamt 14,7 Milliarden Euro. Die begünstigten Programmländer sind die 28 EU-Mitgliedsstaaten sowie die Länder Mazedonien, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz und die Türkei.

Die formale Voraussetzung für die Teilnahme an ERASMUS-Programmen ist die Mitgliedschaft der beantragenden Einrichtung im „ERASMUS Charter for Higher Education (ECHE)“. Diese Mitgliedschaft ist für die HS Bund im Jahr 2013 ausgelaufen. Stellvertretend für die Hochschule erklärte sich der FB Kriminalpolizei bereit, ein neues Antragsverfahren zu initiieren. Der vorgenannte Antrag wurde vom FB Kriminalpolizei mit Unterstützung des Zentralen Lehrbereiches fristgerecht am 15. April 2014 bei der Europäischen Kommission eingereicht. Mit Schreiben vom 1. Dezember 2014 wurde die HS Bund durch die ERASMUS-Kommission der Europäischen Union darüber informiert, dass dem Antrag auf Mitgliedschaft im „ERASMUS Charter for Higher Education (ECHE)“ stattgegeben wurde.

Damit ist die HS Bund erneut in die Europäische Hochschulcharta aufgenommen. Der Zentrale Lehrbereich sowie sämtliche FB können somit ERASMUS Partnerschaften eingehen und ab 2015 Fördermittel aus ERASMUS+ Programmen einwerben.

Der FB Kriminalpolizei, KI33 beim BKA, strebt Projekte sowohl im Bereich der

- Dozenten/innen- und Studierendenmobilität als auch
- Strategischen Hochschulpartnerschaften

an und erfährt im Rahmen der Erstellung beziehungsweise Einreichung von Projektanträgen Unterstützung durch das Kompetenzzentrum für geförderte EU-Projekte im BKA, IK22.

„25 Jahre friedliche Revolution“

Diesem denkwürdigen Jubiläum widmete sich auch der FB Kriminalpolizei der HS Bund in Form einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe.

- Im August 2014 fand zunächst die zum Modul 5 des Bachelor-Studienganges gehörende „Projektwoche Berlin“ statt, die sich in diesem Durchlauf schwerpunktmäßig mit Aspekten des Unrechtsstaates DDR auseinandersetzte.
- Studierende der 67. AG besuchten unter anderem das Stasi-Museum sowie die Haftanstalt Hohenschönhausen und zeigten sich insbesondere vom persönlichen Austausch mit Zeitzeugen beeindruckt. Eine sich anschließende Stadtrallye mit Fokus auf für Teilung und Wiedervereinigung Berlins relevante Örtlichkeiten (z.B. Gedenkstätte für die Mauertoten) rundete die Projektwoche ab.

- Die Frage, warum der Mauerfall letztlich im Rahmen einer friedlichen Revolution stattfinden konnte, prägte die zweite Veranstaltung. Diese „Hochschultage“ wurden in Kooperation mit der Fachhochschule Polizei des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt und fanden in Aschersleben statt. Eine Podiumsdiskussion mit mehreren Zeitzeugen, unter anderem der Schwester von Lothar de Maizière und den Gründern des „Neuen Forum Aschersleben“, sowie zwei Studierenden des FB Kriminalpolizei der HS Bund erschloss den Zuhörern/innen die Umstände, die zum friedlichen Wandel führten.

Den Höhepunkt der Veranstaltungsreihe bildete ein Festakt am 28. November 2014 im Großen Saal des BKA in Wiesbaden. Trotz seines im Jubiläumsmonat besonders vollen Terminkalenders konnte der Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen Jahn als Festredner gewonnen werden. Nach einer einführenden Präsentation von Studierenden der 67. AG, in deren Rahmen die Kernpunkte der bisherigen Veranstaltungen dargestellt wurden, widmete sich Jahn in seiner Rede dem Thema „Vergangenheit erinnern – Zukunft gestalten“. Hierbei schilderte er sehr offen und authentisch seine Erfahrungen als Regimekritiker und zeigte einen Weg auf, trotz größter Repressalien, überzeugter Demokrat zu bleiben, was bis heute seine Tätigkeit als Bundesbeauftragter prägte. Es wurde deutlich, dass es ihm um Aufklärung, nicht um Rache oder Verurteilung geht. Dabei sprach er auch die Rolle der Polizei in einem Unrechtsstaat und die daraus zu ziehenden Lehren für grundrechtlich-gestütztes polizeiliches Handeln an. Ihm gelang es, das Publikum, darunter viele Studierende der HS Bund, zu fesseln und auch im Rahmen der sich anschließenden Diskussionsrunde nachhaltig zu beeindrucken.

In sich anschließenden, vertiefenden Gesprächen zeigte sich Jahn erfreut über das hohe Niveau der kriminalpolizeilichen Ausbildung am FB Kriminalpolizei und bot seine Unterstützung bei der gemeinsamen Erarbeitung vertiefender Projekte an.



Vortrag
Studierende



Vortrag des Bundesbeauftragten
für Stasi-Unterlagen Jahn



Vizepräsident BKA Henzler, Bundesbeauftragter
für Stasi-Unterlagen Jahn

Kooperation mit der tunesischen Kriminalpolizeischule in Carthage/Salambo

Anlässlich einer Initiative des BMI sowie des Auswärtigen Amtes strebt das BKA eine mehrjährige Kooperation mit dem Ursprungsstaat des „Arabischen Frühlings“ an.

Tunesien wird im Rahmen der „Transformationspartnerschaft Nordafrika“ seit dem Jahr 2012 im Bereich der Polizeilichen Aufbauhilfe (PAH) als priorisierter Empfängerstaat umfassend berücksichtigt.

Da die an demokratischen Prinzipien und zeitgemäßen didaktischen Methoden orientierte polizeiliche Ausbildung einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit bilden soll, kann hier insbesondere der FB Kriminalpolizei der HS Bund eine wichtige Rolle übernehmen. Im Rahmen erster deutsch-tunesischer Abstimmungen wurde die Ausbildungsstätte der „Police Nationale“ in Carthage-Salambo/Tunis als geeigneter Kooperationspartner

identifiziert, da hier die landesweite Ausbildung von Polizeikräften des gehobenen Dienstes mit stark kriminalpolizeilichen Schwerpunktsetzungen stattfindet. Um die Rahmenbedingungen vor Ort kennenzulernen und Potenziale der Zusammenarbeit zu entwickeln, reisten Fachbereichsleiter Prof. Dr. Heyer, seine Vertreterin Oberregierungsrätin Rauschenberger und Regierungsrat Scheer vom 1. bis 5. September 2014 nach Tunis.

Das Team der HS Bund wurde an der „Ecole de formation de la police nationale“ in Carthage-Salambo sehr herzlich willkommen geheißen und umfanglich informiert. Der Schulleiter, Commissaire generale Abdennaceur GARBAA, berichtete über die mit der Demokratisierung des Landes einhergehende Reform der Polizeiausbildung und die damit verbundenen Herausforderungen. Neben der bereits erfolgten Aufbauhilfe zur Verbesserung der Infrastruktur erhofft man sich von tunesischer Seite in erster Linie didaktische Unterstützung bei der Entwicklung neuer Curricula und fachlichen Austausch in den Themenfeldern „Djihadismus“ und „Organisierte Kriminalität (OK)“.

Insgesamt wurde deutlich, dass die tunesische Polizei beim Schutz des Stabilisierungsprozesses der jungen Demokratie vor großen Herausforderungen steht, sich

Ausbildungsunterstützung Tunesien;
Begehung des Schulgeländes.



diesen trotz knapper Ressourcen sehr engagiert widmet und in der zeitgemäßen Ausbildung einen wichtigen Erfolgsfaktor sieht. Interessant war auch der überraschend hohe Anteil an weiblichen Anwärtnerinnen.

Nach dem sich anschließenden und ebenfalls sehr aufschlussreichen Besuch des Ausbildungszentrums der „Garde Nationale“ in Bir Bouregba wurde das Team am 4. September 2014 im tunesischen Innenministerium empfangen. Der Direktor für bilaterale internationale Zusammenarbeit, Ouni Bouraoui, bedankte sich für die bisherige deutsche Unterstützung und machte deutlich, dass die tunesische Seite an einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit interessiert ist. Diese sollte durch regen Erfahrungsaustausch und eine inhaltlich-didaktische Partnerschaft gekennzeichnet sein. In diesem Sinne wurde ein Gegenbesuch vereinbart, und drei Vertreter/innen der „Ecole de formation de la police nationale“ nach Wiesbaden eingeladen.

Die beiden Schulleiter, Commissaire generale Abdennaceur GARBAA und Commissaire generale Abderrazek SUMANI sowie die Leiterin des Einsatztrainings, Capitaine Salwa Ben Braik, besuchten den FB Kriminalpolizei im Zeitraum vom 10. bis 14. November 2014. In intensiven Gesprächen wurden die Spezifika der beiden Ausbildungsgänge erörtert und Möglichkeiten der Unterstützung ausgearbeitet. Das Team aus Carthage-Salambo zeigte sich vom kompetenzorientierten Konzept des Bachelor-Studienganges sehr beeindruckt, wobei man durchweg auf Augenhöhe diskutierte, da auch der junge tunesische Ausbildungsgang modularisiert ist und sich deutliche Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte beider Konzepte entwickeln ließen, was beispielsweise den Bereich der Menschenrechte betrifft. Ergebnis dieser Gespräche ist ein umfassendes Maßnahmenpapier (zum

Beispiel: „Train the Trainer-Seminare“ in verschiedenen Phänomenbereichen, didaktische Weiterbildungskonzepte, Maßnahmen der Qualitätssicherung), das als Grundlage der weiteren Zusammenarbeit dient.

Der FB Kriminalpolizei der HS Bund freut sich auf diese Kooperation. Die qualitative Weiterentwicklung der Ausbildung in Tunesien dürfte das rechtsstaatliche Handeln tunesischer Polizeikräfte verbessern und den voranschreitenden Demokratisierungsprozess des Landes unterstützen.

Ernennungen der 61. und 62. AG

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 48 Studierende aus der 61. und 62. AG zu Kriminalkommissarinnen und Kriminalkommissaren ernannt.

Die Ernennungsfeiern (1. April 2014, 61. AG: 20 Studierende, 1. Oktober 2014, 62. AG: 28 Studierende) fanden jeweils in einer feierlichen Zeremonie im Biebricher Schloss in Wiesbaden statt.

An den Feierstunden nahmen jeweils ca. 160 Personen teil (Studierende, Angehörige, Stammpersonal des FB Kriminalpolizei sowie hochrangige Vertreter/innen des BKA). Die Ernennung der Studierenden zu Kriminalkommissaren/innen auf Probe erfolgte durch den Vizepräsidenten des BKA Henzler (61. AG) und die Leiterin des Kriminalistischen Instituts Link (62. AG). Die Bachelorurkunden wurden durch Präsidenten Bönders von der HS Bund ausgehändigt. Für die musikalische Untermalung sorgte die Combo des Rheinland-Pfälzischen Landespolizeiorchesters. Die Absolventinnen und Absolventen wurden danach den Abteilungen des BKA an den Standorten Wiesbaden, Meckenheim und Berlin zugewiesen.

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitung:	LtdVerwD Karl Friedrich Köhler
Sitz/Standorte:	Kassel
Laufbahnen:	Gehobener nichttechnischer Dienst in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)
Studierendenanzahl:	151
Einstellungszahlen 2014:	40
Hauptamtliches Lehrpersonal:	8

Bereits am 1. Januar 2013 ging der Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung (LSV) aus der Trägerschaft des Spitzenverbandes der landwirtschaftlichen Sozialversicherung aufgrund des Gesetzes zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG) vom 19. April 2012 (BGBl. I, S. 579) im Rahmen der Rechtsnachfolge in die Trägerschaft der „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“ (SVLFG) über. Mit diesem Gesetz vollzieht die landwirtschaftliche Sozialversicherung die größte Organisationsreform seit ihrer Existenz. Aus den bis zum 31. Dezember 2012 bestehenden 36 rechtsfähigen Körperschaften des öffentlichen Rechts samt ihres Spitzenverbandes wurde zum 1. Januar 2013 die bundesunmittelbare „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“. Dieser Reformprozess zeitigte auch im Jahr 2014 noch mannigfaltige Wirkungen, mit denen sich der Fachbereich (FB) auseinandersetzen musste.

Primäre Aufgabe des FB LSV ist weiterhin die Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes mit dem akademischen Abschluss Diplom-Verwaltungswirt/in (FH). Diesem Personenkreis kommt bei der Bewältigung der

vielfältigen Aufgaben der SVLFG eine tragende Rolle zu. Der Einsatz in unterschiedlichen Aufgabenfeldern in den verschiedenen Sozialversicherungszweigen bedingt nicht zuletzt eine große Veränderungsbereitschaft. Die SVLFG ist über mehrere Geschäftsstellen und Standorte bundesweit organisiert. Nach dem Studium stehen dann viele verschiedene Türen zum beruflichen Einsatz in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung offen. Die Absolventen/innen werden als Sachbearbeiter/innen des gehobenen Verwaltungsdienstes eingesetzt und können bis zur Führungskraft aufsteigen.

Das dreijährige duale Studium beginnt am 1. Oktober eines jeden Jahres. Es kann nicht verkürzt werden. Während des dualen Studienganges wechseln sich fachpraktische und theoretische Studienzeiten ab. Das bringt Theorie und Praxis zueinander, so dass das theoretisch erworbene Wissen unmittelbar in der Praxis umgesetzt werden kann. In den Fachpraktika lernen die Studierenden die Sachbearbeitung in allen Abteilungen des Hauses kennen und werden so zu Expertinnen und Experten in allen Bereichen der SVLFG. Zur Vertiefung der Fachkenntnisse und zur praktischen Umsetzung nehmen sie während der fachpraktischen Zeiten an praxisbezogenen Lehrveranstaltungen teil.

Die fachtheoretische Studienphase findet am FB LSV der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) in Kassel statt. Beim gemeinsamen Lernen in der Hochschule erwerben die Studierenden die erforderlichen Rechtskenntnisse und schließen nebenbei auch neue Freundschaften.

Zu Beginn ihrer Ausbildung lernen sie vier Wochen lang die SVLFG kennen und gewinnen erste praktische Einblicke in ihre spätere Tätigkeit. Im Anschluss daran

absolvieren sie für ein halbes Jahr ihr Grundstudium am FB LSV und legen dort ihre Zwischenprüfung ab. Nach einer fachpraktischen Zeit von einem Vierteljahr starten sie in das Hauptstudium, das in mehrere Blöcke aufgeteilt ist. Zwischen den Fachhochschulblöcken absolvieren sie praktische Zeiten von unterschiedlicher Dauer in der Verwaltung. Den Abschluss der theoretischen Studienzeiten bildet ein sechsmonatiger Studienabschnitt am FB, innerhalb dessen auch die schriftliche Abschlussprüfung abgelegt wird.

Im Januar 2014 hielt Herr Prof. Dr. Becker, Richter am Bundessozialgericht, eine Gastvorlesung zum Thema „Das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung in der Rechtsprechung des BSG“. Im Anschluss daran entwickelte sich eine lebhafte Diskussion mit den Studierenden des FB, die deutlich machte, dass die künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SVLFG durchaus zu kritischem Nachfragen imstande sind.

Seit Februar 2014 fand am FB eine auch am Ende des Jahres noch nicht abgeschlossene vollständige bauliche Sanierung des Internatsbereiches statt. Allerdings mit der Folge, dass alle Studierenden in nahegelegenen Hotels untergebracht werden mussten, was dem Lehrbetrieb nicht unbedingt zuträglich war.

Im April 2014 veranstaltete der FB – wie in jedem Jahr – mit den Studierenden des Hauptstudiums eine Exkursion in die Bundeshauptstadt. Hier bestand die Möglichkeit, das politische Berlin im Dialog mit sachkompetenten Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Bundestages, Deutschen Bundesrates und Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) kennenzulernen. Dabei zeigten sich die Studierenden ausgesprochen interessiert und informiert, was insbesondere im BMEL



Das Gesetz in seiner bunten Vielfalt.

angemerkt wurde. Beim Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, einem ehemaligen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, konnten die Studierenden Authentisches über die jüngere deutsche Geschichte erfahren. In Begleitung ihres Dozenten für Staats- und Verfassungsrecht erhielten sie Einblick in die Praktiken eines Unrechtssystems im Europa des 20. Jahrhunderts. Die Exkursion nach Berlin bot Vorstand und Geschäftsführung der SVLFG zugleich Gelegenheit, die künftigen Absolventinnen und Absolventen zu begrüßen und sie über ihre künftigen Aufgaben und dienstliche Stellung in der Körperschaft zu informieren.

Im April 2014 haben 42 von 49 Studierenden erfolgreich die Zwischenprüfung bestanden. Bei der Wiederholungsprüfung bestanden fünf Studierende, eine weitere hat das Studium abgebrochen; in einem Fall ist krankheitsbedingt eine weitere Wiederholungsprüfung notwendig.

59 Studierende haben im Juni am schriftlichen Teil der Abschlussprüfung nach der Ausbildungs-, Studien- und Prüfungsordnung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst der Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (ASPO-LSV) teilgenommen. 55 Studierende wurden zur mündlichen Prüfung zugelassen, die sie auch bestanden haben. Im Rahmen einer akademischen Feierstunde wurde ihnen im Namen des Präsi-



Wer lernen will, muss fröhlich sein.



Dekan Köhler überreicht dem Nachwuchs die Diplomurkunde.



Der Vorsitzende der Geschäftsführung Knittel während der Diplomfeier.

ten der HS Bund die Diplomurkunde ausgehändigt und der akademische Grad Diplom-Verwaltungswirt/in (FH) verliehen.

Zum 1. Oktober 2014 wurden 40 Studierende für die Ausbildung nach der ASPO-LSV zugelassen, die nach einem einmonatigen Einführungspraktikum am 1. November 2014 zum Grundstudium antraten. Im selben Monat besuchten die Studierenden des Grundstudiums die Bibliothek der Universität Kassel. Dort erfuhren sie zunächst, wie die Universitätsbibliothek mit ihren Bereichsbibliotheken aufgebaut ist, und welche Medien

Geschafft!

Studierende vor dem BMEL.



Studierende im BMEL.



Studierende vor dem Deutschen Bundestag.

ausgeliehen werden können. Des Weiteren erhielten die Studierenden eine Katalogeinführung in die Benutzung des Auskunfts- und Rechercheportals KARLA (Kasseler Recherche-, Literatur- und Auskunftportal) und eine Datenbankschulung.

Studierende vor dem Bundesrat.



Studierende vor dem ehemaligen Stasi-Hauptquartier.

Auszubildende und Studierende in der SVLFG



Legende:

Sofa =
 Sozialversicherungsfachangestellte/r
 (2012 28; 2013 28; 2014 21, Σ 77)

Fach-IT =
 Fachinformatiker/in der
 Fachrichtungen Anwendungs-
 entwicklung und Systemintegration
 (2012 2; 2013 2; 2014 2, Σ 6)

Verw.wirt =
 Dipl.-Verwaltungswirt/in (FH) der
 Fachrichtung Landwirtschaftliche
 Sozialversicherung
 (2012 58; 2013 49; 2014 40, Σ 147)

Verw.wirt IT =
 Dipl.-Verwaltungswirt/in (FH);
 Schwerpunkt Verwaltungsinformatik
 (2012 7; 2013 6; 2014 3, Σ 16)

Fachbereich Nachrichtendienste

Leitung:	Dir. b. BND Dr. Hans Dieter Denk
Abteilungen:	- Bundesnachrichtendienst Leitung: Dir. b. BND Dr. Hans Dieter Denk - Verfassungsschutz Leitung: Dir. b. BfV Ralf Frauenrath
Sitz/Standorte:	- Haar (Abt. Bundesnachrichtendienst) - Brühl (Abt. Verfassungsschutz)
Studiengänge:	Bundesnachrichtendienst Verfassungsschutz
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)
Studierendenzahl:	156 (83 Abt. VS, 73 Abt. BND)
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2013:	80 (40 Abt. BND, 40 Abt. VS)
Hauptamtlich Lehrende:	7 (davon 3 für die Abt. VS)

Personalsituation

Die Stellen und Funktionen waren in beiden Abteilungen weitgehend besetzt. In der Geschäftsstelle der Abteilung Bundesnachrichtendienst (BND) trat jedoch im zweiten Halbjahr eine komplette Vakanz ein.

In beiden Behörden wurden die Einstellungszahlen deutlich erhöht, so dass in den nächsten Jahren die Anforderungen an das Lehrpersonal deutlich ansteigen werden. Hervorzuheben ist, dass sich das Amt für den Militärischen Abschirmdienst ab 1. Oktober 2014 im Rahmen eines Pilotprojektes erstmals an der Laufbahnausbildung des gehobenen Dienstes beim Verfassungsschutz beteiligt.

Gemeinsames Studium der Nachrichtendienste

Aufgrund von baulichen Verzögerungen hat sich das Datum der Bezugsfertigkeit und somit der geplante Beginn der Zusammenlegung der Laufbahnausbildung für den gehobenen Dienst des Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und BND in dem „Zentrum für nachrichtendienstliche Aus- und Fortbildung Berlin“ um voraussichtlich ein Jahr auf Herbst 2017 verschoben. Unter Einbindung des Aus- und Fortbildungsbereiches des BND und der Akademie für Verfassungsschutz finden ein regelmäßiger enger Informationsaustausch sowie Workshops zur Koordinierung der Umzugsplanungen und der Zusammenlegung der Laufbahnausbildungen statt. Beispielsweise wurde auch der Studienplan von den Lehrenden unter Aktualitätsgesichtspunkten überarbeitet.

Projektwoche im gemeinsamen Grundstudium

Im Januar und Juli 2014 haben die Studierenden der Einstellungstermine Oktober 2013 und 2014 verschiedene Projekte durchgeführt. Wie in den Jahren zuvor wurde das Projekt Brüssel mit Besuchen bei NATO-, EU- und deutschen Einrichtungen seitens des BND gestaltet, um das Zusammenwirken im supranationalen und internationalen Rahmen herauszuarbeiten.

Unter Leitung von Dr. Warg wurden zwei Projekte bearbeitet, die die aktuelle Diskussion über den Reformbedarf bei den Nachrichtendiensten aufgriffen. Ein Projekt beschäftigte sich mit der Öffentlichkeitsarbeit von Sicherheitsbehörden, das zweite mit der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste und den gegenwärtigen Überlegungen zu deren Verbesserung bzw. Intensivierung. Durch Gespräche im parlamentarischen Raum und mit Behördenvertretern/innen wurden

spezielle Interessen-, aber auch Problemlagen bei der Wahrnehmung der Kontrolle herausgearbeitet und über den etwaigen Reformbedarf bzw. Möglichkeiten der Optimierung der parlamentarischen Kontrolle diskutiert.

Ein weiteres Projekt befasste sich mit tamilischen Schulen in Deutschland. Hierbei sollten die Studierenden durch Medienrecherchen und Interviews mit Lehrkräften und/oder Schulleitern/innen Informationen über die Organisation und Inhalte des Lehrbetriebes gewinnen. Neben den inhaltlich-organisatorischen Fragen wurden auch die Themen „Integration und Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen“ thematisiert. Neben Recherche- und Interviewmethodik standen bei der Informationsgewinnung auch Fragen der interkulturellen Kommunikation im Fokus des Projektes.

Unter Leitung von Prof. Dr. Krušnik vom Zentralen Lehrbereich wurden die Projekte „Die Rückverlegung der Bundeswehr aus Afghanistan – Eine volkswirtschaftliche Betrachtung“ sowie „Terror von Rechts – Krakau im Nationalsozialismus“ durchgeführt. Themenschwerpunkt des „Afghanistan-Projektes“ waren die Fragen, die sich mit dem Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan ergeben.

Im Rahmen dieses Projektes wurden das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie ein Wirtschaftsunternehmen besucht. Dieses gab den Studierenden einen Einblick in die logistischen und sicherheitsrelevanten Herausforderungen, die an den Transport von militärischem Equipment gestellt werden. Insbesondere wurde hier über die unterschiedlichen Sicherheitsrisiken der verschiedenen Verkehrswege informiert. Die Bundeswehr gab einen Einblick in die strategische Planung und Steuerung der Logistikprozesse.

Die Sichtweise des BMZ unterschied sich deutlich von der des BMVg. Hingewiesen wurde auf die sich stetig verschlechternde Sicherheitslage und alltägliche Korruption, die einen Wiederaufbau erschweren. Die Grundziele der Bundesregierung nach dem Abzug der Bundeswehr seien im Wesentlichen, der jungen Generation wieder eine Perspektive zu schaffen, indem das Wirtschaftswachstum angekurbelt werde. Dazu seien eine effizientere Nutzung der knappen Ressourcen sowie funktionierende Verwaltungsstrukturen notwendig.

Ziel des Krakau-Projektes war die Sensibilisierung für die vom Rechtsterrorismus ausgehenden Gefahren. Es sollte verdeutlicht werden, zu welchen Handlungen eine terroristische Ideologie fähig ist, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart. Zugleich sollte eine Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte stattfinden. Zur Vorbereitung diente der Film „Schindlers Liste“. In Krakau wurde, passend zum Film, die zu einem Museum umgestaltete Fabrik Schindlers besucht. Daran schloss sich eine fachkundige Führung durch das ehemalige Judenviertel und Judenghetto Krakaus an. Den nachhaltigsten und auch beklemmendsten Eindruck hinterließen sicherlich die Besuche des Konzentrationslagers Auschwitz und Vernichtungslagers Birkenau.

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Laufbahnprüfung

Im Jahr 2014 legten sieben Anwärterinnen und Anwärter ihre Laufbahnprüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der Bundesverwaltung, Studiengang Bundesnachrichtendienst, erfolgreich ab.

Seminar am Center for Intelligence and Security Studies der Buckingham University (BUCSIS)

Auf Einladung von Prof. Dr. Anthony Glees hat Prof. Dr. Denzler den Austausch mit der Buckingham University durch ein eintägiges Seminar über Nachrichtendienst-Psychologie fortgesetzt. In dem Seminar nahmen Studierende von BUCSIS und Mitglieder der britischen Intelligence Community (Oxford Intelligence Group, Analysten bei der NATO) teil. Prof. Dr. Mark Phythian (Leicester University) und Prof. Dr. Jan Goldman (Georgetown University, USA) nahmen als Diskutanten ebenfalls an dem Seminar teil. Es wurden darin zentrale Theorien und Befunde der Psychologie mit Bezug zur nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung und -auswertung in Kurzvorträgen vorgestellt, durch eigene Tests für die Teilnehmer/innen erfahrbar gemacht und in Diskussionsrunden vertieft. Die Diskutanten ergänzten die psychologischen Inhalte durch ihre disziplinspezifischen Beiträge (Politikwissenschaft und Geschichte) und trugen damit an diesem Tag zu einer interdisziplinären Sichtweise auf die Nachrichtendienste bei.

Vortrag vor dem Intelligence and Security Committee of Parliament

Auf Einladung des britischen Parlaments referierte Prof. Dr. Dietrich vor dem Intelligence and Security Committee (ISC), das seit 1994 für die Kontrolle britischer Nachrichtendienste zuständig ist. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die Entwicklung der parlamentarischen Kontrolle von Nachrichtendiensten in der Bundesrepublik in der jüngeren Vergangenheit sowie die aktuelle Reformdebatte.

Austausch zu Lehre und Forschung mit dem King's College London

Im Herbst trafen sich Prof. Dr. Dietrich und Prof. Dr. Denzler u. a. mit Professoren des King's College London, um über mögliche Kooperationen in Lehre und Forschung zu beraten. Das angewandte Wissenschaftsfach „Intelligence Studies“, das in Großbritannien bereits seit mehr als einem Jahrzehnt besteht, steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Am King's College wird ein wissenschaftlicher Zugang zu Nachrichtendiensten vor allem in einem eigenständigen Masterstudiengang unterrichtet. Der Austausch soll den Fachbereich dabei unterstützen, das Fach auch in Deutschland zu etablieren, um damit neben einer aktuellen Hochschulausbildung auch einen Beitrag zu einer sachlichen Debatte über Nachrichtendienste in Deutschland zu leisten. Der Dialog wird auch 2015 weitergeführt.

Forschendes Lernen

Unter der Leitung von Prof. Dr. Dietrich widmeten sich Studierende im Hauptstudium einem studentischen Forschungsprojekt zur Kontrolle und Koordination von Nachrichtendiensten des Bundes. Im Fokus der Untersuchung stand dabei in erster Linie eine Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Kontrollpraxis. Wichtige Einblicke erhielten die Studierenden im Rahmen einer Exkursion zum Parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages. Dadurch konnten aktuelle Kontrollmechanismen von den Studierenden nachvollzogen und Reformvorschläge aus Wissenschaft, Justiz und Politik fachkundig beurteilt werden.

Intelligence Analysis

Die Lehre im Fach „Intelligence Analysis“ wurde – auch im Hinblick auf die internationale Wissenschaftsdiskussion – weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang wurden erstmals Diplomarbeiten mit methodischen Schwerpunktsetzungen des Faches vergeben.

Abteilung Verfassungsschutz

Zwischen- und Laufbahnprüfung

Eine Beamtin hat die Zwischenprüfung im Grundstudium des Sommersemesters nicht bestanden und musste diese im Dezember wiederholen. Im September 2014 legten 20 Anwärtinnen und Anwärter erfolgreich ihre Prüfung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bundesverwaltung, Studiengang Verfassungsschutz, ab.

Berufung in den neuen „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus“

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber wurde am 15. Dezember 2014 vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, erneut in das Expertengremium „Antisemitismus“ berufen. Es setzt sich aus Vertretern/innen von Praxis und Wissenschaft zusammen und soll einen weiteren Bericht zum Antisemitismus in Deutschland verfassen. Prof. Dr. Pfahl-Traughber gehörte bereits dem ersten Gremium an und hatte für den ersten Bericht die Beiträge zur Definition von Antisemitismus, zum Antisemitismus bei Links- und Rechtsextremisten, zu Antisemitismus-Vorwürfen gegenüber der Organisation „Attac“ und zu antisemitischen Straftaten erstellt.

Tätigkeit im „Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz“

Prof. Dr. Pfahl-Traughber setzte seine Tätigkeit im Beirat des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ fort. Er war 2013 durch den damaligen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und die damalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in das Gremium berufen worden. Die Einrichtung will zivilgesellschaftliches Engagement gegen Extremismus und Gewalt fördern. Prof. Dr. Pfahl-Traughber engagierte sich insbesondere für Projekte gegen Islamismus und Salafismus. Darüber hinaus brachte er als neues Thema ein: „Feindbilder und Gewalthandlungen gegen Polizeibeamte als Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.

Einführung und Gesamtdarstellung zum Linksextremismus vorgelegt

Prof. Dr. Pfahl-Traughber veröffentlichte 2014 im sozialwissenschaftlichen Verlag VS Springer das Buch „Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme“. Es nimmt zunächst eine theoretische Einordnung des Themas in die Extremismus-Theorie sowie eine Skizze der ideologischen Grundlagen dieser Extremismus-Form vor. Dann präsentiert der Band anhand einer Typologie die Beschreibung und Einschätzung des parteipolitischen, organisationspolitischen, subkulturellen sowie terroristischen Linksextremismus. Schließlich findet man darin auch vergleichende Betrachtungen zur Situation im Ausland. Der Band dient als Grundlage für das Studienfach „Linksextremismus“.

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 erschienen

Erneut erschien das von Prof. Dr. Pfahl-Traugher herausgegebene „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“, diesmal aufgrund des Umfanges wieder in zwei Bänden. Es enthält 18 wissenschaftliche Aufsätze, die von Analytikern und Wissenschaftlern aus Sicherheitsbehörden und Universitäten stammen. Erneut nimmt der „Rechtsextremismus“ einen inhaltlichen Schwerpunkt ein, wenngleich sich darin auch zahlreiche Aufsätze zu den Themen „Grundsatzfragen“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Terrorismus“ finden. Der Herausgeber veröffentlichte darin vier Analysen zu Stufen der „Extremismus-Intensität“, zu den linksextremistischen Autonomen, zu einem Analyseschema bezogen auf terroristische Gruppen und zu vergleichenden Betrachtungen zur Radikalisierung am Beispiel des NSU-Terrorismus.

Fachbereich Sozialversicherung

Leitung:	ADir'n Gudrun Dannhauer
Sitz/Standorte:	Berlin Bochum
Studiengang:	Sozialversicherungsrecht LL. B.
Studienabschluss:	Bachelor of Laws
Studierendenzahl:	362
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2014:	129
Hauptamtlich Lehrende:	33

Erlass einer neuen Studien- und Prüfungsordnung

Die Qualität des neuen Bachelorstudienganges wurde von Anfang an kontinuierlich eng vom Fachbereich (FB) Sozialversicherung begleitet. Sowohl die Module als auch die Lehrveranstaltungen sowie die berufspraktischen Studienabschnitte wurden regelmäßig evaluiert. Zum anderen wurden die Erfahrungen der Lehrenden, der Studierenden sowie der Ausbilderinnen und Ausbilder nach Abschluss der ersten Lehrgänge 2013 in einem Workshop ausführlich analysiert.

Im Ergebnis wurden insbesondere die nachfolgenden Optimierungsmöglichkeiten festgestellt:

- Neustrukturierung des Studienganges in acht statt bislang sieben Studienabschnitte, mit der Folge, dass der Studiengang zukünftig mit einem zweimonatigen berufspraktischen Studienabschnitt abschließt, in dem die Studierenden gezielt auf die künftige Berufstätigkeit vorbereitet werden.

- Veränderung des Abschlusses vom „Bachelor of Arts“ zum „Bachelor of Laws“, um damit einerseits den akademischen Grad zu den Studiengängen anderer Rentenversicherungsträger an anderen Hochschulen zu harmonisieren und andererseits dem rechtswissenschaftlichen Schwerpunkt des Studienganges besser Rechnung zu tragen.
- Veränderung der Anzahl und Durchführung verschiedener Prüfungsleistungen

Durch die erste Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung vom 20. Februar 2013 (Anlage 2 zu § 10 Abs. 1 BLV) wurde die Zuständigkeit für den Erlass einer neuen Studien- und Prüfungsordnung in Form einer Rechtsverordnung auf den Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund subdelegiert. Die Verordnung wurde im Einvernehmen mit dem Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See beschlossen.

Die neue Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes in der Sozialversicherung (GntDSVVDV), veröffentlicht am 25. November 2014 im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2014 Teil I Nr. 53, wurde mit den zu beteiligenden Ministerien, Tarifpartnern etc. abgestimmt und trat mit Wirkung zum 1. September 2014 in Kraft. Ab dem Studierendenjahrgang 2013 wird der akademische Grad Bachelor of Laws (LL. B.) verliehen.

Bestandszahlen

Am Ende des Jahres 2014 waren insgesamt 16 Lehrgänge am FB Sozialversicherung mit insgesamt 362 Studierenden eingerichtet: davon gehörten 121 Studierende zur Deutschen Rentenversicherung Bund, 146 Studierende

zur Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, 14 Studierende zum Bundesversicherungsamt, 59 Studierende zur Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg und 22 Studierende zur Deutschen Rentenversicherung Saarland.

Absolventen/innen und Studienanfänger/innen

Das Auditorium des Ausbildungszentrums war zum Monatswechsel September/Oktober gut gefüllt. Grund waren die Verabschiedungs- und Einstellungsfeiern für die Studierenden am FB Sozialversicherung. Insgesamt 49 Studierende der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg und der Deutschen Rentenversicherung Saarland konnten am 30. September 2014 in einer Feststunde ihre Bachelorurkunden entgegennehmen. Für 39 Studierende der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See fand die Verabschiedungsfeier am Standort Bochum statt. Am 1. Oktober 2014 wurden in Berlin 75 neue



Feierliche Übergabe der Bachelorurkunde durch Dekanin Gudrun Dannhauer und Fachabteilungsleiter Stefan Lowien.



Freude über den erfolgreichen Bachelorabschluss am Fachbereich Sozialversicherung in Berlin.

Studierende bei einer stimmungsvollen Begrüßungsfeier eingestellt. Die Feierlichkeiten fanden in Anwesenheit der zuständigen Direktoren der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg und der Deutschen Rentenversicherung Saarland statt. Am 6. Oktober 2014 nahmen darüber hinaus 54 Studierende der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sowie des Bundesversicherungsamtes ihr Studium am FB auf.

Fachpraktische Ausbildung am Fachbereich Sozialversicherung

Sowohl im Diplomstudiengang als auch im 2010 etablierten Bachelorstudiengang stellt der FB Sozialversicherung in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Leistungsabteilungen in den Rentenversicherungsträgern eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis während des Studiums sicher. Dies wird einerseits durch eigene strukturelle Bedingungen, wie spezielle Lehrbereiche in den Trägern, hauptamtliche Ausbilderinnen und Ausbilder, organisatorische Rahmenbedingungen und das Zur-Verfügungstellen von in ausreichender Zahl vorhandenen geeigneten fallbezogenen Akten, gewährleistet. Didaktisch werden handlungsorientierte Unterrichtsmethoden eingesetzt und die Verantwortungsbereitschaft der Studierenden in Lerninseln gestärkt.

Bei der Umstellung des Studiums auf den Bachelorabschluss kam auch der Gestaltung der fachpraktischen Module besondere Bedeutung zu:

- Auch bei den Praxismodulen führt ein Nichtbestehen der obligatorischen Modulprüfung zum Ende des Dualen Studiums und damit zum Ende des daran gekoppelten Beschäftigungsverhältnisses.

- Die Praxismodule fließen mit 20 % in die Berechnung der Abschlussnote ein. Zum Vergleich, die Beurteilungen und Leistungsnachweise der berufspraktischen Studienzeiten hatten im Diplomstudium mit 9 % der Abschlussnote eine andere Bedeutung.

Im Vergleich zum Diplomstudium wurden die berufspraktischen Studienzeiten einerseits deutlich aufgewertet. Dies bedingt andererseits eine höhere Verantwortung des FB Sozialversicherung für die Praxismodule. Die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) ist bei der Erstellung und Pflege aller Praxismodule federführend. Dies geschieht in Abstimmung mit den praktisch ausbildenden Bereichen. Mögliche Prüfungsformen für Praxismodule sind abschließend in der Studien- und Prüfungsordnung aufgezählt. Dazu gehören neben der bereits aus dem Diplomstudium bekannten Praktikumsbeurteilung neue Prüfungsformen wie beispielsweise die Praxisklausur, der Praxisbericht, das Fach- oder Beratungsgespräch.

Der Prüfungsausschuss am FB Sozialversicherung legt in Prüfungsrichtlinien die Rahmenbedingungen für die einzelnen Prüfungsformen fest. Ausbilderinnen und Ausbilder der Sozialversicherungsträger, die Praxismodulprüfungen abnehmen, müssen entsprechend der hochschulrechtlichen Normen mindestens über einen Fachhochschulabschluss verfügen. Der FB Sozialversicherung überwacht dies und führt entsprechend eine Liste aller Prüferinnen und Prüfer für die Praxismodule.

Die Praxismodule werden regelmäßig evaluiert und die Ergebnisse werden mit Studierenden, Ausbildern/innen sowie Führungskräften der Ausbildungsbereiche besprochen, um ggf. Optimierungen durchzuführen. Um die



Studierende in der praktischen Ausbildung.

beschriebene enge Bindung zwischen dem FB Sozialversicherung und den Sozialversicherungsträgern, die die Praxismodule durchführen, zu gewährleisten, arbeiten sowohl bei der Fachabteilung Knappschaftliche Sozialversicherung als auch bei der Fachabteilung Deutsche Rentenversicherung Bund (Allgemeine Rentenversicherung) zwei Praxisbeauftragte:

- Sie informieren u. a. Studierende über die Praxis-Pflichtmodule und beraten zu den Praxis-Wahlpflichtmodulen.
- Sie wirken bei der Erstellung und Pflege aller Praxismodule mit.
- Sie evaluieren regelmäßig Praxismodule, moderieren Gespräche zwischen Studierenden und Ausbildern/innen über die Evaluationsberichte, regen Optimierungen an und unterstützen die Evaluationsbeauftragte bei der Erstellung ihrer Berichte in Bezug auf die Praxismodule.
- Sie führen regelmäßig Feedbackgespräche mit Studierenden, Ausbildern/innen und Ausbildungsleitungen im Anschluss an Praxismodule durch.

- Sie organisieren und moderieren Abstimmungs-
gespräche zwischen Ausbildern/innen und Lehrenden,
um die Verzahnung von Theorie- und Praxismodulen
zu sichern oder zu verbessern.

Durch diese Rahmenbedingungen wird die Zufriedenheit der Dienstherren mit der Einsatzfähigkeit unserer Studierenden erhöht.

Reakkreditierungsverfahren

Zum 30. September 2015 endet die Erstakkreditierung unseres Bachelorstudienganges. Im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Reakkreditierung des Studienganges Sozialversicherung haben zwei Akkreditierungsagenturen ihre Angebote präsentiert. Den Zuschlag erhielt die Agentur EVALAG aus Baden-Württemberg. Das Reakkreditierungsverfahren soll bis zum 20. September 2015 abgeschlossen sein, die Begehung durch die Fachgutachter-Kommission am 16. und 17. Juni 2015.

Offenes Forum

Das 25. Offene Forum fand im März zum Thema „Verwaltungsorganisation“ statt. Als Referenten konnten der ehemalige Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Dr. Herbert Rische, und Harald Joos, Leiter der Abteilung Organisation und IT-Services der DRV-Bund, sowie Stefan Lowien, Fachabteilungsleiter am FB Sozialversicherung der HS Bund, gewonnen werden. Beim nächsten Offenen Forum im November kamen zum Thema „Der Sozialstaat in Europa“ folgende Expertinnen und Experten zu Wort: Helene Banner, Ltd. Mitarbeiterin der Vertretung der EU-Kommission, Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer von der Friedrich-Schiller-Universität Jena,



Beim Offenen Forum zum Thema „Sozialstaat in Europa“ mit Maren Schimmang, Dozentin am FB Sozialversicherung, Helene Banner, Ltd. Mitarbeiterin der Vertretung der EU-Kommission, Ola Hebrant, Mitarbeiter der Abteilung Internationale Aufgaben der DRV Bund, Dekanin Gudrun Dannhauer, Monika Paulat, Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages, Prof. Dr. Eberhard Eichenhofe von der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Direktorin Gundula Roßbach (v. l. n. r.).

Monika Paulat, Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages, und Ola Hebrant, Mitarbeiter der Abteilung Internationale Aufgaben der DRV Bund. Das Grußwort richtete Direktorin Gundula Roßbach an die zahlreichen Gäste.

Studierendenprojekte am Fachbereich Sozialversicherung

Studierende am FB Sozialversicherung haben im Rahmen ihres Moduls zum Projektmanagement im VII. Studienabschnitt das Thema „Neugestaltung von Lehrgangsräumen“ behandelt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Projektgruppe haben detaillierte Vorschläge hinsichtlich der Ausstattung, Möblierung und Farbgestaltung von Lehrgangsräumen erarbeitet. Diese Ideen werden zum Teil beim Umzug des FB Sozialversicherung im Jahr 2016 berücksichtigt. In einem weiteren Projekt haben Studierende eine Übersicht über die bestehenden Kommunikationswege am FB Sozialversicherung zusammengestellt. Dabei wurden die unterschiedlichen Beteiligungsgruppen, die Inhalte, die erforderlichen technischen Voraussetzungen sowie rechtliche Rahmenbedingungen berücksichtigt. Ferner ermittelten sie für jeden Kommunikationsweg, wie gut die Informationen die Studierenden tatsächlich erreicht haben. Verbesserungsvorschläge wurden entwickelt und auf ihre Machbarkeit überprüft.



Anlässlich des altersbedingten Ausscheidens des Präsidenten der DRV Bund, Dr. Herbert Rische, bedankte sich der FB Sozialversicherung für die langjährige Unterstützung mit einem Ehrenplatz beim Offenen Forum auf Lebenszeit.

Tag der offenen Tür

Die Bildungsabteilung hat im Oktober 2014 bei ihrem traditionellen „Tag der offenen Tür“ über das Ausbildungs- und Studienangebot der Deutschen Rentenversicherung Bund informiert. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulverwaltung haben auch Studierende den zahlreichen Interessierten aus eigener Erfahrung über das Bachelor-Studium berichtet.

Berufung an den FB Sozialversicherung

Am FB Sozialversicherung wurde Herr Dr. Tim Köhler-Rama zum Lehrenden auf Zeit im Lehrgebiet Wirtschaftswissenschaften berufen. Er tritt die Nachfolge von Herrn Prof. Dr. von Zameck an.

links: Neu am
 FB Sozialversicherung,
 Dr. Tim Köhler-Rama.
 rechts: In der Bibliothek
 des FB Sozialversicherung.



Fachbereich Wetterdienst

Leitung:	Dekan RD Dipl.-Met. Harald Wollkopf
Sitz/Standorte:	Langen/Fürstfeldbruck
Studiengang:	Gehobener naturwissenschaftlicher Dienst
Studienabschluss:	Diplom-Meteorologe/in (FH)
Studierendenzahl:	35
Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2014:	12
Hauptamtlich Lehrende:	6

Im Oktober 2014 konnten zwölf Studierende am Fachbereich (FB) Wetterdienst ihr Studium beginnen. Davon sind drei für einen zukünftigen Einsatz beim Geoinformationsdienst der Bundeswehr und neun für eine spätere Verwendung beim Deutschen Wetterdienst vorgesehen.

Im September 2014 hatten 8 von 11 Studierenden am FB Wetterdienst ihr Studium mit der Laufbahnprüfung erfolgreich abgeschlossen. Von den 8 erfolgreichen

Zwölf Studierende
im Oktober 2014.



Absolventen/innen sind 4 vom Deutschen Wetterdienst (DWD) und 4 für den Einsatz beim Geoinformationsdienst der Bundeswehr (GeoInfoDBw) übernommen worden. Im Berichtszeitraum wurden an den beiden Standorten des FB (Langen, Fürstfeldbruck) 3 Kurse mit insgesamt 35 Studierenden von 6 hauptamtlich Lehrenden unterrichtet.

Außenbeziehungen

Am Bildungs- und Tagungszentrum des Deutschen Wetterdienstes (BTZ) in Langen, das zugleich Standort des FB ist, fanden im Jahr 2014 zahlreiche internationale Tagungen unter Beteiligung von Dozenten/innen des FB statt.

3. Februar bis 7. Februar 2014

Am Simulator-Workshop „Weather Simulator for Instruction and Assessment“ waren 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 17 Ländern/Organisationen sowie die Dozenten Mills und Higgins von EUMETSAT sowie Dozentin ter Pelkwijk vom Niederländischen Wetterdienst (KNMI) beteiligt. Der DWD und EUMETCAL (European Meteorological Computer Assisted Learning) waren die Organisatoren.

14. Oktober bis 16. Oktober 2014

Hier fand die Sitzung des Consortiums von EUMeTrain (European Meteorological Training) mit 13 Teilnehmern/innen aus 6 Ländern plus EUMETSAT statt. Das Hauptziel dieser regelmäßigen Sitzung liegt in der gemeinsamen Entwicklung von elektronischem Schulungsmaterial mit dem Schwerpunkt Satellitenmeteorologie. Das Material ist frei zugänglich; das Gleiche gilt für die Online-Schulungen. Weitere Informationen findet man unter www.eumetrain.org.

16. Oktober bis 17. Oktober 2014

Hier fand die Sitzung des Steuerungskomitees von EUMeTrain (8 Teilnehmer/innen aus 6 Ländern plus EUMETSAT) statt.

24. November bis 28. November 2014

Dies war die Präsenzphase des internationalen Seminars zur Satellitenmeteorologie im Rahmen von EUMETCAL und EUMeTrain. Die finanzielle Unterstützung einiger Teilnehmer/innen kam von EUMETSAT und EUMETCAL. Die Präsenzphase schloss sich an eine Online-Phase an, die sich aus Lernmodulen mit betreutem Selbststudium, aufgezeichnetem Fernunterricht, Übungsaufgaben

sowie Diskussionsforen zu insgesamt 10 Einzelthemen zusammensetzte. 34 Kolleginnen und Kollegen wurden nur online, weitere 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl online als auch in Langen geschult. Sie kamen aus 19 Ländern und wurden von 6 Dozentinnen und Dozenten betreut.



Teilnehmende an der Präsenzphase des internationalen Satellitenseminars.

Der Lehrauftrag für das Fach „Synoptische Meteorologie“ an der Goethe-Universität Frankfurt wurde im aktuellen Berichtsjahr auf eine zweisemestrige Veranstaltung erweitert. Beide Vorlesungen wurden von dem hauptamtlich Lehrenden für besondere Aufgaben, Dipl.-Met. Stengler, gehalten.

Dozentinnen und Dozenten des FB unterrichteten an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Rahmen von fünf Fortbildungsveranstaltungen das Fach Meteorologie. Im Rahmen der Ausbildungsvereinbarung mit dem staatlichen Wetterdienst in Luxemburg, „MeteoLux“, war ein Kandidat aus Luxemburg vollständig in den Studiengang am FB Wetterdienst integriert. Ein weiterer Teilnehmer im Studiengang kam aus der Bundeswehr. Er war ebenso auf Grundlage einer Sondervereinbarung mit der Bundeswehr vollständig in den Studiengang des gehobenen Wetterdienstes aufgenommen. Beide Teilnehmer konnten ihre Abschlussprüfungen erfolgreich absolvieren, so dass sie ihren Organisationen wieder als vollwertige Wetterberater übergeben werden konnten.

Am Ausbildungsstandort Langen wurden unter Mitwirkung von Dozentinnen und Dozenten des FB auch im Berichtsjahr 2014 Fortbildungsveranstaltungen für Hochschulabsolventen/innen mit Bachelor-Abschluss durchgeführt. Eine Entscheidung für eine ausschließliche Gewinnung von Wetterberatern/innen außerhalb der HS Bund im Hinblick auf die künftige strategische Ausrichtung des DWD steht weiterhin aus.

Praxiskontakte/Praxisaufenthalte/Weiterbildung von Dozentinnen und Dozenten

Dozentinnen und Dozenten des FB nahmen auch im aktuellen Berichtsjahr wieder an Tagungen und Seminaren zu meteorologischen Themen teil. Darüber hinaus konnten auch mehrtägige Praxisaufenthalte an verschiedenen Standorten des DWD bzw. des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr realisiert werden.

Master of Public Administration

Wissenschaftliche Leitung:	Prof. Dr. Thomas Sauerland
Sitz/Standorte:	Brühl
Studiengang:	Master of Public Administration
Studienabschluss:	Master of Public Administration
Studierendenzahl:	87
Studienanfängerinnen und Studienanfänger	58

Herzlich willkommen an der Hochschule

Im Mai 2014 begann der mittlerweile vierte Jahrgang des Masterstudienganges „Master of Public Administration (MPA)“ sein Studium an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund). Mit insgesamt 58 Studierenden handelt es sich um den bislang größten Jahrgang des noch jungen Masterstudienganges. Erstmals dabei waren 20 Studierende, die das Masterstudium außerhalb eines Aufstiegsverfahrens vom gehobenen in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes absolvieren. Im Gegensatz zu den 38 Aufstiegsbeamtinnen und -beamten haben die sogenannten ‚Nichtaufsteiger‘ weder einen Anspruch auf Freistellung während des Studiums noch auf Übernahme in den höheren Dienst nach dem erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums. Zudem müssen sie monatliche Studiengebühren in nicht unerheblicher Höhe entrichten. Das ohnehin ambitionierte Masterstudium stellt diese Gruppe der Studierenden daher noch einmal vor

besonders hohe Anforderungen. Dass sich dennoch weitaus mehr Beschäftigte aus der Bundesverwaltung um einen Studienplatz des geöffneten Masterstudiums bewarben, als Studienplätze zur Verfügung standen, unterstreicht eindrucksvoll die Wichtigkeit der Öffnung des Masterstudienganges für die Beschäftigten der Bundesverwaltung als auch das Renommee der Hochschule.

Workshop zur Weiterentwicklung des Auswahlverfahrens

Ein Kennzeichen des Masterstudienganges ist seine passgenaue Abstimmung auf das Anforderungsprofil der Bundesverwaltung. Die enge Verzahnung von Hochschule und Verwaltungspraxis zeigt sich bereits vor dem eigentlichen Studienbeginn in den Verfahren zur Auswahl der Studierenden: Die vierköpfigen Auswahlkommissionen werden paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Hochschule und Entsendebehörden besetzt. Um das Auswahlverfahren weiterzuentwickeln, fand im Juli ein Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung im Bundeshaus in Berlin statt. Maßgeblich mitgestaltet wurde der Workshop durch Frau Professorin Dr. Schäffer-Külz und Herrn Professor Dr. Manz vom Fachbereich (FB) Bundeswehrverwaltung, die ihre Expertise als Psychologen einbringen konnten. Das Ergebnis des Workshops und zweier schriftlicher Ressortabstimmungsverfahren kann sich sehen lassen: Mit einer neuen Richtlinie werden die zukünftigen Verfahren zur Auswahl der Studierenden noch besser auf die Bedürfnisse der Bundesverwaltung abgestimmt sein.

Erster Mastertag des Masterstudienganges

Im August lud das MPA-Team zum „Ersten Mastertag“ an die HS Bund ein. Der Präsident der HS Bund Thomas Bönders und der wissenschaftliche Leiter des Masterstudienganges Prof. Dr. Thomas Sauerland konnten dazu rund 70 Absolventinnen und Absolventen und Studierende des Masterstudienganges sowie zahlreiche weitere Gäste begrüßen. Sowohl Präsident Bönders als auch Prof. Dr. Sauerland hoben die Praxisnähe als besonderes Markenzeichen des Masterstudienganges hervor. Praxisnähe aber erfordere einen nachhaltigen Austausch zwischen Absolventen/innen, Studierenden und Dozenten/innen des Masterstudienganges sowie Praktikern/innen aus den Ressortbehörden. Das neue Format des Mastertages solle einen solchen Austausch fördern. Er biete deshalb ein Forum für eine gegenseitige Information und nützliche Netzwerkbildung.



Präsident Bönders begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Ersten Mastertages“

In seinem temperamentvollen Auftaktvortrag über „Probleme der Personalauswahl in der öffentlichen Verwaltung“ verdeutlichte Herr Dr. Maximilian Baßlspurger, Hochschullehrer an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, auf humorvolle Weise, dass Fragen des Personalwesens für Angehörige des höheren Dienstes von großer Bedeutung sind. Mit Patrick Fixemer stellte anschließend ein Absolvent des ersten Studienjahrganges die Ergebnisse seiner Masterarbeit über „Grundlagen und Anwendungsbeispiele einer Aufgabenkritik“ vor. Es folgten Workshops zu den insbesondere für (künftige) Angehörige des höheren Dienstes wichtigen Themen: „Rollenwechsel: Gestern Kollegin oder Kollege, heute Vorgesetzte oder Vorgesetzter“ und „Krankheit als Führungsproblem – Gesundheit als Führungsaufgabe“. In einem weiteren Workshop stand Prof. Dr. Sauerland den am Masterstudiengang Interessierten Rede und Antwort. Aufgrund der überaus positiven Resonanz wird 2015 erneut ein Mastertag stattfinden.

Studienfahrt nach Irland

Im September 2014 unternahm der zweite MPA-Studienjahrgang, der sein Studium im Mai 2012 begonnen hatte, unter der Leitung von Prof. JUDr. Ph.D. Heid eine Studienfahrt nach Irland. Ziel des Projektes war es, am Ende des Masterstudiums gemeinsam eine Thematik zu erfahren, die für alle europäischen Mitgliedsstaaten und ihre Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen gleichermaßen von ständiger Aktualität ist: die Gender

Die Teilnehmerinnen
und Teilnehmer der
Studienfahrt besuchten
auch die Deutsche
Botschaft in Dublin.



Policy, d. h. die geschlechterspezifische Politik, wie sie auch in verschiedenen Mastermodulen behandelt wird. Das Generalthema wurde durch gemeinsame Gespräche mit irischen Experten, Workshops, Vorträgen, Besichtigungen und einer Exkursion nach Nordirland (Belfast) aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Workshops zur Weiterentwicklung der Pflicht- und Wahlmodule

Um die Lerninhalte des Masterstudiums weiterhin auf das Anforderungsprofil des höheren Dienstes in der Bundesverwaltung abstimmen zu können, fanden im September und November zwei Workshops zur Weiterentwicklung der Pflicht- und der Wahlmodule des Masterstudienganges statt. Unter Mitwirkung von Praktikern aus der Bundesverwaltung wurden die

Lernziele, die Lernzielstufen und die Modulinhalte einer kritischen Betrachtung unterworfen. Einigkeit bestand darin, die Inhalte des Studienganges weiter zu internationalisieren und die europäische Dimension noch stärker zu berücksichtigen. Zudem soll künftig ein Propädeutik-Modul angeboten werden, um die Studierenden frühzeitig mit den Techniken wissenschaftlichen Arbeitens vertraut zu machen. Mit neuen Wahlmodulen zum Steuerrecht, zur Sozialversicherung und Informationstechnologie in der Bundesverwaltung wird das Fächerangebot des Masterstudienganges noch ausgebaut werden.

Feierliche Masterverleihung

Im November konnte Präsident Bönders den Absolventinnen und Absolventen des zweiten MPA-Studienjahrganges in einem feierlichen Festakt den akademischen Grad „Master of Public Administration“ verleihen. Als Festredner beglückwünschte der Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Patrick Sensburg die Absolventinnen und Absolventen zu ihren herausragenden Leistungen. Für den musikalischen Rahmen sorgte das Bundespolizeiorchester aus Hannover.

Ausblick auf das Jahr 2015

Ende des Jahres 2014 begannen bereits die Planungen für den Studienjahrgang 2015. Mit mehr als 50 Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten und voraussichtlich 25 Studierenden, die das Masterstudium außerhalb eines Aufstiegsverfahrens in den höheren Dienst absolvieren, wird der kommende Masterjahrgang der bislang größte.

Erfreulicherweise wirken immer mehr FB und andere Bildungseinrichtungen am Masterstudiengang mit. Zu nennen sind vor allem der FB Allgemeine Innere Verwaltung, der FB Finanzen, der FB Bundeswehrverwaltung, der FB Sozialversicherung, der FB Bundespolizei und der Zentrale Lehrbereich. Zudem wird 2015 eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundesfinanzakademie im Bundesministerium der Finanzen abgeschlossen werden.

Deutlich wird damit eins: Der Masterstudiengang mit Sitz in Brühl entwickelt sich weiter zu einem fachbereichsübergreifenden Studiengang und damit zu einer Klammer der gesamten Hochschule.

Prof. Dr. Sensburg, MdB (erste Reihe Mitte) beglückwünschte die Absolventinnen und Absolventen des Masterstudienjahrganges 2012.





Tanzgruppe an
 „Wieverfastelovend“

Alumni e.V.

Das Jahr 2014 begann klassisch mit den Vorbereitungen für Karneval. Dank der Studierenden wurde „Wieverfastelovend“ zu einem unvergesslichen Fest. Auch wenn der Initiativkreis seit Jahren aus finanziellen Gründen beim Can Can und Samba die gleichen Kostüme verwendet, so ist die tänzerische Leistung doch kunterbunt. Die Begeisterung des Publikums war riesig.

Seit nunmehr 15 Jahren organisieren Frau Landsch und Frau von Dewitz Abendveranstaltungen auf dem Campus in Brühl. Nach dieser langen Zeit wurde die Planung und Organisation von Partys in die Hände von Studierenden gegeben. Der Grundgedanke, mehr Eigenorganisation und Motivation unter den Studierenden bei den jährlich stattfindenden Feten zu fördern, hat in 2014 sehr gut funktioniert. Mit viel Engagement und Begeisterung ist daraus etwas Schönes geworden. Jedes Mal vergaben die Verantwortlichen ein Motto für den Abend, von „Bad-Taste-Party“ im April, „Sunshine-Party“ im Juni sowie „Halloweenparty“ im Oktober bis hin zur „Grichy-Kind-Fete“ im Dezember.



Kunstaussstellung

Da auf dem Campus in Brühl alle drei Monate neue Studierende begrüßt werden, finden wie üblich in regelmäßigem Turnus die Dom- und Stadtführungen statt, diese erfreuen sich großer Beliebtheit.

Wie in den Vorjahren stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studierende des Hauses ihre Fotoarbeiten im Foyer aus. Die Ausstellungseröffnung wurde von Studierenden musikalisch begleitet.

Fast in jedem Semester schließen sich Studierende aus verschiedenen Fachbereichen zusammen und gründen eine Band. Im September stellte die Band „Cherry-Pie“ das Probenprogramm in einer „Jam-Session“ vor. Die Begeisterung war groß und den Applaus hatten sich die

Bandmitglieder
von „Cherry-Pie“

Bandmitglieder redlich verdient. Der Initiativkreis freut sich zudem sehr darüber, dass das Schlagzeug nun ständig im Einsatz ist.

Das Interesse und die Teilnahme an Tanzkursen ist weiterhin eindrucksvoll. Über 100 Studierende nahmen daran im Laufe des Jahres 2014 teil. Tanzen ist eine Form sozialer Interaktion – hier lernen Studierende sich kennen und erleben eine Gemeinschaft, die verbindet.

Im März gestaltete der hauseigene Chor, zusammensetzend aus Studierenden und Mitarbeiter/innen der Hochschule, eine ökumenische Andacht. Das Thema war „Ge(h)-rechtigkeit?! Ungerechte Juristen und böse Mädchen“. Prof. Dr. Esterhaus hielt eine Predigt dazu, die auch den Stadtdechanten aus Brühl, unseren Gastpfarrer, beeindruckte.

Die jährliche Weihnachtsfeier wurde mit Band, Blechbläsern und Chor feierlich gestaltet.

Mit einem Erlös aus der Weihnachtstombola i.H.v 820 € konnte das Team von „Ärzte ohne Grenzen“ unterstützt werden.

Mitglieder des Chors

Prof. Dr. Esterhaus
während seiner Predigt.



Hochschule im Dialog mit ...

Veranstaltungsreihe

Hochschule im Dialog mit ...



Auch im Jahr 2014 wurde die bislang sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“ fortgeführt.

Die Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“ greift den Dialog mit Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft auf und ermöglicht den direkten Kontakt zu Entscheidungsträgern. Hierdurch eröffnet die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) ihren Studierenden die Möglichkeit, direkt an aktuelle Hintergrundinformationen aus erster Hand zu gelangen und damit die praktische Umsetzung der theoretischen Studieninhalte aktiv zu hinterfragen.

Darüber hinaus nutzt die HS Bund die Veranstaltungsreihe aber auch, um sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und damit zu zeigen, dass Bildung auch an einer internen



Hochschule nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet. Die Erfahrungen und vor allem die durchweg positiven Rückmeldungen haben gezeigt, dass der HS Bund dies gelungen ist.

Hochschule im Dialog mit ... Roderich Egeler

„Der Bundeswahlleiter – Repräsentative Wahlstatistiken“

Am 3. Juli 2014 war der Bundeswahlleiter Roderich Egeler zu Gast an der HS Bund und berichtete über seine Tätigkeiten als Bundeswahlleiter und Präsident des Statistischen Bundesamtes. Sein Job sei „ein schönes Geschäft, weil man als Statistiker weisungsungebunden“ sei, merkte Egeler zu Beginn seines Vortrages an.

Er stellte die Entwicklung und die Aufgaben des Bundeswahlleiters und des Statistischen Bundesamtes anschaulich dar und erzählte dabei über seinen ganz persönlichen Alltag. So berichtete er, dass Bundespräsident Gauck ihn 2013 gebeten habe, bei der Stimmangabe zur Bundestagswahl dabei zu sein. Dies sei ein „nettes Ereignis im Rahmen der Tätigkeit des Bundeswahlleiters“ gewesen. Im zweiten Teil seines Vortrages stellte Egeler die Auswertung „seiner letzten Bundestagswahl“ im Jahr 2013 dar und erläuterte die Möglichkeiten der Nutzung daraus entstehender Erkenntnisse für Politik, Meinungsforscher und Verwaltung. Er beleuchtete hierzu den kompletten Wahlvorgang und setzte die Wahl 2013 in einen Vergleich zu vorherigen Bundestagswahlen.

Im Anschluss an seinen Vortrag wurde Egeler unter anderem zu Wahlcomputern und der Fünf-Prozent-Hürde befragt. Ganz im Sinn der Veranstaltungsreihe lud er die Studierenden, die sich eine Karriere im Statistischen Bundesamt vorstellen könnten, zu einem persönlichen



Bundeswahlleiter Egeler während seines Vortrages.

Gespräch über die Entwicklungsmöglichkeiten des Amtes ein: „Wer hat denn Lust zum StaBA zu kommen? Wir unterhalten uns nachher mal!“



Dr. Schröder am 1. Oktober 2014
zu Gast in der HS Bund.

Hochschule im Dialog mit ... Dr. Ole Schröder, MdB

„Digitale Agenda der Bundesregierung“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Dr. Ole Schröder war am 1. Oktober 2014 zu Gast an der HS Bund. Er erläuterte in seinem Vortrag das „Dienstleistungsangebot einer öffentlichen Stelle in einer digitalen Welt“. Die „Digitale Agenda der Bundesregierung“ sei ein Hausaufgabenheft, das sich drei Ressorts der Bundesregierung aufgeben hätten.

Merkmale dieser Agenda seien zum einen die Zusammenarbeit dreier Ministerien, die von allen drei Regierungsparteien geführt werden, zum anderen sei diese Agenda ein Rahmen, der Raum für Anpassung und Nachjustierung biete. Er stellte aber auch fest, dass der Weg in eine digitalisierte Gesellschaft noch lang und die zu bewältigenden Aufgaben und Herausforderungen groß seien.

Als Kernthema des Bundesministeriums des Innern stellte der Parlamentarische Staatssekretär die Sicherheit, den Schutz und das Vertrauen im Netz heraus. Hier

stunden auch noch einige Herausforderungen bevor. Als Beispiel hierfür nannte Schröder das Vertrauen in die Sicherheit der personenbezogenen Daten und die damit verbundene Änderung des Datenschutzgesetzes.

Der Vortrag zu einer digitalisierten Gesellschaft regte das Publikum zum Dialog an. Im Anschluss an seinen Vortrag wurde Dr. Schröder mit vielen Fragen zum Dialog eingeladen.

Hochschule im Dialog mit ... Cem Özdemir, MdB

„Das neue ‚Made in Germany‘“

Der Bundesvorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen Cem Özdemir stellte zu Beginn seines Vortrages fest, dass „wir die aktuellen Probleme an die Nachwelt abgeben“.

Unter dem Titel „Das neue ‚Made in Germany‘“ hat Özdemir am 30. Oktober 2015 in der HS Bund seine Forderung für eine nachhaltige Wirtschaft erläutert. So sei eine nachhaltige Wirtschaftspolitik neben der sozialen Marktwirtschaft immens wichtig, um den Wohlstand nachhaltig zu sichern. „Made in Germany“ stehe für Qualität. Dies sei im Rahmen der Globalisierung nicht immer so, da dieser Wert verwässert werde. Özdemir führte aus, dass es gut sei, dass China deutsche Energieeffizienz kopiere, schließlich habe die deutsche Wirtschaft

Bundesvorsitzender der Partei
 Bündnis 90/Die Grünen, Özdemir



auch englische Industrien kopiert. Er wettete darüber hinaus, dass „China in den nächsten Jahren drastische Energiegesetze verabschieden wird“.

In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass sich nicht der indische CO₂-Ausstoß dem deutschen anpassen müsse, sondern umgekehrt.

Im Anschluss an den Vortrag nutzten viele Gäste der HS Bund die Möglichkeit, mit einem amtierenden Parteivor-sitzenden zu verschiedenen Themen in den Dialog zu treten. So standen etwa das „neue Grün“ oder die Legali-sierung von Drogen sowie viele andere Themen zur Diskussion.

Hochschule im Dialog mit ... Ingrid Matthäus-Maier

„Erfahrungen aus vier Stationen ihres Lebens: Richterin, Bundestagsabgeordnete, Bankerin, (Un)Ruhestand“

Aus einem bewegten Leben mit vielen Stationen erzählte am 20. November 2014 die ehemalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages Matthäus-Maier.

Sie berichtete unter anderem darüber, dass sie früher täglich 17 km zurücklegen musste, um ins Gymnasium zu gehen, dies aber gut gewesen sei, da man in der Politik Ausdauer brauche. Sie habe ihr ganzes Leben Kampfkandidaturen führen müssen und sei die erste Abgeordnete des Bundestages gewesen, die ihre Kinder während ihrer Mitgliedschaft bekommen habe. Sie glaubt darüber hinaus, dass sie die einzige Abgeordnete ist, die ihr Bundestagsmandat zweimal niedergelegt hat.

Matthäus-Maier erläuterte anhand ihrer Vita verschiedene Meilensteine der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. So erfuhren die Gäste der HS Bund an diesem Abend sehr anschaulich Hintergründe zu beiden deutschen Währungsreformen, zur deutschen Einheit und dem Berlin/Bonn-Gesetz, zu parteipolitischen Entscheidungen und anderen Themen.

Rückblickend stellte Matthäus-Maier fest, dass „die deutsche Einheit ohne Blutvergießen“ ein wunderbares Glück sei und sie persönlich „dankbar ist, die vier Stationen zu durchleben“.

Am Ende des Abends stand sie ebenfalls gerne für einen Dialog zur Verfügung und beantwortete eine Vielzahl von Fragen, wie z. B. die nach den Gründen, warum sie 1998 nicht Bundesfinanzministerin geworden sei.



Matthäus-Maier spricht über „die deutsche Einheit ohne Blutvergießen“

Zentrale Hochschul- verwaltung

Kompetenzen

Claus Hoffmann,
Kanzler der Hochschule des Bundes für öffentliche
Verwaltung

Im Mittelpunkt des Jahres 2014 stand ohne Zweifel die Neufassung der Grundordnung der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (GO-HS Bund) und die damit einhergehende Umbenennung der Hochschule.

Nach 35 Jahren bekam die „FH Bund“ einen neuen Namen. Die Hochschule folgte damit einem Trend vieler deutscher Fachhochschulen und verdeutlichte so ihren festen Platz in der deutschen Hochschullandschaft. Die Umsetzung der Umbenennung war mit einer Vielzahl administrativer Anstrengungen für die Zentrale Hochschulverwaltung und die Verwaltungen der Fachbereiche verbunden. So musste nicht nur die „Werbetrommel gerührt“ werden, es mussten beispielsweise auch Formu-

lare, Publikationsvorlagen, Urkunden und Dokumente abgeändert, Stempel neu beschafft und IT-Verfahren angepasst werden. Aufgrund guter Vorbereitung sind die in Angriff genommenen Bemühungen mittlerweile weitestgehend abgeschlossen. Einige Projekte stehen noch an, die aber im Regelbetrieb umgesetzt werden sollen.

Die Neufassung der Grundordnung beinhaltet allerdings nicht nur die Umbenennung der Hochschule. Mit der Überarbeitung der Grundordnung sind auch einige grundsätzliche Regelungen angepasst worden. So wurden zum Beispiel die Organisation des Zentralen Lehrbereiches und auch die Stellung des Kanzlers verändert. Die mit der Neufassung verbundenen Änderungen zahlreicher anderer hochschulinterner Ordnungen und Satzungen werden nach und nach kontinuierlich umgesetzt.

Die Zentrale Hochschulverwaltung der HS Bund hat mit der Umsetzung dieser Herausforderungen einmal mehr bewiesen, dass sie gut aufgestellt und auch anspruchsvollen Herausforderungen gewachsen ist.

Neben der neuen Grundordnung galt es aber auch, andere Projekte zum Erfolg zu führen. So wurde der Standort Brühl der HS Bund im Juni 2014 für die strategisch angelegte familienbewusste Personalpolitik erneut mit dem Zertifikat „audit familiengerechte hochschule“ ausgezeichnet. Dieser Re-Auditierung ging eine kontinuierliche Verbesserung der Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie voraus.

Im Rahmen der Aktionen „Girls´ Day – Mädchen-Zukunftstag“ und „Boys´ Day – Jungen-Zukunftstag“ erlaubte die Zentrale Hochschulverwaltung der HS Bund

auch im Jahr 2014 wieder insgesamt elf Jugendlichen einen kleinen Einblick in ihr Alltagsgeschäft in Brühl: den Mädchen in die technischen Berufsfelder, den Jungen in einen Arbeitstag in der Zentralbibliothek.

Aber auch bei der Ausstattung der Verwaltung und der Lehre mit IT, sei es Soft- oder Hardware, bei der Berufung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Gewinnung von Nachwuchskräften oder im Bereich des Büro- und Gebäudemanagements galt es, die ein oder andere Hürde zu bewältigen.

Das Jahr 2014 hat wieder einmal gezeigt, dass auch das Alltagsgeschäft in Zeiten stetig steigender Arbeitsdichte bei zunehmend knapperen Ressourcen, aber trotzdem gleichbleibend hohem Qualitätsanspruch schnell zu einer dauerhaften Herausforderung werden kann. Wie schon in den Jahren zuvor, hat die Zentrale Hochschulverwaltung der HS Bund auch im vergangenen Jahr nachdrücklich unter Beweis stellen können, dass sie ein ebenso verlässlicher wie kompetenter Partner und ein Stützpfiler im Hochschulbetrieb ist. Sie trägt wesentlich zum Erfolg dieser Hochschule bei.

Familiengerechte Hochschule

Im August 2013 hat die berufundfamilie gGmbH das Zertifikat "audit familiengerechte hochschule" erneut für weitere drei Jahre bestätigt. Dafür ist die Hochschule des Bundes (HS Bund) am 17. Juni 2014 in Berlin für ihre strategisch angelegte familienbewusste Personalpolitik mit dem Zertifikat zum „audit familiengerechte hochschule“ ausgezeichnet worden. Sie zählt damit zu insgesamt 322 Arbeitgebern, die im Rahmen der Berliner Festveranstaltung das von der berufundfamilie gGmbH – eine Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – erteilte Zertifikat erhielten. Überreicht bekam die HS Bund das Zertifikat von der Parlamentarischen Staats-



sekretärin bei der Bundesfamilienministerin Marks und der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundeswirtschaftsminister Gleicke. Die HS Bund zählt zu den 116 Arbeitgebern und insgesamt 13 Hochschulen, die das „audit berufundfamilie“ bzw. „audit familiengerechte hochschule“ bereits zum zweiten Mal erfolgreich durchlaufen haben.

Mit der Re-Auditierung Optimierung überprüft die HS Bund ihre bereits langjährig bestehenden Angebote zur besseren Vereinbarkeit und baut diese kontinuierlich weiter aus. Ziel ist es, eine tragfähige Balance zwischen Hochschul- und Beschäftigteninteressen sowie Studierendenbelangen zu stärken und Zeitsouveränität, Arbeitszufriedenheit und damit die Arbeitseffizienz aller Beteiligten zu verbessern. Dazu gehört auch, die gegenseitige Rücksichtnahme auf allen Seiten sowie eine Kultur des ‚Gebens und Nehmens‘ zu fördern.

Im Jahr 2014 konnten bereits vereinbarte Maßnahmen aus der Zielvereinbarung umgesetzt werden. So wurde im September ein Workshop mit dem Thema „Führung zwischen Anspruch und Realität – Wie gelingt familienbewusste Führung“ mit allen Führungskräften der HS Bund durchgeführt.

Ziel war es auch hier, sich in Bezug auf herausfordernde/schwierige Führungssituationen auszutauschen, zu verständigen und eine Kultur des Gebens und Nehmens zu verstärken. Die Veranstaltung wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv aufgenommen.

Die Hochschule hat auch im Jahr 2014 wieder bewiesen, dass sie sich neuen Herausforderungen in der Personalpolitik nicht verschließt und freut sich daher auf die Umsetzung weiterer Maßnahmen.



Zentralbibliothek

Durchschnittlich 200 Bibliotheksbesuche täglich – das ist die Bilanz für 2014. Das vielbesprochene „Bibliothekssterben“ – es ist ja alles „im Netz“ zu haben – findet zumindest an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) nicht statt. Informationskompetenz, d. h. Informationen und Lehr-/Lernmaterialien sachgerecht suchen, finden, bewerten und für die eigenen Studienziele nutzen, ist eine Kernkompetenz für Studierende. Die Bibliothek wirkt an der Stärkung dieser Fähigkeit mit, indem sie für Studienanfängerinnen und Studienanfänger, aber auch für die Studierenden der Hauptstudien, die in Brühl durchgeführt werden, Schulungen anbietet. Im Jahr 2014 waren dies rund 100 Veranstaltungsstunden.

Eine besondere Herausforderung war die Schulungsveranstaltung für die Studierenden des Studienganges „Master of Public Administration (MPA)“, dessen Studierendenzahl vierfach höher lag als im Jahr zuvor und die in kurzer Zeit unter Aufbietung aller Personalressourcen organisiert werden musste.

Die Studierenden des neu aufgelegten Fernstudienganges „Verwaltungsmanagement“ wurden nicht nur über die Möglichkeiten informiert, die die Bibliothek am Zentralbereich bietet, sondern bekamen auch Tipps für die Literaturversorgung am Heimat- bzw. Dienstort.

Der Fern- und Masterstudiengang verändern die Bibliotheksarbeit insofern, als der Bibliotheksnutzer nicht mehr als „Selbstbediener“ vor Ort ist, sondern per Post versorgt wird.

Im Sommer erreichte die Auszubildende zur „Fachangestellten für Medien und Informationsdienste (FAMI)“ sehr erfolgreich ihren Abschluss. Sie erhielt den tarifvertraglich vorgesehenen einjährigen Arbeitsvertrag und berufliche „Feuertaufe“, indem sie mehrfach Abwesenheitsvertretungen an verschiedenen Arbeitsplätzen – bisweilen gleichzeitig – übernehmen musste.

Die Neugestaltung des Bibliotheks- und Informationsportals des Bundes machte 2014 große Fortschritte. Im Sommer wurde ein Prototyp vorgestellt. Nun galt es, Testdaten zu liefern, Fragen der Beraterfirma zu beantworten und das Portal einem Usability-Test zu unterziehen. Für Letzteren konnten Dozenten/innen, Studierende und Verwaltungsmitarbeiter/innen gewonnen werden, deren „bibliothekarisch unverbildeter“ Blick auf das neue Angebot wertvolle Hinweise für den Echtbetrieb lieferte.

Sowohl die gestiegenen Besucherzahlen als auch erhöhten Ausleihaktivitäten bezeugen, dass es dem Bibliotheksteam trotz mehrfach prekärer Personalsituation gelungen ist (u. a. durch den verstärkten Einsatz der studentischen Hilfskräfte), die Serviceleistungen für die Bibliotheksnutzer aufrecht zu erhalten.

Der Wissenschaftliche Dienst

Hochschuldidaktische Weiterbildungsveranstaltungen an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Die Lehrenden des Zentralen Lehrbereiches und der Fachbereiche besuchten auch in 2014 wieder häufig und regelmäßig die Seminare und Workshops aus den hochschuldidaktischen Programmen der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund). Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 45 hochschuldidaktische Seminare und Workshops in Kooperation mit dem Netzwerk Hochschuldidaktik NRW angeboten. An den Netzwerkuniversitäten wurden von den Lehrenden der HS Bund besonders häufig Seminare zu den Themen ‚E-Learning‘, ‚Selbststudium fördern‘ und ‚Kompetenzorientiertes Lehren und Lernen‘ besucht. Diese thematische Ausrichtung bei der Wahl von Seminaren spiegelt sich auch in den vielen Projekten wieder, die vom Wissenschaftlichen Dienst im laufenden Lehrbetrieb begleitet und beraten wurden. So befassten sich viele Lehrende beispielsweise mit der Veränderung einzelner Lehrveranstaltungen oder der Verzahnung von Seminaren, mit der Erprobung innovativer Lehrmethoden, dem Einsatz von E-Learning-Tools bis hin zur Implementierung von interdisziplinären Team-Teaching Konzepten.

Neben den Seminaren an Netzwerkuniversitäten fanden in 2014 auch zwölf ein- und zweitägige Veranstaltungen an der HS Bund statt, in denen ebenfalls die Themen E-Learning und kompetenzorientiertes Lehren und Lernen im Vordergrund standen. Darüber hinaus wurden aber auch Seminare zu den Themen ‚Umgang mit Störungen in Lehrveranstaltungen‘, ‚Studiengangsentwicklung‘ und ‚Lehren und Lernen an Hochschulen‘ besonders stark nachgefragt. Vor dem Hintergrund dieser vielen Teilnahmen haben in 2014 insgesamt sechs

Lehrende des Zentralen Lehrbereiches das umfangreiche Basismodulzertifikat des hochschuldidaktischen Zertifikatsprogrammes ‚Professionelle Lehre für die Hochschule‘ absolviert, das die HS Bund in Kooperation mit den Universitäten in NRW anbietet. Zwei Lehrende der HS Bund haben im vergangenen Jahr nicht nur alle Veranstaltungen des Zertifikatsprogrammes absolviert, sondern auch im Rahmen ihrer Teilnahme innovative Lehr- und Lernprojekte konzipiert, durchgeführt und hospitieren lassen, und damit das gesamte Zertifikatsprogramm abgeschlossen. In 2015 werden somit die ersten Lehrenden das Zertifikat über die besondere pädagogische Eignung entsprechend dem Hochschulgesetz NRW erhalten.

Beratung zu Studiengangs- und Curriculumentwicklung an der HS Bund

Neben den hochschuldidaktischen Seminaren und Programmen wurden – auf Anfragen von Studien- und Fachbereichen – über 15 ein- und mehrtägige Beratungsveranstaltungen zu den Themen ‚Studiengangs- und Curriculumentwicklung‘ vom Wissenschaftlichen Dienst angeboten und moderiert. In diesen Bereich fielen unter anderem die inhaltliche Verzahnung von Grundstudium und Hauptstudium, die curriculare Verzahnung von Praxisphasen, die Weiterentwicklung von Auswahlverfahren oder die Vorbereitung künftiger Akkreditierungsverfahren. Diese Aspekte zeigen das hohe Engagement aller Akteure in Lehre, Studien- und Fachbereichen sowie der Hochschule, Innovationen in Studium und Lehre gemeinsam umzusetzen. Im Zentrum der Veranstaltungen standen dabei vor allem die Themen ‚Akkreditierung‘, ‚gemeinsame Qualifikationsrahmen‘ sowie die ‚Verzahnung von Theorie- und Praxissemester im Sinne eines dualen Studiums‘. Insbesondere zu der Frage, wie die Ausbildung der Studierenden im Praxissemester noch

optimaler mit Theoriephasen verzahnt und die Ausbildung in den Praktika hochschuladäquat geprüft werden kann, fanden am Zentralen Lehrbereich der HS Bund und vor Ort an den FB über das ganze Jahr regelmäßig Veranstaltungen für gemeinsamen Austausch und Diskussionen statt.

„Prof.(essionell) in der Lehre“

Hochschuldidaktisches Programm speziell für Neuberufene und neueingestellte Lehrende des Zentralen Lehrbereiches der HS Bund

Zu Beginn des Jahres 2014 wurde die Vereinbarung zur obligatorischen hochschuldidaktischen Weiterbildung von neuberufenen Professorinnen und Professoren und neu eingestellten hauptamtlichen Lehrenden an der HS Bund mit dem Zentralen Lehrbereich und dem FB AIV getroffen. Das Programm ‚Prof.(essionell) in der Lehre‘ wurde ab der zweiten Jahreshälfte von allen Neuberufenen und neueingestellten Lehrenden aufgenommen und soll dann möglichst innerhalb der ersten zwei Jahre nach erfolgter Berufung oder Einstellung absolviert werden. Das Programm besteht dabei aus insgesamt vier Säulen und verzahnt schon bereits frühere obligatorische Elemente, wie beispielsweise das Praxissemester, zu folgender Gesamteinheit:

- Teilnahme an einem obligatorischen Seminar und zwei frei wählbaren hochschuldidaktischen Seminaren
- Mindestens fünf Einzelcoachings mit externen Coaches aus Lehre, Wissenschaft und Forschung
- Durchführung eines sechsmonatigen Praxissemesters
- Prozessbegleitende Erstellung eines Praxisberichtes und Lehrportfolios

Das Neuberufenen Programm „Prof.(essionell) in der Lehre“ ist in der deutschen Hochschullandschaft insofern einmalig, da es das erste Programm für Neuberufene ist, das klassische Coaching-Ansätze ergänzt um obligatorische hochschuldidaktische Seminare sowie ein anwendungsorientiertes Praxissemester und diese Elemente wiederum inhaltlich miteinander verzahnt. Die Einführung des Programms ist auch deshalb in der Hochschullandschaft von zentraler Bedeutung, da es Modellcharakter für andere Hochschulen hat und gleichzeitig die wesentliche Forderung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) nach verpflichtenden Weiterbildungsprogrammen für Neuberufene an Hochschulen umsetzt.

Die ersten Lehrenden des Zentralbereichs haben bereits große Teile des Programms begonnen und belegen darüber hinaus sogar zusätzliche Veranstaltungen und Seminare. Ein besonderer Vorteil für die Lehrenden der HS Bund ist das mit dem hochschuldidaktischen Weiterbildungsprogramm ‚Prof.(essionell) in der Lehre‘ für Neuberufene aber auch mit dem Zertifikatsprogramm ‚Professionelle Lehre für die Hochschule‘ für alle Hochschullehrenden die durch das neue Hochschulzukunftsgesetzes NRW (HZG NRW 09/2014) geforderte pädagogische Eignung für Hochschulen erworben und nachgewiesen werden kann.

„KompAkt“

Hochschulkooperation mit den Universitäten Düsseldorf, Duisburg-Essen und Köln

Im März 2014 startete an der HS Bund das einjährige hochschuldidaktische Professionalisierungsprogramm KompAkt: Kompetenzaufbau für Akteure in Lehre und

Studium, an dem auch zwei Lehrende der HS Bund teilnahmen. Zusammen mit den hochschuldidaktischen Einrichtungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, der Universität Duisburg-Essen und der Universität zu Köln hat die HS Bund erstmals ein hochschuldidaktisches Professionalisierungsprogramm für Führungskräfte in Studium und Lehre konzipiert, die sich speziell auf die Weiterentwicklung von Studiengängen und Curricula sowie auf die Erstellung und Durchführung von bedarfsorientierten hochschuldidaktischen Weiterbildungsveranstaltungen fokussieren wollen. Das sehr umfangreiche Weiterbildungsprogramm besteht aus Präsenzseminaren, Online-Arbeitsphasen und der eigenständigen Umsetzung von Hochschulprojekten und Weiterbildungsveranstaltungen. Die erste dreitägige Veranstaltung des Programmes fand im März an der HS Bund statt und war Auftakt für fünf weitere mehrtägige Veranstaltungen und die Umsetzung einer Vielzahl von Hochschulprojekten. Der Abschluss des Programmes und die offizielle Verleihung der Zertifikate fand im März 2015 ebenfalls an der HS Bund statt. Eine erneute Durchführung des Programmes ist für die zweite Jahreshälfte 2015 geplant, so dass die HS Bund zusammen mit den kooperierenden Universitäten auch in den kommenden Jahren eine führende Rolle in der hochschuldidaktischen Aus- und Weiterbildung für akademische Führungskräfte in Deutschland einnehmen wird. Weitere Informationen über das derzeitige Programm finden Sie auch im Internet.

Support für Studium und Lehre:

Das Literaturverwaltungsprogramm ‚Citavi‘ an der HS Bund

Die Studiengänge der HS Bund sind vielschichtig, interdisziplinär und praxisorientiert. Daher arbeiten die

Studierenden früh im Studium mit einer Menge von Texten, Manuskripten, Mitschriften und vielen weiteren Literaturquellen. Parallel sorgen die Lehrenden der HS Bund immer dafür, den Studierenden die neuesten und informativsten Quellen systematisch zur Verfügung zu stellen und sie so auf ihre künftigen beruflichen Herausforderungen vorzubereiten. Vor diesem Hintergrund hat der Wissenschaftliche Dienst zusammen mit der Zentralbibliothek und Z 2 das professionelle Literaturverwaltungsprogramm ‚Citavi‘ eingeführt. Das Programm ist bereits seit mehreren Jahren das an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsnetzwerken etablierteste Literaturverwaltungsprogramm, dabei sehr übersichtlich und zudem leicht und intuitiv zu bedienen. Mit der Anschaffung des Programmes für alle Lehrende, Studierende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Brühl der HS Bund fördert die Hochschule systematisch die Kompetenzorientierung in Studium und Lehre und unterstützt weiterhin die Prävention von Plagiaten im Studium durch eine einheitliche und wissenschaftlich etablierte Literatur-, Quellen- und Zitationsverwaltung. Mit der Implementierung des Literaturverwaltungsprogrammes wird zudem auch die Organisation von Forschungsvorhaben erleichtert und referatsübergreifende Arbeiten und Projekte unterstützt. Zusätzliche Informationen rund um das Literaturverwaltungsprogramm erhalten Sie online.

Publikationen

Im Jahr 2014 wurden in den Reihen der HS Bund insgesamt sieben Schriften publiziert. In der Schriftenreihe erschien als Band 56 „Hochschultag – Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht am 20. November 2014. Mit

einer Einführung von Direktor Rudolf Junger sowie Thesen zum Festvortrag von Prof. Dr. Udo Steiner herausgegeben von Alfons Josef Ermer. Die Schriften zur Allgemeinen Inneren Verwaltung wurden durch Band 19 „Gesundheitserhaltende Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als ein Element des Betrieblichen Gesundheitsmanagements im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland“ von Judith Neuhaus aktualisiert. Ebenfalls in den Schriften zur Allgemeinen Inneren Verwaltung erschienen als Band 20 „Werkverträge als Instrument zum Lohndumping“ von Sarah Hottenroth und als Band 21 „Europäische Rechtsprechung und deutsches Glücksspielrecht. Die Auswirkung der EuGH-Rechtsprechung auf Rechtssetzung und Rechtsanwendung in Deutschland am Beispiel des Glücksspielrechts“ von Barbara Christiane Meier. Seit 2008 erscheint regelmäßig in den Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“, 2014 in zwei Bänden, herausgegeben von Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber. In den Berichten erschien als Band 39 „Politik-Verfassung-Polizei. Publikationsbericht Nr. 1 aus den Staats- und Gesellschaftswissenschaften des Fachbereichs BPol“ herausgegeben von Prof. Dr. Martin H. W. Möllers und Robert C. van Ooyen.

Servicezentrum und Gebäudemanagement

Das mit Abstand größte Referat der Hochschule des Bundes (HS Bund) am Zentralbereich in Brühl sorgt mit seinen vielfältigen Arbeitsbereichen dafür, dass in den Gebäuden der HS Bund und der BAKöV

- angehende Beamtinnen und Beamte studieren können,
- Beschäftigte des Bundes und der Länder an Seminaren und Tagungen teilnehmen können,
- viele von ihnen auf dem Campus wohnen,
- und schließlich die Dozentinnen und Dozenten, Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter für sie alle im Einsatz sein können.

Tagungen und Seminare

Auch im Jahr 2014 fanden an der HS Bund Seminare, Tagungen und Kongresse mit weit gefächerten Themenbereichen, initiiert von Behörden und anderen Einrichtungen, statt. Als Beispiele folgen nun einige teilnehmer-



starke Veranstaltungen, deren Durchführung, bedingt durch langjährige Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die konsequente Einhaltung von Ablaufplänen, als Erfolg verbucht werden konnten:

- 223 BAKöV-Seminare
- 31 interne Veranstaltungen
- 8 hochschuleigene Seminare (HD)
- 13 Präsenzphasen des MPA-Studienganges
- 17 Auswahlverfahren (mündlich/schriftlich) für den Studiengang MPA
- 17 Tagungen der Bundespolizei
- 19 Tagungen des Bundeskriminalamtes
- 21 Tagungen des Technischen Hilfswerkes
- 55 Tagungen der Bundeswehr
- 8 Tagungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz
- 12 Tagungen des Bundesamtes für Güterverkehr
- 3 Tagungen des Bundesamtes für Immobilienaufgaben
- 21 Veranstaltungen des Bundesverwaltungsamtes
- 2 Veranstaltungen der Brühler Akademie

Weitere Großveranstaltungen fanden in den Räumlichkeiten der HS Bund statt:

- Brühler Gleichstellungstage (ca. 250 Teilnehmende)
- Sommerliches Musikfest (ca. 600 Gäste)
- Vertreterversammlung der Volks- und Raiffeisenbank (ca. 600 Teilnehmende)
- Eine Tagung (Zukunftsforum Islam) der Bundeszentrale für politische Bildung (ca. 100 Teilnehmenden)
- Konzert des Männergesangsvereines Brühl Pingsdorf (ca. 500 Gäste)
- Konzert des Oratorienchors Brühl (ca. 500 Gästen)

Somit wurden ähnlich viele Veranstaltungen wie im Jahr zuvor durchgeführt. Die Zahl der interessierten Veranstalter steigt weiterhin an – ein Zeichen für die außerordentliche Leistung des Referates.

Geschäftsstelle Fortbildung

Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern (BAkÖV) hat als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft Angehörige der Bundesverwaltung praxisnah fortzubilden. Sie wird von einem Beirat fachlich beraten.



Die zentrale ressortübergreifende Fortbildungseinrichtung des Bundes fördert den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Bereichen der Bundesverwaltung. Ziel der Fortbildungsmaßnahmen ist insbesondere, die Politik der Bundesregierung zu unterstützen, die Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung zu erhalten, kontinuierlich zu verbessern sowie die fachliche und soziale Kompetenz der Beschäftigten in der Bundesverwaltung zu erhöhen. Im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft wird die BAkÖV bei der Teilnehmerverwaltung durch die Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle Fortbildung (GeFo) unterstützt. In 2014 wurden von insgesamt 1284 geplanten Veranstaltungen 1236 Seminare durchgeführt; davon fanden 223 Veranstaltungen am Standort Brühl statt.

Um den Reisekostentitel zu entlasten, wurden in diesem Jahr 55 dezentrale Veranstaltungen im Deutschen Patent-

und Markenamt München, Statistischen Bundesamt Wiesbaden und Hauptzollamt Hannover (Leitbehörden) durchgeführt. An diesen Seminaren können nur Bundesbedienstete teilnehmen, deren Dienstsitz sich in unmittelbarer Nähe zu dem jeweiligen Standort befindet. Die Teilnehmerorganisation erfolgt ausschließlich durch diese Leitbehörden; die HS Bund ist hier lediglich für die Seminaerausstattung zuständig.

Im Jahr 2009 hat die BAKöV in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Fortbildung mit der Neugestaltung des interaktiven Fortbildungssystems für die Bundesverwaltung (IFOS BUND) begonnen. Ziel des Redesigns ist die verbesserte Zusammenarbeit zwischen allen am Fortbildungsprozess Beteiligten. Im Berichtsjahr sollte die GeFo verstärkt in die Testphase eingebunden werden. Dies wurde erneut um ein weiteres Jahr verschoben, da der Zeitplan nicht eingehalten werden konnte.

Wohnheimverwaltung

Appartements für Studierende an der Hochschule (Campus)

In 2014 haben insgesamt 913 angehende Beamtinnen und Beamte ihr Studium an der HS Bund begonnen bzw. fortgesetzt. 748 Studierende wünschten eine Unterbringung auf dem Campus. Obwohl sich die Planung als immer schwieriger gestaltet (Renovierungsphasen, unterschiedliche Einstellungstermine der Studierenden, Berücksichtigung der Seminarteilnehmer/innen der BAKöV sowie der Studierenden des Fernstudienganges „Verwaltungsmanagement“ u. a.), konnte die Wohnheimverwaltung die Mietwünsche immer erfüllen und für die Dauer des jeweiligen Studienabschnittes einen Mietvertrag abschließen.

Die zu mietenden Appartements befinden sich in den dem Zentralgebäude der HS Bund angegliederten vier Wohnhäusern. Die Einzelappartements haben eine Größe von ca. 17 qm mit Bad und sind voll möbliert. In renovierungsfreien Zeiten stehen insgesamt 667 Appartements zur Verfügung. Das gesamte Zimmerkontingent umfasst auch 21 Wohnungen, die über jeweils zwei Einzelzimmer, ein Duschbad und einen kleinen Gemeinschaftsraum ohne Küche verfügen. Zusätzlich gibt es in den Wohnhäusern 3 und 4 insgesamt fünf behindertengerecht eingerichtete Appartements sowie vier sogenannte „Mutter- bzw. Vater-und-Kind“-Wohnungen. Diese Wohnungen mit etwa 40 m² verfügen über zwei Zimmer, eine voll ausgestattete Küche und ein Bad.

Zur weiteren Ausstattung gehören ein Computer mit Softwareausstattung und Internetzugang, Zimmertelefon, ein abschließbares Kühlfach in einer der 38 Gemeinschaftsküchen und ein dem Appartement zugeordneter Briefkasten. Antennenanschlüsse für Fernseh- und Rundfunkempfang sind auf den Zimmern vorhanden, entsprechende Endgeräte jedoch nicht. Daneben gibt es diverse Fernsehzimmer und Aufenthaltsräume sowie pro Wohnhaus je zwei Waschräume, die mit Waschmaschinen und mit Trocknern ausgestattet sind.

Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Renovierung und Teilsanierung von Wohnhaus 3

Nach einer einjährigen Umbauphase wurde das komplett renovierte und neu möblierte Wohnhaus 3 im August 2014 pünktlich an die Studierenden übergeben.

Wieder wurde mit der Sanierung aller Versorgungsschächte begonnen und der Brandschutz erneuert. Die

Renovierung der Appartements, der Küchen und Flure schloss sich an. Auch die Möblierung wurde komplett ausgetauscht. Diese ist seit der Erstausstattung des Wohnheims im Jahr 1994 nicht verändert worden, insofern war ein Austausch nach 20 Jahren intensiver Nutzung zwingend geboten. Nach Evaluation des Farb- und Ausstattungskonzeptes von Haus 4, u. a. durch Befragung der Studierenden, wurde die Gestaltung der Appartements noch einmal überarbeitet.

Neue Mutter- bzw. Vater-und-Kind-Wohnungen

Aufgrund der Einrichtung des zweiten Fluchtweges in den Wohnhäusern und der daraus resultierenden Umwandlung der großen Gruppenwohnungen zu Zwei-Personen-Gruppenwohnungen wurden gleichzeitig auch zwei neue und dringend benötigte Mutter- bzw. Vater-und-Kind-Wohnungen in den Wohnhäusern 2 und 3 abgetrennt.

Diese Wohnungen – bestehend aus einer eigenen Küche mit Küchenzeile, einem Duschbad, einem Schlaf- sowie einem kleinen Wohn- und Arbeitszimmer – wurden inzwischen vollständig möbliert und stehen seit Mitte letzten Jahres zur Verfügung. Somit verfügt die HS Bund nun in jedem der 4 Wohnheime über eine ebenerdige Wohnung für Kleinfamilien.

Instandsetzung des Sonnenschutzes auf dem Campus

Zug um Zug werden die nach 20 Jahren z. T. sehr verwitterten Außenjalousien an den Wohnhäusern und am Zentralgebäude gegen Jalousien mit zusätzlicher Wärmedämmung ausgetauscht. Die Ostseite von Wohnhaus 3 wurde bereits vollständig erneuert, im Herbst 2014 folgte die Südseite des Zentralgebäudes.



Mutter- bzw. Vater-Kind-Wohnung



Cafeteria

Erneuerung der Cafeteria-Ausstattung

Auch bei der technischen Ausstattung in der Cafeteria handelte es sich um die Erstausrüstung aus dem Jahr 1994. Trotz regelmäßiger Wartung und der guten Pflege durch die Pächter und hauseigene Handwerker und Techniker mussten die Geräte aufgrund des hohen Alters und der Dauerbelastung dringend ausgetauscht werden. In Zusammenarbeit mit dem aktuellen Pächter wurde die Thekenanlage insgesamt neu strukturiert, um die Arbeitsabläufe zu optimieren und lange Wartezeiten an der Kasse zu vermeiden. Gleichzeitig wurden energiespa-

Cafeteria



rende und den aktuellen Sicherheitsstandards entsprechende Geräte eingebaut. Nach einer Umbauzeit von ca. zwei Monaten konnte im Juni letzten Jahres die neu ausgestattete Cafeteria wieder der Belegschaft, den Studierenden sowie den Gästen zur Verfügung gestellt werden.

Erneuerung der Bestuhlung im Audimax

Das Audimax, der größte Raum in der Hochschule ist neben der fest verbauten Bestuhlung in der Empore mit ca. 430 Stühlen ausgestattet. Nach 20 Jahren des Gebrauchs war der Bezug der Stühle abgenutzt und verschmutzt. Da die Stühle sich durch herausragende Stabilität und auch Qualität auszeichneten, hat man sich aufgrund einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung dazu entschlossen, sie im Sommer 2014 neu aufzupolstern, neu zu beziehen und die Gestelle aufzupolieren.



Audimax

Freizeit- und Sportangebot

Nur ca. zehn Minuten entfernt liegt der Heider Bergsee sowie ein großes zusammenhängendes Waldstück, die Ville. Diese Umgebung lädt zum Joggen und zu Spaziergängen ein. In ca. 20 Minuten ist die Stadtmitte Brühl zu Fuß zu erreichen.

Heider Bergsee



Sportplatz





Kegelbahn

Außerhalb der Lehrveranstaltungen können und sollen die Studierenden die Sportstätten der Hochschule nutzen. Hier haben sie nicht nur verschiedene Angebote in der großen Sporthalle, sie haben auch die Möglichkeit, auf zwei Plätzen mit Allwetterbelag Tennis zu spielen. Daneben gibt es einen Rasensportplatz sowie zwei Leichtathletikanlagen.

In den Wohnhäusern selbst stehen den Studierenden darüber hinaus Kraft- und Fitnessräume zur Verfügung. Auch die Kegelbahn, die gegen eine geringe Gebühr genutzt werden kann, erfreut sich großer Beliebtheit.

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sich kostenlos Fahrräder auszuleihen.

Interessenvertretung

Schwerbehindertenvertretung

Am 5. November 2014 fanden die Neuwahlen zur Schwerbehindertenvertretung statt. Gewählt wurden Herr Bories als Vertrauensperson, Frau Kauer als erste Stellvertreterin und Frau Heidolf als zweite Stellvertreterin.

Teilnahme an Auswahlverfahren und Prüfungen

Die zweite Stellvertretung wurde für notwendig erachtet, um angesichts der gestiegenen Anzahl von Verfahren für die Auswahl Studierender eine Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung garantieren zu können. Das gestiegene Interesse für ein mögliches Studium an der Hochschule des Bundes wurde auch in der Menge der eingehenden E-Mails deutlich, die im Vorfeld des Auswahlverfahrens von der Schwerbehindertenvertretung beantwortet werden mussten.

Vertrauenspersonen
Kauer, Heidolf, Bories (v. l.)





Marketing

Die Marketing-Aktivitäten des Referates H am Zentralbereich der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) richteten sich an der Marketingkonzeption 2014/2015 aus: den Bekanntheitsgrad der Hochschule zu steigern und die Nachwuchsgewinnung zu unterstützen, waren und sind unveränderte Ziele. Entsprechende zielgruppengerechte Maßnahmen, die die Vorzüge eines Studiums an der HS Bund darstellen, standen auch in diesem Jahr im Fokus.

Aus der Vielzahl der angebotenen Maßnahmen konnten einige aus dem Bereich des Online- und Offline-Marketings umgesetzt und damit der „crossmediale“ Ansatz fortgesetzt werden. Präsentation und persönlicher Kontakt standen im Vordergrund, so wurden auch im Jahr 2014 die vielfältigen Studienangebote an ausgewählten Veranstaltungen im Bundesgebiet vorgestellt.

Die Messe „Einstieg Köln“ (7. und 8. Februar 2014) war als wichtige Messe im Rheinland wiederum eine geeignete Plattform, um zahlreiche Interessierte (Schülerinnen und

Schüler sowie Multiplikatoren) über Studium, Zugangsvoraussetzungen und berufliche Perspektiven zu informieren.

Daneben zeigten auch kleinere, regionale Veranstaltungen, wie groß das Interesse an den dualen Studiengängen und der beruflichen Perspektive im Bundesdienst ist: Der Informationstag „Öffentlicher Dienst“ am 28. Juni 2014 in Münster, veranstaltet durch die Agentur für Arbeit, und auch die Messe „CoeMBO“ am 15. November 2014 in Coesfeld, die auf eine kommunale Initiative zurückgeht, waren geprägt von zahlreichen, intensiven Gesprächen mit Interessierten.

Positiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung und dem Bundesnachrichtendienst: In gemeinsam genutzten Messepräsenzen konnten Synergieeffekte genutzt und jede noch so detaillierte Frage beantwortet werden.

Impressionen von der „Einstieg Köln“



Anlagen

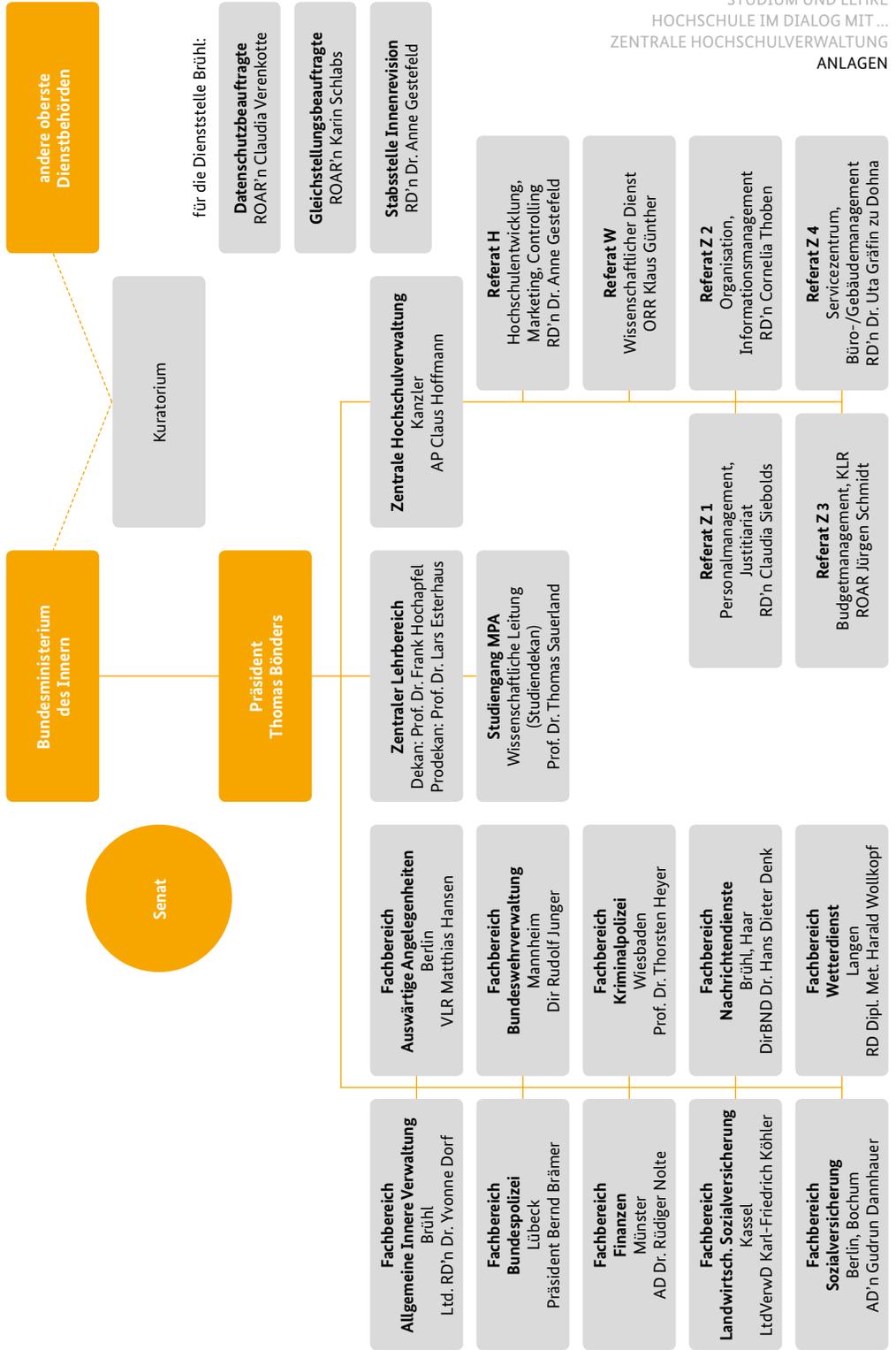
Daten und Zahlen der Hochschule
des Bundes für öffentliche Verwaltung

Studierendenstatistik

Eckdaten

Entwicklungen

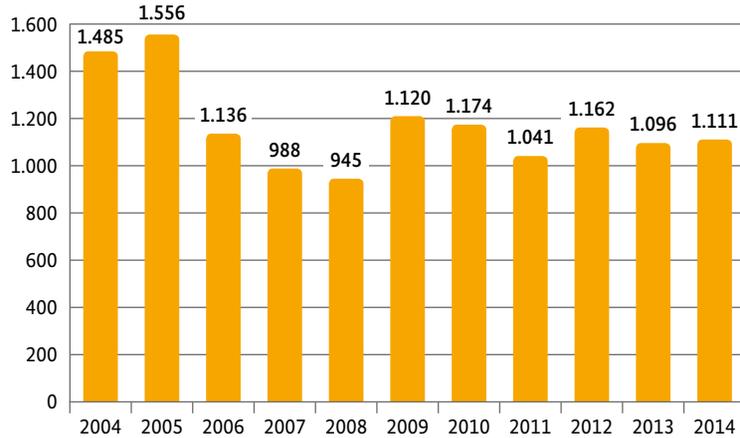
Organisation der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und ihrer Aufsicht



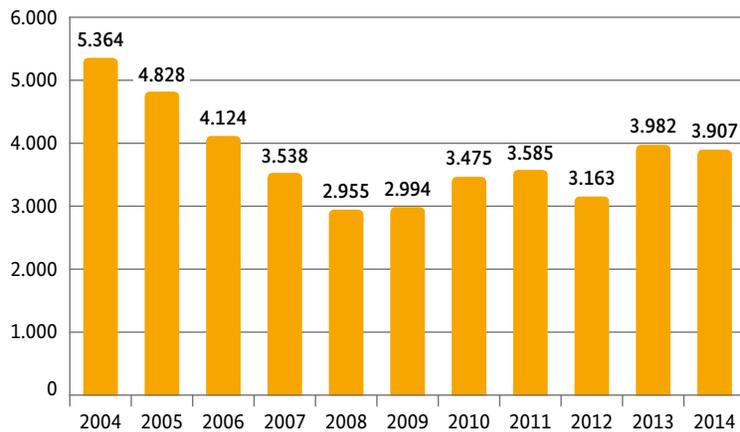
STEUERUNG DER HOCHSCHULE
SENAT
STUDIUM UND LEHRE
HOCHSCHULE IM DIALOG MIT ...
ZENTRALE HOCHSCHULVERWALTUNG
ANLAGEN

Studierendenstatistik

Entwicklung der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zwischen 2004 und 2014

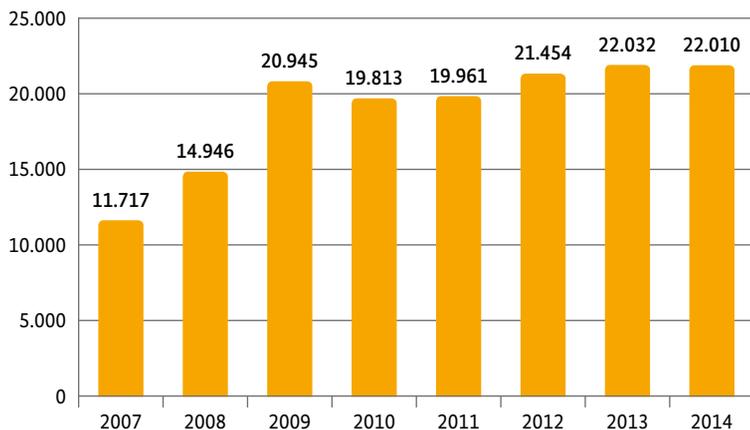


Entwicklung der Studierenden an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung zwischen 2004 und 2014

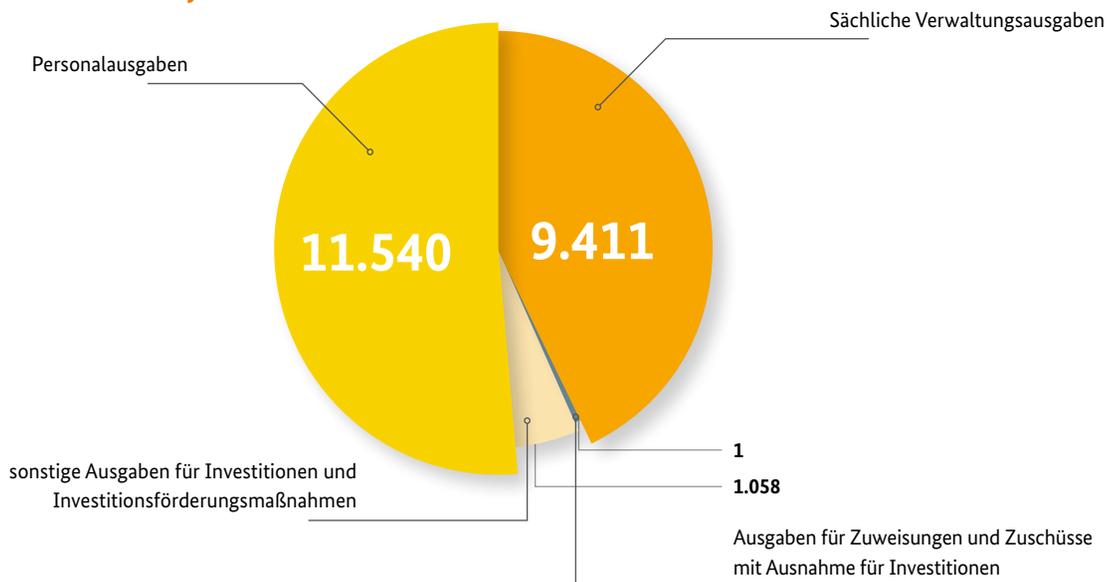


Eckdaten aus dem Haushalt

Entwicklung des Gesamthaushaltes der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung 2007–2014 in TEUR



Haushaltsjahr 2014 in TEUR



Wissenschaftliche Veröffentlichungen

Die Angaben in diesem Verzeichnis wurden von der Autorin oder dem Autor selbstständig verfasst, für die Richtigkeit der Angaben sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Dr. Günter Schmidt

Grundzüge des Datenschutzes in der Bundesverwaltung
HS Bund, Seiten: 51
MPA

Recht des öffentlichen Dienstes I 1 – Eine Einführung in das für den öffentlichen Dienst des Bundes gemeinsam geltende Recht
HS Bund, Seiten: 16
Fachbereich AIV

Europarecht I – Europäische Rechtsordnung, Europäische Grundrechte und Individualrechte
HS Bund, Seiten: 69
Fachbereich AIV

Rechtliche Integration in der Europäischen Union
HWR/Berlin, Seiten: 400

Evaluating Administrative Studies – A Way to Promote Good Administration?
in: Paper presented at the IASIA Annual Conference – Port Elizabeth ZA, Knowledge Portal VCU Virginia Commonwealth University Richmond Va USA, Seiten: 11

ORR Dr. jur. Alexander Block**Arbeitsrecht**

in: Studienbrief Grundstudium, Brühl, FH Bund,

Seiten: 125

ISBN Bibliothek Brühl QUW 168

Schuldrecht Allgemeiner Teil

in: Studienbrief Hauptstudium AIV, Brühl, FH Bund,

Seiten: 165

ISBN Bibliothek Brühl QNY 362

Schuldrecht Besonderer Teil – Kaufrecht

in: Studienbrief Hauptstudium AIV, Brühl, FH Bund,

Seiten: 76

ISBN Bibliothek Brühl QNY 361

Sachenrecht – Grundzüge

in: Studienbrief MPA, Brühl, FH Bund, Seiten: 71

ISBN Bibliothek Brühl DHG 77-17,3+2

RD Dr. Raimund Brühl**Verwaltungsrecht für die Fallbearbeitung. Anleitungen zum Erwerb prüfungs- und praxisrelevanter Kenntnisse und Fertigkeiten. 8., erweiterte und überarbeitete Aufl. 2014**

Kohlhammer. Deutscher Gemeindeverlag,

Seiten: XXII + 322

ISBN print: 9783555016634 e-book: 9783555016641

Studienunterlagen für den Fernstudiengang Verwaltungsmanagement, Modul 7

in: Lernplattform ILIAS, Seiten: 123

**Einführung in die juristische Denk- und Arbeitsweise.
11. Aufl. 2014**

BaköV Werkpapier, Seiten: 37

**Fernstudium Verwaltungsfachwirt/in: Lehrbriefe 7-1
bis 7.5 – Allgemeines Verwaltungsrecht. Vollständig
überarbeitete Neufassung 2014**

GIBT Colleg e.V. Berlin, Seiten: 412

**Fernstudium Verwaltungsfachwirt/in: Lehrbrief 8-1 –
Polizei- und Ordnungsrecht. Vollständig überarbeitete
Neufassung 2014**

GIBT Colleg e.V. Berlin, Seiten: 56

Fachbereich Bundespolizei

PD Christian Mainzinger

**„Theoretical Foundations of Efficiently Organizing
Production Processes: Using the Example of Combining
Organizational Forms of Component Manufacture and
Internal Transport“**

in: Journal of Industrial Engineering, Article ID 513190
(2014), Hindawi Publishing Cooperation, Seiten: 27

POR Thorsten Rapp

**Grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung der
Bundespolizei**

in: Bundespolizei-Lehrbuch, Richard Boorberg Verlag
GmbH & Co KG, Seiten: 30

ISBN 978-3-415-03485-3

**Grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung im
Rahmen des europäischen Integrationsprozesses**

in: Deutsches Polizeiblatt, Richard Boorberg Verlag

GmbH & Co KG, Seiten: 3

ISSN 0175-4815

**Umsetzung des europäischen integrierten Grenz-
managements**

in: Deutsches Polizeiblatt, Richard Boorberg Verlag

GmbH & Co KG, Seiten: 5

ISSN 0175-4815

PR Gerhardt Weitkunat

**Keiner Führt So – Die Alltagsillusion der Kooperativen
Führung**

in: Schriftenreihe der DHPOL, DHPOL Hochschulbiblio-
thek, Seiten: 30

ISBN 978-3-9814192-8-3

**Grenzpolizei mit globalisiertem Lagebild – Ursächliche
Strategien gegen irreguläre Migration**

in: Polizieren: Polizei, Wissenschaft und Gesellschaft

Band 7, Verlag für Polizeiwissenschaft, Seiten: 28

ISBN 978-3-86676-389-0

Prof. Dr. Ralf Röger

Die präventive Nutzung des Zwangsmittels „Zwangsgeld“ sowie die Möglichkeiten repressiver Ahndung von EBO-Verstößen durch Bußgeld im Zusammenhang mit Castor-Lagen

in: Verwaltungsarchiv 2014, Heft 4, S. 532 ff.,

Carl Heymanns Verlag, Seiten: 20

ISSN 0042-4501

Prof. Dr. Tilmann Schott-Mehring**Das „Berlusconi-Visum“ – Asyltransfer aus Italien**

in: Kriminalistik, Hühig Jehle Rehm, S. 88–93

ISBN 0023-4699

Das Einschleusen Asylsuchender über Griechenland

in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik,
Nomos, S. 142–147

ISBN 0721-5746

Illegaler Aufenthalt, Visa-Erschleichung und Menschenhandel – Aktuelle Trends in der Migrationspolitik der Europäischen Union

in: Baier/Mößle, Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft, Nomos, S. 579–592

ISBN 978-3-8487-1134-T

RD Martin Kastner**Gesetzessammlung für die Bundespolizei**

in: Lübecker Medien Verlag, KSV, Seiten: 1.988

ISBN 978-3-8293-1099-4

ORR Dr. Robert Chr. van Ooyen**Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa, 5. Aufl.,**

Nomos, Baden-Baden, Seiten: 323

ISBN 978-3-8487-1069-0

**Integration. Die antidemokratische Staatstheorie von
Rudolf Smend im politischen System der Bundesrepublik**

Springer VS, Wiesbaden, Seiten: 121

ISBN 978-3-658-03661-4

**Polizei und politisches System in der Bundesrepublik,
3. Aufl.**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M., Seiten: 177

ISBN 978-3-86676-365-4

**Internationale Strafgerichtsbarkeit, Völkerstrafrecht
und Politische Justiz**

Verlag für Verwaltungswissenschaft, Frankfurt a.M.,
Seiten: 105

ISSN 978-3-942731-37-9

**Rechts- und Verfassungspolitologie bei Ernst Fraenkel
und Otto Kirchheimer**

Verlag für Verwaltungswissenschaft, Frankfurt a.M.

ISBN 978-3-942731-38-6

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/15

Verlag für Polizeiwissenschaft, Seiten: ca. 800

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

RD'in Christine Dechmann

Der praktische Fall zum Beamtenrecht: Die Feuerwehr
in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 155–160,
6 Seiten

ISSN 0042-0611

Prof. Dr. mult. Kurt Guss**Ein Strauß von Neurosen****Auffällige Menschen und Mitarbeiter V: Der dritte Streifzug**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 53–60, 8 Seiten

ISSN 0042-0611

Der Tod des Domänenrates**Auffällige Menschen und Mitarbeiter VI: Allgemeine Psychopathologie, Teil 1**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 312–319, 8 Seiten

ISSN 0042-0611

Der verzweifelte Stabschef**Auffällige Menschen und Mitarbeiter VII: Allgemeine Psychopathologie, Teil 2**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 370–378, 9 Seiten

ISSN 0042-0611

Психические заболевания (Psychische Erkrankungen) – Psichičeskie Rasstrojstva – Diagnostika, Klassifikacija, Terapija (Psychische Störungen -Diagnose, Klassifikation, Therapie),

in: Kostroma, Duisburg 2014, Kostroma, Duisburg

Психические заболевания (Psychische Erkrankungen) – Psichičeskie Otklonenija – Krasočnyj mir psihopatologii (Psychische Auffälligkeiten – Die bunte Welt der Psychopathologie)

in: Kostroma, Duisburg 2014, Kostroma, Duisburg

**Психические заболевания (Psychische Erkrankungen) -
Kartiny psichičeskich zabolevanij na primerach iz
ruskoj klasičeskoj literatury (Psychische Krankheits-
bilder an Beispielen aus der klassischen russischen
Literatur)**

in: Kostroma, Duisburg 2014, Kostroma, Duisburg

Prof. Dr. Karl Heinz Hausner

**Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte: Kosten der
Arbeitslosigkeit nochmals gesunken**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 105–114, 10 Seiten
ISSN 0042-0611

**Schuldenregeln als Alleskönner? Erfahrungen nach zehn
Jahren in der Schweiz und vier Jahren in Deutschland**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 225–233,
9 Seiten
ISSN 0042-0611

**Horizontale und vertikale Gehaltsunterschiede im
öffentlichen Dienst**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fach-
hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Seiten: 29–36, 8 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

**Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte: Kosten der
Arbeitslosigkeit nochmals gesunken**

in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung:
IAB-Kurzbericht Nr. 2/2014, W. Bertelsmann Verlag
GmbH & Co. KG, 12 Seiten
ISSN 0942-167X

Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und öffentlichen Finanzen

in: Studienwerk der Bankakademie, Bd. Volkswirtschaft, Teil 3, Aktuelle Information, Bankakademie Verlag GmbH, 6 Seiten

Schuldenregel als Alleskönner?

in: Held, Martin u.a.: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik: Unsere Institutionen in Zeiten der Krise, Jahrbuch 13 (2014), Metropolis Verlag, 20 Seiten

ISBN 978-3-7316-1058-8

Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 in Deutschland

in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): Aktuelle Daten und Indikatoren, Dezember 2014, 7 Seiten

Online-Lehrmodul mit Studienbriefen „Volkswirtschaftslehre I“ und „Volkswirtschaftslehre II“

in: <http://lernplattform.bund.de/ilias>, 43 Seiten (VWL I), 58 Seiten (VWL II)

Prof'in Dr. jur. Svenja Karb**Interdisziplinäres Lernen – ein Erfahrungsbericht**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 276–279, 4 Seiten

ISSN 0042-0611

Prof. Dr. Rolf Manz**Zur Philosophie des Arbeitsschutzgesetzes – am Beispiel
Umgang mit Stress am Arbeitsplatz**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 65–76,
12 Seiten

ISBN 978-3-938407-66-0

**Prävention, Behandlung und Rehabilitation bei unfall-
bedingten Traumatisierungen – Auf dem Weg zu
integrativen Konzepten der Unfallversicherungsträger**

in: Eigenstetter, M., Kunz, T., Portuné, R & Trimpop, R.
Workshop Psychologie der Arbeitssicherheit – Psychologie der gesunden Arbeit, Ansanger, Kröning, S. 348–350,
3 Seiten

ISBN 978-3-893344-587-8

Angst und Aggression

in: Windemuth, D., Jung, D. & Petermann, O., Praxishandbuch psychischer Belastungen im Beruf. Vorbeugen, erkennen, handeln, Gentner, Stuttgart, S. 353–366,
14 Seiten

ISBN 978-3-89869-385-1

Burnout

in: Windemuth, D., Jung, D. & Petermann, O., Praxishandbuch psychischer Belastungen im Beruf. Vorbeugen, erkennen, handeln, Gentner, Stuttgart, S. 376–385,
10 Seiten

ISBN 978-3-89869-385-1

Methoden und Statistik. Scriptum zum Wahlfach Methoden der empirischen Sozialforschung und Statistik

in: <http://lernplattform.bund.de/ilias>, 71 Seiten

Prof. Dr. Hans-Peter Schwöbel**Kritik ist ein Geschenk**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 64, 1 Seite
ISSN 0042-0611

Die Fähigkeit zu trauern

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 287–288, 2 Seite
ISSN 0042-0611

Prof'in Dr. jur. Michaela Wittinger**Die Europäisierung des Verwaltungsverfahrensrechts**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 321–326, 6 Seiten
ISSN 0042-0611

Datenschutz durch das Grundgesetz und im Recht der Europäischen Union

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 105–111, 7 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

Einleitung und §§ 9-10 Verwaltungsverfahrensgesetz

in: Obermayer/Funke-Kaiser, Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz, Luchterhand Verlag, S. 1–43 und 281–345, 107 Seiten
ISBN 978-3-452-08573-7

RD Alfons Ermer**Vorwort des Herausgebers zur Festschrift und zum
Hochschultag am 20. November 2014**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 5–6,
2 Seiten,
ISBN 978-3-938407-66-0

**Das Recht auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle
nach deutschem und internationalem Recht verglichen
mit vertraglichen Rechten afghanischer zivilen
Mitarbeiter**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 13–28,
16 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

**Hochschultag Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht
am 20. November 2014**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 1–117,
117 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

RR'in Kerstin Gulla**Interdisziplinäres Lehren und Lernen – ein Erfahrungsbericht**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 276–279, 4 Seiten
ISSN 0042-0611

ROAR Michael Heinrich**Euro-Rettung gerettet?**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 257–261,
5 Seiten
ISSN 0042-0611

**Die Europäische Arbeitslosenversicherung – Vision
oder Alptraum**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhoch-
schule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 38–44,
7 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

ROAR Dennis Holstein**Beamtenversorgungsrecht – Schritt für Schritt zum
Ruhegehalt**

Eigen – Verlag, 128 Seiten

ROAR a.D. Horst Hopf**Korruption – Ein weltweites Phänomen – Das geht auch
Sie an! Teil 2**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 79–91,
13 Seiten
ISSN 0042-0611

**Korruption – Ein weltweites Phänomen – Das geht auch
Sie an! Teil 3**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 114–124,
11 Seiten
ISSN 0042-0611

ROAR Carl Huelgas**Einführung in die Tabellenkalkulation**

Eigenverlag, 79 Seiten

**Informationssysteme – Konzeption, Entwicklung und
Verwendung**

Eigenverlag, 90 Seiten

Methoden und Statistik – Methoden

Eigenverlag, 47 Seiten

Methoden und Statistik – Statistik

Eigenverlag, 33 Seiten

ORR a. D. Peter Linde**Der Anspruch auf Krankenbezüge Teil 3**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 1–7,
7 Seiten

ISSN 0042-0611

RI Lukas Moser**Aufgabenstellung im Rahmen des sonstigen schriftlichen
Leistungsnachweises im 62. Hauptstudium III am
31.01.2013**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhoch-
schule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 77–81,
5 Seiten

ISBN 978-3-938407-66-0

RI'in Mounira Nieschulz**Wie „hoch“ ist unser Wohlstand? Teil 3**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 11–24, 14 Seiten
ISSN 0042-0611

RD a. D. Wolfhart Schulz**Reisekosten im öffentlichen Dienst**

Kommentar in Meyer/Fricke, R.v.Decker Verlagsgruppe
Heidelberg
ISBN 978-3-7685-2577-0

Umzugskosten im öffentlichen Dienst

Kommentar in Meyer/Fricke, R.v.Decker Verlagsgruppe
Heidelberg
ISBN 978-3-7685-4577-8

ROI Sebastian Senftleben**Rechtliche Grundlagen und Bekämpfung der Schwarz-
arbeit durch die Zollverwaltung**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhoch-
schule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
S. 83–94, 12 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

RD Klaus-Michael Spieß**Die Vereinten Nationen, die NATO und die EU als Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne von Artikel 24 Absatz 2 Grundgesetz Teil 3**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 38–47, 10 Seiten
ISSN 0042-0611

RD Stephan Stein**Der praktische Fall zum Beamtenrecht: Die Feuerwehr**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 155–160, 6 Seiten
ISSN 0042-0611

RI Stefan van Ophuysen**Vor- und Nachteile direkter Demokratie Teil 1**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 289–300, 12 Seiten
ISSN 0042-0611

Vor- und Nachteile direkter Demokratie Teil 2

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 337–347, 11 Seiten
ISSN 0042-0611

Vor- und Nachteile direkter Demokratie Teil 3

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 358–364,
7 Seiten
ISSN 0042-0611

RD'in Susanne Wasmus**Das sogenannte „Monatsgespräch“ gem. § 66 Abs. 1
Bundespersönlichkeitsgesetz (BPersVG)**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhoch-
schule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 95–104,
10 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

RD'in Dr. jur. Beatrix Jansen**Der praktische Klausurfall: Pornos vom Dienst-PC?**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg, S. 24–31,
8 Seiten
ISSN 0042-0611

**Der praktische Klausurfall: Beschaffung per Signatur-
karte – nein, danke?**

in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
(UBWV), R.v.Decker Verlagsgruppe Heidelberg,
S. 283–286, 8 Seiten
ISSN 0042-0611

**Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes
durch Einführung von Langzeitkonten?**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhoch-
schule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 46–51,
6 Seiten
ISBN 978-3-938407-66-0

Direktor Rudolf Junger**Einführung des Fachbereichsleiters/Dekans zum
Hochschultag am 20. Nov. 2014**

in Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,

Seiten: 7–10, 4 Seiten

ISBN 978-3-938407-66-0

RAR André Kühl**Dei et hominis labor – Gott und die menschliche Arbeit**

in: Schriftenreihe 56 Brühl 2014, Eigenverlag: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 53–63,

11 Seiten

ISBN 978-3-938407-66-0

**Stärkung der losweisen Vergabe und Entkopplung der
Fachlosvergabe vom Gebot der Mittelstandsförderung**

in: Deutsches Vergabernetzwerk, Deutsches Vergabernetzwerk UG, Berlin, 3 Seiten

**Mittelwerte sind keine geeignete Aufgreifschwelle zur
Angemessenheitsprüfung bei Preisen**

in: Deutsches Vergabernetzwerk, Deutsches Vergabernetzwerk UG, Berlin, 2 Seiten

Plädoyer für eine aktive Anwendung und Weiterentwicklung des § 97 IV 2 GWB

in: Deutsches Vergabernetzwerk, Deutsches Vergabernetzwerk UG, Berlin, 4 Seiten

Aufsatz zu den curricularen Lehrinhalten der Beschaffung im Hauptstudium I (als Skript)

in: FHB - FB BWV, Eigenverlag, Cuxhaven/Mannheim, 9 Seiten

Eckpunktepapiere für neue Beschaffungsrichtlinien im Organisationsbereich Personal – Bundeswehr

in: BMVg - P I 2, UniBw HH, BAIUDBw DL I 2, Eigenverlag, Cuxhaven/Mannheim, 12 Seiten

Das wirtschaftlichste Angebot im Vergabeverfahren aus Sicht der Naturkapitaltheorie

in: Deutsches Vergabernetzwerk, Deutsches Vergabernetzwerk UG, Berlin, 3 Seiten

ROAR Peter Heid

Trennungsgeldrecht

in: Handbuch 15. Auflage 2014, Selbstverlag Laudenschlager

Fachbereich Finanzen

RR'in Annegret Focke

Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Zollbehörde, Notwendigkeit eines der Klage vorhergehenden Verwaltungsrechtsbehelfs?

in: Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern, Stollfuß Medien, Seiten: 326–332

Prof Dr. Dr. Lothar Gellert

Einreihung eines Uhrenradios mit verschiedenen Funktionen

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 3

Erlass, Erstattung und Absehen von der Nacherhebung unter dem Unions-Zollkodex

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 3

Sondennahrung als Arzneiware

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 3

Handbuch des Europäischen Strafrechts (Teil-Beitrag)

Beck-Verlag, Seiten: 15

ISBN 978-3-8487-0059-2

**EuGH verurteilt wiederholt Mitgliedstaat wegen
Verwaltungsfehlern im Zollbereich**

in: AW-Prax, Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 4

**Entry Summary Declaration in the Context of Risk
Management**

in: Customs Policy – Economics, Law and Practice,
Seiten: 10

ISBN 978-83-934205-6-8

Zolltarifrecht Aufbauschemata

Mendel-Verlag

ISBN 978-3-943011-16-6

Was bringt uns der neue Unionszollkodex

in: ZTW aktuelle, Kitzler-Verlag, Seiten: 4

RD Dirk Jansen**Verbrauchsteuerrecht**

in: Praxishandbuch Transport (Ovie/Berger/Harnischma-
cher), Bundesanzeiger Verlag Köln, Seiten: 22

ISBN 978-3-8462-0081-0

Kommentierung von § 56 und § 59 EnergieStG

in: 8.EL zum Kommentar zum Energiesteuerrecht,
Bongartz/Jatzke/Schröer-Schallenberg, Franz Vahlen
GmbH, Seiten: 30

ISBN 978-3-8006-4627-2

ZAM Hendrick Kohl

Auskunftspflicht der Arbeitsagenturen gegenüber der Finanzkontrolle Schwarzarbeit im laufenden Gerichtsverfahren?

in: BDZ -Magazin Fachteil, 7-8 und 9, dbb Verlag GmbH, Seiten: 5

RD'in Andrea Middendorp

Kommentierung § 27 EnergieStG

in: Bongartz/Jatzke/Schröer-Schallenberg, EnergieStG, StromStG, Vahlen, Seiten: 20

ISBN 9783 800 645244

Prof. Dr. Malte L. Peters

Reichweitensteuerung für ein dynamisches Losgrößenmodell der Rückführungslogistik mit lebenszyklusorientierten Produktrückführungsfunktionen.

in: Mieke C. (Hrsg.): Logistikorientiertes Produktionsmanagement, Logos Verlag, Berlin, Seiten: 165–202

ISBN 978-3832538071

Die Eignung ökologisch ausgerichteter Strategien für kleine und mittelgroße Unternehmen.

in: Meyer, J.-A. (Hrsg.): Energie und Umweltmanagement in kleinen und mittleren Unternehmen, Josef Eul Verlag, Lohmar – Köln, Seiten: 217–241

ISBN 978-3844103571

ZAR Ulf Recktenwald**Hilfe, der Prüfer kommt**

in: Bundesanzeiger Verlag, Bundesanzeiger Verlag,

Seiten: ca. 80

ISBN 978-3-89817-520-3

Praxis der Exportkontrolle

in: Bundesanzeiger Verlag, Bundesanzeiger Verlag,

Seiten: 21

ISBN 978-3-89817-809-9

Praxishandbuch Export- und Zollmanagement

in: Bundesanzeiger Verlag, Bundesanzeiger Verlag,

Seiten: ca. 30

ISBN 978-3-89817-582-1

Prof'in Dr. Sandra Rinnert**Die neue Customs-IP-Enforcement Verordnung**

in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Beck,

Seiten: 7

Bekämpfung der Produktpiraterie

in: Praxishandbuch Export- und Zollmanagement,

Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 58

Die Bekämpfung der Produktpiraterie

in: Praxishandbuch Internationaler Know-How Schutz,

Bundesanzeiger-Verlag, Seiten: 58

Prof. Dr. Sabine Schröder-Schallenberg

Urteilsanmerkung BVerfG – Weinfonds – Verfassungsmäßigkeit der Abgabe für den Deutschen Weinfond

in: ZLR 2014 (Heft 6), dfV Mediengruppe, Seiten: 672–733
ISSN 0342-3478

Thermische Abfall- und Abluftbehandlung nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 EnergieStG

in: ZfZ 2014, Stollfuss Verlag, Seiten: 202–208
ISSN 0342-3484

Kommentierung §§ 31 - 44 EnergieStG;

in: Kommentar EnergieStG, StromStG (Bongartz/Jatzke/Schröder-Schallenberg), Verlag Vahlen München
ISBN 3800638567

FG Hamburg Kernbrennstoffsteuer, Vorabentscheidungsersuchen, Urteilsanmerkung

in: EnWZ, C.H.Beck, Seiten: 239–240
ISSN 2195-2841

Aktuelle Fragen zum Verbrauchsteuerrecht

in: 20 Jahre Binnenmarkt, Tagungsband, Mendel Verlag Witten, Seiten: 55–68
ISBN 9783943011

RR'in Dr. Katrin Will

Risikoidentifikation im Rahmen des Managements kommunaler Risiken

Verlag Dr. Kovač, Seiten: 331
ISSN 1435-6236

Prof. Dr. Peter Witte**Witte/Henke/Kammerzell, Der Unionszollkodex (UZK)****Neufassung des Modernisierten Zollkodex**

Bundesanzeiger, Seiten: 278

ISBN 978-3-8462-0169-5

**Witte, Peter/Witte, Karina, Lizenzgebühren beim
Zollwert**

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 319,

Bundesanzeiger, Seiten: 4

ISSN 0947-3017

AEO-Dienstvorschrift 2014

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 315,

Bundesanzeiger, Seiten: 4

ISSN 0947-3017

**Zollschuldrechtliche Erlöschenstatbestände nach dem
Unionszollkodex**

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 229,

Bundesanzeiger, Seiten: 4

ISSN 0947-3017

Zollschuld versus Sanktionen

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 197,

Bundesanzeiger, Seiten: 1

ISSN 0947-3017

Schmuggel von Zigaretten in Privatfahrzeugen

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 80,

Bundesanzeiger, Seiten: 2

ISSN 0947-3017

Versand ohne Ware

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 55,
Bundesanzeiger, Seiten: 3
ISSN 0947-3017

Zollschuldner bei Art. 203

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 58,
Bundesanzeiger, Seiten: 2
ISSN 0947-3017

Erhalt einer zollrechtlichen Bestimmung

in: Außenwirtschaftliche Praxis (AW-Prax) 2014, S. 23,
Bundesanzeiger, Seiten: 3
ISBN 978-3-89817-749-8

Zollrecht

in: Makowicz/Wolffgang (Hrsg.), Rechtsmanagement im
Unternehmen, 3-70, Bundesanzeiger, Seiten: 32
ISBN 978-3-89817-749-8

Der Unionszollkodex (Aktualisierung)

in: Witte (Hrsg.), Praxishandbuch Zoll- und Export-
management, Teil 1 M, Bundesanzeiger, Seiten: 16
ISBN 978-3-89817-582-1

Outsourcing im Zollrecht (Aktualisierung)

in: Witte (Hrsg.), Praxishandbuch Zoll- und Export-
management, Teil 1 L, Bundesanzeiger, Seiten: 47
ISBN 978-3-89817-582-1

Einführung in die Zollverfahren (Aktualisierung)

in: Witte (Hrsg.), Praxishandbuch Zoll- und Exportmanagement, Teil 3 A 1, Bundesanzeiger, Seiten: 28
ISBN 978-3-89817-582-1

Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (Aktualisierung)

in: Witte (Hrsg.), Praxishandbuch Zoll- und Exportmanagement, Teil 3 A-E, Bundesanzeiger, Seiten: 142
ISBN 978-3-89817-582-1

Zollrechtliche Begriffe

in: Kompaktlexikon Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung
978-3-658-03022-3, Springer Gabler
ISBN 978-3-658-03022-3

Fachbereich Kriminalpolizei**RR Guntram Scheer****Deutsche Opfer des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung. Eine viktimologische Betrachtung.**

in: Kriminalistik, Jg. 69, Heft 1/2015, Verlagsgruppe
Hüthig Jehle Rehm GmbH, Seiten: 17-25

ORR'in Friederike Rauschenberger**Die rechtliche Bewertung der Arzneimittelkriminalität**

Prof. Dr. Sigmund Martin

Terroristisch motivierte Propaganda als Cybercrime – Zur Strafbarkeit von Internetkriminalität im Zusammenhang mit Propaganda- und Organisationsdelikten in der neueren deutschen Rechtsprechung

Strafrechtliche Verantwortlichkeit des agent provocateurs, Verdeckten Ermittlers, der V-Person und des Informanten wegen ihrer Tätigkeiten durch die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und geheimdienstlichen Behörden.

in: Zeitschrift für Strafrecht und Kriminologie, Band 2/2014, Heft 1-2, Seiten: 117 ff.

Prof. Dr. Marc Colussi

Grenzüberschreitende internationale Verbrechensbekämpfung in der Ausbildung

in: Kriminalistik, Jg. 69, Heft 1/2015, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Seiten: 59–60

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung**Ltd. VD Karl Friedrich Köhler**

Das Recht auf Auskunft gem. § 15 SGB I

in: Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis ZFSH/SGB, Luchterhand-Verlag, Seiten: 6

ISSN 1434-5668

Die Bekanntgabe von Verwaltungsakten – Ein Spagat zwischen Kosteneinsparung und Beweisbarkeit

in: 20 Jahre Hochschule der gesetzlichen Unfallversicherung, NOMOS-Verlag, Seiten: 30

ISBN 978-8487-1871-9

**Das Akteneinsichtsrecht der am sozialrechtlichen
Verwaltungsverfahren Beteiligten gem. § 25 SGB X**

in: Vierteljahresschrift für Sozialrecht, VSSR, Carl
Heymanns Verlag, Seiten: 36
ISSN 0941-861X

**Die Informationsrechte der Beteiligten im sozialrecht-
lichen Verwaltungsverfahren**

Verlag Dr. Covac, Seiten: 326
ISBN 978-8300-7889-0

Wegeunfall/Alkoholkonsum (Urteilsbesprechung)

in: Wege zur Sozialversicherung, WzS, Erich Schmidt
Verlag, Seiten: 4
ISSN 0043-2059

Sozialgesetzbuch VII (Kommentar)

in: Becker/Franke/Molkentin (Hrsg.), NOMOS-Verlag,
Seiten: 150
ISBN 978-8487-0673-0

Sozialgesetzbuch VII (Kommentar)

in: Hauck/Haines (Hrsg.), Erich Schmidt Verlag,
Seiten: 213
ISSN 1432-4768

**Eingeschränkte Übermittlungsbefugnis und Gutach-
terauswahl gem. § 200 SGB VII**

in: Wege zur Sozialversicherung, WzS, Erich Schmidt
Verlag, Seiten: 7
ISSN 0043-2059

Der Unfallbegriff der gesetzlichen Unfallversicherung

in: Die Sozialgerichtsbarkeit, SGB, Erich Schmidt Verlag,
Seiten: 10
ISSN 0943-1462

Der Auskunftsanspruch des Betroffenen hinsichtlich seiner gespeicherten Sozialdaten

in: Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft, SdL SVLFG, Seiten: 21

Fachbereich Nachrichtendienste

RD Dr. Gunter Warg

Kommentierung der §§ 1-39 Sicherheitsüberprüfungsgesetz

in: Schenke/Graulich/Ruthig, Handbuch des Sicherheitsrechts, C.H. Beck, Seiten: 1529–1640
ISBN 978 3 406 64878 6

Datenaustausch innerhalb der Sicherheitsbehörden nach Maßgabe des § 46 Abs. 3 BDSG

in: DIE POLIZEI 2014, Wolters Kluwer – Luchterhand, Seiten: 69–70
ISSN 0032-3519

Man muss Extremist sein wollen – Das BVerfG und die Abgeordnetenbeobachtung

in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2014, C. H. Beck, Seite: 36–39

Die Grenzen parlamentarischer Kontrolle am Beispiel des Staatswohls

in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2014, C. H. Beck, Seite: 1263–1269

Wo wird man Dienstleister für die Demokratie? – Die Aus- und Fortbildungseinrichtungen für Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland
in: Nemzetbiztonsági Szemle (Fachzeitschrift für nationale Sicherheit der ungarischen Universität für den öffentlichen Dienst in Budapest), Band III/2014, Seite: 5–17

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber

Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme
Wiesbaden 2014

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (I)
(als Hrsg.), Brühl 2014

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II)
(als Hrsg.), Brühl 2014

Ist der Islamismus bzw. Salafismus eine Form totalitären Denkens? Eine ideologiekritische Analyse von Klassikerpositionen
in: Totalitarismus und Demokratie, 11. Jg., Nr. 1/2014, S. 49–71

Von den „Aktivisten“ über die „Kommunikation“ bis zur „Wirkung“. Das AGIKOSUW-Schema zur Analyse terroristischer Bestrebungen
in: Stefan Hansen/Joachim Krause (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2013/2014, Opladen 2014, S. 401–423

Linksextremismus – Analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Begriffsbestimmung – Differenzierung – Ideologievarianten

in: Gerhard Hirscher (Hrsg.), Linksextremismus in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, München 2014, S. 7–18

Der Islamismus ist kein grüner Faschismus, sondern ein religiöser Extremismus. Eine kritische Prüfung einschlägiger Kriterien anlässlich einer öffentlichen Debatte

in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 149–167

Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“. Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen

in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014, Brühl 2014

Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Die Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur

in: ebenda, Armin Pfahl-Traughber

Gewaltbereitschaft und Ideologisierung im Radikalisierungsprozess des NSU. Eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung hin zum Terrorismus

in: ebenda, Armin Pfahl-Traughber

Opfer rechtsextremistischer Gewalt – eine qualitative Studie. Andreas Böttger u.a., Opfer rechtsextremer Gewalt

Wiesbaden 2014 (2. Januar 2014),
in: www.endstation-rechts.de

Ideologie und Verbrechen

München 2014, in: www.hpd.de, Nr. 17540 vom 9. Januar 2014, Frank-Lothar Kroll/Barbara Zehnpfennig (Hrsg.);
Ideologie und Verbrechen

„Faschisten des 3. Jahrtausends“ – eine kritische Darstellung zu „Casa Pound“

Münster 2013 (15. Januar 2014), in: www.endstation-rechts.de, Heiko Koch, Casa Pound Italia

Antisemitismus, Linke und Nahost-Konflikt. Peter Ullrich, Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt
Göttingen 2013, in: www.hpd.de, Nr. 17592 vom
16. Januar 2014

Die Schattenseiten des „Antifaschismus“. Bettina Blank, „Deutschland, einig Antifa“?
Baden-Baden 2014, in: www.hpd.de, Nr. 17609 vom
17. Januar 2014

Michael Hartmann, Soziale Ungleichheit
in: WSI-Mitteilungen, Nr. 1 vom Januar 2014,
Frankfurt/M. 2013, S. 76

Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Band 22
in: www.hpd.de, Nr. 17640 vom 22. Januar 2014, Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Bd. 22, Berlin 2013

**Die Schattenseiten des Martin Luther. Bernd Rebe,
Die geschönte Reformation**
Marburg 2012, in: www.hpd.de, Nr. 17681 vom
27. Januar 2014

**Wie Antisemiten heute reden. Monika Schwarz-Friesel/
Jehuda Reinharz, Die Sprache der Judenfeindschaft im
21. Jahrhundert**
Berlin 2013, in: www.hpd.de, Nr. 17706 vom
29. Januar 2014

**Kompendium der Religions- und Kirchenkritik.
Gerhard Czermak, Problemfall Religion**
in: www.hpd.de, Nr. 17734 vom 31. Januar 2014

**Neofaschisten in Griechenland. Dimitris Psarras,
Neofaschisten in Griechenland**
Hamburg 2014, in: www.hpd.de, Nr. 17754 vom
4. Februar 2014

**Ungereimtheiten und Blindheit. Ulrich Chaussy,
Oktoberfest**
Berlin 2014 (6. Februar 2014), in: www.bnr.de

Biographie eines antisemitischen Hetzers
Berlin 2013, in: www.hpd.de, Nr. 17835 vom 12. Februar
2014, Marco Sennholz, Johann von Leers

**Salafismus in Deutschland. Ulrich Kraetzer, Salafisten.
Bedrohung für Deutschland?**
Gütersloh 2014, in: www.hpd.de, Nr. 17899 vom
19. Februar 2014

**Populismus – eine Einführung. Florian Hartleb,
Internationaler Populismus als Konzept**
Baden-Baden 2014, in: www.hpd.de, Nr. 17928 vom
24. Februar 2014

**Ein ethisches Plädoyer für Tiere. Hilal Sezgin, Artgerecht
ist nur die Freiheit**
München 2014, in: www.hpd.de, Nr. 17951 vom
26. Februar 2014

Sarrazin Opfer fehlender Meinungsfreiheit?
Thilo Sarrazin, Der neue Tugend-Terror
München 2014, in: www.hpd.de, Nr. 17969 vom
28. Februar 2014

**Zwischen Antisemitismus und „Judenemanzipation“ –
ein Sammelband zum Thema Die „Judenfrage“ – ein
europäisches Phänomen?**
in: www.endstation-rechts.de, Manfred Hettling u.a.
(Hrsg.), Berlin 2013, (2. März 2014)

Antiamerikanismus in deutschen Medien
in: www.hpd.de, Nr. 18023 vom 6. März 2014, Tobias
Jaecker, Hass, Neid, Wahn, Frankfurt/M. 2014

**Hubertus Mynareks Kritik an Hans Küng. Hubertus
Mynarek, Warum auch Hans Küng die Kirche nicht
retten kann**
Marburg 2012, in: www.hpd.de, Nr. 18038 vom
7. März 2014

**„Linke Leute von rechts“. Benedikt Sepp, Linke Leute
von rechts?**
Marburg 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18220 vom
28. März 2014

Biographie eines antisemitischen Hetzers: Johann von Leers. Marco Sennholz, Johann von Leers
Berlin 2013 (30. März 2014), in: www.endstation-rechts-de,

Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Bd. 22
in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 215 vom März 2014, Berlin
2013, Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), S. 8f

Andreas Böttger/Olaf Lobermeier/Katarzyna Plachta,
Opfer rechtsextremer Gewalt
Wiesbaden 2014, in: ebenda, S. 10f

**Monika Schwarz-Friesel/Jehuda Reinharz, Die Sprache
der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert**
Berlin 2013, in: ebenda, S. 11

Franz M. Wuketits, Zivilisation in der Sackgasse
Murnau 2012, in: Aufklärung und Kritik, Nr. 1/21014, S. 248f.

Norbert Hoerster, Was ist eine gerechte Gesellschaft?
München 2013, in: ebenda, S. 249f.

Walter Reese-Schäfer/Christian Münter, Politische Ethik
Wiesbaden 2013, in: ebenda, S. 251f.

**Jahrbücher für Islamophobieforschung Farid Hafez
(Hrsg.), Jahrbuch für Islamophobieforschung 2013
und 2014**
Wien 2013 und 2014, in: www.hpd.,de, Nr. 18264 vom
3. April 2014

**Zweifelhafte Ehrenrettungsversuche. Andreas Anton
u.a. (Hrsg.), Konspiration. Soziologie des Verschwörungs-
denkens**
Wiesbaden 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18305 vom
8. April 2014

Bettina Blank, Deutschland einig Antifa

Baden-Baden 2014, in: Forum Politikunterricht,
Nr. 1/2014, S. 70f.

**Islamismus in Algerien – über eine Studie. Abedrrahman
Aresmouk, Islamismus im Maghreb als Herausforderung
für die EU-Sicherheitspolitik**

Marburg 2014, in: www.hpd.de Nr. 18360 vom 15. April 2014

Der „Kruzifixstreit“ Ulf Faller, Der Kruzifixstreit

Marburg 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18381 vom
17. April 2014

Die „Marburger Schule“. Lothar Peter, Marx an die Uni

Köln 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18415 vom 24. April 2014

**Hoffnung Mensch. Michael Schmidt-Salamon, Hoffnung
Mensch**

München 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18510 vom 7. Mai 2014

„Yes ve gan“. Jan Bredack, Vegan für alle

München 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18563 vom 14. Mai 2014

**Texte einer amerikanischen Anarchistin. Emma
Goldman, Anarchismus**

Münster 2013, in: www.hpd.de, Nr. 18575 vom 15. Mai 2014

Die Sicherheitsbehörden und die NSU-Mordserie.**Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz**

München 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18685 vom
28. Mai 2014

**Befunde zum Antiamerikanismus. Heiko Beyer,
Soziologie des Antiamerikanismus**

Frankfurt/M. 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18739 vom
4. Juni 2014

Bettina Blank, Deutschland, einig Antifa?

Baden-Baden 2014, in: Freiheit und Recht, Nr. 1/Mai 2014, S. 19f.

Die „Muslimbruderschaft“ nach dem Umbruch. Petra Ramsauer, Muslimbrüder

Wien 2014, in: www.hpd.de., Nr. 18762 vom 6. Juni 2014

Hilal Sezgin, artgerecht ist nur die Freiheit

München 2014, in: Aufklärung und Kritik, Nr. 2/2014, S. 236f.

Bernd Rebe, Die geschönte Reformation

Marburg 2012, in: ebenda, S. 237f.

Gerhard Czermak, Problemfall Religion

Marburg 2014, in: ebenda, S. 239f.

Hamad Abdel-Samad, Der islamische Faschismus

München 2014, in: ebenda, S. 240f.

Hamas und Muslimbruderschaft im Vergleich.**Jan Künzl, Islamisten**

Marburg 2008, in: www.hpd.de, Nr. 18786 vom 11. Juni 2014

Sammelband zum Salafismus. Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salafismus

Freiburg 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18816 vom 13. Juni 2014

Was glauben Atheisten? Franz M. Wuketits, was Atheisten glauben

Gütersloh 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18829 vom 16. Juni 2014

**Die Muslimbruderschaft. Christian Wolff, Die ägyptische
Muslimbruderschaft**

Hamburg 2008, in: www.hpd.de, Nr. 18841 vom
17. Juni 2014

Al Gore zu Problemen der Zukunft. Al Gore, Die Zukunft

München 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18848 vom
18. Juni 2014

Denunziation in den USA. Olaf Stieglitz, Undercover

Frankfurt/M. 2013, in: www.hpd.de, Nr. 18901 vom
24. Juni 2014

**Geheimsache NSU. Andreas Förster (Hrsg.), Geheim-
sache NSU**

Tübingen 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18925 vom
27. Juni 2014

„Tierethik“ – ein Reader mit Grundlagentexten.

Friederike Schmitz (Hrsg.), Tierethik

Berlin 2014, in: www.hpd.de, Nr. 18943 vom 1. Juli 2014

Florian Hartleb, Internationaler Populismus als Konzept

Baden-Baden 2014, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 2/2014,
S. 233f.

**Weltanschauungsdiktaturen im Vergleich. Uwe Backes/
Steffen Kailitz (Hrsg.), ideokratien im vergleich**

Göttingen 2014, in: www-hpd.de, Nr. 18996 vom
8. Juli 2014

**Antisemitismus – ein Sammelband. Samuel Salzborn,
Antisemitismus**

Baden-Baden 2014, in: www.hpd.de, Nr. 19008 vom
9. Juli 2014

Neuausgabe eines Klassikers der modernen Christentumskritik. Joachim Kahl, Das Elend des Christentums
Marburg 2014 (19. Juli 2014), in: www.diesseits.de

Kritik linker Israelfeindlichkeit – immer noch aktuell. Michael Landmann, Das Israelpseudos der Pseudolinken
Freiburg 2013 (23. Juli 2014), in: www.endstation-rechts.de

Julius Streicher und „Der Stürmer“. Daniel Roos, Julius Streicher und „Der Stürmer“
Paderborn 2014, in: www.hpd.de, Nr. 19135 vom 28. Juli 2014

Antisemitismus in politischen Parteien. Dana Ionescu/Samuel Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in politischen Parteien
Baden-Baden 2014, in: www.hpd.de, Nr. 19140 vom 29. Juli 2014

„Rote Flora“. Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“
Baden-Baden 2011, in: *Siak Journal*, Nr. 2/2014, S. 107–109

Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hrsg.), Ideokratien im Vergleich
Göttingen 2014, in: *Forum Politikunterricht*, Nr. 2/2014, S. 67f.

Torsten Oppelland/Henrik Träger, Die Linke
Baden-Baden 2014, in: *Forum Politikunterricht*, Nr. 2/2014, S. 68

Behnan T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salafismus
Freiburg 2014, in: *Forum Politikunterricht*, Nr. 2/2014, S. 82f.

„Schwarzbuch Schwedendemokraten“. Madeleine Axelssohn/Kristian Borg, Sverigedemokraternas svarta bok

Stockholm 2014 (8. August 2014), in: www.bnr.de

„Mussolini“ – Wolfgang Schieders knappe politische Biographie des Diktators. Wolfgang Schieder, Benito Mussolini

München 2014 (2. September 2014),
in: www.endstation-rechts.de

Geschichte, Vordenker und Organisationen des Islamismus. Tilamn Seidensticker, Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen

München 2014 (3. September 2014), in: www.hpd.de

Norbert Hoersters interessentheoretische Begründung von Moral. Norbert Hoerster, Wie lässt sich Moral begründen?

München 2014 (4. September 2014), in: www.hpd.de

Differenzierte Studien zum Salafismus in Deutschland. Klaus Hummel/Michail Logvinov (Hrsg.), Gefährliche Nähe

Stuttgart 2014 (10. September 2014), in: www.hpd.de

Daniel Roos, Julius Streicher und „Der Stürmer“
Paderborn 2014, in: *Mittlungen des DÖW*, Nr. 217/2014, S. 10f.

Samuel Salzborn, Antisemitismus
Baden-Baden 2014, in: *ebenda*, S. 11

Rechtsextremistischer „Schwedendemokraten“.
Madeleine Axellsson/Kristian Borg, Sverigedemo-
kraternas svarta bok
Stockholm 2014 (15. September 2014), in: www.hpd.de

Meeresbiologische Erkenntnisse über „menschliche“
Eigenschaften von Tieren. Karsten Brensing, Persön-
lichkeitsrechte für Tiere
Freiburg 2014 (16. September 2014), in: www.hpd.de

Die knappe politische Biographie des Diktators.
Wolfgang Schieder, Benito Mussolini
München 2014 (19. September 2014), in: www.hpd.de

Fallstudien zur ideengeschichtlichen Entwicklung des
Antisemitismus. Lena Berggren, Blodets Renhet
Malmö 2014 (24. September 2014), in: www.hpd.de

Der Islamismus ist kein grüner Faschismus (hamed
abdel-Samad, Der islamische Faschismus
München 2014 (25. September 2014), in: www.hpd.de

Die Geschichte des Westens. Henrich August Winkler,
Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum
mauerfall
München 2014 (1. Oktober 2014), in: www.hpd.de

Probleme der multikulturellen Gesellschaft aus der
Perspektive eines Bürgermeisters. Heinz Buschkowsky,
Die andere Gesellschaft
Berlin 2014 (7. Oktober 2014), in: www.endstation-rechts.de

Ulrich Kraetzer, Salafisten. Bedrohung für Deutschland?
Gütersloh 2014, in: Siak-Journal, Nr. 3/2014, S. 88f.

**Andreas Böttger/Olaf Lobermeier/Katarzyna Polachta,
Opfer rechter Gewalt**

Wiesbaden 2014, in: ebenda, S. 90f.

**Thomas Kunze/Thomas Vogel (Hg.), Oh Du, geliebter
Führer**

Berlin 2013, in: ebenda, S. 92f.

**Zwischen Hamas, Hizbollah und Muslimbrüdern. Imad
Mustafa, Der Politische Islam**

Wien 2013 (13. Oktober 2014), in: www.hpd.de

Der Antisemitismus des Martin Luther.

Thomas Kaufmann, Luthers Juden

Stuttgart 2014, (15. Oktober 2014) in: www.hpd.de

**Moshe Zuckermann. Ein vehementer Kritiker der
israelischen Politik. Moshe Zuckermann, Israels
Schicksal**

Wien 2014 (17. Oktober 2014), in: www.hpd.de

**„Linke und Gewalt“ – eine ideengeschichtliche Doku-
mentation. Felix Wemheuer (hrsg.), Linke und Gewalt**

Wien 2014 (22. Oktober 2014), in: www.hpd.de

Hilal Sezgin, Artgerecht ist nur die Freiheit

München 2014, in: Aufklärung und Kritik, Nr. 2/2014,
S. 245f.

Franz M. Wuketits, was Atheisten glauben

Gütersloh 2014, in: ebenda, S. 246f.

Bernd Rebe, Die geschönte Reformation

Marburg 2012, in: ebenda, S. 247f.

Gerhard Czermak, Problemfall Religion
Marburg 2014, in: ebenda, S. 249f.

Hamad Abdel-Samad, Der islamische Faschismus
München 2014, in: ebenda, S. 250f.

Joachim Kahl, Das Elend des Christentums
Marburg 2014, in: ebenda, S. 251f.

Norbert Hoerster, Wie lässt sich Moral begründen
München 2014, in: ebenda, S. 253f.

**Die Terror-Miliz „Islamischer Staat“. Behnam T. Said,
Islamischer Staat**
München 2014 (30. Oktober 2014), in: www.hpd.de

**Richard Evans' Kritik der Frage „Was wäre gewesen
wenn ...“ Richard J. Evans, Veränderte Vergangenheiten**
München 2014 (4. November 2014), in: www.hpd.de

Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“
Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert
München 2014 (5. November 2014), in: www.hpd.de

Peter Kropotkins „Die Eroberung des Brotes“.
Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes
Aschaffenburg 2014 (6. November 2014), in: www.hpd.de

Der dschihadistische Terrorismus in Deutschland.
Guido Steinberg, Al-Qaidas deutsche Kämpfer
Hamburg 2014 (10. November 2014), in: www.hpd.de

Franz Josef Wetz' Betrachtungen zur Selbstachtung.
Franz Josef Wetz, Rebellion der Selbstachtung
Aschaffenburg 2014 (14. November 2014), in: www.hpd.de

Nicht nur eine ökonomische Ehrenrettung des Staates ...

Mariana Mazzucato, Das Kapital des Staates

München 2014 (19. November 2014), in: www.hpd.de

Aufstieg und Fall der Muslimbruderschaft.

Annette Ranko, Die Muslimbruderschaft

Berlin 2014 (8. Dezember 2014), in: www.hpd.de

Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte, feindselige Zustände

Bonn 2014 (9. Dezember 2014), in: www.hpd.de

Lothar Peter, Marx an die Uni

Köln 2014, in: zeitschrift für Politik, Nr. 4/2014, S. 516f.

Mariana Mazzucato, Das Kapital des Staates

München 2014, in: Forum Politikunterricht, Nr. 32/2014, S. 76f.

Tilman Seidensticker Islamismus

München 2014, in: ebenda, S. 77f.

Guido Steinberg, Al-Qaidas deutsche Kämpfer

Hamburg 2014, in: ebenda, S. 78f.

Behnam T. Said, Islamischer Staat

München 2014, in: ebenda, S. 79f.

Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Bd. 3

München 2014, in: ebenda, S. 81f.

Erhebliche Zweifel. Hermann Detering, Falsche Zeugen

Aschaffenburg 2011 (29. Dezember 2014), in: www.hpd.de

Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel (17. März 2014)
in: www.bpb.de

Terror gegen Feindgruppen. Der Nagelbomben-Anschlag des NSU in Köln am 9. Juni 2004 – ein Beispiel für die besondere Gewaltintensität des Rechtsterrorismus (4. Juni 2014)
in: ww.bnr.de

Der Islamismus ist kein grüner Faschismus, aber religiöser Extremismus und Totalitarismus. Kritische Reflexionen anlässlich der Thesen von Hamed Abdel-Samad
in: Freiheit und Recht, Nr. 1 vom Mai 2014, S. 11f.

Der Nutzen der vergleichenden Extremismusforschung. Eine Fallstudie anhand der NSU-Serienmorde in zwanzig Thesen
in: Freiheit und Recht, Nr. 1 vom Mai 2014, S. 12.f.

Die Gewaltintensität des Rechtsterrorismus
in: www.hpd.de, nr. 18772 vom 9. Juni 2014

Linksextremismus in Deutschland im europäischen Vergleich. Eine komparative Betrachtung der gewaltorientierten und parteipolitischen Ebene (15. Juli 2014)
in: www.bpb.de

Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur (26. August 2014)
in: www.bpb.de

Linksextremismus – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Begriffsbestimmung – Kritik – Kritik der Kritik (8. September 2014)
in: www.bpb.de

Grenzverwischer. Karlheinz Weißmanns „Gegen-Aufklärung“ in der „Jungen Freiheit“: Eine kritische Betrachtung zum ideologischen Hintergrund (29. Oktober 2014)
in: www.bnr.de

Literatur zu Islamismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Nationalsozialismus und Scientology (Nr. 4/2013)
Heimerzheim 2014

Arbeitsbegriffe im Kontext einer Debatte um Nationalismus heute. Definition, Unterschiede und Zusammenhänge
Heimerzheim 2014

Entwicklung der Einstellung zur Gewalt im politischen Extremismus in vergleichender Perspektive (als Hrsg.)
Heimerzheim 2014

Literatur zu Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Demokratietheorie, Diktaturforschung, Esoterik und Verschwörungsvorstellungen (Nr. 1/2014)
Heimerzheim 2014

Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“. Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen
Heimerzheim 2014

Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Die Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur
Heimerzheim 2014

Erkenntnisgewinn einer vergleichenden Betrachtung der Gewalt in den Extremismen. Besonderheiten, Entwicklungen, Prognosen und Ursachen
Heimerzheim 2014

Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Gesamtdarstellung zur Entwicklung seit 1949
Heimerzheim 2014

Thesenpapiere zur Begründung der Extremismustheorie und zum Vergleich der Extremismen
Heimerzheim 2014

Linksextremismus – politisches Schlagwort oder trennscharfe Kategorie? Begriffsbestimmung, Differenzierung, Ideologievarianten
Heimerzheim 2014

Der Islamismus ist kein grüner Faschismus, aber ein religiöser Extremismus. Kritische Reflexionen anlässlich der Thesen von Hamed Abdel-Samad
Heimerzheim 2014

Fachbereich Sozialversicherung

RAR Heinz-Günter Stehr

Studientext Knappschaftsrecht II – Leistungen
Hrsg. Deutsche Rentenversicherung Bund, Seiten: 80

Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) – Kommentar

Asgard-Verlag, Dr. Werner Hippe GmbH, Sankt Augustin

ISBN 978-3-537-55020-0

Prof. Dr. Dr. Jürgen Beschorner**Die Staatsaufsicht über Sozialversicherungsträger**

in: Sozialversicherungswissenschaft, Handbuch, Springer

Verlag, Seiten ca. 15

erscheint Anfang 2015

Digitalisierung, Bearbeitung und Herausgabe von

„Dietrich Schäfer, Deutsche Geschichte, Bände I und II“

in: MobileRead Ebook Library, <http://www.mobilerread.com/forums/showthread.php?t=252049>

RAR'in Andrea Preker**Freiwillige Versicherung und Nachzahlung**

in: Studententext für Sozialversicherungsfachangestellte,

Deutsche Rentenversicherung Bund, Seiten: 75

VD Rüdiger Schaer

Urteilsbesprechung von BSG 13 R 1/13 R Urteil v.

24.10.2013

in: Juris Praxis Report, Juris

Bernhard Eckstein**Auswirkungen der zum 1.7.2014 in Kraft tretenden**

„Verbraucherinsolvenz-Reform“ auf Sozialversicherungsträger

in: RVaktuell Mai/Juni 2014, DRV-Bund, Seiten: 4

Rechtsnachfolge in Sozialleistungen

in: Rentenversicherung, asgard, Seiten: 8

ISSN 0340-5753

VD Christiane Korte**Nebenbestimmungen zu begünstigenden Verwaltungsakten nach dem SGB X – Zulässigkeit und Reichweite**

in: NZS 2014, S. 853 ff., Beck-Verlag, Seiten: 7

RD Dr. jur. Christina Schulte**Die Reform vor der Reform: Das Erste****Pflegestärkungsgesetz**

in: Kompass, Deutsche Rentenversicherung Knappschaft

Bahn-See, Seiten: 7

RD Martin Kneilmann**Optimiertes Meldeverfahren in der sozialen Sicherung**

in: Fachzeitschrift Kompass, DRV Knappschaft Bahn-See,

Ausgabe Juni 2014, Seiten: 18–21

Fachbereich Wetterdienst**Prof. Dr. Friedhelm Wallbaum****Grundbegriffe zur Vektoranalysis/Grundlagen der numerischen Wettervorhersage**

in: Langen, BTZ//Langen, 12 Seiten

Aufgabensammlung zur Analysis mit Excel

in: Langen, BTZ/Langen, 30 Übungen mit Lösungen

Zentraler Lehrbereich

RD Dr. Thomas Beck

Der letzte Hort des Kommunismus-Nordkorea nach dem Machtwechsel

in: Zeitschrift für innere Führung, BMVg, Presse- und Informationsstab, 58. Jg. Nr. 2/2014, Aufl. 35.000 – Berlin, 2014, Seiten: 35–40

Prof'in. Dr. Daniela Heid

Festschrift für Manfred A. Dauses zum 70. Geburtstag

C. H. Beck, München, Herausgeber: Heid, Stotz, Verny,
Seiten: 487
ISBN 978 3 406 6587 47 7

Studienbrief im MPA Modul 6 „Besoldung und Vergütung“, 3. Auflage

HS Bund, MPA, Mitautor: Mangerich

Studienbrief im MPA Modul 6 „Personalführung und -entwicklung II“, 3. Auflage

HS Bund, MPA, Mitautor: Kratz, Schneider

Modul 10, Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement, jährliche Aktualisierung

in: CLIX, Lernplattform HWR Berlin, HWR Berlin,
Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement

Prof. Dr. Hans-Bodo Leibinger

Öffentliche Finanzwirtschaft, 13., neu bearbeitete
Auflage

R. v. Decker, Seiten: 289

ISBN 978-3-7685-0555-0

Prof. Dr. Peter Schneider

The Interplay of New Public Governance Dimensions
and Their Effects on Academic Outcomes

in: Higher Education Dynamics, Springer, Seiten: 59–88

ISBN 3319096761

Prof'in Dr. Barbara Henman-Sturm

„Das Familienrealsplitting als Instrument der steuerlichen
Gleichbehandlung von Kindern in allen Familien?“

in: Tholen Eekhoff und Steffen Roth (Herausgeber):

Grenzgänge zwischen Wirtschaftswissenschaft und
Wirtschaftspolitik – für Johann Eekhoff, Lucius & Lucius,
Stuttgart 2014, Seiten: 10 (S. 217–227)

ISBN 978-3-8282-0600-7

Prof. Dr. Marc Wagner

Die Metamorphose präventiver Freiheitseingriffe im
Kontext der Bekämpfung von illegaler Migration,
Schleusungskriminalität und Terrorismus – Inhalt
und Rechtsfolgen der §§ 40 I, 41 I BPolG

in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl), Carl Heymanns,
Seiten: 345–349

ISBN 0012-1363

**Die Metamorphose präventiver Freiheitseingriffe im
Kontext der Bekämpfung von illegaler Migration,
Schleusungskriminalität und Terrorismus – Inhalt
und Rechtsfolgen der §§ 40 I, 41 I BPolG**

in: DIE POLIZEI, Carl Heymanns, Seiten: 93–97
ISBN 0032-3519

Bundespolizeirecht

VDP (2. Auflage), Seiten: 184
ISBN 978-3-8011-0727-7

Prof. Dr. Andreas Lamers

Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2013

in: Bönders, Thomas (Hrsg.), 32. Jahresbericht des
Präsidenten der Fachhochschule des Bundes für öff.
Verwaltung 2013, HS Bund, S. 25–31

Evaluation am Zentralbereich

in: Bönders, Thomas (Hrsg.), 32. Jahresbericht des
Präsidenten der Fachhochschule des Bundes für öff.
Verwaltung 2013, HS Bund, S. 49–51

**Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung
(7., aktual. u. überarb. Aufl., korr. Nachdruck 2014)**

HS Bund, vi + 142

**Word für Fortgeschr. – Kurzeinführung f. Stud. d.
Fachbereichs AIV (5., überarb. Aufl.)**

HS Bund, Seiten: 15

**Laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung –
IT/Multimedia (22., überarb. Aufl.)**

HS Bund, Seiten: 42

**Präsentationstechnik mit PowerPoint – Kurzeinführung
für Stud. d. Fachbereichs AIV (6., überarb. Aufl.)**

HS Bund, Seiten: 31

**Excel für Einsteiger – Kurzeinführung für Stud. d.
Fachbereichs AIV (6., überarb. Aufl.)**

HS Bund, Seiten: 32

**Datenbank-Grundlagen und einführende Übungen
(Microsoft Access) (5., überarb. Aufl.)**

HS Bund, Seiten: 18

**Datenbankpraxis mit [Microsoft] Access (5., überarb.
Aufl.)**

HS Bund, Seiten: 62

RD Dr. Stefan Werres

**Neue Vorgaben für die elektronische Rechnungs-
stellung bei öffentlichen Aufträgen**

in: Verwaltung & Management 2014, Heft 4, Nomos
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Seiten: 8
ISSN 0947-9856

Die Richtlinie über E-Rechnungen ist in Kraft getreten

in: AWW-Informationen 2014, Heft 3, AWW-Verlag,
Eschborn, Seiten: 4
ISSN 0342-7927

**Die Richtlinie über die elektronische Rechnungs-
stellung bei öffentlichen Aufträgen**

in: Rogall-Grothe (Hrsg.), Leitfaden Elektronische Rech-
nung in der öffentlichen Verwaltung, Jörg Ludwig,
Frankfurt, Seiten: 17
ISBN 978-3-9816702-0-2

Kommentierung der §§ 45 ff. BDG

in: Schütz/Schmiemann (Hrsg.), Disziplinarrecht des Bundes und der Länder, Verlag Ernst und Werner Gieseking GmbH, Seiten: 126
ISBN 978-3-7694-0932-1

Kommentierung der §§ 32a und b BBesG

(Professorenbesoldung)

in: Clemens/Millack, Besoldungsrecht des Bundes und der Länder, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG - edition moll, Seiten: 20
ISBN 978-3-415-02534-9

Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter



Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Leitende Regierungsdirektorin Dr. Yvonne Dorf

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (022899) 6 29-0

Fax: (022899) 6 29-71 11



Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Vortragender Legationsrat Matthias Hansen

Schwarzer Weg 45

13505 Berlin

Telefon: (03018) 17-0

Fax: (03018) 17-5 11 77



Fachbereich Bundespolizei

Präsident Bernd Brämer

Ratzeburger Landstraße 4

23562 Lübeck

Telefon: (0451) 4 90 55-0

Fax: (0451) 4 90 55-17 09



Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Direktor Rudolf Junger

Seckenheimer Landstraße 10

68163 Mannheim

Telefon: (0621) 42 95-0

Fax: (0621) 42 95-42 22

Fachbereich Finanzen

Abteilungsleiter Dr. Rüdiger Nolte

Gescher Weg 100

48161 Münster

Telefon: (0251) 86 70-0

Fax: (0251) 86 70-86 66



Fachbereich Kriminalpolizei

Professor Dr. Thorsten Heyer

Thaerstraße 11

65193 Wiesbaden

Telefon: (0611) 55-0

Fax: (0611) 55-1 67 39



Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitender Verwaltungsdirektor Karl Friedrich Köhler

Weißensteinstraße 70-72

34131 Kassel

Telefon: (0561) 93 59-0

Fax: (0561) 93 59-33 28



Fachbereich Nachrichtendienste

Direktor beim BND Dr. Hans Dieter Denk

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Direktor beim BND Dr. Hans Dieter Denk

Wasserburger Straße 43-47

85540 Haar

Abteilung Verfassungsschutz**Direktor beim BfV Ralf Frauenrath**

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (02232) 57 93 98-0

**Fachbereich Sozialversicherung****Abteilungsleiterin Gudrun Dannhauer**

Nestorstraße 23-25

10709 Berlin

Telefon: (030) 8 65-0

Fax: (030) 8 65-8 55 70

**Fachbereich Wetterdienst****Regierungsdirektor a. D. Dipl.-Met. Harald Wollkopf**

Frankfurter Straße 135

63067 Offenbach

Telefon: (069) 80 62-0

Impressum

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Straße 1
50321 Brühl
www.hsbund.de

Herausgeber

Thomas Bönders
Präsident der Hochschule des Bundes für öffentliche
Verwaltung

Redaktion

Ulrike Tamm
presse@hsbund.de

Lektorat

Stephanie Jana
Lektoratsbüro stilsicher
www.lektorat-stilsicher.de

Gestaltung, Layout, Satz

graphodata AG
Aachen, www.graphodata.de

Druck

Chudeck Druck Service
Gutenbergstraße 26-28
53332 Bornheim-Sechtem

Fotos

HS Bund, Titelbild: © iStockphoto.com/nicolas_

ISSN 1434-4254